

# Denkmalschutz und Denkmalpflege von 1975 bis 2005 mit Schwerpunkt Bayern

Viktoria Lukas-Krohm



University  
of Bamberg  
Press

## **19** Schriften aus der Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Schriften aus der Fakultät Geistes- und Kultur-  
wissenschaften der Otto-Friedrich-Universität  
Bamberg

Band 19

# **Denkmalschutz und Denkmalpflege von 1975 bis 2005 mit Schwerpunkt Bayern**

von Viktoria Lukas-Krohm

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.ddb.de/> abrufbar

Diese Arbeit hat der Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg als Dissertation vorgelegen.

1. Gutachter: Prof. Dr. Achim Hubel

2. Gutachter: Prof. Dr. Egon Johannes Greipl

Tag der mündlichen Prüfung: 17. September 2013

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek Bamberg erreichbar. Kopien und Ausdrücke dürfen nur zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch angefertigt werden.

Herstellung und Druck: docupoint, Magdeburg  
Umschlaggestaltung: University of Bamberg Press  
Fotos: © Rudolf Hager, © Viktoria Lukas-Krohm

© University of Bamberg Press Bamberg 2014  
<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 1866-7627

ISBN: 978-3-86309-272-6 (Druckausgabe)

eISBN: 978-3-86309-273-3 (Online-Ausgabe)

URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus4-251580

Vorwort	7
Einleitung	9
Denkmalpflege der Nachkriegszeit	14
Charta von Venedig 1964	15
<b>1.    Das europäische Denkmalschutzjahr 1975</b>	<b>17</b>
Voraussetzungen, Entstehung	17
Denkmalschutzgesetze der Bundesländer	23
Novellierungen und Änderungen der Denkmalschutzgesetze	30
Das Bayerische Denkmalschutzgesetz	36
Denkmalpflegegesetz der DDR	42
Bundesweite und nichtstaatliche Organisationen, Studiengänge, Restauratoren- und Handwerker- ausbildung	50
<b>2.    1975-1989: Denkmalpflegerischer Diskurs</b>	<b>62</b>
Wertewandel	62
Wertewandel und Denkmalpflege	64
Bürgerinitiativen	65
Entwicklung der Untersuchungsmethoden	76
Erweiterung des Denkmalbegriffs	79
Werteskala des Denkmalbegriffs	82
Standortbestimmung der Denkmalpflege	84
Rekonstruktion	89
Rekonstruktionsdebatten der 1980er Jahre	91
Inflation des Denkmalpflegens	102
Umgang mit dem Original	104
Identität der Baudenkmale im Wandel	107
<b>3.    1989-2005: Denkmalpflegerischer Diskurs</b>	<b>109</b>
Politische Wende, Wiedervereinigung 1989	109
Rekonstruktionsdebatte	112

	Postmoderner Denkmalkultus	117
	Diskussion um die Entstaatlichung der Denkmalpflege	126
	Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung	136
	System Denkmalpflege	138
	Qualitätssicherung	141
	Tourismus und Denkmalpflege	145
	Förderprogramme, Mittelkürzungen	
	Stelleneinsparungen	148
4.	<b>Ausblick ab 2005</b>	<b>151</b>
	Rückblick auf 30 Jahre Europäisches	
	Denkmalschutzjahr	151
	Standards in der Bau- und Kunstdenkmalpflege in	
	Sachsen-Anhalt	152
	Energieeinsparung	155
	Baudenkmäler im Spiegel gesellschaftlicher	
	Veränderungen	160
	Wandel	164
	Welterbe	167
	Paradigmenwechsel?	174
5.	<b>Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, der</b>	
	<b>Wandel einer Institution von 1975 bis 2005</b>	<b>177</b>
	Zusammenfassung	199
	Literaturverzeichnis	204
	Quellenverzeichnis	245
	Abkürzungsverzeichnis	246
	Abbildungsverzeichnis	248
	Anhang Dokumente	254
	Bildteil	297

## **Vorwort**

Die Denkmalpflege in Deutschland hat seit dem europäischen Denkmalschutzjahr 1975 bis in das Jahr 2005 eine bewegte Entwicklung durchgemacht. Verschiedene Debatten prägten diese Zeit, in der aus historischer Sicht die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten die stärkste Zäsur darstellt. Die dadurch bedingten Änderungen wirkten sich nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell, strukturell und personell auf die gesamtdeutsche Denkmalpflege aus und stießen unter anderem eine bis heute aktuelle Rekonstruktionsdebatte an.

Diese Entwicklung wird anhand von ausgewählten Beiträgen geschildert und mit Einzelbeispielen aus der praktischen Denkmalpflege in Bayern paradigmatisch verdeutlicht. Es wird aufgezeigt, welcher historischen Dimension die Denkmalpflege jeweils unterliegt und wie sie in ihrer Zeit und aus unserer Rückschau bewertet wird. Die Erkenntnisse dieser Einschätzungen können – sicher auch – ein Zugewinn für die heutige denkmalpflegerische Arbeit sein.

Allen Menschen, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben, danke ich herzlich. Meinem Doktorvater, Prof. Dr. Achim Hubel, gilt mein besonderer Dank, da er in vielen Gesprächen sowohl durch seine Fachkenntnis, als auch mit seiner Begeisterung für die Denkmalpflege meine Arbeit stets vorangebracht hat. Prof. Dr. Egon Johannes Greipl danke ich ebenso herzlich für seinen Rat und seine fachlich-konstruktiven Anregungen. Die Kolleginnen und Kollegen des Doktorandenkolloquiums von Prof. Hubel waren kritische Zuhörer und gaben gute Ratschläge.

Die Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege ermöglichten unbürokratisch alle erforderlichen Einsichtnahmen.

Vor allem meinem Mann, Christoph Krohm, und Dr. Burkhard Körner danke ich für die vielen Gespräche, Ratschläge und Korrekturen.

Meinen Eltern möchte ich diese Arbeit widmen, da sie mir nicht nur das Studium, sondern auch diese Arbeit ermöglicht haben.

München, im Juli 2012



## Einleitung

### Thematische Einführung

Der Titel der Arbeit umfasst mit den beiden Begriffen Denkmalschutz und Denkmalpflege jedes Handeln, das sich mit dem Denkmal beschäftigt. Denkmalschutz meint den gesetzlich geregelten Umgang mit Denkmälern im Rahmen der öffentlichen Verwaltung, welche z. B. Genehmigungen, Erlaubnisse, Verbote und Auflagen erteilt. Die Denkmalpflege umfasst alle nicht hoheitlichen Tätigkeiten, die der Eigentümer, die Behörden und jeder, der mit dem Denkmal zu tun hat, zur Erhaltung, Beratung und Vorsorge unternehmen. Die Untersuchung beschränkt sich auf die Bau- und Kunstdenkmalpflege, die Archäologie und Bodendenkmalpflege werden nicht behandelt.

Die Arbeit befasst sich mit der Theorie und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland – westdeutsch und gesamtdeutsch – in den Jahren zwischen 1975 und 2005 mit dem Schwerpunkt Bayern. Das „Europäische Denkmalschutzjahr“ 1975 war für die Denkmalpflege in Deutschland und in Europa ein programmatisches Jahr. Seit dieser Zeit hat es gravierende Veränderungen bezüglich der Stellung der Denkmalpflege innerhalb der Gesellschaft gegeben. Von dem beginnenden Aufschwung des Denkmalpflegegedankens ab dem europäischen Denkmalschutzjahr 1975 reicht der Bogen bis zu den Schwächungen der Denkmalschutzgesetze in den 1990er Jahren, den Mittelkürzungen und der Zerschlagung der Fachbehörden in einzelnen Bundesländern. Die Diskussion um die Entstaatlichung des Denkmalschutzes im Jahr 2000 ist Zeichen einer Entwicklung, die mit einer mangelnden Akzeptanz von Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Gesellschaft einhergeht. Zusätzlich ziehen sich Bund, Länder und Gemeinden weiter aus ihrer Verantwortung zurück, das baukulturelle Erbe zu erhalten. Im Rahmen einer zunehmend globalisierten Gesellschaft mit zahlreichen Partikularinteressen werden die Grundsätze und Handlungsweisen der Denkmalpflege, die um 1900 begründet wurde, immer stärker in Frage gestellt. Die Institution Denkmalpflege muss sich nun selbst fragen, ob die tradierten Grundsätze noch ausreichende Handlungsbasis bieten oder ob neue Paradigmen zu bestimmen sind.



Die Zeit von 1975 bis 2005 habe ich in zwei historische Abschnitte eingeteilt. Der erste Teil beginnt mit dem europäischen Denkmalschutzjahr und erfährt eine geschichtliche Zäsur durch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1989. Danach verändert sich die Denkmalpflege in den nun sechzehn Bundesländern, besonders im Jahr 2000 durch die Diskussion um die Entstaatlichung der Denkmalpflege. Der Untersuchungszeitraum endet im Jahr 2005. Mit dem Ausblick auf die Jahre nach 2005 schließt die Arbeit ab.

### Methodik, Fragestellung

Zunächst habe ich mir einen Überblick über die Themen verschafft, die in dem Untersuchungszeitraum angesprochen werden. Daraus habe ich die meiner Auffassung nach wichtigsten Themen ausgewählt, die dann im jeweiligen Kapitel dargelegt und eingeordnet werden. Durch Zwischenüberschriften werden die Themen voneinander getrennt und leicht auffindbar. Innerhalb der Themen sind die Beispiele aus der Restaurierungspraxis eingefügt. Die Beispiele zeigen Restaurierungen von Kircheninnenräumen und von bürgerlichen Profanbauten aus Bayern, um ein ausgewogenes Bild der Restaurierungspraxis zu geben. Da es innerhalb dieser Arbeit nicht zu leisten ist, alle praktischen Beispiele dieser Zeit zu erläutern, wurde eine Auswahl getroffen. In den jeweiligen Zeitabschnitten 1975 bis 1989 und 1989 bis 2005 wird gezeigt, warum sie für ihre Zeit typisch sind, z. B. die Entwicklung der Untersuchungsmethoden und für welches Handeln sie stehen. Es wird auch dargelegt, welche Grundsätze des denkmalpflegerischen Handelns angewendet werden.

### Relevanz des Themas

Mit Blick auf die geführten Theoriediskussionen wird die Stellung der Denkmalpflege in den vergangenen dreißig Jahren aufgezeigt. Die Vielfalt der Themen, mit denen sich die Denkmalpfleger beschäftigten, wird dargelegt und eingeordnet. Daraus kann sich kein linearer Argumentationsstrang mit einer aufeinander aufbauenden Struktur ergeben, vielmehr entsteht ein breit gefächertes Spektrum vieler Einzelaspekte. Manche Themen, wie z. B. die Diskussion um das Für und Wider von Rekonstruktionen, werden immer wieder aufgegriffen. Die Arbeit der

Denkmalpflege steht in einer Beziehung zwischen Gesetzgebung, Politik, Fördermitteln, den Denkmaleigentümern und weiteren Faktoren. Die politischen Rahmenbedingungen werden ebenso dargelegt wie der Blick der Denkmalpfleger nach innen, der das eigene Handeln reflektiert.

Das Bundesland Bayern und die Entwicklung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege berücksichtige ich besonders. Anhand von Restaurierungsbeispielen aus der Baudenkmalpflege wird das Vorgehen der bayerischen Denkmalpfleger analysiert und in den vorher aufgezeigten Kontext eingeordnet. Gemessen werden die Fallbeispiele an dem geltenden Denkmalschutzgesetz sowie den übergeordneten Vereinbarungen wie z. B. der Charta von Venedig.

### Forschungsstand

Es gibt keine eigene Arbeit, die einen vergleichbaren Ansatz für den Untersuchungszeitraum 1975 bis 2005 hat. Die Dissertation von Michael Falser<sup>1</sup> (2008) beschäftigte sich mit der Zeit von 1795 bis 2000 und untersuchte in sechs Fallbeispielen den (national)politischen Kontext, in dem die Denkmalpflege stand. Die gewählten Beispiele stammten aus unterschiedlichen Gattungen, es wurden Straßen- und Platzbilder wie der Hildesheimer Marktplatz oder das Baugeschehen in Berlins Mitte untersucht. Die im Titel der Arbeit genannten Begriffe Identität und Authentizität wurden in Beziehung zueinander gesetzt, ebenso wie zum Umgang mit dem Denkmal. Die letzten drei Beispiele seiner Arbeit überlagern den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, sind wegen der Auswahl der Beispiele und der grundsätzlichen Fragestellung aber nicht vergleichbar.

Für die Darstellung der Entwicklung der Bayerischen Denkmalpflege ab 1973 sind mehrere Aufsätze von Generalkonservator Michael Petzet, der das Amt von 1974 bis 1999 inne hatte, aufschlussreich.<sup>2</sup> Die Ausrufung des postmodernen Denkmalkultus, meiner Ansicht nach entscheidend für die weitere Entwicklung, ging auf einen Vortrag Petzets im Jahr 1993 zurück.<sup>3</sup> Ab 1999 zeichnete sein Nachfolger Egon Johannes Greipl

---

<sup>1</sup> Falser 2008.

<sup>2</sup> Petzet 1975, 1983, 1997.

<sup>3</sup> Petzet 1993, S. 16.

die weitere Entwicklung des Bayerischen Landesamtes nach und überblickte die Reformen, die es seitdem durchlaufen hat.<sup>4</sup> Die Jubiläumspublikation aus dem Jahr 2008 blickte auf das 100jährige Bestehen des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege zurück.<sup>5</sup> Die Reden und Aufsätze des damaligen Kultusministers Hans Maier<sup>6</sup> bilanzierten vor allem die rechtlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Denkmalpflege in Bayern seit dem Erlass des Denkmalschutzgesetzes 1975 bis in die Mitte der 1980er Jahre hinein.

Willibald Sauerländer schrieb im Jahr 1975 den grundlegenden Aufsatz zum erweiterten Denkmalbegriff und kommentierte ihn 1993.<sup>7</sup> Ohne die grundlegenden Äußerungen Mörschs<sup>8</sup> zum Denkmalbegriff wäre die Diskussion um den Gegenstand Denkmal für den gesamten Untersuchungszeitraum unvollständig. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums fragten mehrere Autoren, ob sich die Denkmalpflege wandeln muss. Nach Wolfgang Wolters 1999 sind es Thomas Will/Hans-Rudolf Meier im Jahr 2005<sup>9</sup>, die einen Paradigmenwechsel diskutierten. Ähnliches beleuchtete der Rückblick von Jürgen Tietz aus dem Jahr 2005 auf dreißig Jahre Europäisches Denkmalschutzjahr, der nachspürte, wie Entwicklungen, die der heutigen Denkmalpflege Probleme bereiten, entstanden sein könnten.<sup>10</sup>

## Quellenlage

Überregionale Informationen zur Lage der Denkmalpflege bietet die Verbandszeitschrift der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger „Deutsche Kunst und Denkmalpflege“/ „Die Denkmalpflege“.<sup>11</sup> Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz ermöglicht in seinen Texten und Resolutionen, den gesamten Untersuchungszeitraum mit den wichtigsten Themen bundesweit nachzuvollziehen.

---

<sup>4</sup> Greipl 2003, Greipl 2008.

<sup>5</sup> Greipl/Hubel 2008.

<sup>6</sup> Hier vor allem Maier 1983, 2008.

<sup>7</sup> Sauerländer 1975, 1993.

<sup>8</sup> Mörsch 1977, 1981, 1986, 1987, 1989, 2004, 2005.

<sup>9</sup> Wolters 1999, Meier/Will 2005.

<sup>10</sup> S. hier Tietz 2005, aber auch Korff 2005.

<sup>11</sup> Namensänderung ab 52./1994 in „Die Denkmalpflege“.

Die jeweiligen Bundesländer bieten in den Publikationen der Landeskonservatoren primäre Informationen, für Bayern sind dies das Jahrbuch und die Arbeitshefte der Bayerischen Denkmalpflege sowie die Denkmalpflege Informationen. Einen Überblick über die Geschichte in den Jahren 1908–2008 gibt die Publikation „100 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege“. Einzelne Themen, die auf das Fach Kunstgeschichte übergreifen, sind in der „Kunstchronik“ nachzulesen.

Die Geschichte der ausgewählten Fallbeispiele wurde anhand der Akten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege ausgewertet. Die Bayerische Denkmaltopographie bietet für jeden Fall die erforderlichen Grundlagen.

## Denkmalpflege in der Nachkriegszeit

Die Arbeit der Denkmalpflege in der Zeit nach der Kapitulation am 08.05.1945 litt, wie auch andere Lebensbereiche, unter den Zeitumständen. Burkhard Körner zeigt in seiner Doktorarbeit die Positionen sowie praktische Beispiele der Denkmalpflege in der Nachkriegszeit auf.<sup>12</sup> In der Nachkriegszeit wurde die Tätigkeit des Denkmalpflegers weder öffentlich akzeptiert noch standen Mittel oder ausreichende gesetzliche Regelungen zur Verfügung. Nach der „Stunde Null“ mussten die Denkmalpfleger dafür sorgen, dass bei der beginnenden Entrümmung nicht auch Reste von Denkmälern mit beseitigt wurden. Körner zeigte, dass schon zu diesem frühen Zeitpunkt denkmalpflegerische Maßnahmen des Wiederaufbaus getätigt wurden.<sup>13</sup> Eine Fachdiskussion zu den grundsätzlichen Problemen fand nicht statt.<sup>14</sup> Der Denkmalpfleger dieser Zeit verstand sich mehr als Gestalter, der vielfach Rückrestaurierungen zu früheren Zuständen unternahm; von Befunden des historischen Zustands ließ er sich hierbei nicht stören.<sup>15</sup>

Anhand von Beispielen wies Körner nach, dass die „schöpferischen Denkmalpflege“ der 1920er Jahre kontinuierlich über das Kriegsende hinaus weiter betrieben wurde. So lassen sich beispielsweise Maßnahmen wie die „Rückführung“ des Innenraumes des Speyerer Doms mit der Restaurierung im Mainzer Dom vergleichen, obwohl 32 Jahre dazwischen liegen.<sup>16</sup>

Die Konservierung des Denkmals mit seinen unterschiedlichen Zeitschichten entsprechend der Theoriediskussion um 1900 – war im Nachkriegsdeutschland kein Thema. Vielmehr, so wies Körner nach, schloss man an das Handeln des 19. Jahrhunderts an, was bedeutete, das Denkmal dem Idealbild anzunähern, das der Denkmalpfleger von ihm hatte.<sup>17</sup> Ein Umdenken, auch gegenüber Restaurierungen, die vor

---

<sup>12</sup> Körner 2000, S. 14.

<sup>13</sup> Körner 2000, S. 15.

<sup>14</sup> Körner 2000, S. 156.

<sup>15</sup> Körner 2000, S. 154.

<sup>16</sup> Körner 2000, S. 155; die Maßnahmen im Dom von Speyer wurden 1957–1961 durchgeführt, im Dom von Mainz 1925–1928.

<sup>17</sup> Körner 2000, S. 156.

dem Krieg begonnen hatten, war auch in den 1960er Jahren nicht festzustellen.

### **Charta von Venedig, 1964**

Die internationale Charta über die Konservierung und Restaurierung von Denkmälern und Ensembles, die 1964 in Venedig von dem Zweiten Internationalen Kongress der Architekten und Techniker in der Denkmalpflege verabschiedet wurde und seither „Charta von Venedig“ genannt wird, kann als Wegbereiter der Denkmalschutzgesetze benannt werden. Hat sie auch keine Gesetzeskraft, so gilt sie doch als verbindlich für die Handelnden und definiert bereits zu einem Zeitpunkt, als die Denkmalschutzgesetze der Länder noch nicht existierten, Grundbegriffe für den Umgang mit Denkmälern. Sie wird auch als *Magna Charta der Denkmalpflege* oder als *Grundgesetz der Denkmalpflege* bezeichnet.<sup>18</sup>

Die Einleitung zur Charta von Venedig beschreibt deren Anliegen, dass die Denkmäler in der Gegenwart eine geistige Botschaft der Vergangenheit vermitteln. Die heutige Gesellschaft hat die Verpflichtung, das Erbe zu bewahren und kommenden Generationen weiterzugeben. Artikel 1 definiert den Denkmalbegriff, Artikel 2 die Disziplin der Konservierung und Restaurierung der Denkmäler, sozusagen die Denkmalpflege als Wissenschaft, die sich weiterer Wissenschaften und Techniken bedient, soweit es erforderlich ist.<sup>19</sup> Die Charta bezieht sich auf Einzeldenkmäler in ihrer Umgebung, auf das städtische und ländliche Ensemble, auf Bodendenkmäler und historische Orte.<sup>20</sup> Sie geht auf den Denkmalbegriff vom Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, der die Erhaltung der Denkmäler als Verpflichtung auffasst, ihr Erbe in der umfassenden Authentizität für die Zukunft zu erhalten.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> Handbuch 2004, S. 171.

<sup>19</sup> Denkmalschutz 1996, S. 55; Artikel 1: Der Denkmalbegriff umfasst sowohl das einzelne Denkmal als auch das städtische oder ländliche Ensemble (Denkmalbereich), das von einer ihm eigentümlichen Kultur, einer bezeichnenden Entwicklung oder einem historischen Ereignis Zeugnis ablegt. Er bezieht sich nicht nur auf große künstlerische Schöpfungen, sondern auch auf bescheidene Werke, die im Lauf der Zeit eine kulturelle Bedeutung bekommen haben.

<sup>20</sup> Charta von Venedig, Artikel 1, in: Petzet/Mader 1993, S. 326.

<sup>21</sup> Hubel 2006, S. 130.

In 16 Artikeln werden die Zielsetzung, die Erhaltung, die Restaurierung, Denkmalbereiche, Ausgrabungen – sowie das Erfordernis nach Dokumentation und Publikation definiert.<sup>22</sup> Besonders beachtenswert ist der Artikel 9, der die Restaurierung als Maßnahme charakterisiert, die *Ausnahmecharakter behalten sollte*;<sup>23</sup> ein bemerkenswert grundsätzlicher Appell, der im Tagesgeschäft gerne vernachlässigt wird. Weiter heißt es: *Wenn es aus ästhetischen oder technischen Gründen notwendig ist, etwas wiederherzustellen, von dem man nicht weiß, wie es ausgesehen hat, wird sich das ergänzende Werk von der bestehenden Komposition abheben und den Stempel unserer Zeit tragen.*<sup>24</sup>

Zugleich legt die Charta auch Empfehlungen vor, dass neben traditionellen Techniken auch erprobte moderne Konservierungs- und Konstruktionstechniken Anwendung finden können. Dies stellt eine Erweiterung des Kanons dar, der in Gesetzestexten beispielsweise keinen Eingang findet. Im Artikel 11 wird darauf hingewiesen, dass die Stilreinheit kein Restaurierungsziel ist, sondern die Beiträge aller Epochen auch des 19. Jahrhunderts zu einem Denkmal respektiert werden müssen.<sup>25</sup> Dieser Artikel ist der Geschichte der Denkmalpflege in der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg geschuldet, als man die Stilreinheit eines Baudenkmals und die Rückführung zu früheren Zuständen als vorrangiges Restaurierungsziel verfolgte. Heute verwenden wir den Begriff der „Zeitschichten“, die dem Denkmal im Laufe seiner Geschichte zuge wachsen sind.

Neben den Erläuterungen zu Denkmalbereichen, Ausgrabungen und Rekonstruktionen wird im Artikel 16 Wert auf die präzise Dokumentation aller Arbeitsphasen der durchgeführten denkmalpflegerischen Maßnahmen gelegt. Deren Veröffentlichung wird im Schlusssatz empfohlen, um auch die Öffentlichkeit an der besagten Wissenschaftlichkeit der Disziplin teilhaben zu lassen; ein nicht zu unterschätzender Appell für die Öffentlichkeitsarbeit eines handelnden Denkmalpflegers.<sup>26</sup> Gerade der Aspekt der Veröffentlichung dessen, was Denkmalschutz und

---

<sup>22</sup> Denkmalschutz 1996, S. 55/56, gibt die Fassung von 1989 wieder.

<sup>23</sup> Denkmalschutz 1996, S. 55/56.

<sup>24</sup> Denkmalschutz 1996, S. 55/56.

<sup>25</sup> Denkmalschutz 1996, S. 55/56.

<sup>26</sup> Denkmalschutz 1996, S. 56.

Denkmalpflege bedeuten, wird bis heute vielerorts vernachlässigt. Das heißt nicht, dass die Fachwelt nicht umfangreiche Publikationen auf höchstem Niveau produzieren würde. Aber es gibt nur wenige Veröffentlichungen, die bei dem interessierten Laien Verständnis für die Wissenschaft Denkmalpflege wecken.

Leider blieb der Appell der Charta von Venedig nach der Verabschiedung weitgehend ungehört. Die Wirtschaftswunder-Mentalität unterstützte einen maßstabslosen und Ressourcen verbrauchenden Städtebau, *die Unwirtlichkeit unserer Städte*<sup>27</sup> und die Dominanz der Wirtschaft führten zur Begründung von Bürgerinitiativen, die sich gegen den Abriss von Baudenkmälern und die Missachtung der Umwelt wehrten.<sup>28</sup> Auch auf europäischer Ebene hatten seit den 1960er Jahren diverse Zusammenkünfte zur Erhaltung und Revitalisierung des architektonischen Erbes stattgefunden, so 1958 in Paris und 1964 in Venedig, aus der 1965 der internationale Rat für Denkmalpflege (ICOMOS, International Council of Monuments and Sites) hervorgegangen ist.

## **1. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975**

### **Voraussetzungen, Entstehung**

1971 wurde in Straßburg ein europäisches Fachkomitee für Baudenkmäler und historische Stätten eingesetzt. Die europäischen Minister geben dem Komitee die Aufgabe, sich um einen wirksamen Schutz der städtebaulichen Ensembles zu kümmern und dafür die entsprechenden Maßnahmen im nationalen und internationalen Rahmen zu planen. Entsprechend dem im Jahr 1970 durchgeführten Naturschutzjahr wurde das Jahr 1975 als Abschluss und Höhepunkt der mehrjährigen Anstrengungen als Europäisches Denkmalschutzjahr proklamiert. Der Europarat rief bereits in einer Auftaktveranstaltung 1973 seine 21 Mitgliedsstaaten<sup>29</sup> zu einer Kampagne auf. In der Folge wurden deshalb nationale Komitees gegründet.

---

<sup>27</sup> So der viel zitierte Buchtitel von Alexander Mitscherlich, Stuttgart 1965.

<sup>28</sup> Hubel 2006, S. 132.

<sup>29</sup> Email von Juliane Kirschbaum (Geschäftsführerin des DNK bis 31.07.2008) an die Verfasserin vom 08.05.2008: Die Mitgliedstaaten sind: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Norwegen,



Am 07.12.1973 wurde in Bonn das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK) gegründet mit dem Auftrag, *die umfassende Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes in allen Bereichen unseres Lebens zu fördern*.<sup>30</sup> Es ist als bundesweit agierende Einrichtung in besonderem Maße geeignet und dazu aufgefordert, sich in Stellungnahmen und Resolutionen zu aktuellen Problemen zu äußern und europaweit mit vergleichbaren Organisationen zusammenzuarbeiten. Ziel ist, das Interesse der Bevölkerung am Denkmalschutz ebenso wie den Erhaltungsgedanken im Städtebau zu fördern, den Erlass denkmalfreundlicher Gesetze anzuregen und zu unterstützen.<sup>31</sup>

Am 06.08.1974 beschloss das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz die Konzeption für das „Europäische Jahr des Architekturerebes“, das als „Europäische Denkmalschutzjahr“ 1975 begangen wurde.<sup>32</sup> In dem genannten Beschluss heißt es:

*Dieses Jahr soll Anlass dazu sein, das Verständnis der Öffentlichkeit zu wecken und Grundlagen für eine neue Politik zu schaffen, die den Erhaltungsgedanken stärker als bisher zum Anliegen aller Beteiligten macht. Es gilt, jeden einzelnen Bürger ebenso zu aktivieren wie die öffentlichen Hand, die Wirtschaft und die Wissenschaft, und sie dazu anzuregen, mehr als bisher auf dem Gebiet der Erhaltung historischer Bauten, Ensembles und Kulturlandschaften zu leisten. Denkmalschutz wird dabei in umfassendem Sinne verstanden – als Mittel zur Erhaltung und Erhöhung der Qualität unserer gebauten Umwelt.*<sup>33</sup>

Zum Europäischen Denkmalschutzjahr gehörten in Deutschland verschiedene Veranstaltungen und eine Wanderausstellung mit Katalog. Die Wanderausstellung wurde vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege vorbereitet und am 03.07.1975 im Münchner Stadtmuseum eröffnet.

---

Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Zypern, Polen, UDSSR.

<sup>30</sup> Nationalkomitee 1983, S. 63, Geschäftsordnung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz.

<sup>31</sup> Nationalkomitee 1983, S. 63–65, Geschäftsordnung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz.

<sup>32</sup> Beschluss vom 06.08.1974, in: Zukunft 1975, S. 164–167.

<sup>33</sup> Beschluss vom 06.08.1974, in: Zukunft 1975, S. 164.

Der Titel des Katalogs „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ hatte sich im Laufe der „zweiten Zerstörungswelle“ in den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt. Der ungehemmte Bau-boom, der die moderne, oft autogerechte Stadt entstehen ließ, führte vor Augen, wieviel Denkmalsubstanz bei den sog. Stadtsanierungen, die oft genug eine Flächensanierung meinten, weichen musste. Diese werden auch als „Umweltzerstörung“ begriffen, in der die Originalität der historischen Stadtstrukturen und damit der individuelle Lebensraum des Einzelnen zerstört wird. Der damalige Bundespräsident Walter Scheel stellte in dem Vorwort des Katalogs die Erkenntnis des Europarats an den Anfang, dass nach 1945 mehr Bausubstanz zerstört wurde als während des Zweiten Weltkriegs.<sup>34</sup> Er ruft jeden Bürger zu mehr Sensibilität gegenüber seinem geschichtlichem Lebensraum auf und spricht ihn persönlich an, (dass) *es nicht gleichgültig (ist), wenn das Haus abgerissen wird, in dem der Großvater geboren wurde, wenn man nicht mehr in sein gewohntes Gasthaus gehen kann, wenn man einen Freund nicht mehr besuchen kann, weil das alte Stadtviertel, in dem er wohnte, Büro- und Geschäftshäusern weichen musste.*<sup>35</sup>

Mit diesen Worten sprach er vielen Bürgern aus der Seele, die sich gegen die autogerechte Stadt, zeitgemäße Betonbauten und damit gegen den Abriss ganzer Altstadtviertel wehrten. Langsam erwachte wieder ein Geschichtsbewusstsein, nachdem jahrelang das Alte dem Neuen Platz gemacht hat. Die historische Dimension der Altstädte und der geschichtliche Aussagewert der Denkmäler gewann seit dem Denkmalschutzjahr in der Öffentlichkeit an Bedeutung; Betonung erfuhr vor allem der Gedanke der originalen Substanz und damit die Einmaligkeit jedes Denkmals.

Bereits das spektakuläre Titelbild des Katalogs mit den gegeneinander gestellten Bildern der Hochhauslandschaft von Frankfurt a.M. und der malerischen Altstadt Bambergs spitzt das Anliegen zu. Auf der einen Seite hat eine Großstadt durch den gedankenlosen Bau gesichtsloser Hochhäuser ihre Individualität verloren, Bamberg dagegen scheint

---

<sup>34</sup> Zukunft 1975, S. 3.

<sup>35</sup> Zukunft 1975, S. 3

unterhalb des Doms alle Wesenszüge einer attraktiven und anheimelnden historischen Altstadt in sich zu vereinen. Durch diese Pointierung wird jedem das Thema „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ eindringlich vor Augen geführt. In den grundlegenden Aufsätzen und eindrücklichen Bildern wird klar herausgearbeitet, was Denkmalschutz und Denkmalpflege bedeutet und wozu falsch verstandene Erneuerungswut führt. Hierbei wird auch das vorindustrielle, also das handwerkliche Bauen, dem neuen Bauen mit vorgefertigten Elementen entgegen gestellt und eher negativ bewertet. *Denn schon rein qualitativ besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen „lebendigem“ handwerklichen Bauen in natürlichem Material und vergleichsweise „leblosem“ industriellen Bauen aus vorgefertigten Teilen. „Reproduzierbares Bauen“ kommt gewissermaßen vom Fließband und bedarf unter Umständen weder des Architekten noch des Handwerkers im alten Sinn.*<sup>36</sup> Dreißig bis vierzig Jahre später werden denkmalwerte Vertreter des industriellen Bauens mit vorgefertigten Elementen auch Einzug in die Denkmallisten halten. So wie man das 19. Jahrhundert lange Zeit als nicht erhaltenswert eingestuft hat, schätzte man in den 1960er Jahren das Bauen der eigenen Zeit als gering ein. Das neue Bauen verändert die Städte in einem bis dahin noch nicht gekannten Maß. Beispiele für den baulichen Brutalismus gibt es in fast jeder Stadt, man denke nur an die Petri-Garage und den Karstadt-Bau in Lübeck oder das Großkaufhaus am Neupfarrplatz in Regensburg. Geltende Maßstäbe bezüglich Gebäudehöhen, -kubaturen und Parzellengrößen werden negiert, dadurch kommt es zu Brüchen in der Stadtstruktur. *Erst die maschinellen und die damit verbundenen sozialen Umwälzungen der Neuzeit haben die Städte dermaßen verändert, dass wir jetzt um ihre Zukunft bangen müssen, weil sie bald keine Vergangenheit mehr haben werden. Es sei denn, wir tun etwas dagegen. Wir alle.*<sup>37</sup> In vielen Städten, vornehmlich in den Städten mit historischer Bausubstanz, haben sich bereits 1975 Bürgerinitiativen gebildet, die sich um die Geschichte und die Erhaltung ihrer Kulturdenkmäler bemüht und Abrisse zu verhindern sucht.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Petzet 1975, S.8.

<sup>37</sup> Schutz 1975, S. 13.

<sup>38</sup> Schutz 1975, S. 46/47.

Bereits 1973 wurden fünf deutsche Beispielstädte ausgewählt und dem Europarat als Modellstädte für das Denkmalschutzjahr benannt: Berlin, Xanten, Trier, Alsfeld und Rothenburg o.d.T., später kamen Bamberg, Lübeck und Regensburg dazu.<sup>39</sup> Die Auswahl dient zur Verdeutlichung des Wertes, den unterschiedliche historische Städte uns heute vermitteln können, so z. B. Berlin als Großstadt des 19. Jahrhunderts und Alsfeld als Beispiel für eine kleine mittelalterliche Stadt. In dem Katalog zur Wanderausstellung werden die Städte mit ihrer Geschichte, Wirtschaft und Bevölkerung vorgestellt, es wird auf den Altstadt kern und die damit verbundene Planungen eingegangen und anhand von Fotos der Zustand vor und nach der Stadtsanierung gezeigt. In Trier wird beispielsweise auch auf den bereits fertiggestellten Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude eingegangen, ohne auf die damit verbundene denkmalpflegerische Problematik hinzuweisen.<sup>40</sup> Dem folgen Äußerungen zu anderen bereits abgeschlossenen Wiederaufbauten, vor allem von Kirchen, Schlössern und Residenzen und geben damit die geltende Fachmeinung wieder: *Rekonstruktionen bis ins Detail der Innenausstattung in der ersten Phase des Wiederaufbaus noch mit Skepsis betrachtet erscheinen uns heute absolut gerechtfertigt.*<sup>41</sup> Diese Äußerungen folgen einer Tradition der schöpferischen Denkmalpflege, die seit den 1920er Jahren existiert, die auch direkt nach dem Zweiten Weltkrieg angewendet wurde und sich – offensichtlich – bis in die 1970er Jahre erhalten hat. So nimmt es nicht Wunder, dass es viele Beispiele dafür gibt, wie gewachsene Zustände eines Denkmals entfernt und die Bauformen auf die vermeintliche Entstehungszeit des Denkmals zurückgeführt wurden.<sup>42</sup> Die Rückbesinnung auf die Werte der historischen Architektur und der gewachsenen Stadt mag seine Wurzeln auch in dem modernen Städtebau und dem Bau gesichtsloser Siedlungen haben; vielerorts stieß die moderne Stadtplanung auf Widerstand und förderte somit die Aufwertung der vorhandenen historischen Bauten.

---

<sup>39</sup> Gebeßler 1975, S. 73.

<sup>40</sup> Gebeßler 1975, S. 95: Wiederaufgebaut sind u.a. die im Krieg teilzerstörte römische Basilika und die völlig zerstörte Häusergruppe am Hauptmarkt.

<sup>41</sup> Durian-Ress 1975, S. 123.

<sup>42</sup> S. Kapitel I.3, 1975: Fachdiskurs in der Denkmalpflege.

Allen Beteiligten, vom einzelnen Bürger bis zu den politisch Verantwortlichen, sollte durch die Ausrufung des europäischen Denkmalschutzjahres der Gedanke der Denkmalerhaltung stärker als bisher präsent werden. Der Beschluss von 1974 sah für die Durchsetzung des Denkmalschutzgedankens die Schaffung der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen sowie für Forschung und Dokumentation vor.<sup>43</sup> Das Deutsche Nationalkomitee hat in seinem Beschluss über die Konzeption für das Europäische Denkmalschutzjahr die Grundlagen, seine Ziele und Aufgaben und die geplanten Maßnahmen festgelegt. Eine Umfrage belegte 1976, dass zwei Drittel aller Erwachsenen das Denkmalschutzjahr bewusst wahrgenommen haben.<sup>44</sup>

Der Architekt Rolf Romero stellte 1974 fest, dass die Öffentlichkeitsarbeit, also die Medien, einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Bewusstsein für die Denkmalpflege leisten können. Er appellierte an die Politik, die längst notwendigen Denkmalschutzgesetze zu schaffen und Denkmallisten zu erstellen; er mahnte den Erlass von Satzungen für die Gestaltung von Neubauten innerhalb historischer Strukturen an.<sup>45</sup> Das Nationalkomitee hat in seinem Beschluss für das Denkmalschutzjahr die eigenen Maßnahmen zur Stärkung des Denkmalbewusstseins beschrieben und forderte die politisch Verantwortlichen auf, sich diesem Gedanken ebenfalls anzunehmen.

Dass der Weg von der Rentabilität zu einer behutsamen Restaurierung von Baudenkmalern in dieser Zeit noch sehr weit ist, machte der Beitrag von Reinhard Reuter in derselben Ausgabe der Zeitschrift leider überdeutlich.<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup> Beschluss vom 06.08.1974, in: Zukunft 1975, S. 165.

<sup>44</sup> Eine Umfrage des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts, in: Kirschbaum 2005, S. 166–169.

<sup>45</sup> Romero 1974, S. 4–6.

<sup>46</sup> Reuter 1974, S. 53–62: Reuter machte eine Untersuchung zur Rentabilität von Objektsanierung in historischen Stadtvierteln (Alsfeld/Oberhessen). Hier wird angeblich mit „Einfühlungsvermögen“ an die Sanierung eines Fachwerkwohnhauses in den Jahren 1967–1970 herangegangen. Leider werden Maßnahmen wie die Absenkung der Decke über dem EG (Stahlbetondecke mit Stahlunterzügen) vorgenommen, zur Fundamentierung der Stahlstützen werden die Kellermauern teils erneuert, die Treppe wird aus der historischen Situation entfernt und außen am Haus angebracht. Diese kurze Beschreibung zeigt, was man damals unter „Objektsanierung“ verstanden hat.

Die amtlichen Denkmalpfleger standen diesem Tun lange Zeit noch ohne ausreichende Gesetze und Personal machtlos gegenüber. Zwei Jahre nach dem Denkmalschutzjahr und vier Jahre nach Erlass des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes berichtete der Konservator Heinrich Habel 1977 aus Bayern über die bereits 1969 vom Stadtrat beschlossene Stadtsanierung von Fürth, der ein Drittel der Altstadt zum Opfer fiel; auf einer Fläche von über 8 Hektar wurden 132 Häuser meist des 18. Jahrhunderts abgeräumt.<sup>47</sup> Als Legitimation führte man die unzureichenden sanitären Verhältnisse an; die dunklen, lichtlosen Hinterhöfe galten als ungesund im Vergleich zur hellen, sauberen, eben modernen Bebauung. Der Begriff Sanierung implizierte damals nicht die Renovierung des Bestandes und damit die schonende Erhaltung des Denkmals oder des gesamten Stadtquartiers, sondern die weitgehende Zerstörung der Häuser und damit auch der historischen Parzellenstruktur.<sup>48</sup> Oft war es ein glücklicher Zustand, wenn nur die Fassaden der Häuser stehen blieben. Vorgänge wie dieser zeigen, dass das ausgerufene Jahr zum Schutz der gebauten Geschichte sowie der Vollzug der Denkmalschutzgesetze überfällig war, um den Stadt- und damit Flächensanierungen Einhalt zu gebieten.

## **Denkmalschutzgesetze der Bundesländer**

Der Denkmalschutzgedanke ist in fast allen Ländern in den Verfassungen verankert. Zur Zeit des Europäischen Denkmalschutzjahres waren die Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der Denkmäler noch nicht sehr weit gediehen. Außer dem Vorreiter Schleswig-Holstein (1958) hatte nur Baden-Württemberg seit 1971, das Land Bayern seit 1973 ein Denkmalschutzgesetz. Das Deutsche Nationalkomitee erließ 1974 einen Katalog von Anforderungen, die an die Formulierung eines Denkmalschutzgesetzes zu stellen sind<sup>49</sup> und kam damit seiner

---

<sup>47</sup> Habel 1977, S. 5–32.

<sup>48</sup> Petzet/Mader 1993, S. 49.

<sup>49</sup> Anforderungen, die an ein Denkmalschutzgesetz und seinen Vollzug zu stellen sind, Alsfeld, 4. November 1974, in: Denkmalschutz 1996, S. 103/104: Dort wird ein allgemeiner und vollständiger Vorschlag für den Entwurf eines Denkmalschutzgesetzes gegeben, natürlich mehr grundsätzlicher Art, ohne individuelle und landestypische Eingaben.

eigenen Vorgabe nach, *konkrete Vorschläge zum Erlass neuer Schutzvorschriften zu machen*.<sup>50</sup> Ein Appell an alle Länder, am Erlass ihres Denkmalschutzgesetzes zu arbeiten.

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind in Deutschland eine staatliche Aufgabe, der Erlass eines Gesetzes fällt auf Grund der Kulturhoheit nach dem Grundgesetz in die Kompetenz der jeweiligen Länder. Einen Musterentwurf für ein Denkmalschutzgesetz hat es nicht gegeben, anders als mit der Musterbauordnung des Bauordnungsrechts.<sup>51</sup>

In einigen Ländern lagen bereits Vorarbeiten und Gesetzesentwürfe für ein Denkmalschutzgesetz vor, deren Verabschiedung bislang politisch noch nicht gewollt war.<sup>52</sup>

1975 hatten gerade sechs von damals elf Bundesländern eigene Denkmalschutzgesetze erlassen, nämlich Baden-Württemberg als erstes westdeutsches Bundesland, danach Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein.<sup>53</sup> Noch weitere fünf Jahre zogen sich die Gesetzgebungsverfahren in den übrigen Bundesländern hin, bis alle Länder eigene Gesetze hatten.<sup>54</sup> Zuletzt erhielt 1980 Nordrhein-Westfalen sein Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler<sup>55</sup>, womit die Phase der rechtlichen Neugestaltung des Denkmalschutzes in den westlichen Bundesländern als abgeschlossen betrachtet werden kann.<sup>56</sup> Für den parallelen Behördenaufbau von Unterer Denkmal(schutz)behörde und Fachbehörde haben sich fast alle entschieden.<sup>57</sup>

---

<sup>50</sup> Beschluss vom 06.08.1974, in: Zukunft 1975, S. 165.

<sup>51</sup> Martin 2005, S. 151.

<sup>52</sup> Hammer 1995, S. 330.

<sup>53</sup> Baden-Württembergs Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale trat am 25.05.1971 in Kraft, Bayerns Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler wurde am 25.6.1973 erlassen, trat am 01.10.1973 in Kraft, Bremens Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale am 27.05.1975, Hamburgs Denkmalschutzgesetz am 03.12.1973, Hessens Denkmalschutzgesetz am 23.9.1974, Schleswig-Holsteins Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (von 1958) am 18.09.1972, in: Handbuch 2006, S. 85/86.

<sup>54</sup> Berlin erhielt sein Gesetz am 22.12.1977, Niedersachsen am 30.05.1978, Rheinland-Pfalz am 23.03.1978, Saarland am 12.10.1977, in: Handbuch 2006, S. 85/86.

<sup>55</sup> Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen vom 11.03.1980, zuletzt geändert 20.06.1989, in: Handbuch 2006, S. 85/86.03.

<sup>56</sup> Hammer 1995, S. 331/332: Viele Novellen folgten auf die neuen Gesetze, die zusätzlich verbessert wurden, z. B. um den Schutz der Ensembles und die Erhaltungspflicht.

<sup>57</sup> Schiedermaier 1975, S. 148.

Die Gestaltung der Denkmalschutzgesetze ist so unterschiedlich wie die Länder selbst, sie differieren bei der Unterschutzstellung, bei der Behandlung von Ensembles / Gesamtanlagen, ebenso beim Behördenaufbau und der Zusammenarbeit von Fach- und Schutzbehörden.<sup>58</sup> Auch die Voraussetzungen für die Unterschutzstellung von Denkmälern wurden unterschiedlich gestaltet, ebenso wie die Definitionen des jeweiligen Denkmalbegriffs, der das übergeordnete Kriterium der Geschichtlichkeit des Denkmals noch näher eingrenzt.<sup>59</sup> Die Denkmaleigenschaft einer Sache ist durch die Gerichte voll überprüfbar, da es sich um die Anwendung von unbestimmten Rechtsbegriffen handelt. Das Denkmalrecht ist zweistufig, vor der Unterschutzstellung wird zunächst die Denkmaleigenschaft einer Sache geprüft. Die zweite Stufe ist die Erlaubnis, die zu seiner Veränderung zu beantragen ist. Die Formulierungen für die Denkmäler in kirchlichem Gebrauch variieren ebenfalls innerhalb der Ländergesetze. In der praktischen Umsetzung stellte sich aber heraus, dass die Unterschiede keine gravierenden Folgen haben.<sup>60</sup> Fünf Länder haben einen dreistufigen Behördenaufbau (mit Unterer Denkmal(schutz)behörde, Oberer/Höherer und Oberster Denkmalschutzbehörde), die anderen Länder haben sich meist für zwei Behörden ohne Mittelbehörden entschieden.<sup>61</sup> Die Untere Denkmalschutzbehörde<sup>62</sup> (kreisfreie Städte, Landratsämter, große Kreisstädte sowie kreisangehörige Gemeinden, denen die Aufgaben der Unteren Bauaufsichtsbehörde übertragen wurden) ist erster Ansprechpartner für Bürger und Antragsteller, sie entscheidet über die Erlaubnis- bzw. Genehmigungsanträge und beteiligt in dem Verfahren

---

<sup>58</sup> Näheres in der Einleitung zu Denkmalschutzgesetze 1982, S. 7.

<sup>59</sup> Hammer 1995, S. 334: Die Begründung des öffentlichen Interesses an der Erhaltung von Kulturdenkmälern wird in den verschiedenen Gesetzen mit unterschiedliche Begrifflichkeiten ausgedrückt, so heißt es im Niedersächsischen Gesetz „wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder städtebaulichen Bedeutung“, im Baden-Württembergischen Gesetz „aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen Gründen“, oder im Bayerischen Gesetz „wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkswissenschaftlichen Bedeutung“. Näheres in: Denkmalschutzgesetze S. 81/11/19.

<sup>60</sup> Hammer 1995, S. 337.

<sup>61</sup> Das Saarland kennt z. B. nur eine untere und eine oberste Denkmalschutzbehörde; weitere Länder sind Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern.

<sup>62</sup> Die Bezeichnungen variieren innerhalb der Bundesländer, daher verwende ich im Folgenden „Untere Denkmalschutzbehörde“.



die zuständige Fachbehörde. Man sollte hier nicht außer Acht lassen, dass die Untere Denkmalschutzbehörde eine politische Verwaltung ist, die viele Interessen zu berücksichtigen hat wie z. B. kurze Verfahrenszeiten und geringe Sachkosten. Über die Besetzung der Unteren Denkmalschutzbehörden und damit deren Qualifizierung gibt das Gesetz keine Auskunft.

Den Vollzugsbehörden, also den Unteren Denkmalschutzbehörden, wurden Fachbehörden, die keine politischen Behörden sind, beratend zur Seite gestellt.<sup>63</sup> Das überregional agierende Landesamt für Denkmalpflege berät die Unteren Denkmalschutzbehörden und die weiteren Beteiligten im Verfahren. Durch das landesweite Wirken der Fachbehörde ist ein gewisser Standard gesichert, den eine nur in begrenztem Gebiet zuständige Untere Denkmalschutzbehörde nicht erreichen kann. Die Fachbehörde verfügt über den speziellen Sachverstand, der alle Fälle denkmalpflegerischen Handelns umfasst, z. B. die deklaratorische oder konstitutive Denkmaleintragung, die praktische Denkmalpflege und die Beratung bei Restaurierungs- und Konservierungsvorhaben. Die wissenschaftliche Untersuchung zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern aus Stein, Holz, Metall, Leinwand u. a. wird durch die Restaurierungsabteilung mit entsprechendem Fachpersonal geleistet; Modellrestaurierungen einzelner Objekte gehören dazu.

In den Denkmalschutzgesetzen ist die Form der Mitwirkung der Fachbehörde unterschiedlich geregelt; ihnen muss die Schutzbehörde für jeden Erlaubnisantrag, den der Eigentümer oder Nutzer stellt, einen Entscheidungsvorschlag zukommen lassen. Nun haben sich beide Behörden über die Entscheidung zu einigen, deren stärkste Form das Einvernehmen ist, d.h. die vollinhaltliche Übereinstimmung zwischen Vollzugs- und Fachbehörde. Eine schwächere Form ist mit dem Benehmen z. B. im nordrhein-westfälischen Gesetz festgelegt, was den Austausch von Argumenten bedeutet, der zur Übereinstimmung führen sollte. Die bloße Anhörung der Fachbehörde stellt die schwächste Form der Mitwirkung dar. Üblicherweise werden die vorliegenden Anträge in Ortsterminen mit den Unteren Denkmalschutzbehörden, teilweise mit Beteiligung des Kreis- oder Stadtheimatpflegers besprochen. Sind Unte-

---

<sup>63</sup> Spennemann 2005, S. 64.

re Denkmalschutzbehörde und Fachbehörde nicht einer Meinung, wird der Fall im sog. Dissensverfahren an die höhere Verwaltungsinstanz (Obere Denkmalschutzbehörde, staatliche Mittelinstanz) als Entscheidungsinstanz weitergegeben.<sup>64</sup> Wurde auch hier keine Einigung erzielt, geht der Fall an die höchste Instanz weiter, die Oberste Denkmalschutzbehörde, die in dem entsprechenden Ministerium der Landesregierung angesiedelt ist. Die Oberste Denkmalschutzbehörde steht über der Fachbehörde und kann auf deren Entscheidungen politischen Einfluss nehmen. Durch diese Weisungsgebundenheit leidet oft die Fachkompetenz; nur in drei Bundesländern ist die Fachbehörde bei der Erstellung von Gutachten unabhängig.<sup>65</sup> Neben den direkten Fördermöglichkeiten aus kommunalen, landesweiten Förderungen und Bundesförderungen sind die Steuervergünstigungen für Denkmaleigentümer das indirekte Mittel der Förderung. Das Einkommenssteuergesetz mit der erhöhten Absetzung bei Baudenkmalern und Steuerbefreiungen nach dem Grundsteuergesetz tragen dazu bei, die Last der denkmalbedingten Mehrkosten für den Eigentümer erträglicher zu gestalten. So können die Mehrkosten über Jahre abgeschrieben werden und stellen damit auch einen Investitionsanreiz dar.<sup>66</sup> Das Land Schleswig-Holstein brachte 1977 den Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Stadtkerne ein. Der Bundesrat erweiterte das Gesetz, indem er die Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden hinzunahm. Damit konnte der damalige § 82i des Einkommensteuer-Durchführungsgesetzes erstmals auf die (nach dem

---

<sup>64</sup> In Baden-Württemberg wurde zum 01.07.2001 das Dissensverfahren abgeschafft, in Bayern bereits 1994.

<sup>65</sup> Spennemann 2005, S. 71: Dies sind Brandenburg (§ 4 Abs. 3 DSchG BRA), Nordrhein-Westfalen (§ 22 Abs. 4 DSchG NW), Sachsen-Anhalt (§ 5 Abs. 3 DSchG S-A).

<sup>66</sup> Einkommensteuergesetz EstG §§ 7 h, 7 i, 10 b, 10 f, 10 g, 11 a und 11 b; § 32 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973; Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz, Umsatzsteuergesetz; bundesweite Förderungen sind: Denkmalförderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Programm „National wertvolle Kulturdenkmäler“, Programm „Leuchttürme neue Bundesländer“, Programm „Kultur in den neuen Bundesländern“, Programm „Dach und Fach“ für die neuen Bundesländer, Sondermünze für die Restaurierung Brandenburger Dom, Georgenkirche Wismar, Altstadt Quedlinburg, Schloss Altenburg, Denkmalförderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bauen und Wohnungswesen, Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in den neuen Ländern, Städtebauförderungsprogramm, Denkmalpflegeforschung des Bundes.

31.12.1977 abgeschlossene) Herstellungskosten angewendet werden.<sup>67</sup> Das Wohnungsbauförderungsgesetz vom 22.12.1989 arbeitete ebenfalls mit Fristen, innerhalb derer die Kosten abgesetzt werden konnten. Da sich die Möglichkeit der Kostenabsetzung bei der Denkmalerhaltung bewährt hatte, wurde in dem § 7i des Einkommensteuergesetzes eine gesetzliche Dauerregelung geschaffen, die eine unmittelbare Abschreibungsmöglichkeit erlaubte.<sup>68</sup> Begünstigt sind Maßnahmen am Baudenkmal zur Erhaltung und sinnvollen Nutzung, die in Abstimmung mit der zuständigen Behörde durchzuführen sind. Mit dem Steueränderungsgesetz 2003 wurde auch der Aufwand für die Anschaffung absetzbar gemacht.<sup>69</sup> Im Jahr 2004 wurde der Absetzungszeitraum von zehn auf zwölf Jahre verlängert.<sup>70</sup>

Kaum Erwähnung findet der Eigentümer des Denkmals in den deutschen Denkmalschutzgesetzen, er hat ausschließlich Pflichten. Selbst auf Zuschüsse hat er keinen Rechtsanspruch, da sich kein Land darauf verlassen kann, dass seine Finanzmittel zuverlässig zur Verfügung stehen.

Die flankierende Bundesgesetzgebung wurde nach und nach den denkmalpflegerischen Belangen angepasst, wie z. B. durch die Novellierung des Bundesbaugesetzes 1976, die den Auftrag enthält, Denkmäler zu berücksichtigen. In der Bauleitplanung sind nun erhaltenswerte Ortsteile, Bauten, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung zu berücksichtigen.<sup>71</sup> Die Novellierung von 1998 hielt die Kommunen dazu an, auch informelle Planungen (wie z. B. Denkmalpflegepläne) in die Abwägungen bei der Aufstellung von Bauleitplänen mit einzubeziehen. Nachdem im Bundesbaugesetz von 1960 nicht alle Belange geregelt waren, wurde 1971 das Städtebauförderungsgesetz erlassen, das vor allem Sanierungs- und Entwicklungsmaß-

---

<sup>67</sup> Mein Dank gilt hier Wolfgang Göhner, Justitiar des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, der mir die folgend genannte Quelle zur Geschichte der Steuererleichterung nannte. Einkommensteuergesetz 2007, S. 5.

<sup>68</sup> Einkommensteuergesetz 2007, S. 6.

<sup>69</sup> Einkommensteuergesetz 2007, S. 7. Gültig ab 01.01.2004.

<sup>70</sup> Haushaltbegleitgesetz 2004. In den ersten acht Jahren können 9 % abgesetzt werden, in den folgenden vier Jahren 7 %.

<sup>71</sup> Hammer 1995, S. 341.

nahmen regeln sollte. Es wandelte sich von einer Haltung zugunsten radikaler Erneuerung der Altstädte nach seiner Novellierung 1976 zu einem erhaltungsfreundlichen Grundmaß, in dem die Sanierung von kleineren Einheiten ermöglicht wurde.<sup>72</sup> Die Rücksichtnahme auf geschichtliche, städtebauliche und künstlerische Situationen wurde verlangt. Erhaltungsziele wurden neben Modernisierungszielen als gleichrangig anerkannt.<sup>73</sup> Das Städtebauförderungsgesetz sollte vorrangig städtebauliche Missstände beseitigen, die Sanierung wird hier im Rahmen von Bebauungsplänen durchgeführt. In dem Gesetz war die finanzielle Förderung zur Erhaltung von historischen Gebäuden ausdrücklich vorgesehen. Allerdings mangelte es dem Städtebauförderungsgesetz und dem Bundesbaugesetz an einer Verankerung von Denkmalschutz und Denkmalpflege. Ein Missstand, der bei der nächsten Novellierung verbessert werden sollte, so Schiedermaier im Katalog zum Denkmalschutzjahr.<sup>74</sup>

Die gemeindliche Erhaltungssatzung, ebenfalls im Bundesbaugesetz festgelegt, wurde vielerorts als Instrument genutzt, um den Leitsatz „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ in den Gemeinden vor Ort effektiv umzusetzen.

---

<sup>72</sup> Hammer 1995, S. 341.

<sup>73</sup> v. Beyme 1977, S. 231.

<sup>74</sup> Schiedermaier, Werner, Zur Denkmalschutzgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zukunft 1975, S. 147–154.

## Novellierungen und Änderungen der Denkmalschutzgesetze<sup>75</sup>

Seit den 1990er Jahren wurden in einigen Ländern teils gravierende Änderungen der Denkmalschutzgesetze durchgeführt. Von politischer Seite begründet wurden diese Maßnahmen mit dem Abbau von hinderlichen Verwaltungsstrukturen und mit der angestrebten Vereinfachung der Verfahren. Durch den Rückzug des Staates aus vielen Lebensbereichen wurden viele Institutionen und Verfahren der Überprüfung unterzogen. Dabei stand auch der Behördenaufbau und die Zusammenarbeit der Denkmalbehörden zur Diskussion, worauf einige Länder mit Gesetzesänderungen meist zu Ungunsten der Fachbehörden reagierten. In vielen Denkmalfachbehörden wurden Organisationsuntersuchungen durchgeführt, um Abläufe und Strukturen offen zu legen und Analysen anzustellen.

---

<sup>75</sup> Einen Überblick über den Stand der Novellierungen bis zum Jahr 2005 bietet: Handbuch 2006 S. 85/86. Stand der Gesetzesänderungen und Novellierungen 2005: Baden-Württemberg, Denkmalschutzgesetz – DSchG vom 06.12.1983 (GBl. S. 797), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.07.2004 (Gbl. S. 469); Bayern, Denkmalschutzgesetz – DSchG vom 25.06.1973 (GVBl.S.328), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.07.2003 (GVBl 2003, S. 475); Berlin, Denkmalschutzgesetz Berlin – DSchG Bln vom 24.04.1995 (GVBl. S. 274), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.07.2001 (GVBl. S. 271); Brandenburg, Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz – BbgDSchG vom 24.05.2004 (BVBl. 2004 S. 215); Bremen, Denkmalschutzgesetz – DSchG vom 27.05.1975 (BremGBl. S. 265), zuletzt geändert durch Artikel 2 § 5 des Gesetzes vom 17.12.2002 (BremGBl. S. 605); Hamburg, Denkmalschutzgesetz vom 03.12.1973, neu gefasst am 25.06.1997, zuletzt geändert am 18.07.2001 (GVBl. S. 255); Hessen, Denkmalschutzgesetz vom 05.09.1986 (GVBl. I 1986, S. 269), zuletzt geändert am 31.10.2001 (GVBl. I 2001, S. 434); Mecklenburg-Vorpommern, Denkmalschutzgesetz DSchG M-V vom 06.01.1998 (GVObL. S. 12) zuletzt geändert am 22.11.2001 (GVObL. S. 438); Niedersachsen, Denkmalschutzgesetz vom 30.05.1978 (Nds. GVBl. S. 517), zuletzt geändert am 11.11.2004 (GVBl. S. 415); Nordrhein-Westfalen, Denkmalschutzgesetz – DSchG vom 11.05.1980, zuletzt geändert am 25.09.2001 (GV. NRW S. 708); Rheinland-Pfalz, Denkmalschutz- und pflegegesetz – DSchPflG vom 23.03.1978 (GVBl 1978 S. 159) zuletzt geändert am 05.04.2005 (GVBl. 2005 S. 98); Saarland, Denkmalschutzgesetz SDschG vom 19.05.2004 (Amtsbl. 2004, S. 1498); Sachsen, Denkmalschutzgesetz – SächsDSchG vom 03.03.1993 (SächsGVBl. S. 229) zuletzt geändert am 05.05.2004 (SächsGVBl. S. 148, 154); Sachsen-Anhalt, Gesetz vom 21.10.1991 (GVBl. LSA S. 368), zuletzt geändert am 22.12.2004 (GVBl. LSA S. 853); Schleswig-Holstein, Denkmalschutzgesetz – DSchG vom 21.11.1996 (GVObL. S. 677), zuletzt geändert am 16.12.2002 (GVObL. S. 264); Thüringen, Denkmalschutzgesetz – ThürDSchG, Neubekanntmachung vom 14.04.2004 (GVBl. S. 465).

Berlin erhielt 1995 ein neues, modernes Denkmalschutzgesetz, das sich durch seine abstrakte Formulierung und einen Denkmalbegriff ohne zeitliche Grenze auszeichnete.<sup>76</sup>

In Niedersachsen wurde die Denkmalfachbehörde 1996 entscheidend an ihrem Mitwirken im denkmalpflegerischen Verfahren beschnitten, was als Gesetz zur Verbesserung der kommunalen Handlungsfähigkeit bezeichnet wurde.<sup>77</sup> Der Unteren Denkmalschutzbehörde wurden Entscheidungskompetenzen übertragen, ohne zu prüfen, ob dort auch die entsprechende Fachkenntnis vorhanden ist. Tatsächlich sei nur die Hälfte der Unteren Denkmalschutzbehörden mit entsprechendem Personal ausgestattet!<sup>78</sup> Sie entscheidet dennoch darüber, in welchen Fällen von *besonderer Bedeutung* die Fachbehörde hinzuzuziehen sei.<sup>79</sup> Die Tatsache, dass den unterschiedlich qualifizierten Unteren Denkmalschutzbehörden die Entscheidung übertragen wurde, die Bedeutung einer Maßnahmen eigenständig einzuschätzen und danach zu handeln, kann nur als Schwächung der Fachbehörde bewertet werden. Mit diesem Verfahren läuft das Land Niedersachsen Gefahr, dass wichtige Restaurierungsmaßnahmen an bedeutenden Denkmälern nicht entsprechend fachlich unterstützt werden; dies ist offensichtlich von der Politik gewollt und es wird akzeptiert, dass möglicherweise kulturelle Werte nicht ihrer Bedeutung entsprechend erhalten werden. Die Beteiligung der Fachbehörde kann damit in Niedersachsen zum Ausnahmefall werden.

Schleswig-Holstein hat in seinem novellierten Gesetz von 1996 festgelegt, dass bei *allen Maßnahmen auf die berechtigten Belange der Verpflichteten Rücksicht zu nehmen* ist.<sup>80</sup>

---

<sup>76</sup> Denkmalschutzgesetz Berlin – DSchG Bln vom 24.04.1995 (GVBl.S. 274).

<sup>77</sup> Viebrock 1999, S. 62.

<sup>78</sup> Spennemann 2005, S. 146. Er bezieht sich auf den Kommentar des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes von Schmaltz/Wichert 1998, § 26 Randnummer 14.

<sup>79</sup> Änderung des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 28.05.1996 (GVBl. S.242) im § 26: *Die Denkmalschutzbehörden werden vom Institut für Denkmalpflege bei der Erledigung ihrer Aufgaben unterstützt und beraten. Sie haben dem Institut die Genehmigungsanträge für Maßnahmen von besonderer Bedeutung rechtzeitig anzuzeigen und in dem erforderlichen Umfang Auskunft und Akteneinsicht zu gewähren.* In: Denkmalschutzgesetze 1997, S. 84.

<sup>80</sup> Denkmalschutzgesetze 1997, S. 146: Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale in der Fassung vom 21.11.1996 (GVBl. S. 677), § 8 Handhabung des Gesetzes.

Mehrere Länder, darunter Berlin und Sachsen, haben Ende der 1990er Jahre mit dem sog. „pauschalierten Einvernehmen“, einer Vereinfachungsregelung im praktischen Verfahren versucht, eine Verbesserung im täglichen Umgang zwischen Schutz- und Fachbehörde zu erreichen.<sup>81</sup> Das vom Landesamt erforderliche Einvernehmen im denkmalrechtlich genehmigungsverfahren wird damit im Voraus für verschiedene Baugruppen erteilt, z. B. für Bauten, die nach 1870 entstanden sind. In beiden Ländern wurden Sakralbauten und weitere Bauten nach verschiedenen Kriterien von der Regelung des sog. pauschalierten Einvernehmens ausgenommen.<sup>82</sup> Durch die Neuregelung wurde die Verantwortung für die genannten Bauten an die Unteren Denkmalschutzbehörden delegiert, trotzdem ist das Hinzuziehen der Fachbehörde möglich. Neben der Stärkung der Unteren Denkmalschutzbehörden in ihrem Gebiet wurden die Fachbehörden mit dieser Regelung entlastet, aber auch ihres Einflusses beraubt.

Die Länder Thüringen, Saarland und Brandenburg haben 2004 ihre Gesetze überarbeitet.<sup>83</sup> Im Saarland wurde dem Deregulierungsgedanken kräftig nachgeholfen, indem die bisher drei mit der Denkmalpflege beauftragten Behörden nun zu einer Behörde zusammengezogen wur-

---

<sup>81</sup> Viebrock 1999, S. 62/63: Berlin erließ am 01.03.1997 die „Richtlinien zur Herstellung des pauschalierten Einvernehmens mit dem Landesdenkmalamt Berlin gem. § 20 des Gesetzes zum Schutz von Denkmälern in Berlin“; Sachsen zog am 01.04.1999 nach mit einer „Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Herstellung des Einvernehmens gemäß § 4 Abs. 2 SächsDSchG zwischen den Unteren Denkmalschutzbehörden und dem Landesamt für Denkmalpflege Sachsen (VwV-Einvernehmen)“; weiter haben Niedersachsen, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Schleswig-Holstein Richtlinien zum „pauschalierten Einvernehmen“ erlassen.

<sup>82</sup> Viebrock, S. 62/63, in Berlin sind weiter die Bauten des „Dehio“, Bauten von Bund, Land und anderen staatl. Gebietskörperschaften vom pauschalierten Einvernehmen ausgenommen ebenso wie Bauten, die vom Land Berlin gefördert werden; in Sachsen sind Werke der bildenden Kunst, Bauten der Religionsausübung, Herrschaftsbauten, öffentliche Bauten der Industrie und Technik, Gartenanlagen, Villen ausgenommen. Ebenfalls geprüft werden muss, wenn mehr als 50 % vom Abbruch eines Denkmals betroffen ist.

<sup>83</sup> Brandenburg hat zum nachrichtlichen System gewechselt, s. Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz – BbgDSchG vom 24.05.2004 (BVBl. 2004 S. 215), Thüringer Denkmalschutzgesetz – ThürDSchG, Neubekanntmachung vom 14.04.2004 (GVBl. S. 465), Saarländisches Denkmalschutzgesetz – SDschG vom 19.05.2004 (Amtsbl. 2004 S. 1498), in: Denkmalschutzgesetze 2005.

den<sup>84</sup>, damit die Denkmalerhaltung nicht *im Dickicht komplizierter Verwaltungsvorschriften und Entscheidungsstrukturen untergeht*.<sup>85</sup> Transparenz und kürzere Entscheidungswege sollen die Akzeptanz für die Denkmalpflege erhöhen. Zusätzlich sollen ehrenamtliche Denkmalpfleger eingesetzt werden können, um die direkte bürgerliche Beteiligung zu stärken. Das Land Brandenburg hat ebenfalls sein Gesetz *schneller, einfacher und bürgerfreundlicher* gestaltet.<sup>86</sup> Durch den Wechsel zum nachrichtlichen Listensystem wurde sicher eine schnellere Form der Denkmaleintragung mit geringerem Verwaltungsaufwand erreicht, da die Listenführung nun direkt bei der Fachbehörde erledigt wird. Zusätzlich wurde die Abstimmungsform zwischen Fachbehörde und Schutzbehörde vom Einvernehmen auf das Benehmen reduziert und die Beteiligungsfrist im Erlaubnisverfahren von drei auf einen Monat verkürzt, was die Fachbehörde durchaus unter Zeitdruck setzen kann. Die Einführung von Sammelgutachten soll die Beteiligung der Fachbehörde in den Gebieten überflüssig machen, in denen bereits solche Gutachten vorliegen.<sup>87</sup> Auch in Brandenburg lässt sich konstatieren, dass die Fachbehörde unter mehr Zeitdruck gesetzt wurde, ihr die Aufgabe der Listenführung zusätzlich obliegt und die Sammelgutachten eine Entscheidung ohne sie möglich machen.

Baden-Württemberg hat im Jahr 2004 nach Bayern (s.u.) sein Denkmalschutzgesetz 2004 entscheidend novelliert. Die wichtigste Neuerung stellt die Abschaffung des Einvernehmens zwischen Unterer Denkmalschutzbehörde und Landesdenkmalamt dar, es wurde durch die einfache Anhörung ersetzt;<sup>88</sup> das Landesamt taucht in der Liste der Denk-

---

<sup>84</sup> Vormaliges Ministerium für Umwelt als Oberste Denkmalschutzbehörde, Staatliches Konservatorenamt als Fachbehörde sowie die Untere Denkmalschutzbehörde.

<sup>85</sup> Pressemitteilung vom 20.01.2004: Ministerium für Umwelt, Denkmalschutz und -pflege im Saarland werden reformiert – Landesregierung legt Entwurf für neues Denkmalrecht vor.

<sup>86</sup> Pressemitteilung 13/04 vom 21.01.2004, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

<sup>87</sup> Pressemitteilung 13/04 vom 21. Januar 2004, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

<sup>88</sup> Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale, § 3 (4) *Die Untere Denkmalschutzbehörden entscheiden nach Anhörung der höheren Denkmalschutzbehörde nach Absatz 1 Nr.2. Will die*



malbehörden nicht mehr auf, weil es zum 1. Januar 2005 im Rahmen einer Verwaltungsreform aufgelöst wurde.<sup>89</sup> Die an einem zentralen Ort und in einer Institution gebündelte Fachkompetenz wurde damit zersplittert und aufgeteilt; die fachliche Denkmalpflege wurde fünf verschiedenen Verwaltungsbehörden mit sechs getrennten Arbeitsbereichen zugeordnet. Für landesweit übergreifende und koordinierende Aufgaben wurde im Regierungspräsidium Stuttgart eine neue Abteilung, das Landesamt für Denkmalpflege, eingerichtet. Die Dreistufigkeit der Denkmalbehörden gehört damit der Vergangenheit an, ebenso wie die klare Trennung von Fach- und Schutzbehörde und die vormals vom Gesetzgeber gewollte Abwägungsmöglichkeit zwischen den denkmalpflegerischen Belangen und den Absichten der Unteren Denkmal-schutzbehörde.

Das Deutsche Nationalkomitee formulierte hierzu im Vorfeld 2004 besorgt eine Empfehlung: *Auch angesichts notwendiger Reformen der öffentlichen Verwaltung müssen Denkmalschutz und Denkmalpflege in Organisationsformen so strukturiert sein, dass die Aufgaben sach- und fachgerecht wahrgenommen werden können. Hierzu gehören auch künftig die fachlich unabhängige Stellung der Landesdenkmalämter und die Wahrnehmung der Schutzaufgaben durch kommunale Denkmalbehörden. Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz ist zum Beispiel besorgt um das Schicksal des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg. Dort soll im Rahmen der geplanten Verwaltungsreform eine Zersplitterung der Sachkompetenz erfolgen.*<sup>90</sup> Leider verblieb dieser Appell ebenso ungehört wie die Resolution des Nationalkomitees 1998, die landesweit zuständigen, unabhängigen Denkmal-fachbehörden durch Gesetzesänderung wieder in vollem Umfang im denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahren zu beteiligen.<sup>91</sup> Öffentlichen Protest gegen die Zerschlagung des baden-württembergischen Landesdenkmalamtes gab es nicht.

---

*Untere Denkmalschutzbehörde von der Äußerung der höheren Denkmalschutzbehörde abweichen, so hat sie dies rechtzeitig vorher mitzuteilen.*

<sup>89</sup> Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz – DSchG) in der Fassung vom 6. Dezember 1983, zuletzt geändert durch Artikel 30 des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes vom 01.07.2004 (GBl. S. 469); hoheitlich und regional orientierte Aufgaben wurden auf die vier Regierungspräsidien verteilt.

<sup>90</sup> Empfehlung 1993. S. Anhang Dokumente, Nr. 4.

<sup>91</sup> Resolution 1998. S. Anhang Dokumente, Nr. 6.

In den vergangenen Jahren wurden in vielen Ländern die Denkmalschutzgesetze geändert oder erweiterte Verfahrens- und Verwaltungsvorschriften hierzu erlassen. Hierbei ist die Tendenz zu beobachten, den Stellungnahmen der Fachbehörden ein geringeres Gewicht zukommen zu lassen.<sup>92</sup> Begründet wurden diese Veränderungen meist mit der Verbesserung und Vereinfachung der denkmalpflegerischen Erlaubnisverfahren unter Beachtung vorrangig wirtschaftlicher Bedingungen. Leider liegen zur Überprüfung keine Untersuchungen aus dem Zeitraum vor und nach der Gesetzesänderung bzw. dem Erlass von Vorschriften vor, die die tatsächlichen Auswirkungen belegen würden. Es gibt also keine Erfolgskontrolle, die besagt, welche Änderungen sich in der Verwaltungspraxis wie ausgewirkt haben. Daher kann nur dahin gestellt bleiben, ob, wie in Baden-Württemberg, die Auflösung einer Fachbehörde und ihr Ersatz durch fünf Organisationseinheiten die Arbeit und damit den Gesetzesvollzug verbessern wird.<sup>93</sup> Sichtbares Zeichen der großen Verwaltungsreform war, dass das Editorial des Heftes 1/2005 nicht vom Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege verfasst wurde, sondern vom Innenminister Baden-Württembergs, der die Umstrukturierung der Landesdenkmalpflege verteidigte.

Auch im Bundesland Sachsen wurde die Stellung des Landesamtes für Denkmalpflege angegriffen. Nur durch das übergroße Engagement vieler Personen, Stiftungen, Institutionen, Vereine und Kirchen wurde die Eingliederung des Landesamtes in die Landesdirektion Dresden verhindert, das Landesamt für Denkmalpflege behielt seine Eigenständigkeit als Denkmalfachbehörde. Wurden knapp zehn Jahre nach der Wende noch 7,6 Mio. € für das Landesamt aufgewendet, waren es 2007 nur noch 3,97 Mio. €. <sup>94</sup> Die Verwaltungs- und Kreisreform trat am 1. August 2008 in Kraft. <sup>95</sup> Der dreistufige Behördenaufbau wurde im Jahr 2008 abgeschafft. Die Ebene der Kommunen und Landkreise, also die

---

<sup>92</sup> Handbuch 2006, S. 83. S. Anhang Dokumente, Nr. 9, Gebeßler, August, Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?

<sup>93</sup> Planck 2005, S. 51.

<sup>94</sup> Günther 2007, S. 31. Siehe auch Drucksache 4/11108 des Sächsischen Landtags vom 04.03.2008, an eine Email an die Verfasserin am 03.01.2011 angehängt (Absender: Sächsischer Landtag, Parlamentsdokumentation), weil in der Parlamentsdokumentation online nicht auffindbar.

<sup>95</sup> Denkmalschutz-Informationen 2008, S. 40/41.

Unteren Denkmalschutzbehörden, sollten selbst in Konfliktfällen entscheiden. Zusätzlich sind sie für alle Denkmäler zuständig, also auch für die Denkmäler im Eigentum des Bundes, des Landes oder die eigenen Denkmäler der Gebietskörperschaft. Als Neuerung wurde eingeführt, dass das Einvernehmen mit der Fachbehörde hergestellt werden muss. In Widerspruchs- und Dissensfällen, in denen kein Einvernehmen zwischen Unterer Denkmalschutzbehörde und Fachbehörde erzielt wurde, ist die Landesdirektion als Obere Denkmalbehörde jetzt ebenso zuständig wie bei der Förderung von Denkmälern im Eigentum der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte.

Da die Denkmalschutzgesetze vornehmlich den Vollzug des Gesetzes regeln, können sie als reine Verfahrensgesetze bezeichnet werden. Nach der Lektüre der Gesetze bleibt unklar, was Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Praxis bedeuten, d.h. über die Behandlung der Denkmäler gibt es keine klaren Formulierungen. Ebenso fehlen grundlegende Aussagen zum Wesen und der Disziplin Denkmalpflege, Hinweise zur allgemeinen denkmalpflegerischen Praxis sowie systematische Handreichungen, an die sich der Denkmaleigentümer bzw. der Beteiligte halten kann.

## **Das Bayerische Denkmalschutzgesetz**

Zweimal in der Geschichte Bayerns musste ein Anlauf zum Erlass eines Denkmalschutzgesetzes unternommen werden, bis das Vorhaben schließlich glückte. Bereits in den 1950er Jahren wurde unter dem Direktor des BLfD, Josef Maria Ritz, ein Entwurf erarbeitet, der aber scheiterte. Der zweite Anlauf ab 1968 – getragen von dem gesamtgesellschaftlichen Klima zog sich bis 1973 hin und wurde schließlich als Bayerisches Denkmalschutzgesetz verabschiedet. Die Heimatpfleger auf dem Straubinger Heimatpfleger-Tag 1968 hatten eine Resolution verfasst, mit der sie an die Staatsregierung herantraten.<sup>96</sup> Sie hatten die Notwendigkeit für ein Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmäler erkannt.

Erich Schosser, Abgeordneter im Bayerischen Landtag, wird als „Vater des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes“ bezeichnet, denn er hatte die

---

<sup>96</sup> Hallinger 2008 Gesetz, S. 271.

wichtigste Initiative mit einem ersten Entwurf für das Gesetz bereits am 21.01.1970 auf den Weg gebracht.<sup>97</sup> Er war langjähriger Vorsitzender des Landesdenkmalrates und hat viel zur Entwicklung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in Bayern beigetragen. Wolfgang Eberl gab dem Gesetz den juristischen Rahmen, er schrieb auch in den Folgejahren den ersten juristischen Kommentar zu dem Gesetz.<sup>98</sup> Das am 01.10.1973 in Kraft getretene Gesetz kam während der Modernisierungs- und Abrisswelle der 1970er Jahre gerade recht, um den Denkmälerbestand zu retten und gab den Denkmalpflegern endlich ein rechtliches Instrumentarium in die Hand. Die Schaffung des Gesetzes wurde von allen Fraktionen des Landtags unterstützt und einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen. Notwendig war zur Durchsetzung des Denkmalschutzgedankens auch die Ausstattung der entsprechenden Haushaltsstelle mit Finanzmitteln für die Förderung der praktischen Maßnahmen. Hier wurden mit der Einrichtung eines Sondervermögens, des Entschädigungsfonds, der zur Hälfte je vom Staat und den Gemeinden aufgebracht wird, neue Wege beschritten. Dadurch wurden stetig relativ hohe Fördermittel bereitgestellt, die unabhängig von den jeweiligen jährlichen Haushaltsbeschlüssen des Staates sind.<sup>99</sup>

Das Denkmalschutzgesetz regelt die Behördenorganisation des Denkmalschutzes und gibt die Aufgaben der Fachbehörde vor,<sup>100</sup> die für sämtliche Fragen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege zuständig ist. Dazu gehört unter anderem die Fortschreibung der Denkmalliste, die Erforschung der Denkmäler, die Konservierung von Denkmälern, die fachliche Beratung in allen Belangen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege.<sup>101</sup> Das Landesamt für Denkmalpflege ist dem Staatsmi-

---

<sup>97</sup> Petzet 1983, Neuorganisation, S. 25.

<sup>98</sup> Denkmalschutzgesetz 2007.

<sup>99</sup> Maier 2008, S. 8.

<sup>100</sup> Art. 11 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes: „Untere Denkmalschutzbehörden sind die Kreisverwaltungsbehörden, die für den Vollzug des Gesetzes zuständig sind, höhere Denkmalschutzbehörden sind die Regierungen, die oberste Denkmalschutzbehörde ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus“, in: Denkmalschutzgesetze 1982, S. 23.

<sup>101</sup> Art. 12 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes, in: Denkmalschutzgesetze 1982, S. 23.

nisterium für Wissenschaft, Forschung und Kunst unmittelbar nachgeordnet und damit auch weisungsgebunden.

Eine gewisse Bedeutung für den Denkmalschutz hat der Landesdenkmalrat, der die Aufgabe hat, die Staatsregierung zu *beraten und in wichtigen Fragen der Denkmalpflege mitzuwirken. Soll eine Mehrheit von baulichen Anlagen (Ensemble) festgelegt werden, so ist der Landesdenkmalrat zu beteiligen.*<sup>102</sup> Ihm obliegt es auch, bei Eintragungsverfahren, bei denen Gemeinde und Fachbehörde unterschiedlicher Auffassung sind, zu entscheiden. Die Mitglieder des Denkmalrates werden vom Landtag bestellt.

Der programmatische Satz aus Artikel 141 der bayerischen Verfassung von 1946, der bereits Grundlegendes zum Schutz der Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur festgelegt hat, wurde mit dem Denkmalschutzgesetz für die Denkmäler präzisiert.<sup>103</sup>

Nach der Denkmaldefinition in Artikel 1 sind Denkmäler *von Menschen geschaffene Sachen oder Teile davon aus vergangener Zeit, deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit liegt.*<sup>104</sup>

Es können Baudenkmäler sowie Gesamtanlagen (Ensembles), Bodendenkmäler und bewegliche Denkmäler in die Liste eingetragen werden. In Artikel 1 Absatz 3 steht die Definition der Ensembles: *Zu den Baudenkmälern kann auch eine Mehrheit von baulichen Anlagen (Ensembles) gehören, und zwar auch dann, wenn nicht jede einzelne dazugehörige bauliche Anlage die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, das Orts-, Straßen- oder Platzbild aber insgesamt erhaltenswürdig ist.*<sup>105</sup> Die Denkmalliste wird vom Landesamt für Denkmalpflege von Amts wegen geführt und fort-

---

<sup>102</sup> Art. 14 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler vom 25.06.1973.

<sup>103</sup> „Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben die Aufgabe, die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft zu schützen und zu pflegen, herabgewürdigte Denkmäler der Kunst und der Geschichte möglichst ihrer früheren Bestimmung wieder zuzuführen ...“, Art. 141 (2) der Bayerischen Verfassung vom 02.12.1946 (BayRS 100–1–S), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.06.1984 (GVBl. S. 223)–Auszug.

<sup>104</sup> Bayerisches Denkmalschutzgesetz, Artikel 1, in: Denkmalschutzgesetz 1982, S. 21.

<sup>105</sup> Bayerisches Denkmalschutzgesetz, Artikel 1, Absatz 3, in: URL:

<http://www.blfd.bayern.de/medien/dsg.pdf> (abgerufen am 11.10.2010).

geschrieben. Sie ist die Grundlage für die kartographische Darstellung der Denkmäler im BayernViewer-denkmal im Internet. Zunächst werden alle wichtigen Daten zu Bau- und Bodendenkmälern, beweglichen Denkmälern und Ensembles in dem Fachinformationssystem erfasst (FIS). Es ist ein geographisches Informationssystem (GIS) und nutzt amtliche digitale Kartenwerke der Bayerischen Vermessungsverwaltung und sogar die ältesten Katasterpläne. Die digitalen Denkmaldaten stehen jedem Anwender im BayernViewer-denkmal kostenlos zur Verfügung. Beteiligte im denkmalpflegerischen Planungsprozess können die Daten als Web Map Service (WMS) in ihre lokalen Geoinformationssysteme einbinden.<sup>106</sup>

In der Regel können Objekte, die das Alter von einer Generation erreicht haben – also etwa 30 Jahre – in die Denkmalliste eingetragen werden (sog. „abgeschlossene Epoche“). In Bayern gilt das nachrichtliche Listensystem, d.h. wenn ein Bau als Denkmal erkannt wurde, wird er bei der Fachbehörde, dem Landesamt für Denkmalpflege, in die dort geführte Denkmalliste eingetragen und steht damit unter Schutz. Die Denkmalliste ist einsehbar im BayernViewer-denkmal.<sup>107</sup> Die Gemeinden werden gemäß Art. 2 hierüber ins Benehmen gesetzt, also informiert. Die Gemeinden *nehmen bei ihrer Tätigkeit vor allem im Rahmen der Bauleitplanung, auf die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, insbesondere auf die Erhaltung von Ensembles, angemessen Rücksicht*, so im Art. 3 Abs. 2 des bayerischen Denkmalschutzgesetzes.

In den Erlaubnisfällen der praktischen Denkmalpflege<sup>108</sup> ist die Fachbehörde von der Unteren Denkmalschutzbehörde zu beteiligen. Das Landesamt gibt zu dem jeweiligen Fall seine Stellungnahme ab; hat die Untere Denkmalschutzbehörde eine abweichende Meinung, musste sie bis zur Gesetzesänderung 1994 die Weisung der Regierung einholen. Seit der Neuregelung des Verfahrens zwischen Unterer Denkmalschutzbehörde und Landesamt im Jahr 1994 gibt es keine solchen Dis-

---

<sup>106</sup> Siehe die Internetseite des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, in: URL:<http://www.blfd.bayern.de/denkmalerfassung/stabsstelle/fis/index.php> (abgerufen am 12.10.2010).

<sup>107</sup> URL: [http://www.geodaten.bayern.de/tomcat\\_files/denkmal\\_start.html](http://www.geodaten.bayern.de/tomcat_files/denkmal_start.html) (abgerufen am 22.06.2012).

<sup>108</sup> Nach Artikel 6 des DSchG.

sensverfahren mehr; die Mitwirkung des Landesamtes wurde durch die Einführung der einfachen Anhörung geschwächt. Der Artikel 15 „Erlaubsisverfahren und Wiederherstellung“ des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes bestimmt nun in Satz 2 *Die Untere Denkmalschutzbehörde soll vor einer Entscheidung ... das Landesamt für Denkmalpflege hören.*<sup>109</sup> Die bloße Anhörung stellt die schwächste Form der Mitwirkung der Fachbehörde dar. Allerdings hat dies immerhin den Vorteil, an allen Verfahren beteiligt zu werden – und nicht von den meisten ausgeschlossen zu sein wie in Niedersachsen.

Die Untere Denkmalschutzbehörde kann somit vom fachlichen Votum des Landesamtes abweichen und eine Entscheidung nach eigenem Ermessen fällen.<sup>110</sup> Diese Entscheidungen können auch politisch motiviert sein, denn die Unteren Denkmalschutzbehörden sind Teil der politischen Verwaltungen. Dies bestätigte bereits 1998 ein Bürgermeister: *So hat bereits die Aufhebung des sogenannten Dissensverfahrens nach Art. 15 Abs. 2 DSchG zu Entscheidungen geführt, die in aller Regel zu Lasten der Denkmäler gingen, nachdem das sachkundig begründete Votum des Fachgutachtens seither durch die staatliche Behörde einfach übergangen werden kann.*<sup>111</sup>

Diese Neuregelung war eine entscheidende Schwächung der Mitwirkung der bayerischen Fachbehörde, vor allem im Vergleich mit anderen Bundesländern, die zwischen Fach- und Schutzbehörde die Regelung des Einvernehmens (Berlin) oder Benehmens (Nordrhein-Westfalen) praktizieren können. Dieses Gesetz ließ die Bayerische Denkmalpflege auf den Stand vor Inkrafttreten des Gesetzes zurückfallen und gibt ihr nur noch beratende Funktion.<sup>112</sup> Besonders bedauerlich ist diese Entscheidung in dem Zusammenhang, dass vor der Änderung keine Untersuchungen – beispielsweise über die Verfahrensdauer und Zufriedenheit der Beteiligten – vorlagen, d.h. es liegen keine Argumente vor, die eine Straffung des Verfahrens objektiv begründet hätten.

---

<sup>109</sup> Bayerisches Denkmalschutzgesetz, Artikel 15 Abs. 2.

<sup>110</sup> Bayerischen Denkmalschutzgesetz Artikel 15 Abs. 2: *Die Untere Denkmalbehörde soll vor einer Entscheidung ... das Landesamt für Denkmalpflege hören*, in: Denkmalschutzgesetze 1997, S. 22.

<sup>111</sup> Geiger 1998, S. 3.

<sup>112</sup> Siehe hierzu auch Dietrich 2004, S. 229.

Eine weitere Verfahrensbeschleunigung gab es für Beseitigungsanträge von denkmalgeschützten Bauten. War bisher eine Abbruchgenehmigung nach Baurecht notwendig, so genügt nun die Einholung der denkmalrechtlichen Erlaubnis, die von der Unteren Bauaufsichtsbehörde erteilt wird.<sup>113</sup> Diese Verfahrensänderungen passt in das Bestreben des zuständigen Ministeriums, das *die Beratungs- und Betreuungstätigkeit des Landesamtes für Denkmalpflege noch stärker als bisher auf ihren eigentlichen Kernbereich, also auf denkmalpflegerisch bedeutsame Maßnahmen an Einzelbaudenkmälern konzentrieren* will.<sup>114</sup> Deutlich formuliert heißt das, man will die Fachbehörde für die Erhaltung der wichtigen Denkmäler einsetzen, die Vielzahl der weniger wichtigen Entscheidungen sollen die Unteren Denkmalschutzbehörden alleine treffen.

Die Denkmalverwaltung wurde Ende 1999 einer Untersuchung unterzogen, die die Aufgaben sowie Verwaltungsabläufe analysieren sollte. Mittels Fragebögen wurden die Fachbehörde, die Unteren Denkmalschutzbehörden und die Regierungen befragt. Das Landesamt wurde positiv bewertet, weil es die Sicherung des Gesetzesvollzugs im ganzen Land gewährleistet, die Abschaffung des Dissensverfahrens seit 1994 wurde zumindest von der Obersten Denkmalbehörde als gut, weil verfahrensbeschleunigend, angesehen.<sup>115</sup>

Das Bayerische Denkmalschutzgesetz wurde seit seiner Entstehung 1973 bis zum Jahr 2003 insgesamt elfmal geändert. Weitere Gesetzesänderungen waren in Vorbereitung. So sollte der bereits oben erläuterte und für die Umsetzung fachlicher Entscheidungen wichtigste Artikel 15 Absatz 2 *Die Untere Denkmalschutzbehörde soll vor einer Entscheidung ... das Landesamt für Denkmalpflege hören* weiter geschwächt werden durch die Änderung des Wortes „soll“ in „kann“. In 21 bayerischen Kommunen sollte ab dem Jahr 2006 für drei Jahre ein Probelauf mit dem veränderten Gesetzestext durchgeführt werden. Zum Glück wurde das *Atten-*

---

<sup>113</sup> Kränzle 1993, S. 34.

<sup>114</sup> Kränzle 1993, S. 34.

<sup>115</sup> Spennemann 2005, S. 232f.



tat auf die bayerische Denkmalpflege<sup>116</sup> durch einen Änderungsantrag der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag verhindert.

## **Denkmalpflegegesetz der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR)**

Über die Denkmalpflege in der DDR in der Rückschau zu berichten, ist nicht einfach. Trotz vieler fachlicher Einzelberichte fehlt doch gänzlich ein kritischer Überblick über das System, die politischen Bedingungen und das allgemeine Klima. Nur in einzelnen Ausschnitten wird deutlich, was die Denkmalpflegepraxis in der DDR bedeutet hat.<sup>117</sup> In der Zeitschrift „Deutsche Kunst und Denkmalpflege“ wurde zwei Jahre nach der Wiedervereinigung der Versuch unternommen, von Zeitzeugen über 45 Jahre Denkmalpflege in der DDR berichten zu lassen.<sup>118</sup> Sinnhaft stellte der Autor ein Zitat von Friedrich Christoph Oetinger (1702–1782) an den Anfang seiner Ausführungen, das seine denkmalpflegerische Arbeit in einem sozialistischen Staat gut zu charakterisieren vermag: *Gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und gib mir die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.* Dieses Zitat charakterisierte die persönliche Verantwortung der handelnden Denkmalpfleger für ihre Sache. Sie verteidigten den aus dem Bürgerlichen stammenden Denkmalsbegriff und verschafften sich dadurch Respekt in der Bevölkerung. Die Arbeit der Denkmalpflege war von wenigen Personen getragen: für den Wiederaufbau des Zwingers in Dresden war seit 1945 beispielsweise Hubert Ermisch tätig,<sup>119</sup> ebenso wie Wolf Schubert, Landeskonservator in Sachsen-Anhalt. Hans Nadler begann 1945 als Mitarbeiter des Landesamtes in Dresden und wurde bereits 1949 Landeskonservator

---

<sup>116</sup> Zitat aus dem offenen Brief von Michael Petzet, Präsident von ICOMOS, an Staatsminister Eberhard Sinner vom 18. September 2006, URL: [http://www.gesellschaft-fuer-archaeologie.de/BODENDENKMALPFLEGE/7\\_DOKUMENTE/stellungnahme\\_petzet.pdf](http://www.gesellschaft-fuer-archaeologie.de/BODENDENKMALPFLEGE/7_DOKUMENTE/stellungnahme_petzet.pdf).

<sup>117</sup> Hammer 1995, besonders S. 361–366. Für Sachsen siehe auch Brandt 2003 und Schaarschmidt 2004.

<sup>118</sup> „Tendenzen der Denkmalpflege in der DDR.“ Der Aufsatz bringt einen Überblick; in diesem Heft wird auch ein Forum für den Meinungsstreit über das Für und Wider des Wiederaufbaus der Dresdner Frauenkirche geboten. Berger 1991.

<sup>119</sup> Magirus 2006, S. 134.

und Nachfolger von Dr. Walter Bachmann. Ihnen gelang es, nicht nur einzelne Bauten zu retten, sondern auch den Denkmalwert von technischen Denkmälern und Denkmälern bäuerlicher Baukunst zu vermitteln.

Nach Kriegsende und Bildung der sowjetischen Zone im Jahr 1945 ging die Arbeit der Denkmalpflege personell und organisatorisch in den Ländern weiter. Ein erster Versuch der Zentralisierung 1946 scheiterte. Seit 1952 gab es eine „Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale“, die eine erste Handlungsgrundlage bot. Im Jahr 1954 wurden die Länder aufgehoben und die Bezirke eingeführt. Die neuen „Institute für Denkmalpflege“ waren nun für mehrere Bezirke zuständig, so z. B. das „Institut für Denkmalpflege Dresden“ für das ehemalige Land Sachsen. Erst 1961 wurden sie zu Arbeitsstellen des „Instituts für Denkmalpflege in der DDR“ in Berlin. Repressalien politischer Art von der Zentrale in Berlin gab es wenige.<sup>120</sup>

Auch auf dem Gebiet der DDR gab es neben der Sicherung von Ruinen zahlreiche Abbrüche, ganze Abrisswellen gingen über das Land hinweg, besonders zwischen 1960 und 1970 unter Walter Ulbricht. Erinnert sei hier an den Abbruch der Berliner Bauakademie 1962, den Abriss der vollständig erhaltenen Universitätskirche in Leipzig oder des neuen Gewandhauses in Leipzig, beides 1968. Die Politisierung des Denkmals war oft der Grund für seinen Abbruch, man denke nur an den Abriss des Potsdamer oder des Berliner Stadtschlosses, den Verfall mancher Residenzen. Walter Ulbricht schien mit seiner Politik der Jahre 1955–1970 die überall vorhandenen Zeichen der Religion und Zeugnisse früherer Herrschaft<sup>121</sup> eliminieren zu wollen.

In manchen Städten wie Potsdam, Halle, Freyburg an der Unstrut und Erfurt wehrten sich Bürgerinitiativen gegen die Zerstörung ihrer gebauten Umwelt.<sup>122</sup> 1989 bildete sich in Erfurt um das Andreasviertel eine Menschenkette, die den Abbruch zugunsten einer Stadtautobahn

---

<sup>120</sup> Magirius 2001, S. 125.

<sup>121</sup> Magirius/Hütter 1993, S. 294: Zwischen 1946 und 1955 wurden hundert, teils bedeutende Schlösser und Herrenhäuser abgerissen, allein in Sachsen ca. 200 Objekte, ebd. S. 296.

<sup>122</sup> Berger 1991, S. 8.

verhindern wollte.<sup>123</sup> In vielen Altstädten wurden die Häuser durch Vernachlässigung und mangelnden Bauunterhalt unbewohnbar; dadurch wurden Flächenabrisse möglich, die mit Neubauten im schematisierten Stil, der sog. „Plattenbauweise“ bebaut wurden und so die Wohnungsnot linderten. Besonders schlimm traf es die Altstadt von Zwickau; das Katharinenviertel wurde abgerissen und damit *fast die Hälfte der historischen Altstadt mit zum Teil hervorragenden Patrizierhäusern des 16. Jahrhunderts*.<sup>124</sup>

Nur wenige Betriebe konnten überhaupt Fachreparaturen an Baudenkmalern leisten, die Bauindustrie hatte sich auf die Plattenbauweise ausgerichtet. Seit 1968 gab es eine spezielle Ausbildung für Restauratoren an der Kunsthochschule von Berlin-Weißensee, sie wurde 1974 nach Dresden verlegt.<sup>125</sup> In den 1970er Jahren ging es hauptsächlich um die Sicherung von Kirchen, auch Umnutzungen von Kirchen waren bereits Thema. Die Zusammenarbeit mit den beiden Kirchen wurde als gut bezeichnet, man sah sich als Verbündete.

Als es in den 1980er Jahren – in Sachsen schon seit den 60er Jahren – vor allem in Bezug auf die Kirchen um Rekonstruktionen ging, diskutierte man ausführlich was und wie viel zu rekonstruieren wäre; westdeutsche Beispiele wie das Charlottenburger Schloss konnten in diese Diskussionen leider nicht einfließen.<sup>126</sup> Rückblickend auf den Wiederaufbau der Semperoper stellte der sächsische Landeskonservator Heinrich Magirius 1989 dazu fest: *Selbst mit dem Extremfall des Wiederaufbaus der Dresdner Oper (1977–1985) einschließlich der Wiederherstellung des Innenraums, den wir zunächst gar nicht gefordert hatten, glaubten wir uns im Bereich des theoretisch Erlaubten in der Denkmalpflege zu bewegen*.<sup>127</sup> Die Rekonstruktion der Semperoper war ein international beachtetes Ereignis, während im übrigen Land die Tätigkeit der Denkmalpflege auch durch den Niedergang der Bauwirtschaft bedingt in den 1980er Jahren stark zurück ging. Die Kräfte wurden allein auf das Berlin-Jubiläum 1986 konzentriert.

---

<sup>123</sup> Kiesow 1996, S. 186.

<sup>124</sup> Magirius 2006, S. 137.

<sup>125</sup> Magirius 2001, S. 134.

<sup>126</sup> Berger 1991, S. 7.

<sup>127</sup> Magirius 1989, S. 112.

Andererseits gab es Denkmäler von besonders herausragender Bedeutung – wie in den westlichen Bundesländern auch –, die konsequent denkmalpflegerisch betreut wurden. Dazu zählten u. a. das Dresdner Schloss, die Dome in Naumburg, Greifswald, Schwerin, die Schlösser und Parks Wörlitz und Sanssouci, die Wartburg in Eisenach sowie die Albrechtsburg in Meißen.<sup>128</sup> Sogar kirchliche Baubrigaden wurden gebildet, um diese zu erhalten.<sup>129</sup>

Schwieriger sah es mit der Erhaltung der einfacheren Denkmäler, z. B. Wohnhäusern in Altstädten, aus. In den 1980er Jahren stellte sich heraus, dass dieser Bestand wegen fehlenden Bauunterhalts oft nicht mehr zu erhalten war.

Die „Gesellschaft für Denkmalpflege“, die 1977 beim Kulturbund der DDR gegründet wurde, half der Denkmalpflege in den verschiedenen Regionen bei ihrer Arbeit. Die Denkmalpflege erreichte weiter, dass keine der bedeutenden Kriegeruinen abgebrochen wurden, wie z. B. die Dreikönigskirche und die Schlossruine in Dresden.<sup>130</sup> Zur Zeit der politischen Wende waren die Städte und Dörfer der neuen Bundesländer in einem sehr schlechten Zustand, jedoch substanziell erhalten. Bürgerinitiativen, die sich vor der Wende für den Erhalt der Altstädte eingesetzt hatten, wirkten nach der Wende wie z. B. in Halle oder Potsdam weiter.

Die – zumindest nach außen hin dargestellte – Besinnung auf das kulturelle Erbe hat auch in der Deutschen Demokratischen Republik zum Erlass eines Denkmalschutzgesetzes im Jahr 1975 (Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der DDR – Denkmalpflegegesetz) geführt.<sup>131</sup> Das bedeutende geschichtliche Erbe auf dem Gebiet der DDR gehörte zu den Elementen des reichen kulturellen Lebens der sozialistischen Gesellschaft und benötigte besonderen Schutz – so lautete die Begründung des Gesetzes. Die internationale Charta von Venedig von 1964 war auch in der DDR allgemein bekannt und wurde als gültig empfunden. Der

---

<sup>128</sup> Magirus 2001, S. 136–138.

<sup>129</sup> Magirus 2006, S. 138.

<sup>130</sup> Magirus 2006, S. 142.

<sup>131</sup> Denkmalpflegegesetz der DDR vom 19.06.1975, Gesetzesblatt der DDR (27.06.1975), Teil I, Nr. 26, S. 458–460 in der Fassung des Kulturgutschutzgesetzes vom 03.07.1980 (GBl. I Nr. 20, S. 191), in: Denkmalschutzgesetz 1982, S. 113–117.

Schutz und die Erhaltung der Werte des noch weiter gefassten Kulturerbes – und damit der Denkmäler – fanden auch in der neuen Verfassung der DDR aus dem Jahr 1968 ihren Niederschlag.<sup>132</sup>

Die bereits 1952, 1953 und 1954 erlassenen Verordnungen sowie die 1961 erlassene Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmäler und die zeitgleich in Kraft getretene erste Durchführungsbestimmung waren bis zum Erlass des Denkmalpflegegesetzes die Mittel, mit denen Denkmalpfleger ihr Anliegen durchsetzen konnten. Die neue Denkmalschutzverordnung von 1961 gruppierte die Denkmäler in drei Klassen. Die Zentrale Liste von 1962 umfasste 32 Objekte von nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert.<sup>133</sup> Mit dem Inkrafttreten des Denkmalpflegegesetzes verloren die bisher erlassenen Verordnungen ihre Gültigkeit.<sup>134</sup> Die Zentrale Liste wurde 1979 bekannt gemacht und verzeichnete bereits ca. 400 Denkmäler. Dies resultierte aus der Erkenntnis, dass nur die dort eingetragenen Denkmäler die Chance zur Erhaltung besaßen. Die 15 Bezirkslisten – mit Objekten von überregionaler Bedeutung – und über 200 Kreislisten – mit Objekten von regionaler Bedeutung – hatten insgesamt 48000 Positionen, wobei z. B. eine gesamte Altstadt mit nur einer Position verzeichnet war.<sup>135</sup> Im Denkmalpflegegesetz heißt es: *Denkmale werden klassifiziert und einheitlich gekennzeichnet. Sie werden entsprechend ihrer Bedeutung auf der zentralen Denkmalliste, der Bezirksdenkmalliste oder der Kreisdenkmalliste erfasst.*<sup>136</sup> Die „Beschreibung der Denkmale des Bezirkes Dresden (Zentrale und Bezirksliste)“ verzeichnet beispielsweise den Zwinger in der Zentralen Liste, aber das Denkmal Carl Maria von Webers – ebenfalls auf dem Theaterplatz – als Teil der Bezirksliste.<sup>137</sup> Die Denkmallisten wurden

---

<sup>132</sup> Verfassung der DDR vom 06.04.1968 (GBl. I Nr. 8 S. 199).

<sup>133</sup> Goralczyk 1991, S. 11.

<sup>134</sup> Denkmalschutzgesetze 1982, S. 115, Schlussbestimmungen des Denkmalpflegegesetzes; s. auch Hammer 1995, S. 351–360; die Verordnungen von 1952–1954 befassen sich mit der Erhaltung und Pflege nationaler Kulturdenkmale (1952), mit dem Schutz deutschen Kunstbesitzes und des Besitzes an wissenschaftlichen Dokumenten und Materialien (1953), mit dem Schutz und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer (1954).

<sup>135</sup> Goralczyk 1991, S. 12–13.

<sup>136</sup> Denkmalpflegegesetz der DDR § 5 Abs. 1, in: Denkmalschutzgesetze 1982, S. 113.

<sup>137</sup> Dresden 1987, S. 3.

veröffentlicht, mit einer Zeichnung des Denkmals und dem Eintragungstext.

1961 wurde das zentrale Institut für Denkmalpflege mit den nachgeordneten Arbeitsstellen Berlin (für die Bezirke Berlin, Frankfurt/Oder, Potsdam), Dresden (Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig), Halle (Halle, Magdeburg) und Schwerin (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin) gegründet, ab 1963 kam die Arbeitsstelle Erfurt für die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl dazu.<sup>138</sup>

Im Denkmalpflegegesetz der DDR war neben den grundsätzlichen fachlichen Festlegungen, die durchaus mit denen der westlichen Länder vergleichbar sind, auch die Einbindung sozialistischer Inhalte festgeschrieben. So sind Denkmäler definiert als *gegenständliche Zeugnisse der politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung im Interesse der sozialistischen Gesellschaft ... zum Denkmal erklärt worden sind*.<sup>139</sup> Der selektive Geschichtsbegriff ermöglichte durch die entsprechende Argumentation den freien Umgang mit Denkmälern, z. B. der Feudalzeit als unliebsamen Zeugnissen des Klassenfeindes.<sup>140</sup>

Eine Besonderheit des Gesetzes war die in den westlichen Ländern nicht übliche Klassifizierung der Denkmäler: Entsprechend ihrer Bedeutung wurden die Objekte in die Zentrale Liste, die Bezirksliste oder aber die Kreisliste<sup>141</sup> eingetragen und so klassifiziert. Die Einteilung der Denkmäler in Klassen ist eine Möglichkeit der Relativierung, d.h. „Bedeutendes“ wurde von „weniger Bedeutendem“ getrennt. So fiel es leichter zu begründen, warum z. B. Denkmälern in der Kreisliste weniger Ausgewert zukam als erstrangigen Denkmälern. Die Folge war dann, dass sich der Staat z. B. leichter von Denkmälern trennen oder ihre Förderung verweigern konnte. Andererseits ist rückblickend zu beachten, dass die Klassifizierung in den 1960er Jahren auch aus einem starken ideolo-

---

<sup>138</sup> Magirius 2001, S. 130–132.

<sup>139</sup> Denkmalschutzgesetze 1982, S. 113.

<sup>140</sup> Marquart 1997, S. 7.

<sup>141</sup> Denkmalschutzgesetze 1982, S. 113, § 5; solches *classement* hat z. B. in Frankreich lange Tradition und ist eine eher eine Orientierung an den Möglichkeiten des Staates, dort fußte die Einordnung in das jeweilige *classement* auf den Finanzmitteln, die zu deren Erhaltung zur Verfügung stand. Das sollte in erster Linie die Erhaltung der besonders bedeutenden Denkmale sicherstellen.

gischen Druck heraus entstanden war. Man versuchte mit diesem Instrument wenigstens die bedeutenden Denkmäler in ihrer Erhaltung zu sichern.<sup>142</sup> Die Erhaltung der dritten Kategorie – beispielsweise des ländlichen Bauens – war nur selten möglich, wenn aus dem Denkmal z. B. ein Bauernhausmuseum werden konnte.

Die erste Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz von 1976 regelte die Aufgaben des Instituts für Denkmalpflege und den verwaltungsmäßigen Ablauf, so beispielsweise der Unterschutzstellung wie auch die Festlegung, dass Restaurierungsarbeiten nur von dafür zugelassenen Betrieben ausgeführt werden durften.<sup>143</sup>

In der zweiten Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz<sup>144</sup> von 1978 lag der Schwerpunkt auf der Erarbeitung einer denkmalpflegerischen Zielstellung für Denkmale und ausgewiesene Denkmalschutzgebiete. Dieser Begriff ist im westdeutschen Denkmalhandeln nicht bekannt, erschien aber in den nach der Wende im Jahr 1989 erlassenen Denkmalschutzgesetzen von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.<sup>145</sup> Hierin sind alle Anforderungen und Aufgaben an das Denkmal bzw. Gebiet auch als planerische und städtebauliche Handlungsgrundlage zu formulieren. 1980 wurde das Denkmalpflegegesetz durch das Kulturgutschutzgesetz ergänzt, das alle als Denkmäler definierten Objekte als Bestand des Kulturgutes zählt.<sup>146</sup>

1970 wurde die DDR Mitglied von ICOMOS, ab 1971 in Dehio und Corpus Vitrearum eingebunden. Der Beitritt zu mehreren internationalen Abkommen sowie das Kulturabkommen von 1986 zwischen der BRD und der DDR rundete das Bild ab, das die Regierung sich nach außen hin geben wollte: ein kulturbewusster Staat, der alle dafür notwendigen Gesetze erlassen und die Mittel für ihren Vollzug zur Verfügung gestellt hatte. Das Denkmalpflegegesetz der DDR entsprach inhaltlich dem Niveau der westdeutschen Denkmalschutzgesetze, war aber de facto

---

<sup>142</sup> Magirus 1989, S. 111.

<sup>143</sup> Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz vom 24. 09.1976 (GBl.IS.489), in: Denkmalschutzgesetze 1982, S. 117.

<sup>144</sup> Zweite Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz vom 14.07.1978 (GBl.IS.285), in: Denkmalschutzgesetze 1982, S. 117–120.

<sup>145</sup> Martin 2005, S. 165.

<sup>146</sup> Hammer 1995, S. 356.

durch die Baupolitik des Staates außer Kraft gesetzt.<sup>147</sup> Dabei darf nicht vergessen werden, dass es erfolgreiche Einzelprojekte gab, die auch entsprechend publiziert wurden. Hier spielte sicherlich auch die erzieherische Aufgabe eine Rolle, geschichtliche Bildung und politisches Bewusstsein zu schaffen, mit dem der DDR-Bürger sich mehr mit seinem Land identifizieren sollte.<sup>148</sup> Doch die Kluft zwischen dem Anspruch der erlassenen Gesetze und der denkmalpflegerischen Wirklichkeit war so groß, dass darüber kein politisches Programm hinwegzutäuschen vermochte. Das mag auch daran gelegen haben, dass das Institut für Denkmalpflege nicht in die staatliche Verwaltung eingeordnet, sondern eben nur nachgeordnet war. Die denkmalpflegerischen Gutachten galten dem Minister für Kultur ebenso wie den Bezirks- und Kreisverwaltungen nur als Vorschläge, denen es an Durchsetzungspotential mangelte.<sup>149</sup>

Nach der Deutschen Wiedervereinigung am 03.10.1989 galt in den fünf neuen Bundesländern weiterhin das Denkmalpflegegesetz der DDR, entsprechend den flankierenden Verfahrensvorschriften war auch das Bundesrecht zu beachten.<sup>150</sup> Im Einigungsvertrag<sup>151</sup> vom 31.08.1990 wurde festgelegt, welches Recht der DDR nach der Wiedervereinigung weiter gelten würde.

1990 bis 1994 entstanden<sup>152</sup> in den fünf neuen Bundesländern neue Denkmalschutzgesetze, die sich an den Gesetzen der westlichen Länder orientierten. Die bereits bestehenden Denkmallisten der DDR wurden dabei in vollem Umfang übernommen. Die neuen Bundesländer folgten im Behördenaufbau ihrer eigenen Geschichte und führten beispielsweise

---

<sup>147</sup> Martin/Schneider/Wecker/Bregger 1999, S. 185.

<sup>148</sup> Hammer 1995, S. 378.

<sup>149</sup> Goralczyk 1991, S. 14–15.

<sup>150</sup> Martin/Schneider/Wecker/Bregger 1999, S. 184f.

<sup>151</sup> Martin/Schneider/Wecker/Bregger 1999, S. 183, Einigungsvertrag vom 31.08.1990 (BGBl. II 889).

<sup>152</sup> Gesetz über den Schutz und zur Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 22.7.1991, Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 21.10.1991, Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmale im Land Thüringen vom 07.01.1992, Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmale im Freistaat Sachsen vom 03.03.1993, Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmale im Lande Mecklenburg-Vorpommern vom 30.11.1993.



se in Sachsen parallel das Landesamt für Denkmalpflege und das Landesamt für Archäologie weiter; in Sachsen-Anhalt wurden inzwischen beide Ämter, jedenfalls auf dem Papier, wieder zusammengelegt.<sup>153</sup>

## **Bundesweite und nichtstaatliche Organisationen**

Anfang der 1970er Jahre gab es neben dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, das aus dem „Deutschen Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr“ hervorging, wenig bundesweite Einrichtungen, die den Denkmalgedanken verbreiteten. Dem Nationalkomitee ist es mit dem Denkmalschutzjahr 1975 gelungen, den besonderen Wert der historischen Bausubstanz auf breiter Ebene zu vermitteln; durch die Sensibilisierung für das kulturelle, bauliche Erbe hat sich eine wesentlich denkmalfreundlichere Haltung in der Gesellschaft entwickelt. Durch eine eigene Schriftenreihe, Faltblätter und die Denkmalschutz-Informationen sowie Pressefahrten und Zielgruppengespräche mit Vertretern der Medien wurde auf breiter Ebene der Denkmalschutzgedanke vertreten. Die vier Arbeitsgruppen Öffentlichkeitsarbeit, Fachliche Fragen der Denkmalpflege, Recht und Steuerfragen sowie Denkmalpflege, Stadtentwicklung und Umwelt dienten der Erörterung grundlegender Fragen.

Die ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) beschäftigt sich mit Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung, u. a. geht auf sie der Beschluss des Jahres 1979 zurück, die „Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland“ zu erstellen.<sup>154</sup>

---

<sup>153</sup> Spannemann 2005, S. 70. Die Zusammenlegung erfolgte 2003 unter dem Namen „Landesbetrieb Denkmalpflege und Archäologie“.

<sup>154</sup> Bis 2013 sind bei der Zählweise ein Band = eine Zahl folgende Bände erschienen: die meisten in Hessen mit 32 Bänden (abgezogen ist der Dreierband zur Eisenbahn in Hessen, die mehrbändigen Teile zu Großstädten und denkmalreichen Landkreisen sind als eine Nummer gezählt), gefolgt von Bayern mit damals 27 Bänden und Rheinland-Pfalz mit 20 Bänden, Niedersachsen hat 19 Bände vorzuweisen. Berlin hat 12 Bände für die Bezirke herausgegeben, Brandenburg 10, Hamburg 5 Bände des „Hamburg-Inventars“, Thüringen und Baden-Württemberg 5 Bände, Sachsen und Schleswig-Holstein 4 Bände, Bremen und das Rheinland 3 Bände. Die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt beteiligen sich nicht an der Herausgabe. Im Saarland und in Westfalen sind keine Bände erschienen.. Eine Zusammenstellung über alle erschienenen Bände (Stand Juni 2011) bietet das Arbeitsblatt Nr. 41 der AG Denkmalinventarisierung unter: <http://www.denkmalpflege-forum.de/Download/Nr41.pdf> (abgerufen am 14.02.2014).

In das Jahr 1977 datierte ein Beschluss, der Empfehlungen zur Behandlung von Fragen des Denkmalschutzes im Unterricht enthält. Das Ziel ist, das Verständnis der Jugend für den Gedanken des Denkmalschutzes und die Denkmalpflege zu wecken.<sup>155</sup>

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VDL oder VLD) in der Bundesrepublik Deutschland besteht seit 1951. Sie ist eine die Bundesländer übergreifende Einrichtung. Ihr gehören alle Denkmalfachbehörden an, die im Auftrag der Kultusministerkonferenz verschiedene Angelegenheiten bearbeiten und die KMK beraten. Die Vereinigung führt jährlich eine zentrale Fachtagung durch, in der der fachliche Austausch im Mittelpunkt steht und gibt die Zeitschrift „Die Denkmalpflege“, Berichte und Arbeitsblätter heraus.<sup>156</sup>

Georg Dehios Plan, ein Handbuch der Kunstdenkmäler herauszugeben, wurde im Jahr 1900 in Dresden beschlossen. Sein fünfbändiges Werk erschien von 1905 bis 1912. Die „Vereinigung zur Herausgabe des Dehio-Handbuches“ wurde im Jahr 1941 – und 1958 noch einmal neu – gegründet. Seit 1976 führte die „Dehio-Vereinigung“ (Wissenschaftliche Vereinigung zur Fortführung des kunstopographischen Werkes von Georg Dehio) die Herausgabe des Dehio-Handbuchs fort.<sup>157</sup> Der Dehio wird in sehr enger Zusammenarbeit mit den Landesämtern herausgegeben und bietet, nach der Auswahl und Wertung des Denkmälerbestandes, einen Überblick.<sup>158</sup> Zum 100jährigen Jubiläum mussten sich die Herausgeber die Kritik gefallen lassen, eine zu ausführliche Beschreibung der Objekte verbessere nicht die Nutzbarkeit des Handbuches.<sup>159</sup> Im Jahr 2011 überlegte der Verlag, aus wirtschaftlichen Gründen die Dehio-Reihe einzustellen.<sup>160</sup>

---

<sup>155</sup> Beschluss 1977, S. 128.

<sup>156</sup> Denkmäler in Deutschland 2003, S. 14.

<sup>157</sup> Für einen Überblick über den Stand des Handbuches und das Leben und Werk Georg Dehios siehe: Dehio 2000 und auch Zeitschichten 2000.

<sup>158</sup> Ganz Deutschland, Österreich und Teile Polens sind bearbeitet.

<sup>159</sup> Handbuch 2006, S. 172–173.

<sup>160</sup> Eine Entscheidung wurde seitens des Deutschen Kunstverlages nicht getroffen.

Weitere Organisationen, die für den Denkmalschutz in Deutschland eintreten, sind der Verband der Landesarchäologen, der Verband der Restauratoren (VDR), die Arbeitsgruppe Kommunale Denkmalpflege des Deutschen Städtetages (seit 1982), das Deutsche Nationalkomitee von ICOMOS (1965), Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK) und der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland e.V. (seit 1904).<sup>161</sup> Eine Vielzahl von privaten Stiftungen – deren größte ist die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) – und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt unterstützen und fördern das Anliegen von Denkmalschutz und Denkmalpflege. Seit 1990 förderte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz besonders gefährdete Objekte in den neuen Bundesländern.<sup>162</sup> Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert in ihrer Sparte „Umwelt und Kulturgüter“ auch konservatorische Projekte: Förderthemen sind u. a. Holz und Fachwerk, Glasmalerei, Bronze und Zink, Natursteinkonservierung, Industrieanlagen, Laserscanntechnik, Putz und Wandmalerei sowie Beton.<sup>163</sup> Der Sonderforschungsbereich 315 „Erhaltung historisch bedeutsamer Bauwerke, Baugefüge, Konstruktionen, Werkstoffe“ (SFB 315) bestand seit dem Jahr 1985 und endete im Jahr 2000.<sup>164</sup> An der Universität Karlsruhe, Fakultät für Architektur, wurde 1988 das Wahlfach Denkmalpflege eingeführt, um die Ergebnisse aus dem SFB 315 an die Studierenden weiterzugeben.<sup>165</sup> Bereits seit dem Jahr 1987 arbeitete der SFB in entsprechenden wissenschaftlichen Bereichen mit Instituten in der DDR zusammen und gründete daher auch nach der Wende das „Weiterbildungs- und Beratungszentrum für Denkmalpflege und behutsame Altbauinstandsetzung“ in der Villa Salzburg in Dresden.<sup>166</sup>

---

<sup>161</sup> Denkmäler in Deutschland 2003, S. 14.

<sup>162</sup> Von 1991 bis 2002 hat die Stiftung ca. 290 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, davon in den neuen Bundesländern ca. 220 Millionen Euro, in: Denkmäler in Deutschland 2003, S. 21.

<sup>163</sup> Handbuch 2006, S. 49–58.

<sup>164</sup> Handbuch 2006, S. 58–63.

<sup>165</sup> Handbuch 2006, S. 62–63.

<sup>166</sup> Handbuch 2006, S. 63: Das Weiterbildungszentrum in der Villa Salzburg in Dresden wurde inzwischen geschlossen.

## Studiengänge

Ebenso vielfältig wie die Aufgaben des Denkmalpflegers – vom Restaurator bis zum Naturwissenschaftler – sind die Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten. Es gibt das Lehrgebiet Denkmalpflege in der Architekturausbildung als Schwerpunktgebiet, so z. B. an der FH Hildesheim/Holzminde oder den Schwerpunkt Altbau im grundständigen Architekturstudium an der FH Mainz. Daneben gibt es Denkmalpflege als Wahl- oder Wahlpflichtfach für das Architekturstudium z. B. an der RWTH Aachen, an der TU Berlin, an der FH Biberach/Riss, an der TU Dortmund, an der TU Dresden, um nur einige zu nennen.

Wenn man seine Ausbildung in einem Fachgebiet abgeschlossen hat, besteht die Möglichkeit der Weiterbildung an Fachhochschulen und Universitäten mit einem Aufbau- und Ergänzungsstudiengang. Je nach studierter Fachrichtung (z. B. Architektur, Geschichte, Kunstgeschichte, Archäologie oder Naturwissenschaften) ist das Aufbaustudium im Anschluss an das Studium oder auch berufsbegleitend möglich. Diese Masterstudiengänge<sup>167</sup> sind u. a. in Bamberg, Berlin, Cottbus, Dresden, Halle, Frankfurt, Karlsruhe, Hildesheim/Holzminde, Potsdam und Regensburg möglich. Sie sollen in Folgenden kurz vorgestellt werden.

An der Universität Bamberg gibt es seit 1982 den Aufbaustudiengang Denkmalpflege (seit dem Wintersemester 2002/2003 Masterstudiengang Denkmalpflege, Master of Arts in Heritage Conservation) gemeinsam mit der Fachhochschule Coburg, die das Modul Sanierungstechnologie betreuen. Maßgeblich geprägt wurde der Aufbaustudiengang von Achim Hubel, der seit 1981 bis 2011 den Lehrstuhl für Denkmalpflege inne hatte. 1986 wurde der Lehrstuhl für Bauforschung und Baugeschichte eingerichtet, die Professur für Restaurierungswissenschaft in der Bau- und Denkmalpflege kam im Jahr 2000 dazu.<sup>168</sup> Unterstützt wird der Lehrbetrieb durch Lehrbeauftragte aus dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. Im Jahr 2000 wurde das Institut für Denkmalpflege und Bauforschung zum Institut für Archäologie, Bauforschung und Denk-

---

<sup>167</sup> URL: <http://www.denkmalpflege-studium.de/> (abgerufen am 04.11.2011).

<sup>168</sup> Ausbildung 2001, S. 90.

malpflege und integrierte damit auch die archäologische Denkmalpflege in das Lehrprogramm.

Die Technische Universität Berlin bietet seit 1998 das Aufbaustudium *Denkmalpflege* an, was dem Fachgebiet Historische Bauforschung angegliedert ist. Dorthin wechselten die vom Bamberger Aufbaustudiengang kommenden Professoren Robert Suckale (Kunstgeschichte) und Johannes Cramer (Bauforschung, Bau- und Siedlungsgeschichte). Zusammen mit dem Hochschullehrer Wolfgang Wolters können sie als Gründungsväter des Berliner Studiengangs bezeichnet werden. Getragen wird es von den Fachbereichen Architektur, Umwelt und Gesellschaft sowie Kommunikations- und Geschichtswissenschaften. Es ist als Projektstudium angelegt, was die Untersuchung eines Objektes pro Semester beinhaltet.<sup>169</sup>

Seit 1998 gibt es an der Fakultät für Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung Technischen Universität Cottbus einen Masterstudiengang Bauen und Erhalten. Das Studium kann auch berufsbegleitend durchgeführt werden und richtet sich vor allem an Architekten und Bauingenieure.<sup>170</sup>

An der Technischen Universität Dresden wird der Master-Studiengang *Denkmalpflege und Stadtentwicklung* angeboten.<sup>171</sup> Leider hat der Fakultätsrat der Fakultät Architektur der TU Dresden beschlossen, den Studiengang nicht weiter fortzuführen, d.h. ab dem Wintersemester 2011 werden keine neuen Studenten mehr angenommen.<sup>172</sup> Die Schließung dieses postgradualen Studiengangs an der geschichtsträchtigen TU Dresden ist sehr zu bedauern.<sup>173</sup>

---

<sup>169</sup> Ausbildung 2001, S. 96.

<sup>170</sup> Ausbildung 2001, S. 101.

<sup>171</sup> Handbuch 2006, S. 70–73. Näheres zur Restauratoren- und Handwerker Ausbildung siehe: Punkt 2.

<sup>172</sup> URL:[http://tu-](http://tu-dres-)

[den.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/fakultaet\\_architektur/ibad/master/studiengang/studieninformationen](http://tu-dres-den.de/die_tu_dresden/fakultaeten/fakultaet_architektur/ibad/master/studiengang/studieninformationen) (abgerufen am 07.11.2011)

<sup>173</sup> Bei den Ausführungen zur Geschichte des TU Dresden beziehe ich mich auf deren Internetseite zur Geschichte des Instituts. URL: [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/fakultaet\\_architektur/ibad/ueber%20uns](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/fakultaet_architektur/ibad/ueber%20uns) (abgerufen am 07.11.2011).

Aus geschichtlichen Gründen soll hier ein kleiner Exkurs zur Geschichte der Architekturfakultät an der TU Dresden angeschlossen werden. Vorlesungen zur Baugeschichte gab es an der Technischen Hochschule Dresden seit 1875, seit 1893 lehrte dort – als Nachfolger des Kunsthistorikers und Denkmalpflegers Richard Steche – der berühmte Kunsthistoriker Cornelius Gurlitt. Als erster Architekt in Deutschland promovierte im Jahr 1902 (die TH hatte seit zwei Jahren das Promotionsrecht) Hermann Muthesius. Gurlitt und Steche waren auch mit den Aufgaben zur Erhaltung der Kunstdenkmäler betraut, weil das Sächsische Landesamt für Denkmalpflege erst 1920 gegründet wurde. Im Jahr 1920 folgte Oskar Reuther auf Gurlitts Stelle nach, ab 1924 zusätzlich Otto Schubert, der wichtigste Architekt des genossenschaftlichen Wohnungsbaus in Dresden. Seit 1933 setzten Repressalien an der TH ein, damit verlor Schubert seine Stelle und schließlich auch seine Lehrbefugnis. Nach dem Krieg wurde 1948 der Lehrbetrieb der inzwischen zusammengelegten Lehrstühle für Geschichte der Baukunst und Allgemeine Kunstgeschichte wieder aufgenommen. Otto Schubert wurde rehabilitiert, seine Vorlesungen ergänzten das Angebot. 1956 übernahm Walter Hentschel die Leitung des Instituts für Kunstgeschichte und die Sammlung für Baukunst. Bereits seit 1955 war er Inhaber eines Lehrstuhls für Kunstgeschichte und Denkmalpflege, was in dieser Kombination einmalig in Deutschland war. Der Landeskonservator des Sächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, Hans Nadler, unterstützte ihn dabei. Seit 1957 gab es an der TH (seit 1961 Technische Universität) einen Lehrstuhl für die Theorie der Architektur und Entwerfen, der seit 1954 linientreu von Georg Münter vertreten wurde. 1965 wurde das Institut Theorie und Geschichte der Architektur gegründet, darin war der Lehrstuhl Theorie der Architektur und Entwerfen, der Lehrstuhl für Geschichte der Baukunst und die Lehrfächer Denkmalpflege und konstruktive Sicherung von Baudenkmälern enthalten. Ab 1969 wurde der Beruf des Architekten im Zuge der Industrialisierung des Bauwesens an den Rand gedrängt und bestand als eine von fünf Sektionen innerhalb der Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen fort. 1973 wurden die baugeschichtlichen und architekturtheoretischen Anteile der Architektenausbildung in der Professur für Theorie und Geschichte der Architektur und Entwerfen unter dem Mittelalter- und Kirchenbauspezialist Kurt Milde zu-

sammengefügt. Der Lehrstuhl für Baugeschichte wurde nach 1989 wieder eingerichtet, Klaus Mertens hatte ihn bis 1997 inne. Durch die Gründung der heutigen Architekturfakultät 1993 kam eine Dozentur für Architekturtheorie hinzu, die Falk Jäger übernahm, die Professur für Denkmalpflege und Entwerfen erhielt Thomas Will. Im Jahr 2004 wurde das Profil durch die Professur für Denkmalkunde und angewandte Bau-forschung<sup>174</sup> ergänzt, auf die Hans-Rudolf Meier berufen wurde. Er war maßgeblich für die Einführung des Masterstudiengangs Denkmalpflege und Stadterneuerung zuständig. Seit 2007 vertrat Ingrid Scheuermann (bis Oktober 2008 zusammen mit Susanne Jäger) diese Professur.

An der Universität Frankfurt/Oder wurde 1999 der Masterstudiengang *Schutz europäischer Kulturgüter* eingerichtet, der an der kulturwissen-schaftlichen Fakultät angesiedelt ist. Interdisziplinäres Wissen wird in den Bereichen des Rechts, der Wirtschaft und der Volkswirtschaft ver-mittelt, da diese Gebiete im Kulturgüterschutz besonders von Interesse sind. Partnerinstitutionen sind u. a. das Welterbezentrum Paris, das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und das für Boden-denkmalfpflege und das Institut für Konservierung und Restaurierung in Tallin.<sup>175</sup> Seit 2000 gibt es ein zusätzliches Forschungs- und Dokumen-tationsprojekt.

An der Universität Halle-Wittenberg wird das Masterstudium *Heritage Management* angeboten. Das viersemestrige Studium beinhaltet drei Studiensemester und ein Prüfungssemester. Außeruniversitäre Einrich-tungen wie das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sach-sen-Anhalt, die Stiftung Bauhaus und die Kulturstiftung Dessau Wörlitz unterstützen das Ausbildungsprogramm.<sup>176</sup>

Den Masterstudiengang Baudenkmalpflege an der Hochschule für an-gewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim Holzminden Göttingen ging aus der seit 1992 bestehenden Möglichkeit hervor, das Fachgebiet Denkmalpflege zu vertiefen. Bis 1994 wurde das Fach Denkmalpflege als Wahlpflichtfach im Fachbereich Architektur angeboten. Durch die Gründung des hochschuleigenen Instituts für Restaurierung und Bau-

---

<sup>174</sup> Unterstützt vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

<sup>175</sup> Ausbildung 2001, S. 118.

<sup>176</sup> URL: <http://www.denkmalpflege.uni-halle.de/studium/> (abgerufen am 28.11.2011).

denkmalpflege wurde ein Vertiefungsstudium Denkmalpflege im Jahr 1995 angeboten.<sup>177</sup> Der Masterstudiengang dauert vier Semester und wird fachübergreifend angeboten. Es ist in Module eingeteilt und daher variabel.<sup>178</sup>

Der Aufbaustudiengang *Altbauinstandsetzung* (inzwischen Masterstudiengang Altbauinstandsetzung) der Universität Karlsruhe wurde 1997 an der Fakultät für Architektur in Kooperation mit dem Weiterbildungs- und Beratungszentrum für Denkmalpflege in Dresden eingerichtet. Zielgruppe sind vor allem Architekten und Bauingenieure. Im Sonderforschungsbereich 315 *Erhalten historisch bedeutsamer Bauwerke* an der Universität Karlsruhe wurden die Vorarbeiten für den Aufbaustudiengang geleistet. An der TU Dresden bestand bereits seit 1982 das *Postgradualstudium Denkmalpflege*. Im Jahr 1990 wurde mit der TU Dresden ein Kooperationsabkommen geschlossen, aus dem das Weiterbildungs- und Beratungszentrum für Denkmalpflege und behutsame Altbauinstandsetzung e.V. hervorging. Das Lehrprogramm folgt weitgehend dem wirklichen Ablauf des Planungs- und Bauprozesses.<sup>179</sup>

An der Fachhochschule Köln wird im Rahmen des Architekturstudiums als mögliche Vertiefungsrichtung Denkmalpflege Planen im Bestand angeboten. Als Zusatzstudium gibt es das Fach Baudenkmalpflege sowie Denkmalbereichs- und Umfeldplanung. Das Zusatzstudium dauert für Architekten zwei Semester und wird mit dem Master of Arts abgeschlossen.<sup>180</sup>

Das von 2002 bis 2005 mit verkürztem Namen weiterbestehende Weiterbildungs- und Beratungszentrum für Denkmalpflege und Altbauinstandsetzung e.V. war an die TU Dresden angeschlossen und bot ein Ergänzungsstudium Denkmalpflege berufsbegleitend an. Im Jahr 2005 wurde die Entscheidung getroffen, die Leitung des Zentrums andere Hände zu geben und den Sitz nach Görlitz zu verlegen. Daher wurde die Einrichtung in der Villa Salzburg in Dresden geschlossen.

Die Initiative für die Einrichtung des Aufbaustudiums Denkmalpflege an der TU München geht auf Otto Meitinger zurück, der seit 1976 den

---

<sup>177</sup> Ausbildung 2001, S. 40.

<sup>178</sup> URL: <http://www.hawk-hhg.de/kulturgut/157170.php> (abgerufen am 28.11.2011).

<sup>179</sup> Ausbildung 2001, S. 105.

<sup>180</sup> Handbuch 2010, S. 85.



Lehrstuhl für Entwerfen und Denkmalpflege inne hatte. Er richtete 1978 den Aufbaustudiengang Denkmalpflege ein und leitete ihn, der sich vorrangig an ausgebildete Architekten wandte. Da das Lehrfach Denkmalpflege im Rahmen der Architekturausbildung an der TU München eine über 60jährige Tradition hat, wurde der Schwerpunkt der Ausbildung auf die Fragen der praktischen Baudenkmalpflege gelegt. Einerseits befasste man sich mit den Bauaufgaben an historischen Gebäuden, andererseits mit dem Thema des Neubaus in alter Umgebung. In sieben Jahren absolvierten über 220 Teilnehmer den Studiengang, der bis 1995 angeboten wurde.<sup>181</sup> Für Restauratoren wird an der TU München der Studiengang Restaurierung, Kunsttechnologie und Konservierungswissenschaften angeboten.<sup>182</sup>

Die Fachhochschule Potsdam wurde 1991 gegründet, das Fach Bauaufnahme wurde an dem Fachbereich Bauingenieurwesen angesiedelt. Seit April 2004 gibt es den Masterstudiengang *Bauerhaltung – Bauen im Bestand + Bauwerkserhaltung*. Er richtet sich an Bauingenieure, Architekten und ähnliche Studienrichtungen. Der interdisziplinäre Ansatz wird mit praxisnahen Projekten kombiniert.<sup>183</sup>

An der Fachhochschule Regensburg wurde der Masterstudiengang *Historische Bauforschung* am Fachbereich Architektur angesiedelt. Schwerpunkt in der Lehre und Forschung sind die antike Bauforschung ebenso wie diejenige des Mittelalters und der Neuzeit. Es gibt internationale und lokale Projekte, die zu Beginn des Studiums ausgewählt werden.<sup>184</sup>

An der Fachhochschule Trier wird im Fachbereich Gestaltung das Aufbaustudium Baudenkmalpflege angeboten. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium in den Fächern Architektur, Kunstgeschichte, Geschichte, Archäologie, in den Naturwissenschaften oder eines verwandten Faches ist die Voraussetzung für dieses zweisemestrige Studium, das mit einem Zeugnis abschliesst.<sup>185</sup>

---

<sup>181</sup> Entwerfen und Denkmalpflege 1995, S. 156.

<sup>182</sup> URL: <http://www.ar.tum.de/studiengaenge/> (abgerufen am 28.03.2012).

<sup>183</sup> URL: [http://bau.fh-potsdam.de/fb3\\_mabe\\_steckbr.html](http://bau.fh-potsdam.de/fb3_mabe_steckbr.html) (abgerufen am 28.11.2011).

<sup>184</sup> URL: <http://www.user.tu-berlin.de/gussone/FHRegensburg.html> (abgerufen am 28.11.2011).

<sup>185</sup> Handbuch 2010, S. 85.

Der Studiengang *Pflege des Bauerbes* wird an der Hochschule in Wismar als viersemestriger Aufbaustudiengang angeboten und richtet sich an Ingenieure.<sup>186</sup>

Auch im benachbarten Ausland gibt es Ausbildungsmöglichkeiten und Aufbaustudiengänge für Denkmalpfleger, so z. B. in Belgien, Frankreich, England, in der Schweiz und in Italien.

## **Restauratoren- und Handwerkerausbildung**

In den letzten 25 Jahren hat sich für die Ausbildung zum Restaurator eine geregelte Hochschulausbildung mit dem Abschluss als 'Diplom-Restaurator' entwickelt.<sup>187</sup> Das Studium wird an neun Hochschulen gelehrt.<sup>188</sup> Es umfasst geistes- und naturwissenschaftliche, restauratorische und künstlerische Elemente, die eine entsprechende Fächervielfalt erfordern: Von Chemie und Biologie über Kunstgeschichte und Archäologie, von Werkstoffkunde und Methodik bis zu Restaurierung und Konservierung in Theorie und Praxis. Vor dem Studium ist ein ein- bis mehrjähriges Praktikum zu absolvieren. Im Studium wird zunächst eine Grundausbildung absolviert, anschließend vertiefen die Studenten ihr Wissen in einer bestimmten Fachrichtung. Die Spezialisierung kann auf verschiedenen Gebieten erfolgen. Nach einer Studienzeit von vier bis fünf Jahren wurde das Studium mit dem Diplom abgeschlossen. Seit 1998 wurden die international anerkannten Hochschulabschlüsse Bachelor und Master of Arts eingeführt, wobei die HAWK<sup>189</sup> Hildesheim

---

<sup>186</sup> URL:

[http://www.fachhochschule.de/FH/Studium/Pflege\\_des\\_Bauerbes\\_\\_\\_Building\\_Conservation\\_14082.htm](http://www.fachhochschule.de/FH/Studium/Pflege_des_Bauerbes___Building_Conservation_14082.htm) (abgerufen am 28.03.2012).

<sup>187</sup> Im Folgenden beziehe ich mich auf die Beschreibung des Verbandes der Restauratoren (VDR): „Wie werde ich Restaurator?“, unter URL:<http://www.restauratoren.de/index.php?id=62> (abgerufen am 24.11.2010).

<sup>188</sup> Hochschule für Bildende Künste in Dresden, Staatliche Akademieder bildenden Künste in Stuttgart, Technische Universität in München. Die Fachhochschulen in Berlin, Erfurt, Hildesheim, Köln und Potsdam bieten entsprechende Studiengänge für verschiedene Fachrichtungen an. Das Römisch-Germanische Zentralmuseum Mainz bietet ein duales Studium zum Restaurator archäologischer Objekte zusammen mit der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz an.

<sup>189</sup> HAWK: Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst.

als erste einen Bachelor-Studiengang eingeführt hat (Präventive Konservierung).

Die Weiterbildung der an der Denkmalerhaltung beteiligten Handwerker wurde seit Anfang der 1980er Jahre reformiert. Das Deutsche Zentrum für Handwerk und Denkmalpflege in Fulda begann 1981 mit den ersten Fortbildungsveranstaltungen. 1986 konnten die ersten Handwerksmeister als „Geprüfte Restauratoren im Handwerk“ in Fulda und im Fortbildungszentrum für Handwerk und Denkmalpflege, Akademie des Handwerks, Schloss Raesfeld, durch die zuständigen Handwerkskammern in Kassel und Münster ausgezeichnet werden.<sup>190</sup> Diese Weiterbildung kann nur ablegen, wer über einen Meisterbrief verfügt oder einem Meister gleichgestellt ist. Für das Berufsbild und die Tätigkeitsmerkmale des „Restaurators im Handwerk“ wurde 1992 ein Neun-Punkte-Papier vom Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) beschlossen.<sup>191</sup> Handwerker aus 14 Berufen<sup>192</sup> können an sechs Fortbildungseinrichtungen in Deutschland die Ausbildung ablegen.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege richtete im Jahr 1989 im ehem. Kloster Thierhaupten nördlich von Augsburg das „Bayerische Bauarchiv“ ein. Hier lagern mehr als 5000 historische Bauteile, die bei Abbrüchen geborgen oder bei Reparaturmaßnahmen nicht wiederverwendet wurden, sowie Modelle. Aufgrund der für die in der Denkmalpflege tätigen Bauberufe erforderlichen Spezialisierung richtete das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege eine Fortbildungseinrichtung für die Bereiche Mauerwerk und Holzkonstruktion ein, die Akademie für Handwerkerfortbildung in der Denkmalpflege e.V. Historische Handwerkstechniken sollen ebenso wie traditionelle Reparaturmethoden erlernt werden. Das praxisorientierte Angebot richtet sich an alle in der Baudenkmalpflege tätigen Berufe, es gibt ein jährliches Programm. Zusätzlich betreut das Bauarchiv die vor Ort tätigen Firmen auf der Baustelle oder in der Werkstatt. In enger Zusammenarbeit mit dem

---

<sup>190</sup> Handwerk 1996, S. 24.

<sup>191</sup> URL:<http://www.restaurator-im-handwerk.de/berufsbild-restaurator-handwerk.htm> (abgerufen am 24.11.2010).

<sup>192</sup> Buchbinder, Gold- und Silberschmied, Holzbildhauer, Maler/Lackierer, Maurer, Metallbauer, Orgel- und Harmoniumbauer, Parkettleger, Raumausstatter, Steinmetz und Steinbildhauer, Stuckateur, Tischler, Vergolder, Zimmerer.

Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, den Bayerischen Handwerkskammern und den handwerklichen Fachverbänden sollen qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden, die mit dem neuesten Stand in Sachen Denkmalpflege und historischen Techniken vertraut sind.<sup>193</sup>

---

<sup>193</sup> URL: [http://www.blfd.bayern.de/bau-und\\_kunstdenkmalpflege/restaurierung/referat\\_av/bauarchiv/](http://www.blfd.bayern.de/bau-und_kunstdenkmalpflege/restaurierung/referat_av/bauarchiv/) (abgerufen am 12.06.2012).

## 2. 1975–1989: Denkmalpflegerischer Diskurs

Die Entwicklung der Denkmalpflege in Deutschland um 1975 ist verbunden mit einem gesellschaftlichen Wandel, der mit einem Wertewandel einhergeht. Daher soll ein einführendes Kapitel diese Zeit erläutern. Die Erhaltung des baugeschichtlichen Erbes war der Anlass für die Gründung vieler Bürgerinitiativen, die den Wertewandel in der Praxis durchsetzten. Die in dieser Zeit geführten Grundsatzdiskussion um die Erhaltung der Denkmäler führte zur Erweiterung des Denkmalbegriffs und zur Diskussionen über die verschiedenen Werte des Denkmals. Gleichzeitig wurden die Untersuchungsmethoden an Denkmälern verbessert. Schon Ende der 1970er Jahre begann man, im Krieg zerstörte Bauten zu rekonstruieren, was sich bis in die 1980er Jahre hinzog. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik kam es zu einem hohen Druck auf die Denkmäler in den Innenstädten und man beschäftigte sich mit der Frage, wie mit dem Original umzugehen sei.

### Wertewandel

Der politisch-soziologische Begriff Wertewandel beschreibt einen Prozess, der etwa seit Beginn der 1960er Jahre in den westlichen Industrieländern zu umfassenden Verhaltens- und Einstellungsänderungen geführt hat, d.h. zu einer stärkeren Individualisierung und zu einer Zunahme sog. nicht-materieller Werte (u. a. Emanzipation, Umweltschutz). Der Wertewandel hat zu neuen gesellschaftspolitischen Einstellungen und zu verändertem Wahlverhalten geführt und wesentlich zur Entstehung der sog. Neuen Sozialen Bewegungen beigetragen.<sup>194</sup> In den 1960er Jahren verbesserten sich aufgrund des gestiegenen Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten die soziale Absicherung und der Lebensstandard. Kühlschrank, Waschmaschine, Fernsehen, Auto und eine Kamera gehörten für die meisten Deutschen Mitte der 1970er Jahre zum Standard. Sie hatten mehr Freizeit, fast 50 Prozent der Deutschen machten 1974 eine Urlaubsreise.<sup>195</sup> Die Annahme, dass mit dem gestiegenen

---

<sup>194</sup> Zitiert nach: Online-Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung, URL:[http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=VV3XZE](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=VV3XZE) (abgerufen am 15.10.2010).

<sup>195</sup> Noelle-Neumann, Elisabeth, Werden wir alle Proletarier, in: Die Zeit vom 13.06.1975.

Lebensstandard die bürgerlichen Werte akzeptiert würden, erwies sich als Trugschluss. Für eine Verbürgerlichung gab es keine Anzeichen. Die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann<sup>196</sup> stellte dagegen eine Anpassung an das Werte-System der Proletarier fest, besonders in der jungen Generation. Der Wert der Arbeit wurde als gering eingeschätzt, zwei Fünftel der Befragten unter dreißig wünschte sich ein Leben ohne Arbeit.<sup>197</sup> Noelle-Neumann formulierte eine erste These: *Im materiellen Bereich verbürgerlichen die Arbeiter, ein bürgerlicher Lebensstandard ist in Bezug auf Besitz und Sicherheit praktisch erreicht. Im geistigen Bereich der Einstellungen und Wertvorstellungen vollzieht sich umgekehrt jedoch eine Anpassung an die Unterschichtsmentalität.*<sup>198</sup> Arbeitsunlust und die Vermeidung von Anstrengungen gehört dazu ebenso wie Streben nach Gleichheit und Zweifel am Leistungssystem. Noelle-Neumann sah damit den Werteverfall als Gefahr für die pluralistische Gesellschaft an. Eine Kluft zwischen den Generationen entstand, denn selbst bei den zentralen Werten (Einstellung zur Religion, Politik, Moral, Umgang mit anderen Menschen) stimmten Eltern und Kinder nicht miteinander überein.<sup>199</sup>

Der Wertewandel ist nicht ohne die Rolle des führenden Philosophen dieser Jahre, Theodor W. Adorno, zu verstehen. Seine Überzeugungen gehörten zum Kreis der „Frankfurter Schule“, die die 68er Studentenbewegung inspirierte. Er war davon überzeugt, dass die Weitergabe von Wertevorstellungen von den Eltern an die Kinder unterbrochen werden müsste. In dem damals herrschenden autoritären Erziehungsstil sah er eine Wurzel des Übels, das im Dritten Reich entstanden war. Nach seiner Auffassung hätte die Erziehung die Kinder zu willenlosem Gehorsam gezwungen und so die Vergehen im Dritten Reich erst möglich gemacht. Adorno wollte – ähnlich dem Marxismus – eine neue, bessere

---

<sup>196</sup> Elisabeth Noelle-Neumann (1916–2010) war Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Mainz und Gründerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Sie gilt als Pionierin der Demoskopie in Deutschland.

URL:[http://de.wikipedia.org/wiki/Elisabeth\\_Noelle-Neumann](http://de.wikipedia.org/wiki/Elisabeth_Noelle-Neumann) (abgerufen am 15.10.2010).

<sup>197</sup> Noelle-Neumann, Elisabeth, Werden wir alle Proletarier, in: Die Zeit vom 13.06.1975.

<sup>198</sup> Noelle-Neumann, Elisabeth, Werden wir alle Proletarier, in: Die Zeit vom 13.06.1975.

<sup>199</sup> Aus Politik und Zeitgeschichte (B29/2001), Zeitenwende, der Wertewandel 30 Jahr später, Elisabeth Noelle Neumann/Thomas Petersen,

URL:<http://www.bpb.de/files/9M8H2E.pdf>, abgerufen am 24.11.2010.

Gesellschaft schaffen. Der Einfluss der „Frankfurter Schule“ und Adornos führte zu einem Wandel, wie eine Umfrage 1986 zeigte: Die befragten Eltern wollten ihre Kinder möglichst wenig bei ihrer grundsätzlichen Wertorientierung beeinflussen.<sup>200</sup>

Der Sozialwissenschaftler Helmut Klages stellt einen „Wertewandelschub“ zwischen 1965 und 1975 fest.<sup>201</sup> Während die traditionellen „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ wie Disziplin, Gehorsam, Leistung, Ordnung abgewertet, sind die „Selbstentfaltungswerte“ aufgewertet worden. Dazu gehören u. a. die Emanzipation von Autoritäten, Gleichbehandlung, Gleichheit und Demokratie. Nach Klages müssten die alten und neuen Werte nicht in Opposition zueinander stehen, sondern könnten bei vielen Menschen produktive Wechselwirkungen entfalten, also zu einer Wertesynthese führen. Durch das Übertragen von Verantwortung wird die Synthese gefördert. Bei der Entwicklung eines individuellen Wertesystems hilft die „Verantwortungsrolle“ mit. Für eine funktionierende Bürger- und Zivilgesellschaft erschien es nötig, möglichst viele „Verantwortungsrollen“ in Firmen, Schulen, Behörden, aber auch Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen zu übergeben.

### **Wertewandel und Denkmalpflege**

Der Schweizer Denkmalpfleger Bernhard Furrer fragte dreißig Jahre nach dem eben dargelegten Wertewandel Ende der 1960er Jahre nach den Folgen für die Beschäftigung mit den Baudenkmälern und für deren Vermittlung.<sup>202</sup> Die eben erklärten Schlagworte „Wertesynthese“ und „Verantwortungsrolle“ spielten in seinem Vortrag eine wichtige Rolle.

Er stellte fest, dass sich bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts überwiegend ältere, gut gebildete und vermögende Personen für die Baudenkmäler interessierten. Inzwischen sind es breitere Bevölkerungsschichten, die aus allen Gesellschaftsschichten stammen. Selbst Migranten können

---

<sup>200</sup> Aus Politik und Zeitgeschichte (B29/2001), Zeitenwende, der Wertewandel 30 Jahr später, Elisabeth Noelle Neumann/Thomas Petersen, URL:<http://www.bpb.de/files/9M8H2E.pdf>, abgerufen am 24.11.2010.

<sup>201</sup> Wertewandel in historisch-diachroner Perspektive, Jörg Neuheiser, Christopher Neuemeier, Andreas Rödder, Kolloquium zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Abteilung Geschichte, Universität Bielefeld, 23.01.2009, S. 3.

<sup>202</sup> Furrer 2008, S. 90.

ihre verschiedenartigen Erfahrungen mit der gebauten Umwelt zu einer Wertesynthese zusammenführen. Die regionale Identität wird im Zeitalter der Globalisierung, der auswechselbaren Konsumwelt immer wichtiger. Die konstanten, typischen und unverwechselbaren Elemente in dieser Welt sind die Baudenkmäler. Die realen, dreidimensionalen Dinge haben im Gegensatz zur virtuellen Welt einen größeren Stellenwert bekommen. Die Menschen zeigen mehr Interesse an Führungen und Besichtigungen mit modernen Vermittlungsmethoden.<sup>203</sup> Furrer forderte, Baudenkmäler besser zu vermitteln. Die Inhalte der Denkmalpflege müssten für jeden verständlich formuliert werden.

Andererseits änderte sich durch den gezeigten Wertewandel nichts an den Grundlagen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Die Bedeutung der möglichst unverändert erhaltenen Substanz des Denkmals stieg nach Furrers Meinung sogar an.<sup>204</sup> Ständig werden Baudenkmäler repariert, erneuert, umgenutzt. Neue Bedeutungen werden ihnen zugesprochen. Aus der Fabrikhalle wird ein Museum, aus einem Bahnhof ein Café. Das ist nur mit weitgehend unveränderter Substanz möglich. *Der Wertewandel im Gedanklichen (durch die Betrachtenden) bedingt die Wertekonstanz im Materiellen (des Betrachteten).*<sup>205</sup>

Rekonstruktionen sind ebenso wie der perfekt wiederhergestellte äußere Schein eines Denkmals kein Beitrag zum Verstehen von historischen Bauten, so Furrer.

*Die Denkmalpflege hat eine „Verantwortungsrolle“: Nimmt sie diese nicht wahr, droht ihr ein berechtigter Vertrauensentzug durch Öffentlichkeit und Politik, die beide erstaunlich sensibel auf Fälschungen reagieren. Nur ein Denkmal – Einzelbau oder Ortsganzes – mit erhaltener materieller Authentizität hat langfristig eine Überlebenschance. Wir müssen sie wahren.*<sup>206</sup>

### **Bürgerinitiativen**

Bürgerinitiativen gründeten sich, weil ihre Mitglieder empfanden, dass auftretende Probleme wie z. B. die Umweltbelastung, von den gewählten Volksvertretern und Parteien nicht wahrgenommen wurden. Meist war für die Gründung ein konkreter Anlass gegeben, der die Gründung

---

<sup>203</sup> Furrer 2008, S. 91.

<sup>204</sup> Furrer 2008, S. 94.

<sup>205</sup> Furrer 2008, S. 94.

<sup>206</sup> Furrer 2008, S. 95.



einer Bürgerinitiative auslöste. Insbesondere bessere Umweltbedingungen waren der Fokus der meisten Initiativen der 1970er Jahre. Als verlängerter Arm von Bürgerinitiativen wie der Friedensbewegung und der Antiatombewegung auf Landes- und Bundesebene (wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU) ist letztlich die Partei „Die Grünen“ 1977/78 entstanden.

Das verstärkte Interesse der Bevölkerung zeigte sich auch in der steigenden Zahl von Bürgerinitiativen, die sich für den Denkmalschutz engagierten.<sup>207</sup> Ihr Ziel war es, einen Umdenkungsprozess bei den anderen Bürgern sowie den Verantwortlichen in Gang zu setzen.

Die größte und mit ca. 140 Kontaktstellen überregional tätige Bürgerinitiative ist die Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V. (IGB) mit ca. 6000 Mitgliedern.<sup>208</sup> Sie wurde im Jahr 1973 von dem Grafiker Julius Habbo Wilhelm Kraft (1917–2008) mit 75 Bauernhausfreunden in seinem Haus in Kirchseelte gegründet. Damals hieß sie *Interessengemeinschaft Bauernhaus Kreis Grafschaft Hoya e.V.* Durch die Instandsetzung des von Kraft 1959 erworbenen Kleinbauernhauses und den damit verbundenen Schwierigkeiten sah er sich zur Gründung des Vereins aufgefordert.<sup>209</sup> Die IGB versteht sich als Zusammenschluss interessierter Bürger, die alte Bausubstanz vor allem im ländlichen Raum erhalten wollen. Durch die Beratung ihrer Mitglieder trägt sie zur Erhaltung und Nutzung, ggf. auch zur Umnutzung ländlicher Gebäude bei. Der Verein richtete sich ebenso gegen die Baupolitik, die versuchte, die alten Siedlungsstrukturen auf dem Land zu zerstören. Kraft hat die Grundlagen für die Initiative gelegt und in vierzehn Jahren Vorsitz wichtige Arbeit geleistet. Bis in die 1990er Jahre war er nahezu alleiniger Redakteur der von ihm im Denkmalschutzjahr 1975 herausgebrachten Mitgliederzeitschrift *Der Holznagel*. Das sinnstiftende Motto *Der Holznagel verbindet – Der Holznagel hält zusammen – Der Holznagel hält fest* gab er der Zeit-

---

<sup>207</sup> Berichte der Landesdenkmalämter (BRD) zum Denkmalschutzjahr 1975, Baden-Württemberg, in: DKD 1976, S. 4; Bayern: Historische Vereine entstehen. In Würzburg gründen sich zwei neue Bürgerinitiativen zum Schutz historischer Monumente und Landschaften. In Miltenberg soll das alte Rathaus wieder hergestellt werden.

<sup>208</sup> Die Geschichte des IGB ist nachzulesen unter:URL:

<http://www.igbauernhaus.de/index.php?id=222> (abgerufen am 09.11.2011).

<sup>209</sup> Näheres zum Gründer findet man in zwei Nachrufen unter URL:

<http://www.bauernhausarchiv.de/192.html> (abgerufen am 09.11.2011).

schrift, die sich überwiegend mit ländlichem Bauen beschäftigt. Die Auszeichnung Silberne Halbkugel des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz erhielt er im Jahr 1980. Die IGB will das Bewusstsein für den Wert landschaftstypischer Bauweisen schärfen und den Erhalt historischer Bausubstanz verstärken. Sie fördert überkommene Handwerkstechniken durch direkte Beratung, aber auch durch die Informationen im *Holz-nagel* mit Aufsätzen und kritischen Berichten.

Die Altstadtfreunde Nürnberg e.V. sind der zweitgrößte Verein mit derzeit 5.500 Mitgliedern. Sie sind hervorgegangen aus der *Vereinigung der Freunde der Altstadt Nürnberg e.V.*, gegründet 1950<sup>210</sup> zur Wiederherstellung der öffentlichen Bauten der im Krieg zu 90 Prozent zerstörten Stadt Nürnberg. Unter der Federführung von Studienrat Dr. Erich Mulzer wurde der Verein 1973 zur aktiven Bürgerinitiative, die seit 1976 den Namen Altstadtfreunde Nürnberg e.V. führt. Mulzer baute die Öffentlichkeitsarbeit aus und steigerte damit die Mitgliederzahl. Gleichzeitig machte er klar, dass Mahnen und Kritisieren zwar wichtig sind, aber der Bürgerwille auch vieles leisten kann. Anschaulich wurde dies sofort mit durchgeführten Fachwerkreilegungen und Maßnahmen an den für Nürnberg typischen Chörlein und Brunnen. Mit den organisierten Stadtpaziergängen in Nürnberg wurden Interessierte an Bemerkenswertes der Nürnberger Altstadt herangeführt. Seit 1976 erschienen jährlich die *Nürnberger Altstadtberichte* mit wissenschaftlichen Artikeln. Mit der Rettung der vier Häuser am Unschlittplatz im Jahr 1978 erlangten die Altstadtfreunde ihren Durchbruch und große Anerkennung. Für einen Straßendurchbruch sollte die Häusergruppe abgebrochen werden. Den Altstadtfreunden gelang es, die vier Häuser in die Hand von Denkmalfreunden zu geben, die sie auf eigene Kosten instand setzten. Nach diesem Modell – dem Unschlittplatz-Modell – konnten noch vier weitere Häuser gerettet werden. Im Jahr 1977 wurde die Sanierung des Altstadtfreundehauses abgeschlossen. Der Bericht der Altstadtfreunde zeigt, dass in 35 Jahren über 20 Häuser vor dem Verfall gerettet wurden, davon wurden zwölf in eigener Zuständigkeit wieder hergestellt. Dazu kam die Freilegung von 41 Fachwerken, dem Aufsetzen von 23 Dacher-

---

<sup>210</sup> Die Geschichte der Altstadtfreunde Nürnberg ist auf deren Internetseite nachzulesen unter URL: [http://altstadtfreunde-nuernberg.de/ueber\\_uns/geschichte.html](http://altstadtfreunde-nuernberg.de/ueber_uns/geschichte.html) (abgerufen am 09.11.2011).

kern, die Wiederherstellung von 16 Chörlein und viele weitere Maßnahmen.<sup>211</sup> In der Satzung ist heute im § 2 als Zweck des Vereins an erster Stelle zu lesen, *die historischen Gebäude, insbesondere die Baudenkmäler in der Nürnberger Altstadt zu erhalten*. Bis 1984 stand an erster Stelle, den *Wiederaufbau der Nürnberger Altstadt im Sinne und im Charakter des zerstörten geschichtlichen Stadtkerns zu fördern*.<sup>212</sup> Auf der Internetseite der Altstadtfreunde Nürnberg e.V. ist auch der Förderkreis Pellerhof vertreten, der sich der Rekonstruktion der Fassaden des Hofes des Pellerhauses verschrieben hat. Dort werden Spenden für den Wiederaufbau der Hoffassaden gesammelt. Dass hierbei ein eingetragenes Denkmal des Wiederaufbaus in Nürnberg (1955–1957 von Fritz und Walter Mayer) zerstört werden soll, wird auf der Seite allerdings nicht thematisiert.<sup>213</sup>

Die Schutzgemeinschaft Tegernseer Tal ist eine Privatinitiative von Tegernseer Bürgern, die sich als Verein bereits seit 1972 – kurz vor dem Erlass des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes – darum kümmert, die landschaftliche und bauliche Ausgewogenheit des Tegernseer Tales – soweit noch vorhanden – zu schützen und zu erhalten. Der Fall des Gutes Kaltenbrunn im Landschaftsschutzgebiet „Tegernsee und Umgebung“ machte die Arbeit der Schutzgemeinschaft überregional bekannt und soll hier kurz dargestellt werden.<sup>214</sup> Der als Ensemble und Einzeldenkmal geschützte Vierseithof wurde zuletzt als Gasthaus genutzt, die übrigen Gebäude standen leer.<sup>215</sup> 2004 wurde ein Bebauungsplan der Gemeinde Gmund bekannt gemacht, der die Errichtung eines großen Hotelkomplexes ermöglichen sollte, gleichzeitig wurde das Gebiet aus der Landschaftsschutzverordnung herausgenommen. Zwar äußerte das

---

<sup>211</sup> URL:[http://altstadtfreunde-nuernberg.de/ueber\\_uns/ziele\\_zahlen\\_fakten.html](http://altstadtfreunde-nuernberg.de/ueber_uns/ziele_zahlen_fakten.html) (abgerufen am 09.11.2011).

<sup>212</sup> URL: [http://altstadtfreunde-nuernberg.de/ueber\\_uns/satzung.html](http://altstadtfreunde-nuernberg.de/ueber_uns/satzung.html) (abgerufen am 09.11.2011).

<sup>213</sup> Der Text der Denkmalliste lautet: Ehem. Pellerhaus, heute Stadtbibliothek, Erdgeschoßhalle mit Sterngewölbe, Treppenturm und ein Teil der Hofarchitektur des 1602 bis 1607 von Jakob Wolff d. Ä. errichteten Spätrenaissancebaus, nach weitgehender Kriegszerstörung (1944/45) unter Wiederherstellung der erhaltenen Teile in Stahlbetonskelettbauweise neu überbaut, Anbau fünfgeschossiger Stahlbetonskelettbau mit Flachdach, 1955–57 von Fritz und Walter Mayer.

<sup>214</sup> Brogsitter-Fink 2011, S. 55–59.

<sup>215</sup> Gründung des 15. Jahrhunderts, die Gebäude sind um 1825 entstanden.

Bayerische Landesamt für Denkmalpflege im Planungsverfahren seine berechtigten Einwände gegen das Projekt, die gebotene Abwägung fand aber seitens der Gemeinde nicht statt. Im September 2007 reichte die Schutzgemeinschaft Tegernseer Tal beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eine Popularklage gegen den Bebauungsplan ein und gewann.<sup>216</sup> Die Urteilsbegründung enthielt, dass der Bebauungsplan rechtswidrig ist und sowohl gegen den Gleichheitsgrundsatz nach § 118 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung verstößt als auch die Belange des Denkmalschutzes missachtet.<sup>217</sup> Der Bebauungsplan wurde aufgehoben. Zum vierzigsten Geburtstag der Schutzgemeinschaft Tegernseer Tal würdigte Generalkonservator Greipl diesen Erfolg folgendermaßen: *Kaltenbrunn gibt es noch, nicht weil das System Denkmalschutz funktioniert hätte, sondern obwohl es nicht funktioniert hat, und zwei im Denkmalschutzgesetz nicht vorgesehene Kräfte, nämlich das bürgerliche Engagement der Schutzgemeinschaft und der Bayerische Verfassungsgerichtshof in das fehlerhaft funktionierende System Denkmalschutz eingriffen.*<sup>218</sup>

Die Stadt Regensburg hat eine besonders aktive Bürgerschaft, die sich seit Jahrzehnten in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens eingebracht hat, auch bei Fragen der Stadtplanung und des Denkmalschutzes. Der Plan zur Verkehrserschließung der Altstadt war im Jahr 1962 Anlass zum Protest für die Altstadtfreunde Regensburg und das Forum Regensburg.<sup>219</sup> Der Plan sah ein verkehrsgerechtes Tangenten-Viereck vor, das den Abriss ganzer Plätze vorsah. Zum Glück wurden nur Teile davon realisiert, weil sich die 1966 gegründeten Altstadtfreunde bereits 1964 gegen den Abbruch eines Häuserblocks zur Wehr setzten. Sie erstellten einen eigenen Straßenverkehrsplan für die Altstadt, der ohne breite Erschließungs- und Durchgangsstraßen auskam.<sup>220</sup> Zusammen mit der Stadtverwaltung erarbeiteten sie 1967 einen Entwurf für eine Ortssatzung zum Schutz historischer Straßen und Plätze und zum

---

<sup>216</sup> Brogsitter-Fink 2011, S. 58.

<sup>217</sup> URL: <http://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/11-VII-07-Entscheidung.htm> (abgerufen am 28.03.2012).

<sup>218</sup> Die Festansprache ist im Wortlaut abgedruckt: URL: <http://www.schutzgemeinschaft-tegernseer-tal.de/aktuelles.php?ab=detail&aktid=48> (abgerufen am 28.03.2012).

<sup>219</sup> König 2011, S. 72.

<sup>220</sup> URL: [http://altstadtfreunde-regensburg.de/verein\\_stationen\\_festschrift.html](http://altstadtfreunde-regensburg.de/verein_stationen_festschrift.html) (abgerufen am 12.06.2012).

Schutz von Kunst- und Kulturdenkmälern, die auch Vorgaben für die Außenwerbung enthielt. Die Funde des jüdischen Ghettos und von Fundamenten der romanischen und frühgotischen Synagoge unter dem Neupfarrplatz im Jahr 1995 sollten nach Planung der Stadt Regensburg zugeschüttet werden. Zusammen mit vielen anderen Interessensvertretern und Vereinen wurde der „Gesprächskreis Neupfarrplatz“ gegründet und die heutige Lösung gefunden. Die unterirdischen Räume können in dem Dokumentationszentrum „document Neupfarrplatz“ besichtigt werden.<sup>221</sup> In jüngster Zeit (2008) setzten sie sich gegen das Luxushotel mit Tiefgarage in Schloss St. Emmeram ein, zusammen mit mehreren anderen Vereinen und Initiativen gegen die Vernichtung des alten Baumbestandes im Schlosspark.<sup>222</sup>

In Bonn wehrten sich in den Jahren 1967/68 Bürger gegen eine Bebauung der Rheinaue mit sieben Hochhäusern, zudem gegen eine quer durch die Stadt geplante Stadtautobahn und gegen eine Überbauung des Bahnhofs mit einem Kaufhauskomplex.<sup>223</sup> Dank der Initiative „Das bönnsche Bonn darf nicht sterben“ wurden die Planungen größtenteils unmittelbar zurückgenommen.

Bundesweit bekannt sind die Hausbesetzungen im Frankfurter Westend. Die Praxis, Wohnhäuser der Kaiserzeit abzureißen und durch Bürohochhäuser zu ersetzen, wurde boykottiert. Eine Reihe von Hausbesetzungen begann mit dem Haus Eppsteiner Str. 47 im Jahr 1970. Daraus gründete sich die Aktionsgemeinschaft Westend, die bis heute besteht. An diesen Protestbewegungen waren auch Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit beteiligt.<sup>224</sup>

1968 gründete sich die Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg anlässlich des bevorstehenden Abrisses des Hauses zum Marienbild, das einer Straßenverbreiterung weichen sollte. Bis heute setzt sich die Schutzgemeinschaft mit Vorträgen, Führungen, Ausstellungen und Protestaktionen für die Anliegen der Denkmalerhaltung und für Fragen der Stadtgestaltung ein.<sup>225</sup>

---

<sup>221</sup> König 2011, S. 68/69.

<sup>222</sup> König 2011, S. 70/71.

<sup>223</sup> Krebs 2004, in: Öffentliches Denkmal 2002, S. 97.

<sup>224</sup> Krebs 2004, in: Öffentliches Denkmal 2002, S. 97.

<sup>225</sup> URL:<http://www.altbamberg.de> (abgerufen am 24.11.2010).

1972 wurden in Lüneburg und 1975 in Lübeck Bürgerinitiativen gegründet, in Lübeck die „Bürgerinitiative Rettet Lübeck“ (BIRL) und in Lüneburg der „Arbeitskreis Lüneburger Altstadt“ (ALA). Die Vereine reagierten auf Planungen, heruntergekommene Altstadtquartiere abzureißen und die Altstädte in eine autogerechte Stadt umzuwandeln<sup>226</sup>. Der ALA gab von 1981 bis 1993 den Lüneburger Abrisskalender heraus, der die sinnlosen Zerstörungen einzelner Häuser dokumentiert. In Lübeck gibt die BIRL die „Bürgernachrichten“ heraus, die über drohende Abrisse und städtebauliche Planungen informierten.

In Hameln war es dem Handeln einer einzigen Frau zu verdanken, dass die Flächensanierungen zugunsten von Objektsanierungen beendet wurden: Elsa Buchwitz. Mit einer Plakataktion kennzeichnete sie die vom Abriss bedrohten Gebäude, auf denen stand: „Gott schütze dieses Haus vor Not und Brand – und vor der Stadtplanung“. Elsa Buchwitz war die Vorkämpferin für die denkmalgerechte Altstadtsanierung in Hameln und rüttelte mit dieser Aktion die Bürger auf, mehr Widerstand gegen den geplanten Abriss zu leisten. Seit 1972 war sie Vorsitzende der 1968 gegründeten „Vereinigung Hamelner Bürger zur Erhaltung ihrer Altstadt“. Für ihr Wirken erhielt sie 1986 die Auszeichnung mit der Silbernen Halbkugel, dem höchsten Preis des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, sowie 1984 das Bundesverdienstkreuz.<sup>227</sup>

Im Januar des Jahres 2012 gründete sich das Denkmalnetz Bayern mit dem Motto „Gemeinsam für das gebaute Kulturerbe.“ Die Gründungsidee entstand auf zwei Tagungen in den Jahren 2008 und 2011, die die Evangelische Akademie Tutzing und der Augsburger Architekt Wolfgang Weise organisiert hatten. Seitdem sind über neunzig Initiativen und zahlreiche Einzelpersonen diesem Bündnis beigetreten. Im Jahr 2013 wurde das Bündnis, das sich für Denkmäler in der Denkmalliste, aber auch für andere historische Gebäude einsetzt, von dem Deutschen Nationalkomitee mit dem Internetpreis 2013 ausgezeichnet.<sup>228</sup>

---

<sup>226</sup> URL:<http://www.alaev-lueneburg.de> (abgerufen am 24.11.2010) und URL:<http://www.die-birl.de> (abgerufen am 24.11.2010).

<sup>227</sup> URL:<http://www.pfannekuchen-hamelnde/elsa-buchwitz-restaurant-hamelnde.htm> (abgerufen am 24.11.2010).

<sup>228</sup> URL:<http://www.denkmalnetzbayern.de/index.php/startseite> (abgerufen am 20.02.2014).

Die beiden großen, zahlreiche kleinere Bürgerinitiativen und das Denkmalnetz Bayern zeigten, in welchem Maß die Bürger durch ihr Engagement in den jeweiligen Regionen den Bewusstseinswandel beeinflusst haben und außerhalb der institutionalisierten Denkmalpflege die Wahrung von Substanz oder ganzen Stadtbildern förderten. Durch unterschiedliche Anlässe fühlten sie sich veranlasst, sich für die Erhaltung alter Häuser einzusetzen und so der Zerstörung ihrer Heimat entgegenzuwirken. Ohne dieses regionale Engagement in ganz Deutschland hätte sich der Denkmalgedanke in der Zeit des Europäischen Denkmalschutzjahres nicht in dem Maße durchsetzen können.

Arbeit der Landesämter nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr

Die Berichte aus den Landesdenkmalämtern zum Denkmalschutzjahr 1975 fielen unterschiedlich aus: So bemühte sich das Land Hessen darum, auch schon die jüngere Generation für Denkmalpflege zu interessieren und gab eine Broschüre für den Unterricht an höheren Schulen heraus.<sup>229</sup>

Aus Baden-Württemberg wurde berichtet, dass die Hoffnung, mehr Denkmalfördermittel zu erhalten, sich leider aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Einschränkung der Staatsausgaben nicht realisiert hat. Danach war das Publikumsinteresse an Fachausstellungen wie z. B. „Die stille Zerstörung“ mit dem Untertitel „Kritische Blicke auf Karlsruhe im Denkmalschutzjahr“ groß. Die Ausstellung thematisierte die schleichende Dezimierung eines Stadtbildes. Presse und Fernsehen zeigten sich überraschend interessiert an den Veranstaltungen zum Denkmalschutzjahr.<sup>230</sup>

Bayern setzte neben einer Vielzahl von Veranstaltungen auf die langfristige Verbesserung der denkmalpflegerischen Arbeit mit der Einrichtung einer Pressestelle, die die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Denkmalpflege informieren soll; zusätzlich wird das Mitteilungsblatt „Denkmalpflege-Informationen“ (Auflage im Jahr 2012: 8.000) kostenlos für alle Interessierten herausgegeben. Auch die reich gebilderte, durchwegs

---

<sup>229</sup> Berichte der Landesdenkmalämter (BRD) zum Denkmalschutzjahr 1975, Baden-Württemberg, in: DKD 1976, S. 11, Hessen.

<sup>230</sup> Berichte der Landesdenkmalämter (BRD) zum Denkmalschutzjahr 1975, Baden-Württemberg, in: DKD 1976, S. 1–2.

farbige Zeitschrift „Denkmalpflege in Baden-Württemberg – Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege“ erscheint seit 1971 und wird ebenfalls unentgeltlich abgegeben. Die Veröffentlichungen der anderen Landesämter sind kostenpflichtig. In Niedersachsen gibt es seit 1981 die populärwissenschaftlichen „Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen“. Sie widmen sich jeweils einem fachspezifischen Thema, um einer breiteren Öffentlichkeit die Anliegen von Denkmalschutz und -pflege zu vermitteln. Die „Brandenburgische Denkmalpflege“ erscheint seit 1992 und vermittelt mit Aufsätzen zu verschiedenen Themen ein breites Bild über die Tätigkeiten des Landesamtes. Das Mitteilungsheft „Denkmalpflege in Sachsen“ erscheint seit 1992 und versammelt diverse Themen. Die „Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt“ gibt seit 1995 mit breitgefächerten Themen ein vielfältiges Bild der Fachbehörde. Die „Denkmalpflege in Westfalen-Lippe“ berichtet über die Denkmalpflege im Landesteil Westfalen, die „Denkmalpflege im Rheinland“ berichtet seit 1984 als Vierteljahresheft über Theorie und Praxis der Denkmalpflege im rheinischen Landesteil. Das Landesamt für Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz gibt keine populärwissenschaftliche Zeitschrift heraus, eine Informationsmöglichkeit sind hier die Jahresberichte, die seit Bestehen des Amtes erscheinen.

Die Denkmalpflegerin und Buchautorin Ursula Maria Schute legte 1981 die Erforderlichkeit dar, die Baudenkmalpflege auch als publizistische Aufgabe aufzufassen. Sie konstatierte, dass die zahlreichen Fachpublikationen der Baudenkmalpflege an dem Laien als Zielpublikum vorbeigehen, weil sie nicht verständlich genug geschrieben sind. Sie forderte die Denkmalpfleger auf, die Öffentlichkeitsarbeit niemand anderem zu überlassen und der interessierten Öffentlichkeit ihr Wissen direkt zu vermitteln. Sollte dies nicht der Fall sein, so sah sie das Problem, *dass die Schere zwischen den Erkenntnissen der Wissenschaft und dem gesellschaftlichen Grundkonsensus immer weiter auseinanderklaffen wird. Hoffentlich gelingt es, die gegenwärtig höchst aufgeschlossene Öffentlichkeit für die Probleme ihrer gebauten Umwelt dauerhaft zu interessieren und möglichst viele kompetent zu machen. Auch die Denkmalpflege müsste verstärkt daran arbei-*



*ten, ihre Maßnahmen allgemein verständlich zu erklären, denn Baudenkmal-schutz ist eben nicht zuletzt eine publizistische Aufgabe.*<sup>231</sup>

Der Jurist des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Dieter Martin, ging 1983 in seinem Vortrag „Zehn Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz“ noch weiter und sagte, dass auch ein gewisses Einfühlungsvermögen hinsichtlich der Psyche der am Verfahren beteiligten Personen notwendig sei. Ganz wesentlich sei eine entsprechende Überzeugungskunst.<sup>232</sup> Er ermunterte die Denkmalpfleger – nicht nur das Ergebnis, nämlich den Schutz des Denkmals – vor Augen zu haben, sondern auch den Weg dahin. Martin meinte, der Denkmalpfleger solle neben seinen fachlichen Aufgaben auch um Verständnis für die Denkmalpflege werben und die Beteiligten möglichst überzeugen. Nur die gesetzliche Grundlage anzuwenden, sei nicht ausreichend.<sup>233</sup> *Beratung, Beratung und nochmals Beratung ist das unumstößliche Gebot für alle Denkmalpfleger.*<sup>234</sup>

Die Forderung nach adäquater Weiterbildung für den Denkmalpfleger stellte der Hochschullehrer Friedrich Mielke. Im Jahr 1976 auf der Tagung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V. setzte er sich für eine stetige Weiterbildung ein. Ähnlich wie Angestellte in der Wirtschaft und in der Industrie sollten sich Denkmalpfleger regelmäßig weiterbilden. *Wenn wir unsere Fachinteressen in der Praxis und in der Lehre durchsetzen wollen, müssen wir uns trainieren, wir müssen nicht nur den neuesten Stand der Wissenschaft kennen, wir müssen auch wissen, wie man ihn anwendet und durchsetzt. ... Ob wir uns als Manager des Faches Denkmalpflege begreifen wollen oder nicht, ist unerheblich. Zusatzunterricht in Konzeptions-, Entscheidungs- und Informationsprozessen, in der Erarbeitung von Fallstudien und in der Durchführung von Plan- und Rollenspielen, im Studium der neuesten Gesetzgebung, der soziologischen Zusammenhänge und ihrer Auswirkung in Sachen Denkmalpflege usw. dürften auch einem*

---

<sup>231</sup> Schute 1981, S. 74.

<sup>232</sup> Martin 1983, S. 41.

<sup>233</sup> Martin 1983, S. 42.

<sup>234</sup> Martin 1983, S. 41.

*gestandenen Denkmalpfleger oder Hochschullehrer nicht schaden.*<sup>235</sup> Zu diesem Zeitpunkt, also Mitte der 1970er Jahre, gab es noch kein Weiterbildungsprogramm für Denkmalpfleger, in dem die Theorie der Denkmalpflege, Bauforschung / Baugeschichte und die Anwendung in der Praxis gelehrt werden. Erst etwa zehn Jahre später wurden die erwähnten Studiengänge an Hochschulen, Fachhochschulen oder technischen Universitäten angeboten, in denen sich Absolventen eines entsprechenden Studiums oder Berufstätige im Fach Denkmalpflege / Heritage Conservation weiterbilden konnten.<sup>236</sup>

Zur denkmalpflegerischen Kernentwicklung des Jahrzehnts von 1975 bis 1985 gehörte auch die Institutionalisierung. Aus der Sicht der Praxis zeichnete die Denkmalpflegerin Hiltrud Kier in ihrem Bericht über die Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger 1975 in Goslar ein disparates Bild über den Zustand der institutionalisierten Denkmalpflege. Einerseits wurde auf der besprochenen Tagung ein übergroßes Tagungsprogramm geboten, andererseits stattete das Land Niedersachsen sein Denkmalamt so gering mit Personal und Sachmitteln aus, dass es nach ihren Worten in *den Status eines denkmalpflegerischen Entwicklungslandes* versetzt wurde.<sup>237</sup> Kier fragte sich, wo hier die erwarteten Auswirkungen des Denkmalschutzjahres blieben. Die Aufrufe des Deutschen Nationalkomitees reichten offensichtlich nur soweit, wie die Bedeutung der Denkmalpflege in den jeweiligen Länderhaushalten bewertet und folglich finanziell ausgestattet wurde.

Über den inneren Zustand der Denkmalpflege, also über die personelle Mangelwirtschaft in manchen Denkmalämtern (im Bundesdurchschnitt betreute ein Mitarbeiter 4500 Denkmäler) und die mangelnden Finanzmittel wurde zu wenig gesprochen. Dies sei, so Hiltrud Kier, be-

---

<sup>235</sup> Mielke 1976, S. 92.

<sup>236</sup> Seit 1982 z. B. besteht der Aufbau- bzw. Masterstudiengang Denkmalpflege/Heritage Conservation an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Auch an der Technischen Universität München wurde ein Aufbaustudium eingerichtet, das später wieder eingestellt wurde.

<sup>237</sup> Kier 1975, S. 132: Die Denkmalpflege wurde auf drei verschiedene Ebenen verteilt, auf die Regierungspräsidien, das Landesverwaltungsamt und das Kultusministerium, 4 Gebietsreferenten sind für ganz Niedersachsen zuständig.

reits symptomatisch für den nicht enden wollenden Idealismus des Denkmalpflegers,<sup>238</sup> der sich mit allen Zuständen abzufinden weiß. Sie berichtete, was ebenso beim Handeln der Denkmalpflege in der Nachkriegszeit beobachtet wurde, dass auf dieser Tagung die Zeit für wichtige Diskussionen des Tagesgeschäfts und dringlicher Probleme fehlte. Als Zeichen der Zeit, mit denen der Denkmalpflege in fast allen Ländern konfrontiert war, wurde der Bau von maßstabslosen Kaufhäusern genannt, der die übrige Stadtstruktur völlig negierte, wie in Braunschweig oder Wolfenbüttel. *Es verdient angemerkt zu werden, dass beim Wolfenbütteler Kaufhaus die Denkmalpflege an der Gestaltung der Fassaden beteiligt wird und bestimmen darf, an welcher Seite die Reste eines abgebrochenen Fachwerkhäuses angeklebt werden dürfen.*<sup>239</sup>

### **Entwicklung der Untersuchungsmethoden**

Etwa 1973 begann das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (Abteilung Bauforschung) mit der von Gert Thomas Mader sog. „angewandten“ Bauforschung – eine Voraussetzung für die denkmalpflegerische Arbeit. Die auf der antiken Bauforschung basierenden Untersuchungen wurden für die Praxis der Denkmalpflege entsprechend weiterentwickelt. Ein umfangreiches System wurde aufgestellt, um die Denkmäler auf all ihre geschichtlichen Spuren hin zu untersuchen und zu dokumentieren. Mit diesen Befunduntersuchungen, teils verformungsgerechten Bauaufmaßen und restauratorischen Konzepten, hat der Denkmalpfleger in der Regel dann Mittel in der Hand, die ihm die fachgerechte Beurteilung des vorgefundenen Bestandes ermöglichen. Auf dieser Basis entscheidet der Gebietsreferent für die praktische Denkmalpflege – zusammen mit dem Eigentümer oder Nutzer und der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde – über das weitere Vorgehen.

Mader konkretisierte vier Schritte.<sup>240</sup>

1. Beschädigungsarme Methoden der Untersuchung,

---

<sup>238</sup> Kier 1975, S. 134.

<sup>239</sup> Kier 1975, S. 134.

<sup>240</sup> Mader 1989, S. 21.

2. zuverlässige und wirtschaftlich vertretbare Methoden der Vermessung und Darstellung des Bestandes *einschließlich* der Darstellung der Befundsituationen,
3. geeignete und auch für Außenstehende nachvollziehbare Formen der Beweisführung,
4. geeignete Formen der Ergebnisdarstellung, die die Umsetzung in die Praxis erlauben.

Erfahrungsgemäß vermischen sich in der Praxis die einzelnen Schritte von Voruntersuchung, Konzeptentwicklung und Ausführung: es passiert, dass entweder neue bauforscherische Erkenntnisse am Objekt aufgetreten sind, die es zu dokumentieren gilt oder es wurde festgestellt, dass Teile des Denkmals nicht mehr erhalten werden können. Mader legte Wert darauf, dass nur der erfahrene Bauforscher durch seine Ausbildung im Stande ist, die Denkmäler entsprechend zu untersuchen und zu bewerten. Die gewonnenen Erkenntnisse aus allen Bereichen der Denkmalpflege wurden ab Mitte der 1990er Jahre in den vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege herausgegebenen Arbeitsblättern veröffentlicht, wie z. B. Befundbericht, Befunduntersuchung, Photo-Dokumentation und Raumbuch.

Mader prüfte, ob seine Anforderungen in der denkmalpflegerischen Praxis realisiert werden.<sup>241</sup> Bei einem Einblick in die Arbeit der praktischen Denkmalpflege in Franken stellte er fest, dass in 90 Prozent der Fälle bei beabsichtigten Veränderungen die Bestandspläne völlig fehlten. Das heißt, dass bei Eingriffen wie Grundrissänderungen, statischen Instandsetzungen, Entkernungen oder Abbrüchen keine entsprechenden Pläne an die Untere Denkmalschutzbehörde eingereicht wurden. Nur in 10 Prozent der Fälle wurden sie vorgelegt. Hier handelte es sich um Planungen des Staates oder um die von Bauvorhaben größerer Kommunen. Diese Pläne enthielten keine Angaben zu denkmalpflegerisch und technisch relevanten Befunden, so Mader. Im folgenden Exkurs wird ein Fall erläutert, bei dem die Anwendung der erläuterten Untersuchungsmethoden bei einem bedeutenden bäuerlichen Wohnhaus zu einer gut gelungenen Sanierungsmaßnahme geführt haben.

---

<sup>241</sup> Mader 1989, S. 11–31, hier besonders S. 23.

„Denkmalpflegerische Mindestanforderungen erreicht“<sup>242</sup>, dieses Zitat von Gert Mader charakterisierte die 1980 abgeschlossene Instandsetzung des bäuerlichen Wohnhauses. Das stattliche Wohnhaus mit Nebengebäude befindet sich im historischen Ortskern (Ensemble) der Ackerbürger- und Weinbauernstadt von Mainbernheim (1 Abb. 1 und 2). Das bäuerliche Wohnhaus besteht aus drei Bauabschnitten.<sup>243</sup> Der Kernbau, also das Vorderhaus, ist spätgotischer Bestand aus der Zeit von 1482<sup>244</sup> (1 Abb. 2, 4, 6). Das Hinterhaus ist Ende des 16. Jahrhunderts durch eine Verlängerung des Vorderhauses entstanden und die Farbfassung des Fachwerks ist auf 1591 datiert. Auf der Hofseite wurde ein Laubengang vorgebaut (1 Abb. 6). Der Anbau ist 1593 datiert (Wappen von Ansbach auf einem Gefach im Laubengang und Jahreszahl 1593 wurden freigelegt<sup>245</sup>) und steht quer zum Hinterhaus. Die gravierendsten Veränderungen des 18. bis 20. Jahrhunderts zeigten sich an der Verputzung des Fachwerks in den Innenräumen. Sie wurden durch Hohlkehlen, Stuckprofile und vergrößerte Fenster dem Zeitgeschmack angepasst. Grundrissänderungen im Hauptbau und Ersatz von Bauteilen kennzeichnen die weitere Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert.<sup>246</sup> So wurde unter dem Laubengang ein Schweinestall angebaut, die Scheune wurde abgebrochen und neu errichtet.

Verformungsgerecht wurde die Hofansicht, die Grundrisse des Erdgeschosses und des Obergeschosses, der Querschnitt des Vorderhauses sowie der Grundriss des Kellers aufgenommen. Die begleitende Bauforschung besaß in diesem Fall Einflussmöglichkeiten auf die Instandsetzung.<sup>247</sup> *In Mainbernheim wurde zum ersten Mal bei einem bäuerlichen Anwesen eine vorbereitende und begleitende Bauforschung und Dokumentation einschließlich einer sehr genauen Befunduntersuchung im Innern und am*

---

<sup>242</sup> Denkmalpflege in Bayern 1983, S. 195.

<sup>243</sup> Denkmalpflege in Bayern 1983, S. 193/194.

<sup>244</sup> Akten des BLfD, Außenstelle Seehof, 97350 Mainbernheim, Lkr. Kitzingen, Berggasse 6, Fl. 70, Akte 2, 1980 – aktuell, 29.09.1987, dendrochronologisches Gutachten des Dachstuhls.

<sup>245</sup> Akten des BLfD, Außenstelle Seehof, 97350 Mainbernheim, Lkr. Kitzingen, Berggasse 6, Fl. 70, Akte 1, 1975–1979, Aktenvermerk von Julier vom 20.10.1979.

<sup>246</sup> Akten des BLfD, Außenstelle Seehof, 97350 Mainbernheim, Lkr. Kitzingen, Berggasse 6, Fl. 70, Akte 1, 1975–1979, Aktenvermerk von Mader, S. 2.

<sup>247</sup> JBD 33, S. 425.

*Außenbau durchgeführt.*<sup>248</sup> Durch die tiefgreifenden bauforscherischen und restauratorischen Untersuchungen<sup>249</sup> zeigte sich, wie reich und geschlossen der Baubestand des Bauernhauses ist (1 Abb. 4, 6, 7–10). Das Sanierungskonzept sah vor, den historischen Bestand einschließlich der späteren Veränderungen zu erhalten und zu reparieren und moderne Anbauten zu entfernen.<sup>250</sup> Für den Fachwerkgiebel wurden drei Varianten diskutiert (1 Abb. 7–10). Anstatt der geforderten Erhaltung des Bestandes einschließlich seiner späteren Veränderungen wurde der Giebel zum größten Teil erneuert, was im mittleren Bereich zu einer Rekonstruktion des spätgotischen Zustandes von 1482 (1 Abb. 7) führte. Am gesamten Außenbau wurde die älteste und aufwendigste Fachwerkfassung aufgebracht, eine Rotfassung der Balken mit zwei Begleitern (1 Abb. 15, 16).

Dieses Beispiel zeigte die Entwicklung und Anwendung der Untersuchungsmethoden. Die Ergebnisse der Untersuchungen führten aber im Ergebnis leider dazu, dass z. B. der Fachwerkgiebel nicht im Bestand repariert, sondern in seiner spätgotischen Form rekonstruiert wurde. Ebenso wurde die Farbfassung von 1591 in den beiden Dielenräumen wieder hervorgeholt, ohne auf den späteren Bestand an Fenstern und Türen Rücksicht zu nehmen (1. Abb. 13, 14). Der gesamte Außenbau wurde mit einer spätgotischen Farbfassung überzogen, die nur dem ältesten Teil zugestanden hätte.

### **Erweiterung des Denkmalbegriffs**

Wie die Durchsicht der Zeitschrift *Deutsche Kunst und Denkmalpflege* im Jahr 1975 zeigt, war der erweiterte Denkmalbegriff das meist diskutierte Thema. Aus gesetzlicher Sicht war der Denkmalbegriff nicht verändert oder erweitert worden. Nun wurde er aus fachlicher Sicht inhaltlich ausgeschöpft und die zeitliche Grenze für die Unterschutzstellung von Denkmälern rückte näher an die Gegenwart heran. Der Konservator

---

<sup>248</sup> Denkmalpflege in Bayern 1983, S. 194. Die Erhaltung und Instandsetzung des Denkmals gelang durch eine gemeinsame Förderung aus Landwirtschaftsmitteln für die Hofsanierung und dem damaligen Investitionsprogramm zur Erhaltung des Wohngebäudes.

<sup>249</sup> Die Bauforschung wurde vom Landesamt neben den Dienstaufgaben durchgeführt, die intensive Befunduntersuchung wurde durch Firma Fuchs, Würzburg, Herrn Emmerling ausgeführt.

<sup>250</sup> Denkmalpflege in Bayern 1983, S. 194.

Tilman Breuer formuliert es 1975 so: *Denkmal ist heute nicht nur der Kölner Dom als Nationaldenkmal, sondern auch das Holzgebäude des armen Waldlers im Bayerischen Wald ... Denkmal ist nicht nur der Königsstuhl im Aachener Münster, sondern auch die steinerne Ruhebänk des 18. Jahrhunderts irgendwo im Wald.*<sup>251</sup> Neben der künstlerischen Bedeutung des Denkmals sind auch geschichtliche, städtebauliche und wissenschaftliche sowie – in manchen Gesetzen zusätzlich verankert – auch volkskundliche Werte zu berücksichtigen. Die stärkere Wertschätzung des Ensembleschutzes sowie die Erkenntnis der Bedeutung der Architektur 19. und 20. Jahrhunderts erweiterten das Tätigkeitsfeld der Denkmalpflege und ließen die Zahl der eingetragenen Denkmäler kräftig wachsen. Zusätzlich wurden Mietskasernen, Siedlungen und technische Denkmäler als schützenswert eingestuft und in die Listen aufgenommen.<sup>252</sup> Die grundsätzliche Geschichtlichkeit des Denkmalbegriffs änderte sich im Laufe der Zeit also nicht, wurde aber im Rahmen der zeitgebundenen Interpretationen verändert gebraucht.

1975 hielt der Kunsthistoriker und Hochschullehrer Willibald Sauerländer während der Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger in Goslar dazu einen vielbeachteten Vortrag, der heute als grundlegend gilt. In diesem Vortrag fragte er nach, warum der Denkmalbegriff in den letzten Jahren durch die Verschiebung der Zeitgrenze nach vorne – d.h. in die jüngere Geschichte – in eine Krise geraten sei, und stellte die Sinnfrage: *Müssen wir uns nicht angesichts solcher Einbrüche fragen: Ist Denkmalpflege als Dokumentation von Bau- und Kunstgeschichte hier überhaupt noch mehr als eine irrelevante Fachbeschäftigung, der die eigentliche Absicht – das bewahrte Zeugnis aus der Geschichte – zum absurden Präparat gerinnt? Und müssen wir uns dann nicht ganz von Grund nach dem Sinn unseres Tuns fragen, und das in einer Situation, die weder Goethe noch Schinkel, noch Dehio und Riegl zu ertragen hatten? Müssen wir nicht die Bewahrung von Erinnerung überhaupt neu begründen und zwar nicht allein für unsere Wissenschaft, nicht allein für unser Geschichtsbild, sondern für Menschen und Bürger, welche die Bewahrung von Erinnerungen, die sie begreifen können, vielleicht dankbar annehmen werden, wohingegen sie vor Denkmälern als*

---

<sup>251</sup> Breuer, Denkmälertopographie in der Bundesrepublik, in: Zukunft 1975, S. 139–144, bes. S. 141.

<sup>252</sup> Siehe dazu Weis 1998, S. 86.

*dokumentierter Kunstgeschichte ratlos bleiben und wahrscheinlich in die Verweigerung flüchten müssten.*<sup>253</sup>

Jetzt würden beispielsweise die Bauten des 19. Jahrhunderts geschätzt und geschützt, die vor kurzem noch *Abfall der Geschichte*<sup>254</sup> waren, wozu seiner Auffassung nach auch die Protestbewegungen der sechziger Jahre beigetragen haben, die sich für die Erhaltung der Gründerzeitbauten vehement einsetzten (siehe hierzu Kapitel Bürgerinitiativen). *Und zwar gerade weil diese Architektur – und nur sie – noch den Anschein des Mannigfaltigen, des gestalterischen Reizes mit sich führt ohne mehr die herrscherliche Attitüde zu zeigen, mit welcher das ältere Monumentum entweder die Unterwerfung oder die retrospektive Ehrfurcht des Betrachters fordert. Mit anderen Worten: Die neuentdeckte Baukunst des 19. Jahrhunderts besitzt noch einen Teil der versunkenen Schönheit verflossener Zeiten, aber mit ihr lässt sich leichter leben als mit der Erhabenheit der älteren Dome, Schlösser und Paläste.*<sup>255</sup> Zweifellos passte sich die Denkmalpflege einem – wie Sauerländer es nennt – „veränderten Geschichtsbild“ an. Zu seinen Begriffspaaren Denkmalbegriff und Originalbegriff gibt er zu bedenken, dass der historisierende Wiederaufbau der Nachkriegszeit wie das Goethehaus in Frankfurt, die Münchner Residenz und der Münsteraner Prinzipalmarkt, positiver beurteilt wurden als noch vor einigen Jahren<sup>256</sup> und machte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auf die vorhandene Tendenz zum Rekonstruieren aufmerksam. *Reproduzierbarkeit jagt uns keinen Schauer mehr ein. Auch das gehört zu einem veränderten, der urbanen Zukunft zugewandten Denkmalbegriff.*<sup>257</sup>

Sein Schlussappell zur Bewahrung von Erinnerung richtete sich an alle: *An dieser Stelle wird erkennbar, dass die Aufgabe der Erinnerungsbewahrung weit über die Kompetenz von Kunsthistorikern und Denkmalpflegern, von Architekten und Städtebauern hinausreicht und unser ganzes Gemeinwesen in Pflicht nehmen müsste und zwar ernsthaft in Pflicht, nicht nur verbal, nicht nur bei Festreden und nicht nur im Denkmaljahr.*<sup>258</sup>

---

<sup>253</sup> Sauerländer 1975, S. 124

<sup>254</sup> Sauerländer 1975, S. 126

<sup>255</sup> Sauerländer 1975, S. 127.

<sup>256</sup> Sauerländer 1975, S. 128.

<sup>257</sup> Sauerländer 1975, S. 128.

<sup>258</sup> Sauerländer 1975, S. 129.



## Werteskala des Denkmalsbegriffs

Der Hochschullehrer Georg Mörsch gab in seinem Aufsatz von 1977 wichtige Anregungen zur Werteskala des aktuellen Denkmalsbegriffs.<sup>259</sup> Die dem Denkmal von Alois Riegl zugeschriebenen Werte wie Alterswert, Kontinuitätswert oder Identitätswert seien bekannt, so Mörsch. Neben der wissenschaftlichen Motivation und der gesetzlichen Grundlage, die der Denkmalspfleger zur Begründung heranzieht, traten in der Diskussion um das Denkmal ständig außerwissenschaftliche, oft subjektive Argumente hinzu, die sich einer exakten Messung verweigerten. So z. B. der emotionale oder ästhetische Wert, der einem Denkmal zugeschrieben wurde. Dieser Wert kann dem Bau – unabhängig von seinem wissenschaftlich-geschichtlichen Wert des Fachmanns – von der Allgemeinheit zugeschrieben werden. In der Praxis wird oft versucht, diese Werte gegeneinander auszuspielen, was dazu führt, dass Objekte von eher minderem Quellenwert erhalten werden und herausragende künstlerische Werke oft weitaus schwieriger zu erhalten sind.<sup>260</sup>

Mörsch fragte nach den Ursachen und stellte hier Versäumnisse der Kunstgeschichte fest, *die Zeugen reichster Vergangenheit auch für den Laien zum Reden zu bringen.*<sup>261</sup> Ist es nicht auch im vielbeschworenen öffentlichen Interesse, den Wert, die Geschichte, die Besonderheiten der zu erhaltenden Objekte gerade seit der Erweiterung des Denkmalsbegriffs der Öffentlichkeit nahe zu bringen? *Wenn die Wissenschaft das Engagement der Öffentlichkeit für „neue“ Objekte mit adäquaten Fragestellungen begleiten würde, könnte dieses öffentliche Engagement gewiß vertieft und um eine Dimension bereichert werden.*<sup>262</sup> Die Denkmäler sind Bestandteil der gebauten Umwelt, Teil des Gemeinwohls und sollten in ihrer Auslegung, also der Erklärung dessen, was sie zu etwas Besonderem macht, auch der Allgemeinheit verständlich sein.

Das Beispiel der evangelischen Stadtkirche in Bayreuth belegt, dass sich ein Wertewandel in der Öffentlichkeit nur sehr langsam vollzog. Noch Ende der 1970er Jahre wurde die Ausstattung des 19. Jahrhunderts sehr

---

<sup>259</sup> Mörsch 1977.

<sup>260</sup> Mörsch 1977, S. 191.

<sup>261</sup> Mörsch 1977, S. 192.

<sup>262</sup> Mörsch 1977, S. 192.

gering geschätzt. Die um 1370/80 begonnene, um 1470 im Wesentlichen abgeschlossene spätgotische Basilika stellte Michael Mebart nach Bränden von 1611 bis 1614 nachgotisch wieder her. Um 1871/72 erfolgte die neugotische Umgestaltung des Innenraumes mit Kanzel, Gestühl, Chorgestühl, Orgel und dem Ersatz der Sandsteinemporen durch Holzemporen (2 Abb. 1).<sup>263</sup> Bereits 1962 hatte die Gemeinde den Wunsch nach Herausnahme der Emporen geäußert. Das Landesamt für Denkmalpflege befürwortete die Entfernung des gesamten Holzwerkes von 1870 einschließlich der Seitenemporen, weil *mit diesen Einbauten ein völlig unmöglicher Zustand geschaffen worden*<sup>264</sup> war. Im Rahmen der Außeninstandsetzung im Jahr 1967 wurde erneut der Wunsch nach der Entfernung der Emporen laut. Nun antwortete das Landesamt, dass die Entfernung zwar den früheren gotischen Raum wiederherstellen würde, befürchtete aber gleichzeitig, dass in Bezug auf die übrige neugotische Ausstattung der Raumeindruck nicht ganz zufriedenstellend sein würde.<sup>265</sup> 1976 musste das Landesamt abermals zur Emporenfrage Stellung nehmen, da inzwischen der Bauherr, das Landbauamt und die Untere Denkmalschutzbehörde die Entfernung der Emporen forderten. Nun plädierte es für den Erhalt der neugotischen Emporen, resultierend aus dem Erhaltungsauftrag (nach dem inzwischen geltenden Denkmalschutzgesetz) der originalen Substanz und der in den vergangenen Jahren gestiegenen Wertschätzung der Neugotik. Der Wert der Emporen als Element des protestantischen Kirchenbaus in der ehemaligen Markgrafschaft wurde vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege betont, konnte aber den Beteiligten nicht vermittelt werden.<sup>266</sup> Die Regierung von Oberfranken entschied in ihrer Funktion als Höhere Denkmalschutzbehörde gegen das Votum der Fachbehörde. Im Jahr 1977 wurden die neugotischen Emporen entfernt (2 Abb. 1). Der Vorgang zeigte einerseits den Wandel im Urteil der Mitarbeiter der Fachbehörde, jedoch andererseits das noch immer mangelnde Verständnis der Öffentlichkeit hierfür.

---

<sup>263</sup> Machat 1979, S. 117/118.

<sup>264</sup> Niederschrift vom 03.07.1963 über die Außen- und Innenrenovierung, gez. Kirchenrat Kübel.

<sup>265</sup> Machat 1979, S. 116.

<sup>266</sup> Machat 1979, S. 120.

## Standortbestimmung der Denkmalpflege<sup>267</sup>

Eine Art Grundsatzerklärung zum Denkmalschutzjahr verfassten die Fachkollegen Georg Mörsch, August Gebeßler, Hans-Herbert Möller und Gottfried Kiesow für die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger; sie gilt als *Beschreibung zur Standortbestimmung der gegenwärtigen Denkmalpflege*.<sup>268</sup> Darin wurden Grundsätze und Handlungsweisen der Denkmalpflege erläutert und Appelle an die handelnden Denkmalpfleger formuliert.<sup>269</sup> Die Redaktion begründete das Verfassen der Standortbestimmung mit dem gestiegenen öffentlichen Interesse und fragte sich, *ob Denkmalpflege sich tatsächlich in solchen Bereichen legitim bewegt und, wenn ja, bis zu welchem Grad von Ausschließlichkeit nur in diesem Bereich bewegen darf, die häufig vom sozialen Aspekt des Städtebaus her beschrieben werden*.<sup>270</sup> Es wurde u. a. auf die Begründungen für die Denkmalerhaltung und auf die Anforderung der Wissenschaftlichkeit bei der Durchführung von Renovierungsmaßnahmen eingegangen. Weitere Themen waren der erweiterte Denkmalbegriff, die notwendige Nutzung der Denkmäler, die Erhaltung der gewachsenen Zustände, die Rekonstruktion, der Wiederaufbau, die Translozierung sowie die Gestaltung von Anbauten an Denkmäler.

Die Redaktion stellte fest, dass die Begründungen zur Denkmalerhaltung innerhalb der Grenzen der Zeit, der Nation, des Landes und innerhalb von räumlichen Bereichen von einer Bevölkerungsgruppe zur anderen variieren. Sie benannte hierfür wissenschaftliche, erzieherische, kulturelle, ästhetische, sozio-ökonomische, religiöse und kultische, nationale, ideologische, gefühlsbezogene („Heimatliebe“) und touristische Gründe.<sup>271</sup> Gerade die in dieser Aufzählung fehlenden „städtebaulichen Gründe“ setze sich aus vielen Aspekten zusammen, so dass deren Verwendung mit einer stärkeren Differenzierung verbunden sein sollte, so die Redaktion.

---

<sup>267</sup> S. Anhang Dokumente, Nr. 1.

<sup>268</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. 87.

<sup>269</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. 87–89.

<sup>270</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. 87.

<sup>271</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. 87/88.

Bei der Durchführung von Maßnahmen an Denkmälern *sollte – bei welcher Begründung für Denkmalpflege auch immer – die wissenschaftliche Basis nie verlassen werden.*<sup>272</sup> Das Denkmal dürfte nicht durch Unwissenheit zum Manipulationsobjekt werden. Zu den möglichen Gründen gehörten *die Verfolgung politischer Ziele mit dem Denkmal, bloß geschmacklicher Stilfanatismus, liturgische Moden und vieles anderes mehr.*<sup>273</sup> Weiter hieß es: *Denkmalpflege ist von ihrem Wesen her eine Verhaltensweise zur Geschichte. Dementsprechend ist sie gehalten, bei der Erfassung und bei der Erhaltungsaufgabe die Existenz des Denkmals von der Bewahrung der originalen Substanz und der geschichtlichen Einbindung abhängig zu machen.*

Der dem Denkmal zugewachsene Bestand sei als Originalbestand zu bewahren, daher könnten auch Ruinen Denkmäler sein. Zum Thema Rekonstruktion äußerte sich die Redaktion folgendermaßen: *Rekonstruktion als Rückführung auf einen früheren Zustand müssen so gesehen immer Ausnahmen sein. Eine solche Ausnahme kann dann gegeben sein, wenn es darum geht, den offensichtlich gestörten Bestand wieder auf die belegbare künstlerische oder gestalterische Ordnung zurückzuführen. Ist zur Nutzung eines Baudenkmals eine Raumerweiterung zwingend erforderlich und durch Wiederaufbau verlorener Teile möglich, so rechtfertigt dies eher eine Rückführung auf einen früheren Zustand als bloße Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse. ... Die Berechtigung zur Ausnahme wird auch dadurch eingeschränkt, dass jede Rekonstruktion nur den Wissensstand ihrer Zeit verkörpern kann.*

Zum Wiederaufbau von z. B. kriegszerstörten Bauten wurde bemerkt, dass dieses Handeln sich nicht aus wissenschaftlichen Gründen ableiten lässt, sondern nur aus anderen Motiven heraus zu begründen sei. Er sei auch abhängig vom zeitlichen Abstand der Zerstörung.

Die Translozierung lehnte die Gruppe ab, nur als letztes Mittel vor dem Totalverlust sei sie anwendbar.<sup>274</sup> *Notwendige Erweiterungen und Ergänzungen haben in zeitgenössischen Formen zu erfolgen, es sei denn, die*

---

<sup>272</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. S. 88.

<sup>273</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. S. 88.

<sup>274</sup> „Der Wiederaufbau eines im Wesentlichen zerstörten Denkmals an anderem Ort erscheint sinnlos.“ In: Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. S.89.

*Geringfügigkeit der Maßnahme erfordert eine Übernahme der vorhandenen Formensprache.*<sup>275</sup>

Das Grundsatzpapier versuchte, Wichtiges zu fokussieren und darzustellen. Allerdings beschränkten sich die Ausführungen ausschließlich auf die Arbeit der Fachbehörden. Die vielfältigen Bezüge und Wechselwirkungen der Denkmalpflege innerhalb der Gesellschaft wurden dabei nicht in einen größeren Wirkungszusammenhang eingeordnet. Folgt man dem Zitat von Hartwig Beseler, so schien die Auffassung des Denkmalpflegers nach dem Denkmalschutzjahr eine andere zu sein: *Beides, Selbstverständnis und Fremdverständnis, dürfte im vergangenen Jahr zur Genüge durchgehechelt sein, so daß wir uns nun – der positiven Denkanstöße und berechtigten Forderungen von außen her durchaus bewußt – sehr nüchtern den uns vor den Füßen liegenden Problemen widmen sollten.*<sup>276</sup> Beseler meinte, die Denkmalpfleger sollten sich nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr – das wohl geprägt war von der Analyse der theoretischen Aspekte – wieder verstärkt mit dem Denkmal an sich und den Möglichkeiten seiner Erhaltung beschäftigen. Dabei muss die Denkmalpflege ihre Fachmeinung vertreten und auch gegen politischen Druck verteidigen können.

Ein Beispiel aus Kempten, Mehlstr. 1 (früher Schützenstr. 11) zeigte die Schwierigkeiten in der Umsetzung des Erhaltungsanspruchs der Fachbehörde gegenüber den Beteiligten am Denkmal. Georg Mörsch betitelte es als „Diskrepanz zwischen Erhaltungsanspruch des staatlichen Denkmalschutzes und der zerstörerischen Praxis“ (3 Abb. 1).<sup>277</sup>

Im Jahr 1982 wurde für das herunter gekommene und zunächst baugeschichtlich nicht besonders bedeutend eingeschätzte Denkmal der Abbruch beantragt.<sup>278</sup> Die Sanierungsgesellschaft Sozialbau Kempten GmbH führte mit städtischer Hilfe erste Sanierungsmaßnahmen durch, wurde seit 1963 durch Studien- und Modellvorhaben gefördert und a-

---

<sup>275</sup> Denkmalpflege 1975, Versuch einer Beschreibung, in: DKD 1976, S. S. 88/89.

<sup>276</sup> Dieses Zitat wurde dem Bericht von H. Hipp und E. Grunsky über die Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger 1976 vorangestellt, in: DKD 1977, S. 93.

<sup>277</sup> Mörsch 1986 Baudenkmal, S. 61.

<sup>278</sup> Text der Denkmalliste: *Wohnhaus, dreigeschossiger Eckbau, im Kern wohl 16. Jahrhundert*, DL Dez. 1982 Teil A Heft 85, Stadt Kempten, S. 24. In dem Text der Denkmalliste von 1986 wird es 100 Jahre älter eingeschätzt: *Wohnhaus, dreigeschossiger Eckbau, im Kern wohl 15. Jahrhundert*, in: Denkmäler in Bayern Band VII Schwaben, München 1986, S. 83.

gierte seit in Kraft treten des Städtebauförderungsgesetzes am 01.08.1971 auf gesetzlicher Grundlage.<sup>279</sup> Unter dem Motto „Neues Leben blüht in alten Gassen“ wurde großflächig abgerissen, historisierend neu gebaut und eine rigide Verkehrserschließung der Altstadt (Nord-Süd-Verbindung) geschaffen. Generalkonservator Petzet blickte in seinem Aufsatz in der Denkmaltopographie Kemptens über Stadtsanierung und Denkmalpflege auf die wechselvolle Sanierungsgeschichte kritisch zurück, die keineswegs modellhaft war, sondern eher einem Lehrstück glich.<sup>280</sup> Dies ist umso tragischer, weil Kempten kaum Kriegszerstörungen erfahren hatte und einen einheitlichen historischen Stadtkern aufwies, als man mit den Flächensanierungen begann. In den größten Teilen der Innenstadt kam es zu einer vollständigen Neuordnung (3 Abb. 2).<sup>281</sup> Die Sozialbau schlug vor, die gesamte Westseite der Schützenstraße abzureißen und durch historisierende Neubauten zu ersetzen.<sup>282</sup> Generalkonservator Michael Petzet forderte von der Sanierungsgesellschaft, an den Altbau nicht mit den Vorstellungen eines Neubaus heranzugehen. Einen Kahlschlag würde er nicht akzeptieren.<sup>283</sup>

Die Stadt Kempten und die Baugesellschaft versuchten durch die Aktivierung politischer Mandatsträger, den Druck auf die Fachbehörde zu erhöhen und den Abbruch auf diesem Weg zu erwirken. Zitiert sei hier der Brief des Landtagsabgeordneten Paul Diethel an den Generalkonservator: *denkmalschützerische Argumente von Bedeutung liegen hier nicht vor, (...) dass das Haus aus dem 15. Jh. ist und wenige Einzelelemente Bedeutung beanspruchen können, reicht nicht aus, die aufwendige Erhaltung zu rechtfertigen, das Haus ist völlig herunter gekommen und wirtschaftlich nicht weiter zu verwenden.*<sup>284</sup> Dem entgegnete Petzet, dass sich auch in Kemp-

---

<sup>279</sup> Altstadtsanierung Kempten/Allgäu, hrsg. von der Städtebaugesellschaft für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen m.b.H., Kempten o.J. (1975). Stolz wird auf die geleistete Arbeit zurückgeblitzt: „Richtungsweisend aber wurde in Kempten als Modellfall der Altstadtsanierung. Hier wurde ohne Anlehnung an Vorbilder Pionierarbeit geleistet“.

<sup>280</sup> Denkmäler in Bayern, Band VII.85, Stadt Kempten, S. XXXI–XXXVIII.

<sup>281</sup> Denkmäler in Bayern, Band VII.85, Stadt Kempten, eine schematische Darstellung mit diesen Flächen findet man auf S. XXXVII.

<sup>282</sup> Altstadtsanierung 1975.

<sup>283</sup> Allgäuer Zeitung (Kempten), 13.10.1984.

<sup>284</sup> Akte des BLfD, Kempten, Schützenstr. 9/11, Sozialbau Kempten, Fl. 191, 193, Brief vom 29.08.1983.

ten bereits ein Wandel weg von der Flächensanierung hin zu einzelnen privaten Sanierungen (z. B. des Ponickau-Hauses) gezeigt habe und dieser Weg weiter verfolgt werden sollte. *Die Kemptener Städtebau Gesellschaft dagegen hat bisher kaum ein historisches Bürgerhaus im Sinn der Erhaltung saniert und scheint gewohnt, nach einem ganz bestimmten Schema vorzugehen, wie es sich mit den historischen Besonderheiten einer Altstadt letztlich ohne empfindliche Verluste kaum vereinen lässt.*<sup>285</sup>

Inzwischen bestätigten die Ergebnisse der Bauforschung den hohen Wert des Denkmals. Es zeigte *klare, ablesbare, überdurchschnittlich vollständig erhaltene Baustrukturen des 15. Jahrhunderts und veranschaulicht eine Wohnsituation mittlerer Wohlhabenheit in der Reichsstadt zu dieser Zeit.*<sup>286</sup> Die Details wie der Türstock der Bohlenstube, Decken mit Laubsäge-Maßwerkfiguren, originale Kaminstellen und die große Wohnstube zeigten die Dichte der erhaltenen Teile (3 Abb. 3). Die dendrochronologische Untersuchung der Bohlenstube verwies auf die Fällzeit zwischen 1428 und 1435<sup>287</sup>, die des Dachstuhls auf die Jahre zwischen 1428 und 1435<sup>288</sup>.

Das Denkmal Schützenstraße 11 (heute Mehlstr. 1) wurde schließlich von einem Bauunternehmer erworben, der im Erdgeschoss eine Geschäftsnutzung plante, im 1. und 2. Obergeschoss je eine Wohneinheit, das Dach blieb ohne Nutzung (3 Abb. 4–6). Das denkmalpflegerische Konzept sah einen Vorrang konservatorischer Aspekte vor, die Einbauten sollten reversibel sein. Im 1. Obergeschoss wurde der neuen Raumaufteilung zugestimmt mit der Auflage, die gotische Bretterdecke zu erhalten und zu restaurieren.<sup>289</sup> Eine gravierende Differenz zwischen Erhaltungswunsch der Denkmalpflege und Nutzungsabsicht des Bauherrn zeigte sich bei der Planung des 2. Obergeschosses (3 Abb. 3, 4) als Wohnung. Der Bauherr war nicht einverstanden mit der Erhaltung der wichtigen baugeschichtlichen Elemente im 2. Obergeschoss (Bohlen-

---

<sup>285</sup> Akte des BLfD, Kempten, Schützenstr. 9/11, Sozialbau Kempten, Fl. 191, 193, Brief vom 03.11.1983.

<sup>286</sup> Mader, 1986, S. 53.

<sup>287</sup> Mader, 1986, S. 53.

<sup>288</sup> Akte des BLfD, Kempten, Schützenstr. 9/11, Sozialbau Kempten, Fl. 191, 193, dendrochronologisches Gutachten vom 13.09.1985.

<sup>289</sup> Akte des BLfD, Kempten, Schützenstr. 9/11, Sozialbau Kempten, Fl. 191, 193, Besprechungsprotokoll mit Herrn Mader vom 12.09.1984.

stube und Pforte), weil er in beiden Geschossen gleiche Wohnungsgrundrisse zur besseren Vermietbarkeit forderte. Im Rückblick auf die ehemals aussichtlose Situation des Baudenkmals gab das Landesamt für Denkmalpflege diesem Wunsch nach und damit die bedeutenden baugeschichtlichen Zeugnisse auf. Erhalten wurde die Decke der Bohlenstube (Riemendecke), die Bohlenwand und die Bohlenständervand.

Die im Titel genannte Diskrepanz zwischen Erhaltungsanspruch der staatlichen Denkmalpflege und der zerstörerischen Praxis hat hier ein moderates Maß gefunden. Der Abbruch des Wohnhauses konnte verhindert und eine, wenn auch nicht in allen Teilen geglückte Bewahrung des Bestandes erzielt werden (3 Abb. 7, 8). Knapp 10 Jahre nach dem europäischen Denkmalschutzjahr erreichte man in diesem Fall eine Abkehr von der bisher in Kempten üblichen Praxis der „Flächensanierung“.

### **Rekonstruktion**

Während der Tagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger 1982 in Münster diskutierten die Teilnehmer zwei aktuelle Probleme, die für das nächste Jahrzehnt relevant werden sollten – einerseits die durch den erweiterten Denkmalbegriff gestiegenen Denkmälerzahlen und das Thema Rekonstruktion.

Es wurde referiert, dass die gestiegene Denkmälerzahl nicht durch die Denkmalpfleger selbst zu verantworten sei, sondern diese das gestiegene öffentliche Interesse widerspiegeln. Ebenso sei es falsch, das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Denkmälern und den zur Verfügung stehenden Bearbeitern in Beziehung zu setzen, genauso wie die Zahl der Denkmäler zu den vorhandenen Zuschussmitteln. Auch die oft in diesem Kontext genannte Klassifizierung der Denkmäler ist aus Sicht der Denkmalpfleger keine Lösung.<sup>290</sup> Als Lösungsansatz wurde angeregt, die Ämter personell besser auszustatten und die Beteiligten am Denkmalverfahren an ihre Mitverantwortung zu erinnern. Denkbar wäre auch die stärkere Delegierung in der praktischen Denkmalpflege, was eine Ausbildung bei den Bearbeitern in den Unteren Denkmalschutzbehörden voraussetzen würde.

---

<sup>290</sup> Brönner 1981, S. 131–132.



Das Thema Rekonstruktion war vor allem am Tagungsort, in der sehr stark kriegszerstörten Altstadt Münsters sehr gut lokalisiert. Der nach Kriegszerstörung bis auf die Außenmauern ausgebrannte Erbdrostenhof<sup>291</sup> war in den Jahren 1953 bis 1961 ebenso wiederaufgebaut worden wie die Clemenskirche 1956 bis 1961 samt ihrer Innenausstattung (ab 1962)<sup>292</sup>, um nur zwei Beispiele zu nennen. Der Wiederaufbau des Prinzipalmarktes in den Jahren 1945 bis 1961, der nicht als Kopie der alten Bebauung konzipiert wurde, sondern unter Berücksichtigung der alten Parzellenteilung eine eigene, wenn auch historisierende Formensprache der Fassaden schuf, wurde von den Fachkollegen als unproblematisch eingeordnet.<sup>293</sup> Die Beibehaltung des historischen Maßstabs am Prinzipalmarkt war das wesentliche und entscheidende Kriterium, das zum Gelingen dieses traditionellen Wiederaufbaus nach dem Krieg beigetragen hat.

Der westfälische Landeskonservator Dietrich Ellger führte den Willen zur Rekonstruktion von Gebäuden auf die erlebte Verlusterfahrung zurück. Wenn man nach der Zerstörung des Gebäudes nicht bereit sei, diesen Verlust hinzunehmen und anderes an seine Stelle treten zu lassen, dann könne das Gebäude noch einmal erbaut werden. Ein kurzer Zeitraum zwischen Zerstörung und Verlust sei am günstigsten; die Frage, wann dieser Zeitraum endet, wurde nicht beantwortet.

*Ein und dieselbe Generation bildet gewissermaßen die natürlichste Klammer, der Zusammenhang zwischen dem letzten Zustand der originalen Verwirklichung des alten Entwurfs und der neuen ist der engste ... Wen von uns kann es wundern, wenn mitbetroffene Konservatoren in den Ausnahmesituationen denkmalzerstörender Katastrophen die wohlbegründete Maxime: „konservieren, nicht restaurieren“ und, verlängert, „erst recht nicht rekonstruieren“ gelegentlich beiseitesetzen.*<sup>294</sup> Der Verlust von Gebäuden, die das Stadtbild

---

<sup>291</sup> Der 1753–57 erbaute Erbdrostenhof war schwer beschädigt und ausgebrannt, der linke Flügel zerstört. Die Wiederherstellung ergänzte verlorene Teile im Innen- wie im Außenbau.

<sup>292</sup> Die Rekonstruktion der Clemenskirche (ehem. Hospitalkirche) ab 1956 führte man auf den Erstzustand zurück, der auf den Erbauer Johann Conrad Schlaun 1745–53 gründet; die Gewölbemalerei und Farbgebung der Kirche war 1890 verändert worden. Die ehemalige Einbindung in einen Hospitalkomplex wurde nicht realisiert.

<sup>293</sup> Brönnner 1981, S. 135.

<sup>294</sup> Ellger 1980, S. 5.

vor dem Krieg geprägt haben, war nach wie vor ein gesellschaftliches und damit denkmalpflegerisches Thema. Der Wunsch nach Wiedererrichtung einzelner Gebäude im sonst nachkriegsgeprägten Umfeld schaffte Identität.

Auch auf die weiteren Voraussetzungen für eine Rekonstruktion ging Ellger ein – wie das Vorhandensein des Denkmalortes, ebenso wie Pläne, Risse, Bilder etc. als wissenschaftliche Grundlage der Wiederherstellung. Bei der schwierigen Frage, welcher Zustand zu rekonstruieren sei, gab er zu bedenken, dass sicherlich nicht die auf dem Original vorhandenen mehrlagigen Putzschichten sowie Altersspuren Gegenstand einer Rekonstruktion sein würden. Auch müsste klar sein, dass die historischen Techniken und Handwerkskünste, beispielsweise des 18. Jahrhunderts, wie im Fall der Clemenskirche und des Erbdrostenhofs, heute nur unzureichend nachgeahmt werden könnten, so Ellger.<sup>295</sup>

Eine klare Antwort auf die „ethische“ Frage, ob man rekonstruieren darf oder nicht, gab es im Rahmen dieser Tagung nicht, eine Entscheidung muss für jeden Fall selbst und eigenständig begründet werden.<sup>296</sup> Gut nachvollziehbar ist der Fall der 1980 bis 1986 vorgenommenen Sanierung des Hauses St.-Albans-Gasse 12/14 (früher Am Römling 2a) in Regensburg.<sup>297</sup>

### **Rekonstruktionsdebatten der 1980er Jahre**

Bereits Mitte der 1980er Jahre fand die Debatte über die Rekonstruktionsproblematik ihren Niederschlag in der *Deutschen Kunst und Denkmalpflege*.<sup>298</sup> Die Redaktion führte im Vorwort aus: *Aber in zunehmendem Maße kommen aus politischer Begründung „Wiederaufbauten“ in Gang, die vor Jahren noch undenkbar gewesen wären, wo – ebenfalls durch alle politischen Parteien hindurch – eine fast zügellose Fortschrittsgläubigkeit oder/und fachlicher Hochmut von Architekten das „Bewahren“ verabscheut und dem*

---

<sup>295</sup> Am Außenbau der Dresdner Frauenkirche kann man nachvollziehen, wie solches aussieht. An den Sandsteinquadern wurde versucht, die früher durch den Steinmetzen vollzogene Scharrierung des Steins maschinell nachzuahmen; das Ergebnis ist nicht befriedigend.

<sup>296</sup> Ellger 1980, S. 5.

<sup>297</sup> Fastje 1981, Fastje 1989, Altstadtsanierung 1989.

<sup>298</sup> DKD 43./ 1984 Heft 1.

„Zeitgeist“ eine Chance eingeräumt hatte.<sup>299</sup> Die Redaktion stellte fest, dass die Tendenz zu Rekonstruktionen langfristig sei und wahrscheinlich zunehmen würde und war daher der Meinung, dass der *Sachstand* dazu in dieser Zeitschrift wiedergegeben werden müsste.<sup>300</sup> Sie sollte Recht behalten, in den nächsten Jahren häuften sich die sog. Rekonstruktionen.

Das Beispiel der Wiederherstellung des Innenraumes der Jesuitenkirche St. Michael in München zeigte, dass der Wiederaufbau in einer zweiten Welle in den 1980er Jahren weiterging. Die 1583 begonnene, 1597 geweihte Kirche wurde nach Entwürfen des Hofbaumeisters Friedrich Sustris erbaut. 1944 wurde sie schwer getroffen, das Tonnengewölbe stürzte ein, die Umfassungsmauern mit dem Großteil des Wandstücks blieben erhalten. Der Wiederaufbau erfolgte 1946 bis 1953, dabei wurde das monumentale Tonnengewölbe mit den Putzfeldern in Anlehnung an die frühere Gliederung wieder hergestellt.<sup>301</sup> Die dekorative Ausstattung wurde vereinfacht ausgeführt (4 Abb. 1). Nach Entwurf von Sep Ruf wurde im Süden eine moderne, tiefer gelegene Orgelempore aus Stahlbeton eingebaut, darunter schloss eine Glaswand den Eingangsvorraum ab (4 Abb. 2). 1963 und 1970 wurden die Fassaden erneuert. In den 1970er Jahren entstand in der Öffentlichkeit der Wunsch nach der Wiederherstellung des Innenraums, der von dem Jesuitenorden unterstützt wurde.<sup>302</sup> Die Stuckierung der Gewölbe und die Rekonstruktion der Orgelempore waren die Hauptziele dieser Maßnahme. 1980 bis 1983 wurden mit Unterstützung der Denkmalbehörde die Neustuckierung und die Innenraumsanierung durchgeführt. Hierbei zeigte sich, dass eine restlos originalgetreue Rekonstruktion nicht zu erreichen ist.<sup>303</sup> Grund dafür waren die nicht ganz originalgetreu aufgebauten Gewölbe der Nachkriegszeit, die zu Abweichungen bei den Proportionen führten (4 Abb. 3). Für die Errichtung der dreibogigen Orgelempore mit Anschluss an die Seitenemporen wurde die von Sep Ruf erbaute Orgelempore entfernt. Für den Orgelprospekt wurde auf eine Zeichnung von

---

<sup>299</sup> DKD 43./ 1984 Heft 1.

<sup>300</sup> DKD 43./ 1984 Heft 1, S. 1.

<sup>301</sup> Denkmaltopographie München Mitte, Band 2, S. 671.

<sup>302</sup> Schmidt 1987, S. 100.

<sup>303</sup> Schmidt 1987, S. 100.

1696 zurück gegriffen.<sup>304</sup> Wegen kirchenmusikalischer Erfordernisse musste der Orgelprospekt höher gelegt werden, dadurch wurde das wieder eingesetzte Glasgemälde des Kirchenpatrons, des Hl. Michael, größtenteils verdeckt (4 Abb. 4). Die Initiative Münchner Bürger forderte die Wiederherstellung der zentralen Fassadenfigur des Salvator mundi, die auf Grundlage einer Fotografie von 1907 aus Steinguss statt aus Kupferblech gefertigt wurde (4 Abb. 5).<sup>305</sup> Die Rekonstruktion des Stücks und der Orgelempore von 1980 bis 1983 zeigte, dass es keine „Originaltreue“ geben kann, sondern jede Maßnahme die Zeichen ihrer Zeit trägt. Die Leistungen der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus, hier die Empore von Sep Ruf, wurden als nicht erhaltenswert eingeschätzt und gingen verloren.

Bereits Ende der 1970er Jahre wurden auch ganze Häuserzeilen wieder erschaffen, wie die Nordseite des Mainzer Marktplatzes zeigt.<sup>306</sup> Durch den Luftangriff im Februar 1945 waren die Gebäude am Markt weitgehend zerstört worden. Noch erhaltene Fassaden wurden eingerissen und nur wenige Teile davon geborgen. Der Neubau erfolgte in Formen der 1950er Jahre. In Vorbereitung der 1000-Jahr-Feier des Mainzer Domes im Jahr 1975 fand ein Gestaltungswettbewerb für die Platzflächen statt, dessen Sieger (Büro Becker/Baier, heute Infra) den Vorschlag machte, die Häuser der Nordseite zu rekonstruieren. Die Öffentlichkeit und das Preisgericht mit dem Landeskonservator Werner Bornheim, gen. Schilling, begrüßten diese Idee, während die Architektenschaft sie heftig kritisierte. Die Rekonstruktionen dauerten bis 1991, durch die kommunale und staatliche Denkmalpflege beratend unterstützt, mit Geldern aus der Städtebauförderung gefördert. Die Nordseite sollte in historischen Formen errichtet werden, was 1978 begonnen wurde. Die Fassaden der Bürgerhäuser des 16. bis 18. Jahrhunderts wurden vor die bestehende Nachkriegsbebauung vorgeblendet, was in der Praxis Probleme bereitete. So stimmten beispielsweise die Geschosshöhen nicht.<sup>307</sup> Zu diesen vermeintlichen Kleinigkeiten kommen Kuriositäten wie das

---

<sup>304</sup> Schmidt 1987, S. 101.

<sup>305</sup> Schmidt 1987, S. 104.

<sup>306</sup> Glatz 2008, S. 29.

<sup>307</sup> Sehr erhellend ist dazu die Fotodokumentation von Georg Peter Karn, Karn 2008.

sog. Haus zum Fuchs. Seit 1903 steht es an seinem ursprünglichen Standort nicht mehr (Konservator Joachim Glatz nummerierte die Häuser, hier also Fuchs I), dafür wurde es aber an der Adresse Kästrich 1 im Jahr 1907 unter Verwendung originaler Bauteile neu gebaut (Fuchs II). Zum dritten Mal steht es seit 1983 am Markt 7/9 als Kopie des Hauses von 1907, allerdings wurde es auf die geringere Parzellenbreite verschmälert (Fuchs III). Auch Baulücken aus der Kriegszeit wurden bis 1990 geschlossen, die Betonbauten wurden teils mit sehr aufwendiger Werksteinverkleidung versehen. Die Rolle der Denkmalpflege war zwiespältig, aber in jedem Fall positiv gegenüber den Rekonstruktionen, obwohl es gesetzlich keine Grundlage für diese Handeln gab. Sie leistete eingehende Fachberatung im Einzelfall sowie Beratungen für Häuser im Nahbereich des Domes. *Städtebauliche Rekonstruktionen werden auch mehr als zwei Generationen nach Kriegsende noch als nachgeholter Wiederaufbau erklärt oder sogar – wie in Mainz geschehen – als Wiedergutmachung für die „baulichen Sünden“ der 1960er Jahre verstanden*, so Glatz.<sup>308</sup>

Als weiteres Beispiel für das zunehmende Bemühen um Rekonstruktionen sei hier die Ostseite am Römer in Frankfurt am Main genannt, die 1981 bis 1984 errichtet wurde. Das Gebiet zwischen Dom und Römerberg gehört aus historischer Sicht zu den bedeutsamsten Plätzen in Deutschland. Die Frankfurter Altstadt war bis zu ihrer fast vollständigen Zerstörung im Jahr 1944 eine der besterhaltenen in Deutschland. Von den ca. 2000 Bürgerhäusern als Holzfachwerkbauten haben sich nur etwa zehn im gesamten Stadtgebiet erhalten; Steinbauten waren bis ins 18. Jahrhundert nur als Sitz für Patrizier üblich. Der Wiederaufbau erfolgte in Frankfurt zögernd, nur abschnittsweise, und wurde erst vierzig Jahre nach der Zerstörung abgeschlossen. Den Grund sah der damalige hessische Landeskonservator Gottfried Kiesow in der mangelnden Wirtschaftskraft der ehemaligen Altstadt, die wegen der Kriegszerstörung nun kein Zentrum mehr war. Dem Wettbewerb für den Bereich zwischen Dom und Römerberg im Jahr 1950/51 folgte ein zweiter für den Wiederaufbau des Rathauses, des Römers.<sup>309</sup> Von den drei Treppengiebeln des Römers waren die seitlichen erhalten, der mittlere wurde

---

<sup>308</sup> Glatz 2008, S. 32.

<sup>309</sup> Kiesow 1984, S. 3.

neu nachgebildet. Die nach Norden anschließenden beiden Häuser wurden im Stil der 1950er Jahre neu erbaut. An der Südseite des Römers errichtete man eine neue traufständige Häuserzeile, die als Bau der 1950er Jahre zu erkennen ist, aber mit einem Risalit und kleinen Giebeln lokalhistorische Zitate aufgreift. Ein weiterer Wettbewerb 1951 sollte zur Bebauung der gesamten Ostseite des Römers führen, realisiert wurden davon aber nur zwei traufständige Häuser. Sie standen allerdings nur bis 1973, weil sie dem U-Bahnbau und einer Tiefgarage im Weg waren.<sup>310</sup> Das Steinerne Haus (1464) wurde 1960 unter Verwendung der wenigen Reste im Äußeren in alter Form neugebaut.<sup>311</sup> Der Raum zwischen Steinernem Haus und Braubachstraße im Nordosten des Marktes wurde mit neuen, traufständigen Häusern mit Rasterfassaden geschlossen. Dabei wurde aber auf die Altstadt mit ihren Geschosshöhen, Parzellenstrukturen und Dächern Rücksicht genommen. Damit war der Römerberg bis auf die Freiflächen zwischen den beiden Häusern an der Ostseite und der Nicolaikirche bebaut. Die Brachfläche westlich des Doms diente als Parkplatz und wurde 1972/73 mit dem technischen Rathaus, ein moderner Bau der Nachkriegsarchitektur, bebaut (überarbeiteter Entwurf der Architektengemeinschaft Bartsch, Thürwächter und Weber), das 2010/2011 jedoch abgerissen wurde. Denn innerhalb der geplanten Neubebauung, des sog. Dom-Römer-Projekts, sollen dort ehemals vorhandene historische Gebäude wieder rekonstruiert werden.<sup>312</sup> Die Bauentscheidung für das technische Rathaus in dieser Form bedeutete die Abkehr vom historischen Stadtgrundriss und die Entscheidung für einen Solitär direkt neben dem Dom. Die städtebauliche Situation wurde radikal verändert. Damit war die Chance vertan, wie am Prinzipalmarkt in Münster, wenigstens die Parzellenstruktur zu erhalten. Die U-Bahntrasse, die Tiefgarage mit den Lüftungsschächten und die auf- und absteigenden Fläche (Höckerzone) zwischen Ostseite des Römers und dem Dom bestimmten die städtebauliche Situation. Damit war man bereits nach wenigen Jahren unzufrieden und schrieb 1979 einen Wettbewerb aus: *Der Beschluß zum Wiederaufbau der historischen Häuserzeile resultiert dabei aus dem Verlangen nach historischer*

---

<sup>310</sup> Kiesow 1984, S. 4.

<sup>311</sup> Dehio Hessen, S. 261.

<sup>312</sup> URL: <http://www.domroemer.de/site/rekonstruktionen/> (abgerufen am 29.11.2011).

*Identitätsfindung Frankfurts*<sup>313</sup>, was eine Kehrwendung der bisherigen städtischen Baupolitik bedeutete. Die sechs Häuser der Ostseite wurden auf ihren früheren Parzellen erbaut. Um sie besser nutzen zu können, wurden zwei parallel stehende Längsbauten, sog. „Anschlussbauten“, mit Stegen an die rekonstruierten Häuser der Ostzeile angebunden. Dadurch entstanden wieder zwei Gassen, die Rapunzelgasse und die Schwertfegergasse.<sup>314</sup>

Das südlichste Haus der Ostseite, der *Schwarze Stern* (um 1600) wurde ab 1981 als Fassadenrekonstruktion erstellt. Grundlage hierfür war eine gute Dokumentation des Vorzustandes. Für die übrigen war die Dokumentation lückenhaft. Die fotografischen Vorlagen aus der Vorkriegszeit zeigten die sechs Häuser verputzt oder verschiefert, d.h. die Fachwerkkonstruktion, die man wiederherstellen wollte, war hierauf gar nicht zu sehen. Das nördliche Ende schließt das Haus *Großer Engel* (1562), das 1983/84 rekonstruiert wurde. Der Beleg dafür, ein Foto des Vorkriegszustandes, zeigt das Haus in zwei Geschossen verschiefert, so dass die übrige Fachwerkkonstruktion nur aufgrund von Analogieschlüssen erbaut sein kann.<sup>315</sup> Die hier nur kurz geschilderte Rekonstruktion der Ostseite des Frankfurter Römers zeigt, wie beliebig in politischen Entscheidungsgremien für oder gegen den Abriss oder die Rekonstruktion von Denkmälern entschieden wurde. Die Denkmalpflege konnte nur als Erfüllungsgehilfe agieren.

Der Umgang mit dem Marktplatz in Hildesheim seit der Zerstörung im Jahr 1945 sei an dieser Stelle als weiteres Beispiel für die Rekonstruktionen Anfang der 1980er Jahre dargestellt.<sup>316</sup> Fast die gesamte historische Altstadt – eine der bedeutendsten Fachwerkstädte – fiel den Bomben zum Opfer. Die Wiederaufbaupläne behielten das Straßensystem bei, aber man verbreiterte die Straßenräume und folgte den Zielen des modernen Städtebaus in Bezug auf die Innenräume der Blockbebauung. Der Umgang mit dem Marktplatz wurde kontrovers diskutiert. Sollte man sich für die kleine Lösung entscheiden, d.h. den Markt bei seiner bisherigen Größe belassen oder ihn vergrößern? Der Wettbewerb von

---

<sup>313</sup> Kiesow 1984, S. 7.

<sup>314</sup> Scholz 1985, S. 40.

<sup>315</sup> Kiesow 1984, S. 8/9.

<sup>316</sup> Thumm 1993, S. 34.

1949 brachte nur einen 2. Preis hervor, dessen Gewinner Diez Brandi sofort mit der Errichtung des Sparkassenhauses in der historischen Bauflucht (an der Stelle des Wedekindhauses) neben dem in seinen Außenmauern erhaltenen Harlessem-Haus beauftragt wurde.<sup>317</sup> Gerhard Graubner, ein Schüler von Paul Bonatz, fertigte 1950 einen Entwurf des Marktplatzes, der eine Aufweitung des Marktplatzes nach Norden mit zusätzlichen Verwaltungsbauten vorsah. 1958 begann man mit der Umsetzung dieses Entwurfs, 1960 entschied man, gegenüber dem Rathaus an der Stelle des Knochenhaueramtshauses das siebengeschossige Hochhaus Hotel Rose nach dem Entwurf von Dieter Oesterlen (1962–64) zu errichten. Die gegenüberliegenden beiden, in ihren Außenmauern weitgehend erhaltenen Häuser, das Rathaus und das Harlessem-Haus wurden äußerlich verändert wiederhergestellt, im Inneren aber völlig erneuert.<sup>318</sup> Im Jahr 1983 kamen zwei Faktoren zusammen, die den immer wiederkehrenden Wunsch der Bevölkerung nach dem Wiederaufbau des Hildesheimer Marktplatzes und insbesondere des Knochenhaueramtshauses ermöglichten: der Konkurs des Hotels Rose und die Feststellung der Sparkasse, dass der Brandi-Bau für die Nutzung zu klein geworden war.<sup>319</sup> Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb für die Gestaltung des nun wieder kleinräumig geplanten Marktplatzes in der Parzellengröße der Vorkriegszeit wurde 1980 ausgeschrieben. Dabei wurde stets die mögliche Rekonstruktion des Knochenhaueramtshauses mit einbezogen.<sup>320</sup> Der Neubau der Sparkasse umfasste schließlich drei Parzellen. Bei zwei Häusern wurden Fassaden rekonstruiert: das Wedekindhaus (1598) und das Rolandhaus (14. Jahrhundert, Erker 1760), beide allerdings als vorgesetzte Fassaden vor Betonkonstruktionen. Daher kommt es u. a. zu Unstimmigkeiten mit den Geschosshöhen im Brüstungsbereich, was z. B. beim Wedekindhaus zu stets zugezogenen Vorhängen führt. Das dazwischenliegende Lüntzelhaus (1755) wurde als

---

<sup>317</sup> Thumm 1993, S. 40.

<sup>318</sup> Thumm 1993, S. 40/41. Das Rathaus und das Harlessem-Haus sind Einzeldenkmäler.

<sup>319</sup> Riemann 1985, S. 19.

<sup>320</sup> Riemann 1985, S. 19.



freie Version mit historischen Zitaten neugebaut, weil es als Durchgang zwischen den beiden seitlichen Häusern dient.<sup>321</sup>

An der Westseite des Marktes standen das Bäckeramtshaus und das Knochenhaueramtshaus. Das Bäckeramtshaus (um 1800) stellte in seinem Wiederaufbau eine Mischung verschiedener Bauzustände und –zeiten dar und kann nur als freie Rekonstruktion gelten.<sup>322</sup> *Der Nachbau des Knochenhaueramtshauses (1529) muss als Rekonstruktionsversuch sehr ernst genommen werden*, so Hochschullehrer Martin Thumm.<sup>323</sup> Es wurde die Version des Hauses nach dem Brand 1884 gewählt. Von diesem Vorkriegszustand gibt es Fotos. Als tragende Fachwerkkonstruktion ist in der Nachahmung des äußeren Erscheinungsbildes ein beachtliches Ergebnis erzielt worden, die Umsetzung im Inneren ist – neben den Unsicherheiten der Überlieferung – doch ein Ergebnis des 20. Jahrhunderts. An der Nordseite des Marktes verbirgt sich ein Hotel hinter drei historischen Fassaden: Die Stadtschänke (1666) als frühbarocker Fachwerkbau wurde nicht genau nachgebaut, sein Nachbar, das Rokokohaus (1757) gelang wenigstens Außen. Da die Quellenlage beim Wollenweber-Gildehaus eher dürftig war, fällt auch der Nachbau fraglich aus, *eine Rekonstruktion ist er sicher nicht*<sup>324</sup>. Das einzige vollständig erhaltene Original am Marktplatz, der Rolandsbrunnen, wurde für die Erweiterung der Tiefgarage 1984 abgebaut, kopiert und an seiner alten Stelle wieder aufgebaut.<sup>325</sup>

Der Hildesheimer Marktplatz zeigt alle Facetten der Rekonstruktion und die Verblendung von Fassaden für die städtebauliche Kulisse.<sup>326</sup> Aber es ist auch ein Zeugnis für die Ablehnung der Nachkriegsarchitektur, wie qualitativ sie auch sein mag. Hubel zeigte die Parallele zur Ablehnung der Architektur des Historismus auf, dessen Werke von den nachfolgenden Generationen zerstört wurden.<sup>327</sup>

---

<sup>321</sup> Riemann 1985, S. 20–23. Er zeigt den Wandel der Wettbewerbsbeiträge und Gestaltungsvorschläge für die Südseite des Marktplatzes von 1979 bis 1984.

<sup>322</sup> Denkmaltopographie 2007, S. 120.

<sup>323</sup> Thumm 1993, S. 44.

<sup>324</sup> Thumm 1993, S. 49.

<sup>325</sup> Denkmaltopographie 2007, S. 118.

<sup>326</sup> Denkmaltopographie 2007, S. 121: Aufgrund ihrer platzbildenden Wirkung sind die Fassaden der rekonstruierten Häuser für den Marktplatz denkmalkonstituierend.

<sup>327</sup> Hubel 2011, S. 53.

Als Beispiel für ein in den 1980er Jahren neu aufgebautes Einzelhaus sei hier das Leibnizhaus in Hannover genannt. In dem 1652 erbauten Renaissance-Bürgerhaus lebte der Mathematiker und Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz seit 1698 bis zu seinem Tod 1716.<sup>328</sup> Beim Luftangriff auf Hannover wurde das Haus bis auf Teile des Giebelerskers zerstört, die eingelagert wurden. Die Keller des Hauses wurden archäologisch untersucht; ein Wiederaufbau des Hauses in der nahezu vollständig zerstörten Schmiedestraße war nicht geplant, weil dort ein Parkhaus entstehen sollte. Hannover wurde unter Einfluss von Stadtbaurat Rudolf Hillebrecht als autogerechte Stadt neu geordnet. Im Bereich Kramerstraße und Holzmarkt hatten sich einige Fachwerkhäuser erhalten, die seit 1955 instandgesetzt wurden und als „Traditionsinseln“ dienen sollten.<sup>329</sup> Nach der Besichtigung der wiederaufgebauten Warschauer Altstadt 1958 änderte Hillebrecht seine Meinung und plädierte dann für einen Neubau des Leibnizhauses mit historischer Fassade, allerdings am Holzmarkt. Oskar Karpa, der damalige Landeskonservator, wandte ein, dass aus denkmalpflegerischer Sicht nur die Errichtung am alten Standort in der Schmiedestraße in Frage käme, alles andere wäre lediglich ein Modell im Maßstab 1:1. Für die Errichtung eines *Denkmals* für das Leibnizhaus, wie es seitdem genannt wurde, kam der Standort am Holzmarkt, an der Ecke zur Pferdestraße in Frage. Dort stand aber das Noltehaus, ein Gründerzeithaus in Neorenaissanceformen. Bernhard Klemm erstellte 1961 ein Gutachten für den Wiederaufbau des Leibnizhauses dort und beurteilte den neuen Standort positiv.<sup>330</sup> Erst 1964 wurden die Keller des Leibnizhauses entfernt, um das seit 1949 geplante Parkhaus zu bauen. 1965 beschloss der Stadtrat die Rekonstruktion des Leibnizhauses am Holzmarkt, die ersten Arbeiten – die Rekonstruktion der Erkerreliefs – begannen. Im Jahr 1975 wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass für den Wiederaufbau des Leibnizhauses das Noltehaus weichen muss. Daraufhin setzte eine breite Diskussion ein, die Bevölkerung protestierte und das Noltehaus blieb stehen. Deshalb rückte das Leibnizhaus eine Parzelle weiter. Das Leib-

---

<sup>328</sup> Masuch 1980, S. 78. Die Adresse war Schmiedestr. 10.

<sup>329</sup> Masuch 1980, S. 82.

<sup>330</sup> Mörsch 1984, S. 25.

nizhaus entstand 1981 bis 1983 als Stahlbetonkonstruktion mit rekonstruierter Fassade. Die von allen drei in der Zeit tätigen Landeskonservatoren geäußerten Bedenken blieben ungehört.<sup>331</sup> Das Bauvolumen wurde vergrößert, selbst die Fassade wurde nicht materialgerecht kopiert, sondern nur zitiert. Georg Mörsch stellte anhand diese Falls die Beziehung zur Architektur der Postmoderne her: *Es ist die zur momentanen Architekturmode gewordene Beliebigkeit des Zitierens von geschichtlichen Versatzstücken, losgerissen aus Ort, Zeit, Zweck und innerem Sinn, wie sie auch für weite Architekturbereiche unserer Tage, den sogenannten „Postmodernismus“ typisch ist.*<sup>332</sup>

Die Rekonstruktion eines Innenraums, des Goldenen Saals im Augsburger Rathaus sei als letztes Beispiel der sog. Rekonstruktionen der 1980er Jahre angeführt. Bis zu seiner Zerstörung galt der Goldene Saal als einer der Höhepunkte der Renaissance-Innenraumgestaltung in Deutschland. Das Augsburger Rathaus von Elias Holl (1614 bis 1620, die Innenausstattung bis 1624 unter Leitung von Johann Matthias Kager) wurde im Februar 1944 bis auf die Außenmauern zerstört. Vom Goldenen Saal blieben nur einige Reste der Wandfresken übrig, außerdem die mobilen Gemälde und die bronzenen Kaiserbüsten.<sup>333</sup> Das Gebäude wurde äußerlich wiederhergestellt, der Goldene Saal erhielt einen Estrich, weiß verputzte Wände mit den Resten der Fresken und eine Stahlbeton-Hohlsteindecke. Ende 1956 wurde ein Wettbewerb zur Neugestaltung des Saals in modernen Formen ausgeschrieben, jedoch konnte keiner der eingereichten Entwürfe überzeugen. Bis April 1962 wurde daher das Rathaus um- und innen ausgebaut, um es wieder benutzbar zu machen. Dabei wurde das Hauptgeschoss gestalterisch zurückgestellt.<sup>334</sup> Generalkonservator Heinrich Kreisel hatte dem Umbau nur unter der Bedingung zugestimmt, dass eine *restaurative Wiederherstellung der repräsentativen Innenräume, vor allem des Goldenen Saals, nicht verhindert oder auch nur behindert würde.*<sup>335</sup> Vorher hatte er bereits darauf

---

<sup>331</sup> Mörsch 1984, S. 25/26.

<sup>332</sup> Mörsch 1984, S. 28. Der Titel seines Artikels lautet auch: Hannovers neues Leibnizhaus – Denkmalpflege oder modernes Architekturzitat?

<sup>333</sup> Dehio Bayern III, S. 113.

<sup>334</sup> Schmid 1997, S. 7.

<sup>335</sup> Petzet 1997 Augsburg, S. 26.

hingewiesen, dass es eine zunehmende Tendenz zur Rekonstruktion historischer Innenräume gebe und es sich beim gut dokumentierten Goldenen Saal geradezu um eine ideale Voraussetzungen für eine Rekonstruktion handelte.<sup>336</sup> Voraussetzung für eine Rekonstruktion war aber auch der Aufbauwille der Bevölkerung, der in Augsburg stets lebendig war und über die Jahrzehnte der Diskussion nicht an Durchsetzungskraft verloren hatte. Mitte der 1960er Jahre hielt diesen Willen Altoberbürgermeister Klaus Müller lebendig, indem er die verlorenen Deckenbilder nach Fotografien abmalen ließ. Eine im Jahr 1969 einberufene Kommission des Stadtrates kam zu dem Ergebnis, dass die Rekonstruktion des Goldenen Saales nicht möglich sei.<sup>337</sup> Kreisel schloss sich dieser Auffassung an, denn ein solches Tun hätte nichts mit den *Aufgaben echter Denkmalpflege*<sup>338</sup> gemein. Im Oktober 1975 gründete sich der *Verein zur historischen Wiederherstellung des Goldenen Saals im Rathaus zu Augsburg e.V.*, Initiator und erster Vorsitzender war Klaus Müller. Aufgabe des Vereins war und ist es, die baldige Wiederherstellung des Goldenen Saales im Augsburger Rathaus einschließlich der Fürstenzimmer zu fördern, insbesondere im Rahmen des Möglichen, die finanzielle Grundlage hierfür zu schaffen.<sup>339</sup> Der Stadtrat beschloss im Juli 1977, ein internationales Kolloquium zur Wiederherstellung des Goldenen Saales durchzuführen, das Anfang März 1978 im Rathaus stattfand. Die Organisation übernahm das Zentralinstitut für Kunstgeschichte, dessen Direktor Willibald Sauerländer die Sitzung am ersten Tag leitete.<sup>340</sup> Rund 50 Experten diskutierten dabei die Frage, ob die Rekonstruktion des so gut wie vollständig zerstörten Saals realisiert werden könne und ob sie denkmalpflegerisch vertretbar sei. Dabei wurden vier bereits abgeschlossene Maßnahmen vorgestellt, nämlich die Schlossanlagen in Berlin Charlottenburg und in Bruchsal, das Rathaus in Danzig und die Münchner Residenz.<sup>341</sup> Ein Ausschuss aus fünf Teilnehmern unter der Leitung des Kunsthistorikers und Hochschullehrers

---

<sup>336</sup> Vor der Zerstörung wurden Farbfotografien des Saals angefertigt.

<sup>337</sup> Kießling 1997, S. 426.

<sup>338</sup> Petzet 1997 Augsburg, S. 26.

<sup>339</sup> So steht es in § 5 der Satzung, s.URL: <http://www.goldener-saal.de/html/satzung.html> (abgerufen am 23.11.2011).

<sup>340</sup> Schmid 1997, S. 8.

<sup>341</sup> Kießling 1997, S. 169.

Alfred A. Schmid wurde gebildet, um dem Augsburger Stadtrat schließlich eine Empfehlung auszusprechen.<sup>342</sup> Die einstimmig verabschiedete Empfehlung für die Rekonstruktion wurde durch ein Resümee ergänzt, in dem die technische Durchführbarkeit bestätigt, aber auch die Risiken und möglichen Schwierigkeiten genannt wurden. Daher wurde ein Vorgehen in einzelnen Schritten empfohlen, um das Ergebnis stets überprüfen zu können. Nach dem Beschluss des Stadtrats zur Wiederherstellung im Jahr 1980 fand die Rekonstruktion in den Jahren 1980 bis 1985 statt, 1994 bis 1996 wurden die Mittelportale, 1996 der Kachelofen im nordwestlichen Fürstenzimmer rekonstruiert. Doch die Rekonstruktion ist bis jetzt nicht abgeschlossen. Auf der Internetseite des Vereins ist zu lesen, dass die Möblierung des südwestlichen Fürstenzimmers und die Rekonstruktion des südöstlichen Fürstenzimmers noch ausstehen.<sup>343</sup>

Die genannten Beispiele für die Rekonstruktionsdebatten Jahre zeigen, dass bereits Ende der 1970er Jahre damit begonnen wurde, aus verschiedensten Gründen verlorene Bauten oder ganze Straßenzüge wieder aufzubauen. Es zeigt sich, dass dabei alle Formen der Rekonstruktion, der Teilrekonstruktion, des Kopierens oder des Vorblendens von Fassaden aufgegriffen wurden sind. Sogar der authentische Standort spielte manchmal keine Rolle mehr. Dieses Handeln, das die institutionalisierte Denkmalpflege teilweise selbst unterstützt hatte, war dann die Grundlage für die Rekonstruktionswünsche, die nach der politischen Wende verstärkt auftraten.<sup>344</sup>

### **Inflation des Denkmalpflegens**

Der baden-württembergische Landeskonservator August Gebeßler stellte 1986 bereits eine *Inflation des Denkmalpflegens*<sup>345</sup> fest. In seiner Eröffnungsrede der Jahrestagung in Speyer gab er einen Bericht zur Lage. Rückblickend umriss er die Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit der letzten Jahrzehnte. Hatte man vor zehn Jahren noch mit ei-

---

<sup>342</sup> Kießling 1997, S. 177. Die Mitglieder waren: Alfred A Schmid, Walter Frodl, Theodor Müller, Paul Philippot, Willibald Sauerländer.

<sup>343</sup> URL:<http://www.goldener-saal.de/html/chronik.html> (abgerufen am 23.11.2011).

<sup>344</sup> Zur Definition der Begriffe siehe Hubel S. 2006, S. 277–286.

<sup>345</sup> Gebeßler 1986, S. 146.

ner großen Zahl an Denkmalabbrüchen zu tun, so waren es vor fünf Jahren die gestiegenen Denkmälerzahlen, die grundsätzlicher konservatorischer Begründung bedurften. Heute, so Gebeßler, habe der Konservator mit einem eklatanten zu kämpfen, was sich durch zwei Faktoren bestimmt. Eine gestiegene Zahl an Maßnahmen an Denkmälern machte eine erhebliche Betreuung durch den Konservator nötig, dem allerdings die erforderliche Zeit fehlt, sich mit alldem hinreichend zu befassen. *Kennzeichnend für diese Situation ist der Konservator, der mehr Fälle bloß abwickelt als er betreut – der schon rein aus Zeitgründen dem Denkmalpatienten und der heute denkmaloffenen Öffentlichkeit die fachliche, dem Geschichtsbestand zugewandte Kompetenz notgedrungen verweigern muß, – angefangen von der wichtigen Untersuchung, von der Erschließung der faktischen Gesamtheit des Geschichtlichen im Denkmal, bis hin zur praktischen, an den Notwendigkeiten des Denkmals orientierten Beratung.*<sup>346</sup> Gebeßler stellte fest, dass dem Konservator die Zeit fehlt, sich mit den aus der Industrie entwickelten Ersatzprodukten zu beschäftigen, wie z. B. Kunststoff-Sprossenfenster. Der Substanztausch werde zu stark forciert, so Gebeßler. In diesem Prozess müsste der Konservator die Beteiligten überzeugen, dass bei den notwendigen Substanzerneuerungen *nicht so sehr die historische Form, sondern zuallererst nur die Authentizität des Materials wieder zum Träger werden kann für die Kontinuität des Geschichtlichen*<sup>347</sup>. Die Ersatzstoffe wären in keiner Weise geeignet, die erforderliche Materialkontinuität im Denkmal zu gewährleisten; der Konservator kämpft daher auch gegen eine Industrie.

Unter der Rubrik Denkmalpflege wurde in der Öffentlichkeit auch die Rekonstruktion des Knochenhauer Amtshauses am Hildesheimer Marktplatz beurteilt, was viele Denkmalpfleger zu der Äußerung veranlasste, dies sei keine Angelegenheit der Denkmalpflege, sondern ein Neubauvorhaben. Gebeßler schloss sein Referat mit den Worten, *bitte weniger Denkmalpflege dafür mehr Denkmalerhaltung.*<sup>348</sup>

Auf der Tagung waren energische Appelle zu hören, dass den politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen der Kerngedanke der Denkmalpflege – die Substanzerhaltung – unbedingt nähergebracht werden müsste.

---

<sup>346</sup> Gebeßler 1986, S. 146.

<sup>347</sup> Gebeßler 1986, S. 147.

<sup>348</sup> Gebeßler 1987, S. 145.

Gerade die Vermittlung von Denkmalwerten sei die originäre Aufgabe des Kunsthistorikers, der gerne in der Inventarisierung eingesetzt wird. Auch hier wurde die Forderung laut, die aus den Denkmälern ermittelten Kenntnisse auch an die Öffentlichkeit und vor allem den Eigentümern in verständlichen Formen weiterzugeben. Es war wieder Georg Mörsch, der forderte, statt der Anhäufung von Kenntnissen das gewonnene Wissen zu vermitteln. Er zitierte Cornelius Gurlitt, der 1900 gesagt hat, ... *man muß beim Volke vielmehr für die zumeist nur bescheidenen Objekte Liebe zu erwecken suchen.*<sup>349</sup>

### Umgang mit dem Original

Die Zeit um die Mitte der 1980er Jahre ist geprägt davon, das Denkmal zunehmend als Mittel zur Stadtbildverschönerung aufzufassen (vgl. hierzu auch das Kapitel Rekonstruktionsdebatten der 1980er Jahre). Auf der Tagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger 1987 in Lüneburg diskutierten die Teilnehmer das Thema *Umgang mit dem Original*. Im Alltagsgeschäft des Denkmalpflegers gehe es weniger um Substanzsicherung als um Maßnahmen, die auf die optische Verbesserung und die Vollnutzung des Denkmals abzielen, so August Gebeßler in seiner Eröffnungsansprache.<sup>350</sup> Typisch für diese Zeit war die unerbittliche Forderung nach einer Nutzung für das Denkmal. Passend dazu brachte Georg Mörsch die Schärfung der Begriffe vom Gebrauch und Verbrauch der Denkmäler in die Diskussion ein.<sup>351</sup> Er mahnte die Unterscheidung an zwischen dem substanzverschleißenden Verbrauch, der auch die verkürzte Lebensdauer des Denkmals akzeptiert, und dem verträglichen Gebrauch, der die Geschichtlichkeit des Objektes mit seinen Altersspuren sichert. In Anbetracht des zunehmenden Verbrauchs an Denkmälern, der gemeinsam mit der Denkmalpflege zustande komme, stellte er die Kluft zwischen Forderung und Realität fest. Schließlich äußerte er – zu diesem Zeitpunkt bereits Hochschullehrer – folgende Kritik an die Adresse der institutionalisierten Denkmalpflege: *Die Leichtigkeit, mit der hier und allenthalben wesentliche Belange einer richtigen Substanzbehand-*

---

<sup>349</sup> Mörsch 1986, S. 120.

<sup>350</sup> Gebeßler 1987, S. 143.

<sup>351</sup> Mörsch 1987.

lung übersehen werden, die erst Voraussetzung für langen zukünftigen Gebrauch des Denkmals wäre, drängt immer wieder den Verdacht auf, dass auch den Fachleuten die authentische materielle Trägersubstanz des Denkmals nur Nebensache sei.<sup>352</sup> Er stellte fest, dass es keinen Überblick über die durchgeführten Maßnahmen an Denkmälern gibt, die es ermöglichen, sich über die Einhaltung oder die Abweichung von den vorgegebenen Inhalten zu informieren. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Entwicklung der denkmalpflegerischen Analysesysteme seit der Mitte der 1970er Jahre. Diese hätten erst dazu geführt, Schichten zu entdecken und zu dokumentieren. Es sei die dringlichste Aufgabe des Denkmalpflegers, hieran festzuhalten, mahnte Mörsch an.

Der eher schöpferische Ansatz des denkmalpflegerischen Handelns lässt sich am Umgang mit der Münchner Frauenkirche ablesen (5 Abb. 1). Das 500jährige Weihejubiläum der Münchner Frauenkirche war im Jahr 1991 Anlass, den Innenraum grundlegend neu zu gestalten. Die Raumschale der 1494 geweihte Kirche wurde in den 1770er Jahren passend zur Ausstattung neu gestaltet, 1857 bis 1863 in neugotischer Stileinheit völlig neu ausgestattet und ausgemalt.<sup>353</sup> Bereits 1932 hatte man versucht, sich der helleren Originalfassung wieder anzunähern, ebenso wie bei dem rekonstruierenden Wiederaufbau 1947 bis 1953. Die armierte Betonrippenkonstruktion der Gewölbe erhielt eine eher puristische Neufassung mit wenig Kontrasten, nur einzelne Kunstwerke wurden zurückgeführt.<sup>354</sup> *In Verbindung mit der zugehörigen kargen und strengen Ausstattung entstand eine von den Prinzipien des modernen Kirchenbaus der fünfziger Jahre geprägte Architektur, die eine bemerkenswerte Lösung darstellte*, so Hubel.<sup>355</sup> 1980 wurde eine punktuelle Befundung durchgeführt, wobei man vermutlich die Drittfassung von 1773 für die Erstfassung hielt und sich damit der Farbigkeit der Spätgotik annäherte (5 Abb. 2, 3).<sup>356</sup>

Im Rahmen der Neugestaltung der Jahre 1991 bis 1994 griff man grundlegend in den Bestand ein. Hauptanliegen der Maßnahme war die Rück-

---

<sup>352</sup> Mörsch 1987, S. 159.

<sup>353</sup> Denkmaltopographie München Mitte, Band 1, S. 228.

<sup>354</sup> Langenstein 1994, S. 126.

<sup>355</sup> Hubel 1996, S. 175.

<sup>356</sup> Langenstein 1994, S. 127.



führung der Ausstattungsstücke, die während des Krieges ausgelagert waren. Bei Rippen, Gewölberücklagen, Wand- und Pfeilerflächen wurden die drei ältesten Tünchschichten in Resten gefunden, außerdem Ritzungen in Altputzflächen.<sup>357</sup> Mit der Begründung, dass in der Frauenkirche keine denkmalwerte Farbfassung vorgefunden wurde, ließ das Domkapitel ein Farbkonzept der Spätgotik mit hellen Pfeilern und Wänden, ockergelben Gewölberippen, lichtgrauen Gewölbekappen und farbigen Konsolen und Schlusssteinen rekonstruieren (5 Abb. 4).<sup>358</sup> Die amtliche Denkmalpflege forderte die Erhaltung der künstlerisch anspruchsvollsten Teile der Ausstattung der Fünfziger Jahre.<sup>359</sup> Die weitere Umgestaltung betraf die Neugestaltung des Binnenchores mit Abtrennung des Chorumgangs (Elmar Hillebrecht, Köln), die Erneuerung des Bodenbelags ohne historischen Bezug und die Erneuerung des Mobiliars im Langhaus, im Chor und in den Seitenkapellen. Baugeschichtliche Funde begründeten die Beseitigung der flachen Betonbalkendecke der Eingangshalle (Orgelempore) aus der Nachkriegszeit. Die Orgelempore wurde als zweiteiliges Netzgewölbe wieder eingewölbt und erfuhr eine Erweiterung in das Langhaus (5 Abb. 5). Mit dem Rückgriff auf die älteste, spätgotische Raumfassung und die Rückführung der überwiegend barocken Ausstattung an die ursprünglichen Standorte schuf man einen Raum, der sehr problematisch ist, weil historische Bezüge fehlen. *Insofern haftet dem – nichtsdestoweniger uneingeschränkt zu begrüßenden – Unternehmen der Rückführung der historischen Ausstattung unter Rückgriff auf die älteste Raumfassung, die niemals gleichzeitig mit den meisten der jetzt wieder im Dom befindlichen Kunstwerke zu sehen war, unvermeidlich gewisse eklektische Züge an, die auch zu kritischen Äußerungen herausfordern mögen.*<sup>360</sup> Das denkmalpflegerische Handeln an der Münchner Frauenkirche mit der eben beschriebenen durchgreifenden Neugestaltung ist als ein Werk der schöpferischen Denkmalpflege zu bezeichnen. Denn hier hat man durch die umfangreiche Neuausstattung der Kirche, durch die spätgotische Fassung und die zurückgeholte historische Ausstattung einen völlig neuen Zustand geschaffen. In diesem Zusammenhang

---

<sup>357</sup> Langenstein 1994, S. 127.

<sup>358</sup> Denkmaltopographie München Mitte, Band 1, S. 230.

<sup>359</sup> Langenstein 1994, S. 132.

<sup>360</sup> Langenstein 1994, S. 134.

äußerte sich Wilfried Lipp: *Zunehmend präsentiert sich der gewordene Zustand als Patchwork der verschiedenen Interventionen, als ein Zustand, der historisch niemals war.*<sup>361</sup> Dieser negiert historische Bezüge zwischen Raumfassung und Ausstattung und führt so zu dem Eindruck, man könne mit dem Denkmal und der vorgefundenen Substanz beliebig umgehen. Hubel zeigte auf, dass hier eine „Denkmalverschönerung“ im Sinne Dvořáks stattfand, die durch die Entfernung der Zeitschicht des Wiederaufbaus nach 1945 die Geschichte des Denkmals schmälerte.<sup>362</sup>

### **Identität der Baudenkmale im Wandel**

Nach dem *Umgang mit dem Original* diskutierten die Landesdenkmalpfleger im darauffolgenden Jahr in Fulda über das eng verwandte Thema *Identität der Baudenkmale im Wandel*.<sup>363</sup> Es ging um die Frage, inwieweit das Denkmal in seiner Substanz oder formal verändert werden kann, ohne seine Identität zu verlieren. Es ergab sich keine generelle Definition, da sich jedes Denkmal in seiner Vielschichtigkeit und Fülle der individuellen Aussagen einer allgemeinen Festsetzung verweigert. Dass die historische Substanz allein Träger von Ideen und Werten ist, war allgemeiner Konsens. Leider verweigerte sich die Begriffsbestimmung von Identität einer klaren Konturierung. Das Thema einer Arbeitsgruppe lautete daher „Identitätsänderung durch Nutzungsänderung oder Nutzungsaufgabe“. Bei den Vorträgen ging es aber auch um Probleme der Praxis wie z. B. um die Abwicklung von Restaurierungsmaßnahmen und die immer noch nicht optimal in den Verfahrensablauf eingebundene Bauforschung und naturwissenschaftliche Schadensanamnese.

Unter dem Thema *Identität der Baudenkmale im Wandel* kann man auch den Umgang mit dem Passauer Dom sehen. Greipl<sup>364</sup> beschrieb, wie in den 1960er Jahren an den Strebepfeilern Betonummantelungen angebracht wurden, weil die Pfeiler einsturzgefährdet waren. Der damalige

---

<sup>361</sup> Lipp 2008, S. 34.

<sup>362</sup> Hubel 1996, S. 176.

<sup>363</sup> DKD 1988, Heft 2, S. 186–189.

<sup>364</sup> Greipl 2009.

Generalkonservator Torsten Gebhard (1963–1974) hatte der damals zeitgemäßen Maßnahme zugestimmt.<sup>365</sup> Ohne auf die Grundsätze der Restaurierung wie z. B. die Reversibilität zu achten, agierte man hier mit dem zeitgemäßen Werkstoff Beton. *Es ist eine Illusion, zu glauben, der denkmalpflegerische Umgang mit hochrangigen Bauwerken aus der Vergangenheit spiele sich außerhalb des Zeitgeistes ab. Die geschilderte „Unterbauung“ ... des Konsolpfeilers, ... fand ja nicht zufällig in jenen Jahren statt, als die Ilzstadt 1960–1970 zu Todes saniert, ja beseitigt, Mitte der 1960er Jahre die Votivkirche am Neumarkt als Verkehrshindernis fast gänzlich vernichtet, ... und ab 1971 das der Stadt gegenüber liegende Donauufer um den Anger durch autobahnähnliche Straßen und Rampen ruiniert wurde. Es war eben die Beton- und Autozeit.*<sup>366</sup>

Auch um die nachhaltige Substanzerhaltung hatte man sich bis dato weniger Gedanken gemacht. Durch den bis in die 1980er Jahre praktizierten Materialaustausch und die Aufbringung chemischer Konservierungsmittel war die Substanz des Domes erheblich verringert und gleichzeitig das Erscheinungsbild stark verändert worden. Um 1995 entschied die Staatliche Dombauhütte, weit mehr Substanz als bislang zu erhalten. Eine umfangreiche Untersuchung des Bestandes begann ebenso wie die Diskussion um ein Konzept und die Anwendung konservatorischer Methoden.<sup>367</sup>

Die wichtigste Entdeckung, die zugleich die nachhaltigste Auswirkung auf das zukünftige äußere Erscheinungsbild des Domes hatte, war die Tatsache, dass die Fassaden im Spätmittelalter farbig und in der Barockzeit kalkweiss gefasst waren. Diese barocke Weißschicht hatte drei Funktionen: Sie diente sie als Marmorimitation und war zugleich eine Opferschicht, die den darunter liegenden Stein schützte. Die dritte Funktion diente der Kontrolle, ob eindringende Feuchtigkeit den Stein verfärbte, was bei der weißen Farbe leicht zu erkennen war. Der konservatorische Nutzen, der die Wartung des großen Bauwerks leicht und kostensparend machte, sprach für die Rekonstruktion der Weißfassung. Während das Domkapitel sich dem Rat der Fachleute anschloss, gab es in der Öffentlichkeit eine leidenschaftliche Diskussion gegen den „wei-

---

<sup>365</sup> Greipl 2009, S. 346–351.

<sup>366</sup> Greipl 2009, S. 349/50.

<sup>367</sup> Greipl 1009, S. 346.

ßen Dom“, die in die Medien und die Politik übergang (6 Abb. 1).<sup>368</sup> Das Baudenkmal sollte sein Erscheinungsbild ändern und würde dadurch die gewohnten Sehgewohnheiten stören. In diesem Fall konnte sich die Fachmeinung durchsetzen.

### 3. 1989–2005: Denkmalpflegerischer Diskurs

Für den Zeitraum von 1975 bis 1989 wurde anhand verschiedener Objekte die Restaurierungspraxis dargelegt. Darunter waren Beispiele, die die Rückführung auf einen früheren Zustand anstrebten oder eher als Rekonstruktionen denn als Restaurierungen zu bezeichnen sind.

#### Politische Wende/Wiedervereinigung 1989

Wenn die Diskussion um das Für und Wieder von Rekonstruktionen sich nach der Wende 1989 erneut verstärkte, so findet man doch auch in den alten Bundesländern vor 1989 ausreichend Beispiele aus den Jahren davor (vgl. Kapitel Rekonstruktionsdebatten der 1980er Jahre). Der Hochschullehrer Georg Mörsch suchte nach Begründungen für die neuen Rekonstruktionen, die seit den siebziger Jahren auftauchten und zum Teil – aber nur zum Teil – von der Denkmalpflege vehement bekämpft wurden. Seiner Meinung nach konnte man dieses Tun *am ehesten unter dem Begriff „optisches Harmoniebedürfnis“ zusammenfassen, wenn man die unverkennbaren Hinweise auf ein gestalterisches Marketing ausser Acht lassen will*.<sup>369</sup> Mörsch warf der Denkmalpflege vor, durch ihr Handeln den Eindruck zu erwecken, das Denkmal sei eine Materie, mit der man beliebig umgehen könnte. Nach einer Restaurierung sehe das Denkmal meist anders als vorher und auf jeden Fall neu aus, was zu Missverständnissen über das Handeln und die Ziele der Denkmalpflege führen kann. So entstünde in der Öffentlichkeit der Eindruck, eine beliebig manipulierbare Verfügungsmasse vor sich zu haben. Dieser Eindruck von der völligen Verfügbarkeit könnte sogar soweit gehen, die untergegangene Denkmalsubstanz sei jederzeit wieder herstellbar und Rekonstruktionen gehörten zu den Aufgaben der Denkmalpflege.

---

<sup>368</sup> Greipl 2009, S. 352 ff. Probeweise war 2001 das Stephanstürmchen am nördlichen Querhaus weiß gefasst worden.

<sup>369</sup> Mörsch 2004, S. 71.

Die gerade ausgeführte Problematik soll anhand der 2003 abgeschlossenen Restaurierung des Innenraums der Alten Kapelle in Regensburg erläutert werden. Daran zeigt sich paradigmatisch der Umgang mit der historischen Substanz. Die urkundlich erstmals 875 erwähnte Kirchenbau reicht in seinem Baubestand bis ins 9. Jahrhundert zurück und ist im Mittelalter mehrfach umgebaut und erweitert worden (7Abb. 1). Der Innenraum erhielt zwischen 1747 und 1797 in zwei Phasen eine Umgestaltung in Form des Rokoko. Im Jahr 1886 hat man die Innengestaltung verändert und dem Zeitgeschmack entsprechend durch Übermalungen (Öltechnik, Leimfarben) in der Gesamtwirkung abgedunkelt. Dadurch sollte auch der mittelalterliche Ursprung der Kirche betont werden.<sup>370</sup> Fünfzig Jahre später, 1936/37, entschloss man sich zu einer Neufassung des Innenraums, die wiederum die Fassung des 19. Jahrhunderts beseitigen sollte. Deshalb wurde die Fassung von 1886 an den Wänden und der Ausstattung abgebeizt, was jedoch auch die darunter liegende Erstfassung wohl nahezu vollständig zerstörte.<sup>371</sup> Die Neufassung des Innenraums erfolgte mit Kalkfarben. Sie wiederholte nicht die Erstfassung, sondern stellte *eine Neuschöpfung zwar im Sinne der allgemeinen Farbmöglichkeiten des 18. Jahrhunderts dar*.<sup>372</sup> Durch eine Sprengbombe wurde das Querhaus der Kirche im Jahr 1944 beschädigt und notrepariert (7Abb. 2). Erst Mitte der 1980er Jahre wurde man auf Schäden an der Fassung durch herabfallende Putzbrocken aufmerksam. Es stellte sich heraus, dass die Fassung von 1936/37 erheblich geschädigt war. Die Frage, ob diese Fassung erhalten oder eine Rekonstruktion der Erstfassung des 18. Jahrhunderts vorgenommen werden sollte, stellte die beteiligten Fachleute vor ein schwieriges Problem, das die Denkmalpfleger und Restauratoren in zwei Lager gespalten hat. Aus denkmalpflegerischer Sicht stellte die Fassung der dreißiger Jahre eine erhaltenswerte historische Zeitschicht dar, die zur Geschichtlichkeit des Denkmals gehörte, recht ansprechend war und sogar malerische Qualitäten besaß, so Michael Kühnenthal, der damalige Leiter der Restaurierungswerkstätten.<sup>373</sup> Er führte weiter aus: *Darüber hinaus war allen Betei-*

---

<sup>370</sup> Gieß 2001, S. 19.

<sup>371</sup> Gieß 2001, S. 23. Grundierungen und Reste der Vergoldungen blieben erhalten.

<sup>372</sup> Gieß 2001, S. 23.

<sup>373</sup> Kühnenthal, S. 31.

lichten klar, dass eine Rekonstruktion der Originalfassung für die Restaurierungsgeschichte des Denkmals lediglich den Ersatz einer Neufassung der dreißiger Jahre durch eine Neufassung der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts bedeutete, auch wenn sich dabei die Chance bot, durch die Freilegung ein Bild des noch erhaltenen originalen Bestandes zu gewinnen (...).<sup>374</sup> Schließlich wurde, aus angeblich restauratorisch-technischen Gründen, beschlossen, die Fassung von 1936/37 nicht zu erhalten, sondern abzunehmen, die originalen Oberflächen zu restaurieren und eine durch Befunde gestützte Rekonstruktion der Erstfassung zu versuchen.<sup>375</sup> Die Befunde aber waren recht spärlich. Daher erläuterte der zuständige Gebietsreferent des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Harald Gieß, dass eine Vielzahl von wichtigen Detailfragen nur auf interpretierendem Wege gelöst werden konnten.<sup>376</sup> Zudem mussten an der Raumschale alle Reste der Fassung, an den Altären sogar die gut erhaltene Fassung von 1886/87 abgenommen werden;<sup>377</sup> man hat also zwei Zeitschichten mit der jüngsten Restaurierung weitgehend zerstört (7 Abb. 3).<sup>378</sup> Dies wurde in Kauf genommen, um die geringen Reste der Originalfassung künftig technisch einwandfrei erhalten zu können. Anhand der Alten Kapelle in Regensburg wird deutlich, wie man im späten 19. Jahrhundert, in den dreißiger Jahren, aber auch Ende des 20. Jahrhunderts jeweils eine völlige Neufassung des Innenraums versucht hat. Leider hat die jüngste Restaurierung zusätzlich die beiden Vorzustände ausgelöscht, so dass die Restaurierungsgeschichte nunmehr anhand der Literatur, im Bestand nur mehr an kleinen Dokumentationsflächen nachvollziehbar ist. Hubel zeigte auf, wie jede Denkmalpfleger- bzw. Restauratorengeneration das Werk der Vorgänger abqualifizierte, teilweise

---

<sup>374</sup> Kühnenthal, S. 31.

<sup>375</sup> Weiterführend zur Diskussion um die Restaurierung der Alten Kapelle, siehe: Hubel, Achim, Die Gratwanderung zwischen Bewahren und Erneuern. Über das Berufsethos des Denkmalpflegers, in: Denkmalschutz-Informationen, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, 19. Jg., 1995, Heft 3, S. 77–82; vgl. hierzu: Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, in: Ebda., 20. Jg., 1996, Heft 1, S. 85–87 sowie Achim Hubel: Bemerkungen und grundsätzliche Überlegungen, in: Ebda., 20. Jg., 1996, Heft 2, S. 73–76.

<sup>376</sup> Gieß 2001, S. 26.

<sup>377</sup> Kühnenthal, S. 37.

<sup>378</sup> Die Gesamtrestaurierung des Innenraums dauerte von 1990–2003.

sogar mit der Verwendung ähnlicher Worte.<sup>379</sup> Er erinnerte an Riegl: *Schließlich hatte schon Riegl die Relativität künstlerischer Werte definiert und kategorisch gefordert, dass ästhetische Ablehnung niemals dazu führe dürfe, bei einem Denkmal Änderungen oder gar Zerstörungen anzuordnen.*<sup>380</sup> Leider kann der Denkmalpfleger bei reinen Konservierungen nicht mit publikumswirksamen Erfolgen rechnen und arbeitet daher lieber als Runderneuerer mit gut sichtbaren Erfolgen mit „neuem Glanz“ und hat damit die Gratwanderung zwischen Bewahren und Erneuern zugunsten des Letzteren entschieden.<sup>381</sup>

### Rekonstruktionsdebatte

Bald nach der Wiedervereinigung trafen sich Anfang 1990 die Landesdenkmalpfleger im Rahmen einer Konferenz auf der Wartburg und verfassten die sog. Wartburg-Thesen – eine Art Vorentwurf eines Leitbildes für die zukünftige Entwicklung der Denkmalpflege in beiden deutschen Teilstaaten.<sup>382</sup> Unterzeichner der Thesen waren der Generalkonservator des Instituts für Denkmalpflege der DDR, Peter Goralczyk, und der Vorsitzende der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Herbert Möller. Die Thesen sollten *Überlegungen und Anregungen der Konservatoren*<sup>383</sup> ebenso sein wie ein Diskussionspapier für die politische Öffentlichkeit und die Fachwelt.

Sie empfahlen den neuen Ländern, gemäß dem Vorbild der übrigen Länder der Bundesrepublik Deutschland, den Denkmalschutz in der Verfassung zu verankern, sie rieten von einer Klassifizierung der Denkmäler ab und befürworteten den modernen, erweiterten Denkmalbegriff. Ebenso wurden die bereits erprobten Zuständigkeiten der Denkmalbehörden und der Behördenaufbau der westlichen Länder als positiv bewertet, auch die Unabhängigkeit der Fachbehörden mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Die Abstimmung in länderübergreifen-

---

<sup>379</sup> Hubel 2005, S. 264.

<sup>380</sup> Hubel 2005, S. 264.

<sup>381</sup> Hubel 2005, Die Gratwanderung zwischen Bewahren und Erneuern, S. 259–266.

<sup>382</sup> Wartburg-Thesen, in: DKD 1990 Heft 1, S. 73–75. S. Anhang Dokumente, Nr. 2.

<sup>383</sup> Wartburg-Thesen, in: DKD 1990 Heft 1, S. 75. S. Anhang Dokumente, Nr. 2.

den Fragen übernahm die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger.<sup>384</sup> Die Empfehlungen und Festlegungen in den Wartburg-Thesen sind grundsätzlich und allgemein gehalten – wohl mehr eine Bekräftigung des Ist-Zustandes der institutionalisierten Denkmalpflege als ein Anlass für Diskussionen.

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger verabschiedete 1991 aus gegebenem Anlass während ihrer Tagung in Potsdam zwei Resolutionen zu aktuellen Themen: der Rekonstruktion von Baudenkmalen<sup>385</sup> und der Berliner Museumsinsel. Der nach der politischen Wende aufgekommene Wunsch nach Rekonstruktion von im Zweiten Weltkrieg zerstörten Bauwerken forderte eine Stellungnahme heraus. Die Denkmalpfleger mahnten, dass der Wunsch nach einem Nachbau zerstörter Werke verständlich sei, jedoch unerfüllbar bleiben müsse. Denn *die Bedeutung der Baudenkmalen als Zeugnisse großer Leistungen der Vergangenheit liegt nicht allein in den künstlerischen Ideen, die diese verkörperten, sondern wesentlich in ihrer zeitbedingten materiellen baulichen und künstlerischen Gestalt mit allen Schicksalsspuren. Die überlieferte materielle Gestalt ist als Geschichtszeugnis unwiederholbar wie die Geschichte selbst. Die Errichtung von Nachbildungen verlorener Baudenkmale kann also nur Bedeutung haben als Handeln der Gegenwart. Denkmale ... können solche Nachbildungen nicht sein. Denkmalpfleger sind einzig den nicht reproduzierbaren Geschichtszeugnissen verpflichtet und haben zu warnen, wenn die Möglichkeit der Erinnerung im öffentlichen Raum aufgehoben zu werden droht.*<sup>386</sup> In dieser Resolution griff die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger aktuelle Tendenzen zur Rekonstruktionsabsicht auf und machte deutlich, dass diese nicht die Aufgabe der Denkmalpflege sind. Gleichzeitig bleibt unklar, warum das Errichten von Nachbildungen verlorener Baudenkmalen als Handeln der Gegenwart apostrophiert wird, dazu aber von der Denkmalpflege keine Meinung abgegeben wird. Eine klare Positionsbestimmung, wie sich die Vertreter der staatlichen Denkmalpflege dazu verhalten, fehlte.

Das nächste Beispiel illustriert dieses Handeln der Gegenwart.

---

<sup>384</sup> Wartburg-Thesen, in: DKD 1990 Heft 1, S. 74. S. Anhang Dokumente, Nr. 2.

<sup>385</sup> S. Anhang Dokumente, Nr. 3.

<sup>386</sup> Resolution zur Rekonstruktion von Baudenkmalen, in: DKD 1991, Heft 1, S. 96, siehe auch Anhang Dokumente, Nr. 3.



Nach dem Brand im Juli 1995 war das Schicksal des barocken Gartenpavillons Gottesackergasse 16<sup>387</sup> in Eichstätt ungewiss: Der Abbruch wurde bereits diskutiert (8 Abb. 1). Der zwei-, zum Garten dreigeschossige, walmdachgedeckte Pavillon steht im ehemaligen Garten des Waisenhauses, der Vorgängerbau des Gartenhauses ist bereits auf der ersten Stadtansicht Eichstätts von Wolfgang Kilian aus dem Jahr 1628 zu sehen.<sup>388</sup> Um 1720 errichtet, erwarb es Johann Jakob Biba, ein aus Graubünden stammender Kanoniker den Pavillon und ließ ihn in die überlieferte Form bringen. Er ließ das fachwerkene Obergeschoss mit einer Vorsatzschale aus Mischmauerwerk umgeben, um dort auf den Außenputz die Kalkmalschicht für die umfangreiche und in Eichstätt wohl einzigartige Fassadenmalerei auftragen zu können. 1907 erfuhr er einen Um- und Anbau (Anbau im Westen, erschließende Treppe, Fensterformate, Türen), die Sanitäreinrichtungen wurden eingebaut. Bis in die 1970er Jahre war er vermietet, danach als Lager genutzt und der Anbau von 1907 wurde abgebrochen. Erst nach dem verheerenden Brand 1995 wurde er von Ludwig Bauer 1996–1999 zur Nutzung als Ferienwohnung instandgesetzt.<sup>389</sup>

Bauer ergriff kurz nach dem Brand bereits erste Sicherungsmaßnahmen, in dem er den Dachstuhl reparieren ließ, mit handgefertigten Biberschwanzziegeln deckte und die offenen Türen und Fenster verschaltete.<sup>390</sup> Nach dem Brand waren vom Außenputz große Teile, von der

---

<sup>387</sup> Denkmäler in Bayern, Stadt Eichstätt, Band I.9/1, S. 60: Gottesackergasse 16, Wohnhaus, 18./19.Jh., in der Gartenpforte Rundbogen mit zwei Wappen, 16. Jh. Die Wappen sind wohl Kaufmannszeichen oder Hauswappen, ähnlich den Wappen am Türeingang zum Haus Luitpoldstraße 28.

<sup>388</sup> Akte des BLfD, 80572 Eichstätt, Oberbayern, Gottesackergasse 16, Gartenpavillon, Fl.nr. 720, Akte 08/1996 – 12/1999, Würdigung des Objektes durch Paul Unterkircher vom 17.12.1999, Gebietsreferat Nord; der Text entstand unter der Einbindung der Inventarisationsvorlage „Ostenvorstadt“ von Dr. Karin Berg und einem Archivalienauszug für das Anwesen Gottesackergasse 16 von Magdalena Schick und Brun Appel.

<sup>389</sup> Denkmalpreis 1995, S. 91; die Kulturstiftung wurde 1983 gegründet und fördert kulturelle Vorhaben und Einrichtungen in zwei Bereichen, Denkmalpflege und zeitgenössische Kunst. Sie zeichnet Eigentümer aus, die sich in beispielhafter Weise um Baudenkmale verdient machen.

<sup>390</sup> Akte des BLfD, 80572 Eichstätt, Oberbayern, Gottesackergasse 16, Gartenpavillon, Fl.nr. 720, Akte 08/1996 – 12/1999, Würdigung des Objektes durch Paul Unterkircher vom 17.12.1999, Gebietsreferat Nord; der Text entstand unter der Einbindung der Inventarisationsvorlage „Ostenvorstadt“ von Dr. Karin Berg und einem Archivalienauszug für das Anwesen Gottesackergasse 16 von Magdalena Schick und Brun Appel.

Bemalung nur wenige Prozent erhalten. Im Inneren erhielten sich die Rahmenstückdecken im Erd- und Obergeschoss sowie Fragmente eines Fensters und Türen. Das erhaltene Belegfenster mit seinen Beschlägen war die Grundlage für die Rekonstruktion der anderen. Zunächst Als Grundlage für die anstehende Instandsetzung wurde ein verformungsgerechtes Bauaufmaß erstellt (8 Abb. 2–7).<sup>391</sup>

Schwerpunkt aller Bemühungen war die Rekonstruktion der Fassadenmalerei, die hier kurz beschrieben werden soll (8 Abb. 8–11). Die symmetrische Fassadengliederung besteht aus einer Bänderung am Sockel, Ecklisenen, einem Gurtgesims und Fensterrahmen, die im Erdgeschoss Dreiecks- und Segmentbogengiebel zeigen. Neben den beiden echten Fenstern ist die dritte Fensterachse blind ausgebildet, d.h. nur aufgemalt. Die Westfassade zeigt zwei Fensterachsen nebeneinander, deren Öffnungen nur halbiert sind: die obere Hälfte ist als Drehflügel ausgeführt, die untere Hälfte ist ein Blindfenster.

Das Sanierungskonzept sah die Erhaltung der historischen Putze vor, eine Retusche und eine Rekonstruktion der Originalfassung. Der Restaurierungsbericht<sup>392</sup> zeigte, dass große Teile des Originalputzes von 1719 erhalten waren; von der originalen Farbfassung dagegen waren nur wenige Prozent erhalten. Die Farbfassung war in den Ritzungen noch gut erkennbar. Die Fassadenmalerei war über *Vorritzungen im Kalkputz mit reicher, bauzeitlicher Architekturmalerei in Ocker-, Goldocker- und Braunockertönen auf hellgrauen Flächen freskiert, wovon große Teile mit verwitterter Oberfläche unter späteren Übertünchungen erhalten blieben*.<sup>393</sup> Die Malerei war in Freskotechnik auf den Kalkputz aufgetragen, die

---

<sup>391</sup> BLfD, Abteilung Dokumentation: 1 Akt Restaurierungsbericht, barocker Pavillon Eichstätt, Restaurator Stefano Cafaggi, Februar 2000, 1 Akt Photodokumentation zur Bewerbung für die Hypo-Kulturstiftung, Dokumentation von Dr. Roidl, München, 1 Akt Arbeits- und Abschlussdokumentation 1998–1999. Die Bauaufnahme wurde erstellt durch die Brüder Wolfgang und Walter Kirchner, Grundrisse, Querschnitt, Längsschnitt, es wurden auch Detailzeichnungen z. B. von den Fensterbeschlägen angefertigt.

<sup>392</sup> BLfD, Abteilung Dokumentation: 1 Akt Restaurierungsbericht, barocker Pavillon Eichstätt, Restaurator Stefano Cafaggi, Februar 2000.

<sup>393</sup> Akte des BLfD, 80572 Eichstätt, Oberbayern, Gottesackerergasse 16, Gartenpavillon, Fl.nr. 720, Akte 08/1996 – 12/1999, Würdigung des Objektes durch Paul Unterkircher vom 17.12.1999, Gebietsreferat Nord; der Text entstand unter der Einbindung der Inventarisationsvorlage „Ostenvorstadt“ von Dr. Karin Berg und einem Archivalienauszug für das Anwesen Gottesackerergasse 16 von Magdalena Schick und Brun Appel, S. 6.

Licht- und Schattenwirkung wurde in Seccomalerei aufgesetzt (8 Abb. 14).

Die zunächst mit der Fassadenrestaurierung beauftragte Firma hatte Probleme mit der angewendeten Technik der Fassadenmalerei. Sie verwendete Ätzflüssigkeit, die die originalen Partien angriff und teilweise auflöste.<sup>394</sup> Es wurde versucht, hier eine Malerei mit Mineralfarben vorzubereiten, statt der nachgewiesenen freskalen Technik. Die durchgeführten Kittungen und Putzergänzungen überlappten die originalen Bereiche und waren härter als der Originalputz. Um diese unsachgemäßen Maßnahmen zu korrigieren, wurde unter Beteiligung des Zentrallabors des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege ein neues Konzept für die Durchführung der Fassadenrestaurierung im nächsten Jahr vorbereitet, das von einem anderen Restaurator<sup>395</sup> ausgeführt werden sollte. Das Konzept enthielt die Abnahme der unpassenden Putzergänzungen, Nachwaschen etc. und einem neuen Aufbau auf Kalkbasis. Die originalen Putzflächen wurden konserviert und retuschiert, die übrigen Flächen rekonstruiert, die Neuergänzungen farblich eingestimmt. Die Dokumentation (8 Abb. 8–11, 12) zeigt, welche Partien der Putze original sind (weiß) und welche rekonstruiert wurden (rot).<sup>396</sup>

Im Inneren wurden an den Stuckdecken die vorhandenen Oberflächen gefestigt, fehlende Stuckprofile ergänzt. Die Wände wurden abgespachtelt und nicht mehr restaurierbare Putze ausgebessert.<sup>397</sup> Als Erstfassung wurde in diesen Bereichen eine weiße Kalktünche festgestellt. Im Treppenraum vom Erd- zum Obergeschoss wurde eine Quaderbemalung aus der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts restauriert. Fenster und Türen wurden samt Beschlägen nach den erhaltenen Vorlagen rekonstruiert. Die im Wohnraum erhaltenen Dielen wurden umgedreht und

---

<sup>394</sup> Akten des BLfD, 80572 Eichstätt, Oberbayern, Gottesackergasse 16, Gartenpavillon, Fl.nr. 720, Akte 08/1996 – 12/1999, 26.06.1997 Aktenvermerkt der Restaurierungswerkstätten, Teilnehmer: Hr. Mühlbauer und Mitarbeiterin, Hr. Unterkircher, Herr Pursche, BLfD, gez. Pursche.

<sup>395</sup> Es handelt sich um den Kunstmaler und Restaurator Stefano Cafaggi aus Zeitlarn-Neuhof.

<sup>396</sup> Akten des BLfD, 80572 Eichstätt, Oberbayern, Gottesackergasse 16, Gartenpavillon, Fl.nr. 720, Akte 08/1996–12/1999, November 1999.

<sup>397</sup> Akten des BLfD, 80572 Eichstätt, Oberbayern, Gottesackergasse 16, Gartenpavillon, Fl.nr. 720, Akte 08/1996 – 12/1999, vermutlich Mai 1999.

weiterverwendet. Im raumseitig gedämmten und mit zwei Gauben belichteten Dachgeschoss befindet sich das zweite Schlafzimmer der Ferienwohnung.

Durch diese Restaurierungsmaßnahme, die bis ins letzte Detail auf den Zustand von 1719/1720 rekurrierte, wurde die alte Substanz untrennbar mit der neuen vermischt (8 Abb. 12, 14, 15), der Bau ist eine weitgehende Rekonstruktion. Der andere Weg wäre gewesen, die vorhandenen originalen Malereien zu erhalten, zu konservieren und die neuen Putz- und Malpartien deutlich erkennbar abzusetzen. Die originalen Putzreste wären ein deutliches Zeichen geworden, wie wenig nach dem Brand überhaupt noch übriggeblieben war.

### Postmoderner Denkmalkultus

Genau mit den genannten Tendenzen beschäftigte sich Michael Petzet 1993 auf der Passauer Tagung mit dem Titel *Vom modernen zum postmodernen Denkmalkultus? Denkmalpflege am Ende des 20. Jahrhunderts*.<sup>398</sup> Er bezeichnete die Wegbereiter und Theoretiker der Denkmalpflege um 1900 – Dehio, Riegl und Dvořák – als Klassiker, welche die Grundlage für die moderne Denkmalpflege gelegt haben. Es sei aber in der Realität so, dass ihre Grundsätze nicht immer befolgt worden sind, obwohl dies wünschenswert gewesen wäre. Hierbei erinnerte er an die bis in die 1960er Jahre andauernde Vernichtung beispielsweise der Restaurierungen des 19. Jahrhunderts. Allerdings vergisst er zu erwähnen, dass dieses Handeln durchaus bis in die 1990er Jahre weitergeführt worden ist, man denke nur an die Restaurierung von Vierzehnheiligen. Beim Umgang mit den Ruinen des Zweiten Weltkriegs konnte Dehios Grundsatz *Konservieren, nicht restaurieren* aus Petzets Sicht gar nicht befolgt werden.<sup>399</sup> Gegen Ende des 20. Jahrhunderts standen dem Denkmalpfleger durch die erweiterten Kenntnisse und die Beteiligung der Bauforschung, der Restaurierung und der weiteren Naturwissenschaften ungeahnte Möglichkeiten zur Verfügung, durch die sich Rekonstruktionen wissenschaftlich begründen ließen. Petzet gab zu, dass manche Rekonstruktion *gelegentlich einfach Spaß macht* (Beispiel Hundinghütte), eben-

---

<sup>398</sup> Petzet 1993.

<sup>399</sup> Petzet 1993, S. 13.

so wie Rückrestaurierungen.<sup>400</sup> Dagegen erwähnte er auch, dass beispielsweise durch das Bayerische Landesamt Standards gesetzt und eine Vielzahl von Handreichungen und Merkblättern veröffentlicht worden seien, die jedoch von den Denkmalpflegern selbst kaum wahrgenommen wurden. Die von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger herausgegebenen Merkblätter sind beispielsweise nur einem Fünftel der Gebietsreferenten bekannt.<sup>401</sup> Die historische Substanz stand im Mittelpunkt der Grundsatzdebatten um 1900, im 20. Jahrhundert wurde diese Haltung übernommen, zuletzt in der Charta von Venedig im Jahr 1964. Nach Petzets Meinung reiche aber die alleinige Fixierung auf die historische Substanz nicht mehr aus. Das 21. Jahrhundert fordere den Denkmalpfleger zu einer gewissen Erweiterung dieser Grundsätze heraus, wie Petzet formulierte, *wir müssen uns in Theorie und Praxis der Denkmalpflege aller verantwortbarer Möglichkeiten bedienen, also eine gewisse Pluralität pflegen...*<sup>402</sup> Schließlich verteidigte er die in Fachkreisen umstrittene Rekonstruktion der Dresdner Frauenkirche: ... *dieser Wiederaufbau in Form einer Rekonstruktion, die natürlich ihren weit über die Denkmalpflege hinausgehenden politischen Hintergrund hat, wird zumindest a u c h eine Leistung der Denkmalpflege sein*<sup>403</sup> und schloss damit die Rekonstruktion als Handlungsmöglichkeit im Rahmen des postmodernen Denkmalkultus ein, was die bereits realisierten Beispiele von Rekonstruktionen in Bayern belegen.<sup>404</sup> Petzet war der einzige der westdeutschen Landeskonservatoren, der positiv zur Rekonstruktion Stellung bezog. Somit war die Ausrufung des postmodernen Denkmalkultus im Jahr 1993 kein neuer Ansatz, sondern lediglich die Legitimation von bereits vorgenommenen und geplanten Rekonstruktionen.

Im Heft 1 der Deutschen Kunst- und Denkmalpflege des Jahres 1991 wurde das Pro und Contra zum Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche wiedergegeben. Dieser Streit spaltete nicht nur die Öffentlich-

---

<sup>400</sup> Petzet 1993, S. 14.

<sup>401</sup> Schulze 2003, S. 114.

<sup>402</sup> Petzet 1993, S. 16.

<sup>403</sup> Petzet 1993, S. 16.

<sup>404</sup> U. a. die „Wiederauferstehung“ genannte Rekonstruktion des Goldenen Saals in Augsburg oder der Hundinghütte im Park von Schloss Linderhof.

keit, sondern vor allem die Disziplin der Denkmalpflege selbst. Selbst die Redaktion der Zeitschrift „Deutsche Kunst- und Denkmalpflege“ gab zu: *Wir können uns dieser Auseinandersetzung umso weniger entziehen, als uns hier eine grundsätzliche denkmalpflegerische Methodenfrage einholt, der unsere Zeitschrift sich in den Jahren nach 1945 nicht mit dieser Intensität gestellt hat. ... Auch innerhalb der Redaktion ... besteht kein einhelliges Urteil.*<sup>405</sup>

Der Kunsthistoriker und Hochschullehrer Hanno-Walter Kruft nahm in der Diskussion um den Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche eine ausgewogene Position ein. In seinem Aufsatz von 1993 „Rekonstruktion als Restauration? Zum Wiederaufbau zerstörter Architektur“ beschrieb er den Wiederaufbauwillen in Dresden. Die Berechtigung zum Wiederaufbau sah er in der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung begründet: *Historisch und denkmalpflegerisch ist dieser Wiederaufbau nicht zu rechtfertigen, als politische Entscheidung wird er verständlich, doch müssen sich die Entscheidungsträger – dies gilt auch für eine kollektive Mehrheit – sagen lassen, dass ihr Umgang mit der Geschichte unehrlich ist. Solche Entscheidungen sind Ausdruck der Restauration und spiegeln einen orientierungslosen, historisch retrospektiven gesellschaftlichen Zustand. Man kann solche Tendenzen nicht aufhalten, allenfalls bewusst machen.*<sup>406</sup>

Zwei Themen sind für die nächsten Jahre charakteristisch: Man befasste sich inhaltlich weiterhin mit dem Thema Rekonstruktion und generell der Diskussion um die Entstaatlichung der Denkmalpflege bzw. mit ihrer Zukunftsfähigkeit. Damit waren untrennbar Folgen für die Ämter verbunden, wie Mittelkürzungen, Stelleneinsparungen und die Forderung der Politik nach einer angepassten Denkmalpflege.

Trotz des überaus reichen Bestandes an historischer Bausubstanz in den neuen Bundesländern entwickelte sich bald nach der Wiedervereinigung das Verlangen, Bauten, die entweder durch Kriegseinwirkung zerstört oder deren Ruinen in der Zeit nach dem Krieg gesprengt worden waren, wieder aufzubauen, so beispielsweise die Dresdner Frauenkirche, die

---

<sup>405</sup> Vorwort zum Meinungsstreit: Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche oder Erhaltung der Ruine als Denkmal?, in: DKD 1991, Heft 1, S. 79.

<sup>406</sup> Kruft 1993, S. 586.

Leipziger Universitätskirche, das Berliner Stadtschloss und die Potsdamer Garnisonkirche. Diese Rekonstruktionstendenzen wurden oft von der staatlichen Denkmalpflege mitgetragen, was zu dem Eindruck führte, die Zeit der DDR wäre als eine Art Wartezeit genutzt worden, um den Wiederaufbau erst 1989 mit den technischen und finanziellen Möglichkeiten beginnen zu lassen. Fand die „Stunde Null“ in den neuen Bundesländern erst 1989 statt?

Die Tatsache, die bislang eine Rekonstruktion oder den Wiederaufbau verlorener Werke rechtfertigte – nämlich der relativ kurze zeitliche Abstand zwischen Zerstörung und Wiederaufbau – schien nach 1989 eine neue Dimension erhalten zu haben. Der Bürgerwille, verlorene Bauten neu zu erschaffen, verband sich oft mit einer positiven Haltung der Politik, die aus den Rekonstruktionen und der damit verbundenen Öffentlichkeitswirksamkeit Popularität schöpfte. Beides führte zu einer Argumentation, die, verbunden mit einer guten Quellenlage und Argumenten für das jeweilige Stadtbild, schnell einer Wiederherstellung „historischer Bauten“ das Wort redete. Hierbei gerieten Begriffe und Argumentationsebenen durcheinander. So meinte man festzustellen, dass die Spendenbereitschaft für „neue Denkmäler“ die Erhaltung des wirklichen Originals hemme und die scheinbare Wiederholbarkeit des Geschichtsbestandes den ursprünglichen Erhaltungsauftrag hindere.

Die Fachdiskussionen der Denkmalpfleger über dieses Thema sind kontrovers und können nur anhand von Einzelbeispielen veranschaulicht werden. Doch ist es nicht so, dass es in den westlichen Bundesländern keine Rekonstruktionen gegeben hätte. Die bereits genannten Beispiele zeigten, wie stark emotionale Argumente hier eine Rolle spielten; es ging weniger um architektonische oder städtebauliche Argumente, man wollte das alte Wahrzeichen wiederhaben.<sup>407</sup> Die Vorgänge in West und Ost glichen sich. Für den Denkmalpfleger stellte sich bei Rekonstruktionen als einzige Frage, ob dadurch denkmalwerte Substanz verloren geht oder zerstört wird.

August Gebeßler schätzte die gegenseitige Beeinflussung von West und Ost folgendermaßen ein:

---

<sup>407</sup> Paul 1980, S. 71.

Die „Wende“ hat wesentlich dazu beigetragen, dass es in den vergangenen Jahren in der deutschen Denkmalpflege mitunter zu emotionalen Auseinandersetzungen um die Standortbestimmung beim Rekonstruktionsthema gekommen ist. Dieses Spannungsfeld besteht noch, in dem sich ein von den zitierten Auswüchsen übel befrachteter Rekonstruktionsbegriff im Westen und ein im Osten über vierzig Jahre hindurch aufgestauter Wiederaufbau-, sprich: Rekonstruktionsbedarf, begegnen und einander entgegenstehen.<sup>408</sup>

In den Fällen, in denen Rekonstruktionen „ethisch“ zugelassen wurden, hat man sich von dem Grundsatz befreit, der die Denkmalerklärung erst ermöglicht, nämlich die Bindung an die Substanz. Denn nur sie ist authentisch und vermittelt Werte aus der Geschichte; eine Eigenschaft, die jeder noch so perfekten Rekonstruktion abgeht, weil sie bestenfalls das Bild des verlorengegangenen Denkmals vermitteln kann.

Reinhard Bentmann, der Autor des vieldiskutierten Aufsatzes *Die Fälscherzunft – Das Bild des Denkmalpflegers*, hat für die Rekonstruktionslust nach der Wende folgende Begründung parat: *Ganz offenbar haben wir mitzuwirken an einem gesellschaftlichen Prozeß mit dem erklärten Ziel, Geschichte wiederherzustellen, geschichtliche Traumbilder, auch Wunschbilder zu liefern, wo diese verloren gingen.*<sup>409</sup> Auch stellte er richtigerweise fest, dass keine Denkmalfachbehörde in Bezug auf Rekonstruktionen die Jungfräulichkeit für sich beanspruchen kann.<sup>410</sup>

In wissenschaftlich abgesicherten Rekonstruktionen besteht meist ein in Resten erhaltenes Original, das durch zusätzlich erhaltene Pläne und Quellen wiederhergestellt werden kann, doch auch in solchen Fällen muss man sich darüber im Klaren sein, dass Interpretationen und Analogien auch dort erfolgen werden. Als aktuelle Beispiele seien hier die Luzerner Kapellbrücke genannt, die durch einen Brand schwer beschädigt war (um 1365 erbaut, 1993 größtenteils zerstört, 1994 eingeweiht) sowie die Brücke von Mostar (1993 kriegszerstört, 2004 rekonstruiert). Beide wurden relativ kurz nach ihrer Zerstörung wieder aufgebaut. Durch die unmittelbar erlebte Katastrophe der Zerstörung entstand das

---

<sup>408</sup> Gebeßler 1997, S. 100.

<sup>409</sup> Bentmann 1993, S. 230.

<sup>410</sup> Bentmann 1993, S. 222.



Bedürfnis, die materielle Gestalt der Architektur wiederherzustellen, die Wunden und Schmerzen der Geschichte sozusagen zu heilen.

Christina Weiss positionierte 1997 die Stellung der Denkmalpflege innerhalb des Themas Rekonstruktionen, in dem sie schreibt: *Entscheidungen werden in allen diesen Fällen wie auch bei den historischen Beispielen niemals nur von Fachleuten allein gefällt, und die Denkmalpflege repräsentiert in keinem Fall den eigentlichen Motor der Unternehmungen. Sie ist aber fachlicher Partner in einem Prozeß, dessen Ausgang meist höchst ungewiß ist. ... Die Einschätzung des Jahres 1997 bildet dabei nur eine Momentaufnahme, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden könnte; denn jede Generation muß sich erneut zu einer Stellungnahme durchringen.*<sup>411</sup>

Anknüpfend an die Einschätzung Sauerländers von 1975 äußerte Petzet 1997 die Meinung, dass sich in der Rückschau die (mehr oder weniger) rekonstruierten Wiederaufbauten wie die Münchner Residenz oder Rothenburg ob der Tauber sehr gut bewährt haben.<sup>412</sup> Er befürwortete auch die Rekonstruktion des Goldenen Saals im Augsburger Rathaus und betonte, dass hier eine an Genauigkeit nicht zu überbietende Dokumentation vorliegen würde. Die aus Sicht der Denkmalpflege durchaus relevante Frage, ob der durch die Rekonstruktion beseitigte Nachkriegszustand des Goldenen Saals eine geschichtliche Bedeutung besäße, wurde nicht gestellt.

Petzet schätzte die Bedeutung des zeitlichen Abstands zwischen Zerstörung und Wiederaufbau des Denkmals als nicht entscheidend ein,<sup>413</sup> eine Einstellung, die solche Rekonstruktionen, bei denen zwischen Zerstörung und Rekonstruktion mehrere Jahrzehnte liegen, natürlich erleichtert. Dieser nicht näher definierte zeitliche Abstand spielte in den Wiederaufbau-Diskussionen eine erhebliche Rolle; meist wurde argumentiert, dass zwischen den beiden Zeitpunkten nur wenig Zeit verstreichen sollte. Die bayerische Denkmalpflege ging sogar noch einen Schritt weiter, indem sie die 1945 völlig zerstörte Hundinghütte, von

---

<sup>411</sup> Weiss 1997, S. 5

<sup>412</sup> Petzet 1997, S. 110.

<sup>413</sup> Petzet 1997, S. 110/11.

König Ludwig II. 1876 errichtet, 1989/90 an anderen Stelle im Linderhofer Schlosspark als Erinnerung rekonstruieren ließ.<sup>414</sup>

Gerne wird für die Verteidigung einer Rekonstruktion auch die bauhistorisch-wissenschaftliche Position herangezogen, die den Entwurf, den Bauplan als die eigentlich bedeutsame Leistung des Architekten herausstellt, als „das Denkmal“; die gebaute Architektur wird demgegenüber als zweitrangig gewertet und wäre damit – wie die Wiedergabe eines vor langer Zeit komponierten Musikstückes – beliebig wiederholbar.

Wenn auch dieses Handeln der Denkmalpflege stets als Ausnahmefall apostrophiert wurde, so drängt sich doch der Eindruck auf, dass gegen Ende des 20. Jahrhunderts immer mehr Argumente für eine neue „Denkmalpflege“ gefunden wurden. Dieser ging weniger theoretisch-grundsätzlich vor, um sich alle Möglichkeiten eines eher populistisch ausgerichteten denkmalpflegerischen Handelns im Sinne von „Alles ist möglich“ offen zu lassen. Der postmoderne Denkmalkultus, der 1993 auf der Jahrestagung der bayerischen Denkmalpflege durch den Vortrag des Generalkonservators postuliert wurde, bestätigte diese Haltung.<sup>415</sup> Petzets Äußerungen zeigten hier den erfahrenen Denkmalpfleger, der bereit ist zuzugeben, dass die ehrenvollen Grundsätze der Väter der Denkmalpflege um 1900 nach wie vor ihre Gültigkeit besitzen, aber die Denkmalpflege von heute wiederum den Gesetzmäßigkeiten ihrer Zeit unterliegt und sich davon nicht befreien kann.

Heinrich Magirius, der Landeskonservator Sachsens, verteidigte die Haltung der sächsischen Denkmalpflege vor und nach der Wende.<sup>416</sup> Sie wurde wegen der Unterstützung der Rekonstruktion der Dresdner Frauenkirche stark von westdeutschen Denkmalpflegern angegriffen. Die Kollegen reklamierten für sich die Einhaltung aller denkmalpflegerischen Grundsätze und forderten dies auch für die institutionalisierte Denkmalpflege in Sachsen. Magirius stellte daher eine emotionale Entfremdung gegenüber andersartigen Erfahrungshorizonten fest<sup>417</sup> und erinnerte die Denkmalpflege in den westlichen Bundesländern an die

---

<sup>414</sup> Petzet 1997, S. 113. Die Hundinghütte ist bereits 1884 zu ersten Mal abgebrannt und wurde sofort wieder errichtet, 1945 wurde sie durch Brandstiftung zerstört.

<sup>415</sup> Petzet 1993, S. 16.

<sup>416</sup> Magirius 1998, S. 113.

<sup>417</sup> Magirius 1998, S. 114.

dortigen Rekonstruktionen.<sup>418</sup> Er erinnert auch an den Alltag jeden Denkmalpflegers und stellte richtig fest: *Für die Unmöglichkeit, zu konservieren ohne nicht auch zu restaurieren und zu rekonstruieren, könnte fast jede denkmalpflegerische Maßnahme der Gegenwart ins Feld geführt werden.*<sup>419</sup> Dem pflichtete in einigen Beispielen auch Landeskonservator Gotthard Voß aus Sachsen-Anhalt bei, indem er sagte, dass die denkmalpflegerische Praxis ständig gestalterische Entscheidungen fordere, weil bei vielen Instandsetzungen zugleich rekonstruktive Maßnahmen anfallen.<sup>420</sup>

Sicherlich trug dieses widersprüchliche denkmalpflegerische Argumentieren und Handeln in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit dazu bei, den wichtigsten denkmalpflegerischen Gedanken – die Substanzerhaltung – zu entkräften. Durch die besonders seit der Wende neu entdeckte und bereits vielfach genutzte Möglichkeit, Verlorenes wieder aufzubauen, konnte der Eindruck entstehen, auch der Denkmalpfleger selbst gebe sich mit dem bloßen Abbild zufrieden, das durch die Rekonstruktion erreicht wird. Tatsächlich ist z. B. die Dresdner Frauenkirche ein Bau des 21. Jahrhunderts in den Formen des 18. Jahrhunderts; das Bild des Baus stimmt, die Substanz dagegen nicht. Modernste Ingenieurtechnik wurde für den Kuppelunterbau verwendet. Demgegenüber trat der Gedanke der Substanz in den Hintergrund; die vielfach aussagekräftige, einmalige und von jedem anders gelesene Substanz eines Denkmals, das aus vielen Schichten besteht. Diese Argumente wurden in einer Art ästhetischer Stadtbildpflege<sup>421</sup> zugunsten einer schöneren, besseren Umwelt sträflich vernachlässigt. Der Substanzbegriff hat so keinen Eingang in das Verständnis der Öffentlichkeit für die Denkmalpflege gefunden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Sicher trug zur Verwechslung von Original und Architekturzitat auch die postmoderne Architektur bei, die historische Architekturzitate als beliebige Gestaltungsmittel einsetzt, ähnlich einem entkernten Baudenkmal, dessen

---

<sup>418</sup> Wiederaufbau der Fassade des Leibnizhauses in Hannover an anderer Stelle 1981/83, Römerzeile in Frankfurt 1983/84, Hildesheimer Markt 1980–1989.

<sup>419</sup> Magirus 1998, S. 122.

<sup>420</sup> Voß 2006, S. 50.

<sup>421</sup> Mörsch 1989, S. 71.

gestaltreiche Fassade gerne als Reiz für ein dahinter liegendes modernes Haus verwendet wurde. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang sicherlich auch, dass der Verein „Historisches Berlin“, der das einheitliche Bild vom Berlin des 19. Jahrhunderts anstrebt, ungeheueren Zulauf habe.

Der auch in diesem Verein propagierte Schauwert spielte auch bei vielen Rekonstruktionen eine große Rolle, weil man sich die ästhetischen Reize des „Denkmals“ zu eigen machte, hinter der Fassade aber allen Belangen und Erfordernissen der heutigen Zeit und den Wünschen des Eigentümers Rechnung tragen konnte. Der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses dürfte ein solcher Fall werden, ebenso wie es beim Wiederaufbau des Dresdner Neumarktes bereits geschieht. Die einzelnen „barocken“ Bürgerhäuser, deren tatsächlich noch vorhanden gewesene Keller archäologisch untersucht und dann abgeräumt wurden, werden aus Beton gefertigt und anschließend mit Sandstein verkleidet. Werden für den Schein die Fassaden der kleinen, oft nur dreiachsigen Häuser wieder errichtet, können sich dahinter durchgehende Geschossflächen etablieren. Besonders kurios ist der 2006 eröffnete Neubau des „Hotel de Saxe“, das bereits 1888 abgebrochen und durch ein neobarockes Postgebäude ersetzt worden war.<sup>422</sup>

Schon die Charta von Venedig hatte die Problematik von Ergänzungen folgendermaßen beschrieben:

*Wenn es aus ästhetischen oder technischen Gründen notwendig ist, etwas wiederherzustellen, von dem man nicht weiß, wie es ausgesehen hat, wird sich das ergänzende Werk von der bestehenden Komposition abheben und den Stempel unserer Zeit tragen<sup>423</sup> ... Die Elemente, welche fehlende Teile ersetzen sollen, müssen sich dem Ganzen harmonisch einfügen und vom Originalbestand unterscheidbar sein, damit die Restaurierung den Wert des Denkmals als Kunst- und Geschichtsdokument nicht verfälscht.<sup>424</sup>*

Hubel führte diesen Gedanken folgendermaßen weiter:

*Problematisch ist heute, dass eben auch das historisierende Bauen als Zeichen und Formensprache unserer Zeit angesehen wird und man damit argumentiert, dieses Vorgehen entspreche den Anforderungen der Charta von Venedig.*

---

<sup>422</sup> URL: <http://www.neumarkt-dresden.de/quartier4.html> (abgerufen am 26.01.2012).

<sup>423</sup> Aus Artikel 10 der Charta von Venedig, in: Denkmalschutz 1996, S. 56.

<sup>424</sup> Artikel 12 der Charta von Venedig, in: Denkmalschutz 1996, S. 56.

*Die Unterscheidbarkeit vom Originalbestand wird aber meistens nicht gegeben sein und führt damit zu einer Verfälschung der Wahrnehmung zwischen echt und falsch. Eine Alternative für neues Bauen ist ein aus der Struktur oder der Umgebung des Denkmals heraus entwickelter Neu- oder Ergänzungsbau, der das Alte akzeptiert und gleichzeitig den Anspruch hat, ein Zeichen unserer Zeit zu sein.*<sup>425</sup>

Die Diskussion um die Rekonstruktionen zeigte, dass auch auf Seiten der Denkmalpfleger selbst nicht mehr nur die Wahrung der Substanz als wichtigstes Ziel des Handelns gesehen wurde, sondern das – post-modern verklärte – Bild eines Objekts als fast gleichwertige Aufgabe verstanden wurde.

### **Diskussion um die Entstaatlichung der Denkmalpflege**

25 Jahre nach dem Erfolg des Europäischen Denkmalschutzjahrs kam es zu einer großen öffentlichen Diskussion über den Sinn des Denkmalschutzes. Im Auftrag der Bundestagsvizepräsidentin und kulturpolitischen Sprecherin der Grünen, Antje Vollmer, legte der Theologe und Architekturkritiker Dieter Hoffmann-Axthelm Anfang 2000 das Gutachten mit dem Titel *Kann die Denkmalpflege entstaatlicht werden?* vor. Eine Diskussion auf breiter Ebene, überwiegend in den Feuilletons der großen Tageszeitungen, begann.

Mit diesem Gutachten wurde die Denkmalpflege plötzlich und erstmals in ihrer Geschichte am 30. März 2000 zum Thema einer Anhörung im Bundestag, in dem der Abbau der staatlichen Denkmalpflege zugunsten einer selbstbestimmten Bürgergesellschaft gefordert wurde.<sup>426</sup> Der Staat solle sich nur um öffentliche Gebäude kümmern, ansonsten solle private Baufreiheit herrschen – es sei denn, es fänden sich genügend Bürger, die das Gebäude retten wollen. Der Denkmalpfleger wird als Prinzipienreiter und Lumpensammler bezeichnet, der die Denkmalbesitzer nur gängelt. Zukünftig solle statt wissenschaftlicher Argumente die Schönheit als ästhetischer Begriff darüber bestimmen, was erhalten werde. Der Staat solle sich um *seine* Nationaldenkmäler im Sinne des 19. Jahr-

---

<sup>425</sup> Hubel 2006, S. 289.

<sup>426</sup> Donath 2000, Vorbemerkung.

hunderts kümmern, zudem solle nur noch geschützt werden, was vor der Industrialisierung entstanden sei.

Die von vielen Denkmalpflegern zunächst heruntergespielte Wirkung des Grundsatzpapiers Hoffmann-Axthelms wurde dann doch als brisant anerkannt; war dies doch eine Diskussion, die der amtlichen Denkmalpflege von außen aufgezwungen worden war und an ihren Grundfesten rüttelte. So leicht sich innerhalb der Fachwelt auch die Vorschläge der Politik als unwissenschaftlich und indiskutabel auch abtun ließen, so gefährlich waren doch die Auswirkungen dieser Diskussion.

Eine öffentliche Diskussion über die Auswirkungen von Stellenstreichungen, Verminderung von Förderbudgets und die Verschlechterung mancher Ländergesetze fand nur am Rande in wenigen Artikeln überregionaler Feuilletons statt. Eine breite Diskussion dieser Situation, vergleichbar mit den 1970er Jahren fand nicht statt. Nur die Auswirkungen auf die Verfahren in der Denkmalpflege wurden jedem, der damit zu tun hatte, bewusst. Wenig Zeit für Beratung, wenig Fördermittel, wenig Überzeugungsarbeit konnte in den letzten Jahrzehnten geleistet werden. Bürger und Beteiligte wurden zunehmend unzufrieden mit der Denkmalpflege, Kritik an ihren Grundsätzen und ihrem Handeln kam auf.

In der Fachzeitschrift *Die Denkmalpflege* fand sich neben der Bezugnahme in Berichten und Aufsätzen der Vortrag des ehemaligen schleswig-holsteinischen Landeskonservators Johannes Habich, den er auf der Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger im Jahr 2000 in Mainz hielt. Dass dort auch der Autor des umstrittenen Gutachtens zum Vortrag geladen war, steht für die Bereitschaft zum Diskurs; leider fand im Anschluss keine frontale Diskussion statt. Erst als die Denkmalpfleger wieder unter sich waren, wurde Gegenthesen aufgestellt.<sup>427</sup>

Habich gestand Hoffmann-Axthelm zu, dass er auf manche Schieflage im denkmalpflegerischen Handeln aufmerksam gemacht hat und stellte fest, dass Unsicherheit darüber herrscht, welchen Stellenwert die Öffentlichkeit heute der Denkmalpflege zugesteht.<sup>428</sup> Ungleichheiten fallen jedem auf, beispielsweise wenn die Denkmalpflege durch Auftrag-

---

<sup>427</sup> Neander 2000.

<sup>428</sup> Habich 2000, S. 116.

geber mit starker Lobby zum Stillhalten gezwungen wird, der private Denkmaleigentümer aber mit dem vollen Umfang denkmalpflegerischer Vorgaben kämpfen muss. Habich konzedierte, dass die Denkmalpfleger sowohl untereinander als auch nach außen ein Verständigungsproblem haben, indem er sagte: *Unsere Abgehobenheit zeigte sich auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit, in der wir uns wenig Gedanken machten, wie wir Außenstehende ansprechen, um sie für unsere Aufgaben zu interessieren, sondern bis in unsere Ausdrucksweise hinein unserer hochentwickelte Fachlichkeit und unsere Verwaltungskompetenz zelebrierten.*<sup>429</sup> Als besonders negativ schätzte er ein, dass es keine Diskussion über das Wesentliche des Denkmals und der Denkmalpflege gegeben hat.

Aufgrund der vorliegenden Umfragen hat der Denkmalschutz in der Öffentlichkeit eine steigende Bedeutung, so wuchs die positive Beurteilung in Westdeutschland seit 1975 von 54 Prozent auf 66 Prozent im Jahr 1994.<sup>430</sup> Demgegenüber mangelt es an Umfragen und statistischen Erhebungen wie die Denkmaleigentümer – also die tatsächlich mit den Denkmalbehörden umgehenden Personen – deren Leistungen einschätzen. Allein für Baden-Württemberg liegen Ergebnisse einer Befragung von 1994 vor, aus der hervorgeht, dass sich der Eigentümer nicht ausreichend über die Denkmaleigenschaft seines Objektes informiert fühlt.<sup>431</sup> Hier liegt ein Mangel an Wissensvermittlung seitens der Fach- und Vollzugsbehörden vor, denen es ein Anliegen sein sollte, dem Eigentümer den Wert seines Denkmals deutlich zu machen, um auch damit einen Anreiz zu dessen Erhaltung zu schaffen.

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger veröffentlichte im Juni 2000 eine Standortbestimmung der deutschen Denkmalpflege, die auch als Reaktion auf das Gutachten von Dieter Hoffmann-Axthelm anzusehen ist, in der sie zu mehr Dialog mit den Handlungspartnern der Denkmalpflege auffordert.<sup>432</sup> Nicht nur Schutz und Erhaltung der Denkmäler

---

<sup>429</sup> Habich 2000, S. 120.

<sup>430</sup> Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach, s. auch Spannemann 2005, S. 230.

<sup>431</sup> Spannemann 2005, S. 231, zit. nach KPMG, Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, Band III, S. 242 f.

<sup>432</sup> Presseinformation der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger vom 16.06.2000. S. Anhang Dokumente, Nr. 7.

sei Aufgabe der Konservatoren, sie sollten auch das Denkmalebewusstsein und das Denkmalengagement in der Bevölkerung wecken und vertiefen.<sup>433</sup> An die Adresse der Politik erging die Aufforderung, die Förderung von Neubauvorhaben auf den Prüfstand zu stellen. Für die Grundsätze der Denkmalerhaltung – gleich welcher Denkmäler – gebe es keinen Änderungsbedarf, auch an „unbequemen Denkmälern“ aus der jüngeren Geschichte müsse sich die Gesellschaft reiben und daran ihr Geschichtsbewusstsein messen.

Die größten Defizite musste sich die institutionalisierte Denkmalpflege bei der Vermittlung ihres Tuns gefallen lassen. Hier sei eine erhöhte Kommunikationsbereitschaft erforderlich, um im Dialog die Handlungspartner zu überzeugen. Diese wird meist nicht geschult, der Denkmalpfleger ist ein universitär ausgebildeter Fachmann ohne zusätzlich erworbene Kenntnisse in der Kommunikation; hier sind ergänzende Schulungen für die Mitarbeiter der Denkmalämter nötig, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Diese Feststellung bestätigte auch ein Mitarbeiter der amtlichen Denkmalpflege selbst, der zugab, dass nur die Fachkompetenz weiter geschult wird. Nach dem Besuch eines Seminars Konfliktmanagement fiel ihm auf, welche Fehler ihm seit Jahren unterlaufen waren.<sup>434</sup> Ähnliche Aufforderungen formulierte auch die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger:

Das 50jährige Bestehen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger war Anlass zum kritischen Rückblick, den Manfred F. Fischer 2001 vornahm.<sup>435</sup> Die Vereinigung bietet nach wie vor ein Forum zur Diskussion und zum fachlichen Austausch, vor allem in der Zeitschrift *Die Denkmalpflege*. Nach dem Blick in die Geschichte forderte er die Vereinigung und damit alle in den Landesämtern tätigen Denkmalpfleger auf: *Die Zukunft der Vereinigung hängt wesentlich von ihrer Fähigkeit zum Wandel ab, den die Öffentlichkeit von ihr erwartet.*<sup>436</sup>

---

<sup>433</sup> Presseinformation der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger vom 16.06.2000; darin wird aktuell bezug genommen auf die ca. 400 Vereine und Organisationen in Rheinland-Pfalz, die den Denkmal- und Heimatschutzgedanken pflegen. S. Anhang Dokumente, Nr. 7.

<sup>434</sup> System Denkmalpflege 2004, S. 488.

<sup>435</sup> Fischer 2001, S. 109–124.

<sup>436</sup> Fischer 2001, S. 122.



Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) sah sich durch die Diskussion um die Entstaatlichung dazu veranlasst, 2002 ein Positionspapier zur „Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege“<sup>437</sup> herauszugeben. In ihrer Geschichte äußerte sie sich damit erstmals zu Denkmalschutz und Denkmalpflege.<sup>438</sup>

Zunächst wurde darin die Entwicklung von Denkmalschutz und Denkmalpflege seit dem Zweiten Weltkrieg bis zum Beginn des neuen Jahrtausends beschrieben. Hierbei markierte das europäische Denkmalschutzjahr 1975 einen Wendepunkt, seit dem die Denkmalpflege als „Motor für Stadtentwicklung, standortbedingte Attraktivität und landschaftsspezifische Unverwechselbarkeit“ galt. Die Blüte der denkmalpflegerischen Arbeit setzte in den 1980er Jahren ein, durch die deutsche Einheit wurde dieser erfolgreiche Weg auch in den neuen Bundesländern beschritten, so das Positionspapier der Kultusministerkonferenz. Als Besonderheit wurde das Sonderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ im Rahmen der Städtebauförderung genannt. Leider führte die oft großzügige Genehmigungspraxis nicht immer zum Erfolg, weil dadurch denkmalwerte Anlagen und archäologische Zeugnisse beeinträchtigt oder sogar zerstört wurden. Zu Beginn des neuen Jahrtausends standen Denkmalschutz und Denkmalpflege vor neuen Herausforderungen.

Anhand dieser erst kürzlich zurückliegenden Entwicklung wurde festgestellt, dass dazu keine Diskussion auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen geführt wurde, sondern äußere Umstände – wie die Globalisierung, der Strukturwandel und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte – neue Vorgaben für das Handeln der Denkmalpflege geschaffen haben. Mit diesen Gegebenheiten musste die Denkmalpflege – wie andere Bereiche auch – zurechtkommen. Neue und bisher nicht gekannte Problemfelder, wie die Sanierung des Massenwohnungsbaus, der Leerstand von Kirchen, die Umnutzung von Bahnanlagen und Ka-

---

<sup>437</sup> Zukunftsfähigkeit 2002, S. 122–123. S. Anhang Dokumente, Nr. 8.

<sup>438</sup> Ringbeck 2004, S. 482.

sernen und die Schrumpfung der Städte, waren auch durch die Denkmalpflege mit zu bewältigen.

Durch die Änderung der Gesetzgebung und finanzielle Einschränkung der Fachbehörden wurde die Denkmalpflege als Institution wahrgenommen, die in den privaten Lebensbereich des Denkmaleigentümers eingreift, aber nicht mehr in der Lage ist, finanzielle Schieflagen auszugleichen und genügend fachliche Unterstützung anzubieten. Der Staat zog sich immer mehr aus seinem Aufgabenbereich zurück und überließ zunehmend privaten Förderern die Erhaltung der Denkmäler.<sup>439</sup> Die personelle Ausstattung der Ämter wurde durch Sparzwänge verringert, so dass die wenigen verbliebenen Referenten es schwer haben, selbst die Tagesarbeit hinreichend zu erledigen.

Zusätzlich zu der Schwächung der Landesdenkmalämter wurde in den neuen Bundesländern das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ der Bundesregierung aufgelegt. Im Namen städtebaulicher Konsolidierung sollen Leerstände beseitigt werden, die aufgrund von Abwanderung und gesellschaftlicher Schrumpfung entstanden sind. Bis 2009 sollten 350.000 von rund einer Million leerstehender Wohnungen in den neuen Bundesländern und Berlin abgerissen werden.<sup>440</sup> Seit 2002 wurden Fördermittel auch zum Abriss von Denkmälern unter der Bezeichnung „Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ bereitgestellt. Leider führte das Programm zu städtebaulich völlig unbefriedigenden Zuständen, weil aus den vollständigen und intakten Straßenzügen beliebig einzelne Häuser abgebrochen und stattdessen Bäume gepflanzt werden.<sup>441</sup> Im Jahr 2003 fielen 12.500 Wohnungen diesem Programm zum Opfer. Antragsteller waren oft genug Wohnungsbaugesellschaften, die sich mithilfe dieser Förderung von unrentablem Wohnungsbestand trennten. Sie erhielten für den Abbruch von Wohngebäuden Abbruchprämien pro Quadratmeter und einen anteiligen Altschuldenentlass. Leider funktionierte dieses Programm im Rahmen der Städtebauförderung entgegen der eigentlichen Zielrichtung: statt die Städte von außen nach innen zurückzubauen, wurden hier beliebige Lücken

---

<sup>439</sup> Zukunftsfähigkeit 2002, S. 122.

<sup>440</sup> URL:<http://www.stadtumbau-ost.info/> (abgerufen am 06.12.2010). In den Jahren 2002–2005 wurden 342 Kommunen einschließlich Berlin gefördert.

<sup>441</sup> Schwarz 2004, S. 24.

im städtisch gewachsenen Bestand geschlagen. Aus Sicht der Denkmalpflege also ein falsch gesetztes, politisches Zeichen, das den Zielen der Erhaltung der Denkmäler diametral entgegen wirkte. Durch das Programm „Stadtumbau Ost“ ist eine Welle von Abrissen in Gang gekommen, die sich besonders auf den reichen gründerzeitlichen und altstädtischen Baubestand der Städte äußerst bedrohlich auswirkte und bereits zum Verlust von tausenden Denkmälern geführt hat.<sup>442</sup>

Die Delegierte der KMK beim Welterbekomitee der UNESCO, Birgitta Ringbeck, resümierte, dass das Positionspapier der KMK wohl nur wenigen Kreisen bekannt sei, zumindest die Politik schien davon keine Kenntnis genommen zu haben.<sup>443</sup> Wenn es die Politik nicht vermochte, der Denkmalpflege in Deutschland einen einheitlichen Rahmen zu geben, dann sollten sich die Denkmalpfleger selbst daran machen, zukunftsfähige Strukturen zu erarbeiten. Zum allgemeinen Verständnis gehört auch, so erläuterte Ringbeck, dass die denkmalpflegerische Methode nachvollziehbar dargelegt wird. Sie mahnte auch an, die Arbeit auf internationaler Ebene nicht zu vernachlässigen, da z. B. aus Brüssel auch in Zukunft noch EU-Fördermittel zu erwarten sind.

Unüberhörbar, so stellte der Hochschullehrer Norbert Huse fest, sei der Appell zu mehr Anpassung, zu einer „störungsfreien“ Denkmalpflege. Er benannte Anpassung als Leitidee des ganzen Papiers.<sup>444</sup> Statt einer restriktiven – sprich unbequemen – Denkmalpflege wird eine geschmeidige, angepasste Denkmalpflege erwartet. Er ging sogar so weit anzunehmen, dass das bisher gültige Paradigma des Denkmalschutzjahres 1975 durch ein neues ersetzt werden soll. Als neue Basis wurde in dem Papier die breite öffentliche Akzeptanz als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege genannt.<sup>445</sup> In der Praxis sind es gerade die ungeliebten Denkmäler, die keine Akzeptanz genießen und im Namen des öffentlichen Interesses geschützt werden müssen. Huse schlug vor, ein Forum einzurichten, in dem man

---

<sup>442</sup> DIE ZEIT berichtet am 18.06.2009 in „Gut bezahlte Vernichtung“ von Jochen Hung, dass bis 2007 in Sachsen 3.300 denkmalgeschützte Häuser abgerissen wurden.

<sup>443</sup> Ringbeck 2004, S. 483.

<sup>444</sup> Huse 2004, S. 475.

<sup>445</sup> Huse 2004, S. 475.

denkmalpflegerische Maßnahmen und Entscheidungen öffentlich diskutieren kann.<sup>446</sup> Dies würde auch dem Ziel näher kommen, in der breiten Öffentlichkeit ein fundiertes Denkmalverständnis zu verankern; ein Vorhaben, das seit dem Aufschwung durch das Denkmalschutzjahr 1975 immer weiter in der Ferne zu verschwinden scheint. Der nächste Exkurs zeigt, wie sehr sich die Denkmalpflege anpasst, wenn sie unter dem direkten Druck der Politik – hier des Ministeriums – steht.

Das ehemalige Baudenkmal Maximilianstr. 15 (früher Maximilianstr. 11/13/15) in München, 1858–1859 von Friedrich Bürklein, war Teil des Bauprojekts in der Maximilianstraße, die als „Ensemble Nr. 1“ in die Denkmalliste eingetragen worden ist. Auf Veranlassung von König Maximilian II. wurde diese geschlossene städtebauliche Konzeption zwischen 1853 und 1875 realisiert. Die dritte der Münchner Monumentalstraßen verläuft nach Westen und ist ganz dem Maximilianstil, der meist durch Friedrich Bürklein gebaut wurde, verpflichtet.<sup>447</sup> Durch den 2. Weltkrieg und danach hat das Ensemble Störungen erhalten, daher waren die dem Dreierblock fehlenden Nummern 11 und 13 Kriegslücken (9 Abb. 1, 2). Seit dem Krieg bis zum Baubeginn Anfang 2001 waren sie als Notbauten, eingeschossige Flachbauten, ausgeführt und dienten u. a. der Theaterkasse des Nationaltheaters als Unterkunft (9 Abb. 2, 3). Das ehemalige Baudenkmal Nr. 15 war bis zu seiner Entkernung wohl das besterhaltene Haus im Maximilianstil, weil seit dem Kriegsende – wegen unsicherer Planungssituation – keine tiefgreifenden Baumaßnahmen stattgefunden haben (9 Abb. 4-7).<sup>448</sup>

Das Denkmal Maximilianstr. 15 ging im Vorlauf der Neubauplanungen des Bereiches hinter der Staatsoper (Bereich Alfons-Goppel-Straße/ Marstallplatz/ Marstallstraße) in den Besitz des Freistaates über, der lange Zeit keinen Bauunterhalt durchführte.<sup>449</sup> Jahrelang hatte der Eigentümer einen Investor gesucht, der das Gelände neu bebauen und

---

<sup>446</sup> Huse 2004, S. 477.

<sup>447</sup> Denkmäler in Bayern I,1, Landeshauptstadt München, S. 92.

<sup>448</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Denkmäler in Bayern, Landeshauptstadt München Mitte, I.2/1, Drittelband 2, S. 611.

<sup>449</sup> Link, Bettina, Freistaat lässt Altbau verkommen, Münchner Merkur vom 13.01.2000.

eine Probebühne für das Nationaltheater errichten sollte. Seit 2001 wurde die Parzelle Maximilianstr. 11/13/15 mit den dahinterliegenden Resten des Hofmarstall-Komplexes (um 1810/12 von Andreas Gärtner) als „Marstallprojekt Süd“ neu bebaut. Die Architekten Gewers Kühn und Kühn aus Berlin gewannen den Wettbewerb um die Bebauung des Marstallplatzes, der im Rahmen der Neubebauung als zusammengehörender Komplex mit dem Bürkleinblock zur Maximilianstraße zu sehen ist (9 Abb. 8). Die Vorgaben des bayerischen Denkmalamtes zum Wettbewerb lauteten folgendermaßen. Als Einzeldenkmal und Bestandteil des Ensembles *ist eine Abbruchfreigabe nicht möglich. Vorrangiges Ziel sollte die Erhaltung des Gebäudes bei Anpassung an die Anforderungen einer modernen Nutzung sein. In jedem Fall sind die Fassaden zur Maximilianstraße und Marstallstraße zu erhalten.*<sup>450</sup> Dazu die Begründung: *Es ist der letzte strukturell, handwerklich und künstlerisch überlieferte Bürklein-Bau aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und ist für die künstlerische Absicht des Architekten bedeutsam. Ein Abbruch des Gebäudes bzw. eine Entkernung würde einen empfindlichen, nicht mehr gut zu machenden Verlust dieser Denkmalsubstanz bedeuten.*<sup>451</sup> Anfang des Jahres 2001 wurde seitens des städtischen Baureferats die Behauptung aufgestellt, dass die Forderung nach dem Erhalt des Denkmals neu und im Zuge der weiteren Entwicklung des Wettbewerbsverfahrens noch nicht aufgetaucht sei, vielmehr sei man von der Auskernung des Gebäudes ausgegangen. Im Protokoll einer Besprechung mit dem Landesamt für Denkmalpflege wurde erläutert, dass bereits Planungskosten für den Bewerber angelaufen, eine Planungsänderung zu einer Bauverzögerung von ca. einem Jahr führen würde und überdies die Erhaltung des Gebäudes im Vertrag mit dem Freistaat nicht enthalten sei. Weitere technische Gründe wurden angeführt, die den Erhalt des Gebäudes mit seiner denkmalwerten inneren Ausstattung angeblich unmöglich machen. Der letzte Absatz schloss mit dem Worten, dass *auf Grund der Ausgangsdaten für den Wettbewerb und des Ablaufes des Planungsverfahrens, an dem das Landesamt für Denkmalpflege in weiten Teilen beteiligt war und auf Grund des technischen Zustan-*

---

<sup>450</sup> Akten des BLfD, 80539 München, Maximilianstr. 15, Fax vom 17.11.2000, S. 2.

<sup>451</sup> Akten des BLfD, 80539 München, Maximilianstr. 15, Auszug aus der HDS Nr. 659 vom 29.11.2000.

*des, eine Erhaltung des Gebäudes über die Fassade hinaus nicht gefordert wird.*<sup>452</sup>

Der zuständige Referent für die praktische Denkmalpflege wies in einem hausinternen Schreiben auf die Problematik hin. Darauf ist ein handschriftlicher, interner Vermerk enthalten, der die Entkernung des Denkmals mit dem starken Druck aus dem Ministerium begründete.<sup>453</sup> Der Entwurf der Architektengemeinschaft, der dann auch realisiert wurde, wurde in der Zwischenzeit öffentlich vorgestellt. Dagegen formierte sich eine Bürgerinitiative, die kritisierte, wie die Stadt als Träger der Planungshoheit, als Sitz der Unteren Denkmalbehörde und der Freistaat als Grundeigentümer mit dem Denkmalschutz in diesem Fall umgegangen sind. Die Stellungnahme der Projektgesellschaft GDP lautete zum Erhalt des Denkmals, es sei im Rahmen der Baumaßnahme nicht erhaltungsfähig. Man gewann den Eindruck, dass die Entscheidung, die erst Ende Juli im Stadtrat gefällt wurde, bereits vorher abgemacht war.<sup>454</sup> Die Hypovereinsbank-Tochter HVB investierte rund 250 Millionen Mark.<sup>455</sup> Sie bekam dafür den Marstallplatz-Süd auf 99 Jahre in Erbpacht und baute unter anderem die Probebühne für die Bayerische Staatsoper. Das Bauernopfer war das Baudenkmal Maximilianstr. 15, das entkernt wurde. Die beiden im Krieg zerstörten Fassadenteile von Nr. 11 und 13 wurden rekonstruiert (9 Abb. 9, 10). Bausubstanz aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, einer für München signifikanten Epoche, die sich über zwei Kriege und die Nachkriegszeit erhalten konnte, wurde für ein Investorenprojekt geopfert. Die Fassaden von Haus Nr. 15 (die Stadt München sprach sich gegen die Streichung aus), die rekonstruierenden Neubauten Nr. 11 und 13 sind keine Baudenkmäler, ste-

---

<sup>452</sup> Akten des BLfD, 80539 München, Maximilianstr. 15, Auszug aus der Sprechstunde mit dem Landesamt für Denkmalpflege am 10.01.2001, gez. von Stillfried.

<sup>453</sup> Akten des BLfD, 80539 München, Maximilianstr. 15, internes Schreiben von Dr. U. Walter an Herrn Marano, 12.01.2001. Er antwortet am 15.01.2001, dass ihm der Sachverhalt bekannt ist. „Angesichts des erheblichen Drucks insbesondere auch durch die Oberste Baubehörde, das Finanz- und Wissenschaftsministerium auf das BLfD war die Hinnahme der Entkernung des Gebäudes durch GK Petzet wohl nicht zu umgehen, um anderen extremen Bebauungswünschen zu begegnen“.

<sup>454</sup> Grill, Michael, Investieren in ein Münchner Herzstück, Die Hypo-Vereinsbank-Tochter HVB darf am Marstallplatz bauen, Süddeutsche Zeitung München, 27.10.1999.

<sup>455</sup> Grill, Michael, Investieren in ein Münchner Herzstück, Die Hypo-Vereinsbank-Tochter HVB darf am Marstallplatz bauen, Süddeutsche Zeitung München, 27.10.1999.

hen aber innerhalb des Ensembles Maximilianstraße unter dem Schutz des bayerischen Denkmalschutzgesetzes. Bei Veränderungswünschen ist daher das bayerische Landesamt für Denkmalpflege zu beteiligen.<sup>456</sup> Dieses Beispiel belegt anschaulich, dass die Zukunft der Denkmalpflege davon bestimmt sein könnte, ob sie sich der Beliebigkeit fügt.

### **Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit/Fortbildung**

Die Denkmalpflege befasste sich seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt mit der Frage, was sie tun kann, um die von der Politik erwartete Fähigkeit zum Wandel unter Beweis zu stellen. Die Bonner Jahrestagung 1999 stellte daher das Thema Politik und Denkmalpflege in den Mittelpunkt.<sup>457</sup> Als hätte die zuständige Ministerin und Vizepräsidentin des Deutschen Nationalkomitees, Ilse Brusis, die weiteren Entwicklungen des Jahres 2000 geahnt, mahnte sie in ihrer Ansprache auf Schloss Brühl folgendes an:

*Selbstkritisch muss sich die institutionalisierte Denkmalpflege fragen, ob sie in der Kommunikation ihres Anliegens die richtigen Wege beschreitet. Man muss leider konstatieren, dass die Erfolge von Denkmalschutz und Denkmalpflege nicht diejenigen verbuchen können, die das Gesetz vertreten und durch ihre fachliche Beratung die Qualität sicherstellen (...). Diese darf nicht nur die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Beiträgen und der Diskussion von Fachfragen bestehen, sie sollte hin und wieder auch populär sein.*<sup>458</sup>

Jörg Haspel als Berliner Landeskonservator bestätigte, dass die Öffentlichkeitsarbeit als Legitimation der Dreh- und Angelpunkt der Konservatorentätigkeit ist. Daher würde es sich lohnen, die Öffentlichkeit regelmäßig und konstant zu informieren, man sollte sie auch an den manchmal komplizierten Entscheidungswegen teilhaben lassen. Er vertrat die Auffassung, dass gerade die persönliche Ansprache besonders gut für die Vermittlung der denkmalpflegerischen Ziele geeignet ist.<sup>459</sup> Die umfangreiche, anschauliche und informative Broschüre zum

---

<sup>456</sup> Akten des BLfD, 80539 München, Maximilianstr. 15, Einbau eines Dachflächenfensters am Gebäude Maximilianstr. 11, Stellungnahme zum Einbau eines Dachflächenfensters von Dr. Florian Zimmermann, und Auszug aus der HDS Nr. 780 vom 26.04.2006, S. 4.

<sup>457</sup> Politik 2000.

<sup>458</sup> Brusis 2000, S. 143.

<sup>459</sup> Haspel 2000, S. 28.

jährlich stattfindenden Tag des offenen Denkmals ist eine fachlich fundierte Werbung in eigener Sache, der Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Landesdenkmalamtes.

1995 verabschiedete der Berliner Senat ein neues Denkmalschutzgesetz, in dem die *Verbreitung denkmalfachlicher Erkenntnisse* als Aufgabe der Fachbehörde dezidiert enthalten ist.<sup>460</sup> Deshalb bot das Berliner Landesdenkmalamt seinen Unteren Denkmalschutzbehörden ein Fortbildungsprogramm an. Das umfasste nicht nur die klassischen Formen der denkmalfachlichen Publikationen, sondern vor allem – und das ist berichtenswert – ein Fortbildungsprogramm für die zwölf Unteren Denkmalschutzbehörden Berlins.<sup>461</sup>

Seit 1997 wurden in meist vier jährlichen Terminen Fortbildungen zu verschiedenen Themen angeboten; so wurden beispielsweise aktueller Probleme diskutiert sowie grundsätzliche Fragen besprochen. Das spiegelte sowohl die Theorievermittlung als auch den Praxisbezug wider. Zu Beginn der Reihe wurde das Landesdenkmalamt Berlin mit seinen verschiedenen Abteilungen durch seine Referenten vorgestellt, dann wurden auch auswärtige Referenten eingeladen. Das Feedback auf diese Fortbildungsreihe – meines Wissens einmalig in Deutschland – war sehr gut, es konnte mit einem Qualitätsmanagement zusätzlich kontrolliert und verbessert werden.

Als Ergebnis hat sich gezeigt, dass sich diese Mehrbelastung für die „Ausbildungsbeauftragte“ des Berliner Denkmalamtes mehr als ausgezahlt hat, sind doch die Mitarbeiter der Unteren Denkmalschutzbehörden in erster Linie mit den Denkmaleigentümern in Kontakt und können ihr Wissen direkt weitergeben. Sicherlich gab es auch andere Weiterbildungsmöglichkeiten für die Unteren Denkmalschutzbehörden, jedoch ist der direkte Bezug und die Diskussionsmöglichkeit mit der Fachbehörde von nicht zu unterschätzendem Vorteil, den keine andere

---

<sup>460</sup> Denkmalschutzgesetz Berlin, § 1 Abs.1: *Es ist Aufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege, Denkmale nach Maßgabe dieses Gesetzes zu schützen, zu erhalten, zu pflegen, wissenschaftlich zu erforschen und den Denkmalgedanken und das Wissen über Denkmale zu verbreiten.* URL:[http://www.dnk.de/\\_uploads/media/795\\_Berlin\\_DSchG.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/media/795_Berlin_DSchG.pdf) (abgerufen am 07.12.2010).

<sup>461</sup> Sturm 2002, S. 210–212.



Institution in dieser Form leisten kann. Gesine Sturm, die Ausbildungsbeauftragte des Berliner Denkmalamtes, träumt sogar von einer *Art bundesweiter Berufsakademie für staatliche und kommunale Denkmalpfleger, um auf den ständig wachsenden Fortbildungsbedarf zu reagieren*.<sup>462</sup>

Doch bereits 2006 gab man dieses Programm wieder auf; das Fortbildungsprogramm wurde auf ein Minimum mit den üblichen Kommunikationskursen und EDV-Kurse reduziert.<sup>463</sup> Die Brandenburgische Technische Universität in Cottbus bietet innerhalb des Aufbaustudiums Denkmalpflege ein Seminar Denkmalkommunikation an; hier wurde erkannt, wie wichtig die richtige Kommunikation für eine gelungene Denkmalpflege ist.

### **System Denkmalpflege**

Mit der Zukunft der Denkmalpflege befasste sich die Tagung der Landesdenkmalpfleger 2003 in Hannover unter der Überschrift *System Denkmalpflege – Ein Netzwerk für die Zukunft*. Sie rekurrierte auf die in Niedersachsen durchgeführten Tagungen der Jahre 1975 in Goslar und 1987 in Lüneburg. Die niedersächsische Landeskonservatorin Christiane Seghers-Glocke beschrieb das Thema des Jahre 2003: *Das Thema fragt nach Arbeitssystematik, Arbeitsmethodik, Analyse, fachwissenschaftlicher Kooperation mit Lehre und Forschung, darüber hinaus aber auch nach den systemischen Verschränkungen unserer geistigen Wurzeln und den inneren Wechselwirkungen unseres Aufgabenfeldes mit unserer Gesellschaft*.<sup>464</sup> Sie meinte, *das Motto will verstärkt Identifikation mit der Denkmalpflege aus der Ebene der staatlichen Institutionen hinaustragen in private Gruppierungen und engagierte Gruppen aus der Öffentlichkeit*.<sup>465</sup> Ebenfalls rief sie dazu auf, aus der Diskussion um das Gutachten von Hoffmann-Axthelm aktiv herauszugehen, die Transparenz denkmalpflegerischer Entscheidungen zu fördern und politische Mechanismen besser verstehen zu lernen. Die Sektion 7 war dazu aufgerufen, im Rahmen der Tagung das Bild einer zukunftsfähigen Denkmalpflege zu erarbeiten.

---

<sup>462</sup> Sturm 2002, S. 212.

<sup>463</sup> E-Mail von Gesine Sturm an die Verfasserin vom 10.05.2006.

<sup>464</sup> Seghers-Glocke 2004, S. 57.

<sup>465</sup> Seghers-Glocke 2004, S. 57.

Die Sektion mit dem Thema *Phönix aus der Asche – Eine Denkmalpflege für Morgen* leitete ein Institut für Kommunikationsentwicklung. Aus den Gruppendiskussionen wurden Vorschläge für eine bessere Arbeit der Denkmalpflege abgeleitet.<sup>466</sup> Als besonders wichtig wurden die folgenden drei Themen herausgestellt: neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit, kulturell-politische Legitimation der Denkmalpflege, Informations- und Wissensmanagement. Durch die Auswertung der Gruppenarbeit zeigte sich, dass der Aspekt der Außenwirkung für alle Beteiligten eine große Bedeutung hatte; dies gewann zusätzlich an Bedeutung, weil sich der Teilnehmerkreis nicht nur aus staatlichen Denkmalpflegern zusammensetzte.

*Die Neuen Wege der Öffentlichkeitsarbeit*<sup>467</sup> wurden beleuchtet, indem gefragt wurde, wie die Medien, wie Denkmaleigentümer und -nutzer regelmäßig informiert werden könnten. Letztere könnten durch ein gemeinsames aktuelles Internetportal der Landesämter informiert werden, auf der eine Liste mit aktuellen Berichten und Links zu anderen Denkmalpflege-Portalen verfügbar sein sollte, z. B. zu dem Internetportal des Städtetages mit den bereits erarbeiteten Arbeitshilfen.<sup>468</sup> Mit regelmäßigen Newslettern könnte die Öffentlichkeitsarbeit, die ja Beziehungsarbeit ist, verbessert werden. Das gilt auch für die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit, die z. B. mit der Intensivierung der Jugendarbeit und der Aufnahme des Fachs Denkmalpflege in den Lehrplan der Schulen erreicht werden könnte. Ebenso sind Kinderführungen und Führungen auf Baustellen zu planen. Eine Idee der Gruppenarbeit war auch der denkmalpädagogische Dienst, ein sinnvoller und seit Jahrzehnten im Museum etablierter Ansatz, die junge Generation an das Thema Denkmalpflege heranzuführen. Herausgestellt wurde, dass Öffentlichkeitsarbeit langfristig und kontinuierlich angelegt sein muss, dies könnte unter anderem in einer Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit geschehen. Die Professionalität einer gemeinsamen, bundeswei-

---

<sup>466</sup> Handorf 2003, S. 111/112.

<sup>467</sup> Roggatz 2004, S. 464–465.

<sup>468</sup> Ein Vertreter des Städtetages NRW bot die gemeinsame Nutzung der bereits erarbeiteten Arbeitshilfen für Denkmaleigentümer zur Nutzung an.

URL:<http://www.staedtetag.de/11/links/fachverbaende/index.html> (abgerufen am 07.12.2010).

ten Öffentlichkeitsarbeit wurde als *grundlegende Investition in die eigene Zukunft der Denkmalpflege* angesehen.<sup>469</sup>

Das zweite Vertiefungsthema beschäftigte sich mit der *kulturell-politischen Legitimation der Denkmalpflege*<sup>470</sup>, wobei sofort die eigene Unsicherheit in Bezug auf die denkmalpflegerische Arbeit deutlich wurde. Es wurde gefragt, ob man wirklich im öffentlichen Interesse arbeite, ob die Rezipienten den Denkmalbegriff teilen und wie die Denkmalpflege reagiert bzw. ob sie nur auf die Reaktion der Politik wartet. Es bestand Verunsicherung, einerseits durch die Globalisierung, die Sparzwänge der öffentlichen Haushalte und Kürzung der Mittel für die Denkmalpflege. Andererseits werde das kulturelle Erbe durch die UNESCO aufgewertet, wodurch eine Diskrepanz entstehe. Es wurde herausgearbeitet, dass man auf die Politiker zugehen, sie regelmäßig informieren, beraten und ggf. auch instrumentalisieren muss. Angeraten wurde weiterhin, eine Liste von geeigneten Handwerkern, Restauratoren, Architekten und Gutachtern zu erstellen, um Schäden an Denkmälern zu vermeiden. Hierdurch würde zudem die Qualität der Maßnahmen verbessert und die Bauzeiten verkürzt, was wiederum zu mehr Akzeptanz führen könne. Als weitere Maßnahmen wurde die Einrichtung eines Denkmalrates vorgeschlagen, bessere Öffentlichkeitsarbeit und die Schulung der Mitarbeiter im Umgang mit den Medien. Hierzu gehörte auch die Verbesserung der (amts)internen Information und eine stabile PR-Arbeit. Die Denkmalpflege selbst sollte sich in Zukunft klarer fachlich positionieren und ihr eigenes Profil schärfen, um so dem Widerwillen und dem Desinteresse von Politik und Öffentlichkeit entgegenzuwirken.

Das dritte Vertiefungsthema *Informations- und Wissensmanagement* führte das Tagungsthema Netzwerke direkt in das digitale Zeitalter.<sup>471</sup> Die in der Denkmalpflege gesammelten Informationen sollten zukünftig effektiver nutzbar sein. Das setzt voraus, dass man gemeinsame Systeme in allen Ämtern verwendet, zugleich ist es nötig, dass die eingetragenen Informationen dementsprechend aufgearbeitet und für alle Kollegen lesbar sind. Anzustreben sei der Aufbau einer Datenbank, um die tägli-

---

<sup>469</sup> Roggatz 2004, S. 464/465.

<sup>470</sup> Boeck 2004, S. 466–467.

<sup>471</sup> Mittermeier 2004, S. 468–470.

che Arbeit zu erleichtern, ... *damit sie jedem Denkmalpfleger am Ort konkret anstehender Fragestellungen zugänglich wird und nicht mehr der Fachmann vor jeder Aufgabe zwingend auf die Ochsentour durch Sammlungen und Archive geschickt wird.*<sup>472</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der Sektion 7 Wege aufgezeigt wurden, wie die Zukunftsfähigkeit der Disziplin zu verbessern ist. Die Umsetzung dieser Wege und Ziele bleibt als Aufgabe für die Zukunft.

### **Qualitätssicherung**

Die Qualitätssicherung – auch ein Zukunftsmodell – ist für die Denkmalpflege ein fremdes Thema und wird meist von vielen abgelehnt. An verschiedenen Stellen wurde bereits Anfang der 1990er Jahre dargelegt, dass eine Qualitätssicherung auch für die Denkmalpflege denkbar ist.<sup>473</sup> Bislang fehlte der Begriff der Qualitätssicherung ganz, was an der Einzigartigkeit der Baudenkmäler liegen kann und damit an der Komplexität, für die eine systematische Qualitätsbeschreibung schwer feststellbar ist. Zudem fühlte man sich mit den am Bau beteiligten Fachfirmen ausreichend betreut, d.h. die Qualität wurde einfach vorausgesetzt; ein Vertrauensvorschuss, der sich oft nicht ausgezahlt, was der Ablauf von Instandsetzungsmaßnahmen vielfach gezeigt hat. Die Erarbeitung von denkmalspezifischen Kriterien für die Qualitätssicherung ist aufwendig und erst durch eine öffentliche Förderung möglich. Es wurde vorgeschlagen, diese in Arbeitsausschüssen – ähnlich einer Arbeitsgruppe der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger – zu erarbeiten und dann als Empfehlungen zur Qualitätssicherung herauszugeben.<sup>474</sup> Ebenso könnten in der Denkmalpflege verwendete Materialien bzw. Baustoffe, für die bereits von der Industrie erarbeitete Anwendungsbeschreibungen vorliegen, durch die Denkmalpfleger für ihren Bereich näher bezeichnet werden. Damit wäre eine Basis für die Materialauswahl, die auch in die Qualitätssicherung einfließen, gegeben.<sup>475</sup>

---

<sup>472</sup> Mittermeier 2004, S. 470.

<sup>473</sup> Wolff/Pohle 1991, S. 306.

<sup>474</sup> Wolff/Pohle 1991, S. 313.

<sup>475</sup> Wolff/Pohle 1991, S. 311.

Verbesserungsansätze für die Sicherung von Qualität in der Denkmalpflege vermittelte ein Aufsatz in den Berichten zur Denkmalpflege in Niedersachsen.<sup>476</sup> Hier wurde durch den Qualitätsmanager Markus Wilimzig dargelegt, dass er das in der Industrie, für Firmen und Dienstleistungen bereits vielfach angewendete Verfahren der Zertifizierung durch die ISO-Norm 9001 auch in der Denkmalpflege für anwendbar hält. Zunächst müssen dafür innerbetriebliche Abläufe dokumentiert und ggf. optimiert werden, was in einem Qualitätsmanagement-Handbuch seinen Abschluss findet. Hierbei werden die firmen- bzw. amtsinternen Abläufe prozessbezogen erfasst und bewertet. Alle Schritte im denkmalpflegerischen Beratungsverfahren würden damit nachvollziehbar und dokumentiert, das reicht vom Ausbildungsstand der Mitarbeiter über die angewandten Techniken zu den Materialien und Geräten. Fehler werden ebenfalls dokumentiert. Hierbei geht es, wie vielfach angenommen, nicht um Kontrolle der Mitarbeiter, sondern um die Systematisierung von Abläufen.

Als Vorteil einer solchen Zertifizierung ist die Klarheit der Abläufe mit der Möglichkeit zur ständigen Verbesserung zu nennen. Zusätzlich sind alle Verfahren gleich gut nachvollziehbar und eine öffentliche Behörde würde sich damit auf eine messbare Qualitätsstufe mit Wirtschaftsunternehmen stellen.<sup>477</sup>

In der Rückschau hat sich bei vielen Denkmalsanierungen herausgestellt, dass ungeeignete Materialien und Techniken aus der Baustoffindustrie verwendet wurden. Diese machten dann die Sanierung der Sanierung nötig, was oft mit gravierendem Substanzverlust einherging.<sup>478</sup> Für den Baubereich gibt es in Deutschland einige tausend Normen – warum sollte es nicht auch für die Denkmalpflege nützlich sein, sich in Qualitätsnormen der traditionellen Techniken zu versichern, die sich seit Jahrhunderten bewährt haben. Der Wirtschaftsfaktor Denkmalpflege wird stets konstatiert, ein Grund mehr, sich der Qualität dieser Maß-

---

<sup>476</sup> Wilimzig 1996, S. 125/126.

<sup>477</sup> Vom Autohaus bis zum Reiseveranstalter wird mit der Erfüllung der ISO-Norm 9001 geworben; ein Qualitätsmerkmal, das auch der Denkmalpflege gut täte.

<sup>478</sup> Ich erinnere nur an Vorgehensweisen aus den 1970er und 1980er Jahren, als man Fachwerkbalken mit Holzersatzstoffen reparierte, was zum weiteren Substanzverlust führte, oder das Schließen der Gefache mit Kalksandsteinen oder ähnlichen, nicht kapillar leitfähigen Materialien.

nahmen zu versichern, die oft nur mit Fördermitteln aus der öffentlichen Hand erreicht werden.

Die neue Norm EN ISO 9001 (gültig seit 2000) ist prozessorientierter als bisher, erleichtert also die Anpassung an die jeweilige Firma<sup>479</sup> und ist auch für Projekte, also Maßnahmen am Denkmal, anwendbar. Gerade die bayerische Denkmalpflege scheint prädestiniert für die Einführung eines Qualitätsmanagements. Die Verfahren, die durch den Entschädigungsfonds gefördert werden, unterliegen ohnehin einer starken Kontrolle durch das Landesamt. Vor der Maßnahme müssen Restaurierungsziele und Methoden formuliert werden, nach Abschluss der Maßnahme kann die Einhaltung der Vorgaben gezielt abgefragt werden: eine ideale Voraussetzung für ein Qualitätsmanagement.<sup>480</sup>

Nachdem die Vorstellungen über die Inhalte eines Qualitätsmanagements für die Denkmalpflege auseinandergehen, wurden Teilnehmer des Kongresses *Neue Wege zur Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege* zu ihren Vorstellungen über Qualität in Bezug auf Bauwerkserhaltung bei Baumaßnahmen befragt.<sup>481</sup> Hieraus ergab sich, dass die Planung einer Maßnahme als am wichtigsten beurteilt wurde – ebenso wichtig wie die bessere Ausbildung der Beteiligten. Bei den Bauherren sollte vermehrt versucht werden, ihnen die besondere Bedeutung ihres Objektes bewusst zu machen. Die Forschung und Wissenschaft wurden dazu aufgefordert, mehr praxisbezogenes Wissen zu liefern.<sup>482</sup>

Keine der Denkmalfachbehörden arbeitet bislang mit einer solchen Zertifizierung, die aber für sie selbst und die Politik sehr interessant sein könnte, weil die genannten Vorteile zu einem höheren Ansehen der Ämter führen können. Planung, Festlegung der Methoden, Formulierung des Restaurierungszieles, Kosten- und Zeitplan und abschließende Bilanz sind Faktoren, die jede denkmalpflegerische Maßnahme übersichtlich und nachvollziehbar machen und vor allem dem Bauherren die Angst nehmen können, von der Denkmalpflege mit „unverstandenen Forderungen“ überfahren zu werden.

---

<sup>479</sup> Wilimzig 2002, S. 131.

<sup>480</sup> Marano 2002, S. 79.

<sup>481</sup> Wilimzig 2002, S. 138/39; von allen Kongressteilnehmern gaben 21 Personen die Fragebögen ausgefüllt zurück.

<sup>482</sup> Wilimzig 2002, S. 140.

Das hessische Denkmalamt erarbeitete in einer Arbeitsgruppe eine Publikation zu einer systematischen Vorgehensweise für die Untersuchung am Denkmal und für die Gliederung der Dokumentation.<sup>483</sup> Der erste Paragraph des Hessischen Denkmalschutzgesetzes gilt als Handlungsgrundlage, der die Aufgabe formuliert, die Kulturdenkmäler als Quelle und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung zu schützen und zu erhalten. Dass dieser Schutz unter Anwendung einer bestimmten Systematik verbessert werden kann, wurde durch die Ausführungen deutlich. Allen an der Maßnahme Beteiligten werden umfassende Informationen zugänglich gemacht, die die umfangreiche, aber substanzschonende Untersuchung für die genaue Denkmalkennntnis geliefert hat. Mag die Systematik zunächst kompliziert erscheinen, so bleibt zu bilanzieren, dass sie sich sowohl bei aufwendigen Verfahren als auch bei einfachen bewährt hat.<sup>484</sup> Leider schlug der Versuch fehl, die formulierte Systematik als Vorgabe für die Einreichung von Bauvorlagen einer breiten Anwendung zu unterziehen.<sup>485</sup>

Das Ablaufschema sieht 19 Schritte vor, von denen nach Angaben der hessischen Konservatorin Katharina Thiersch die Festlegung eines auf die Fragestellung abgestimmten Orientierungssystems mit einer Beschriftungsleiste der wichtigste ist. Es soll alle Bauteile, die zu untersuchen sind, ebenso wie die Bauteilebenen etc. eindeutig benennen und festlegen. Dieses System ist dann für das gesamte Verfahren und alle beteiligten Fachrichtungen verbindlich, um allen eine schnelle Orientierung zu ermöglichen.<sup>486</sup> Werden im Verlauf der Maßnahme weitere, spezifische Untersuchungen durch andere Fachdisziplinen nötig, müssen auch sie verpflichtet werden, nach dem Ablaufschema und den Vorgaben der Dokumentation zu handeln.

Das Ablaufschema sieht neben dem vorbereitenden Teil (spezifische Vorgaben durch den Bauherrn, Festlegung des Orientierungssystems,

---

<sup>483</sup> Thiersch 2003, S. 118. Bei der Publikation „Bauen im Bestand“ wirkten Bauforscher, Restauratoren des Amtes, freie Restauratoren, Bauforscher und Architekten mit.

<sup>484</sup> Thiersch, S. 119. S. Bestand 1996.

<sup>485</sup> § 18 Abs. 1 Satz 2 des hessischen Denkmalschutzgesetzes sagt: Im Einzelfall kann verlangt werden, dass der Genehmigungsantrag durch vorbereitende Untersuchung am Kulturdenkmal ergänzt wird.

<sup>486</sup> Thiersch 2003, S. 120.

Sammlung des Quellenmaterials) die sehr differenzierte Untersuchungs- und Entscheidungsstufe vor (mehrere Untersuchungs- und Entscheidungsstufen, dann eine zusammenfassende Analyse und Bewertung, anschließend Planungs- und Maßnahmenkonzepte). Es schließt sich dann die letzte, interdisziplinäre Entscheidungsstufe an, der mehrere Maßnahmenstufen folgen. Abschließend sind Abnahme und Nachkontrolle vorgesehen, ebenso wie Hinweise zur Wartung und Pflege. Die einzelnen Schritte geben auch einen chronologischen Ablauf vor; es besteht aber auch die Möglichkeit, einzelne Stufen zu beenden, wenn sich herausgestellt hat, dass an dieser Stelle kein weiterer Untersuchungsbedarf besteht.<sup>487</sup>

Die sehr ausführlich und kleinteilig erscheinende Anordnung des Ablaufschemas mag bei erster Betrachtung übertrieben erscheinen, stellt sich jedoch als sinnvoll heraus, weil hiermit die möglichst vollständige Erfassung und Darstellung des Bestandes ermöglicht wird. Die Maßnahme wird geordnet ablaufen, man kennt im Voraus die Größenordnungen, kann Preise besser einschätzen und die Eingriffe begrenzen. Für den besseren Erhalt der denkmalwerten Substanz zahlt sich dieser zunächst höhere Untersuchungs- und Dokumentationsaufwand aus. Auch den Bauherren sollte klargemacht werden, dass durch die bessere Vorplanung Kosten und längere Bauzeiten vermieden werden.<sup>488</sup> Die von der Architektenkammer Hessen dem Ablauf und der Dokumentation vorausgestellte Checkliste für den Architekten stellt Bezüge zur HOAI her und gibt Hinweise zu Honorarfragen und zum Bauen im Bestand.<sup>489</sup>

## **Tourismus und Denkmalpflege**

Der Schwerpunkt der Ökonomie führte gerade im Spannungsbereich zwischen Tourismus und Denkmalpflege zu Entscheidungen, die einer kritischen Auseinandersetzung bedürfen. Gelegenheit dazu gab die Tagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Schwerin im Jahr 2004 mit dem Thema „Denkmalpflege und Tourismus“.<sup>490</sup> Die Region

---

<sup>487</sup> Bestand 1996, S. 45.

<sup>488</sup> Thiersch 2003, S. 122.

<sup>489</sup> Bestand 1996.

<sup>490</sup> Heuter 2004, Bericht zur Jahrestagung in Schwerin, S. 95–108.



Schwerin wird von Wirtschaftsförderern, der Tourismusbranche und den Touristen selbst sehr geschätzt, die Tourismusbranche ist der wichtigste Wirtschaftszweig. Hierbei stellte sich die Frage der gegenseitigen Abhängigkeit: die Tourismusbranche benötigt die Denkmäler als Vermarktungsgrundlage, aber braucht die Denkmalpflege den Tourismus? Drei Handlungsebenen kristallisierten sich zwischen den beiden Polen heraus. Schlösser, Kirchen und Museen sind von sich aus touristische Anziehungspunkte, der Denkmalwert ist dadurch leicht vermittelbar. Die Denkmalpflege hat die Aufgabe, bei deren Nutzung aktuelle konservatorische und bauliche Fragen zu lösen wie z. B. Brandschutz und Besucherlenkung. In der zweiten Ebene liegen die Probleme anders. Schlösser, Pensionshäuser und Fischerkaten werden als Hotels oder Ferienwohnungen umgenutzt. Hier bestehen einerseits Chancen für die Rettung von Denkmälern, andererseits aber auch die Gefahr von Substanzverlusten, weil gewissen Ansprüchen der Gäste genügt werden muss. Auf der dritten Ebene sind die Denkmalpfleger als Vermittler und Vernetzer gefragt, wenn Denkmäler erst noch zu Anziehungspunkten für Touristen werden sollen.<sup>491</sup>

So wurde ein Ungleichgewicht zwischen dem, was die Denkmalpflege für den Tourismus leistet, und dem, was der Tourismus für die Denkmalpflege leistet, festgestellt. Die Denkmalpflege stellt die Ressourcen zur Verfügung, von denen die Tourismusbranche profitiert, pflegt und erhält die Denkmäler. Dafür gibt es keinerlei finanziellen Zuwendungen für die Denkmalpflege, was auch der ICOMOS World-Report Heritage at Risk bestätigte. In vielen Ländern sind Kulturdenkmäler durch den Massentourismus stark gefährdet und werden ausgebeutet, teilweise sogar in einen ruinösen Zustand versetzt oder zerstört.<sup>492</sup> Dieses Problem ist auch der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg zur Genüge bekannt. Hier wurde versucht, die stark übernutzten Objekte wie das Schloss Sanssouci zu schonen, indem die Besucherströme in den Park oder andere Schlösser umgelenkt wurden.<sup>493</sup>

---

<sup>491</sup> Heuter 2004, S. 96.

<sup>492</sup> Heritage at Risk 2002/03, S. 10.

<sup>493</sup> Heuter 2004, S. 101; Thema der Sektion war Denkmale als Museen – Museen in Denkmalen.

In der Diskussion wurde vorgeschlagen, den „Denkmal-Euro“ einzuführen, um die Symbiose von Denkmalpflege und Tourismus zu finanzieren. Gerade in einer touristisch starken Region wie Mecklenburg-Vorpommern mit 22 Millionen Übernachtungen im Jahr 2003 wäre der Aufwand für die Verwaltung des „Denkmal-Euros“ gering.<sup>494</sup>

Die denkmalpflegerischen Probleme der Region wurden anhand von Exkursionen – ich greife hier zwei Schwerpunkte heraus – anschaulich gemacht. Eine widmete sich den Problemen bei der Erhaltung der Schlossanlagen in der Mecklenburgischen Schweiz. Offensichtlich ist die Tourismusbranche der Region nicht daran interessiert, im Beispielfall die wirtschaftliche Einheit von Schloss und Gutsanlage zu erhalten. Wegen der besseren Vermarktung soll nur der herrschaftliche Teil der Anlage erhalten und meist als Hotel der gehobenen Kategorie umgenutzt werden. Durch diese eng gefassten und zielgerichteten Investitionen bei Schlössern und Gutshäusern wurde zudem darauf Wert gelegt, nur den Zustand der Erbauungszeit zu erhalten bzw. wieder herzustellen, wobei die darüber liegenden Zeitschichten negiert und oftmals zerstört werden. Als pragmatische Lösung wurde vorgeschlagen, in der Region wenigstens ein einziges Gut in der Art eines Freilichtmuseums exemplarisch zu erhalten, um es als Quelle historischer Zustände und Entwicklungen zu zeigen.<sup>495</sup>

Die Sektion „Denkmalpflege im Spannungsfeld zwischen Kommerz und Konservierung“ zeigte die Problematik anhand des ältesten deutschen Seebades Heiligendamm. Die Konservatoren bilanzierten, dass der Investor nur an sog. „sauberen“ Lösungen interessiert gewesen sei, was für ihn Entkernung bedeutet hatte. Dies zeigt, dass die Tendenz wohl überall gleich ist: Investoren setzen mit großem Druck ihren Willen auf Kosten der Denkmäler durch, die kleinen privaten Besitzer werden mit der gesamten Bandbreite denkmalpflegerischer Anforderungen konfrontiert.

Zu den entkernten Hotels gesellten sich – je nach Anforderung – Neubauten im passenden Stil, so wurde neben dem Grand Hotel ein Neubau im alten Gewand erstellt. *Alterswert interessiert nicht in Zeiten von*

---

<sup>494</sup> Heuter 2004, S. 107.

<sup>495</sup> Heuter 2004, S. 99.

*Schlossrekonstruktionen*, so der Sektionsleiter und Landeskonservator Mecklenburg-Vorpommerns, Klaus Winands.<sup>496</sup> Die bundesweite Rekonstruktionswelle ist also längst in Heiligendamm angekommen. Auch in der abschließenden Diskussion wurde das problematische Nebeneinander von Denkmal und scheinbar Altem diskutiert, weil eben diese historisierende Architektur die Wahrnehmung des Denkmals eingrenze, so der Landeskonservator Westfalens, Eberhard Grunsky.<sup>497</sup> Die Frage, ob nicht Alterswert und Authentizität vermittelbar seien, stellte zurecht die saarländische Landeskonservatorin Ulrike Wendland. Es sei ureigenste Aufgabe der Konservatoren, Werte zu erkennen und zu vermitteln, aber haben sie dafür genügend Zeit und gehört dies zu ihren Aufgaben in personalknappen Zeiten?

Sauerländer stellte bereits 1993 fest, dass die Denkmalpflege weder die Konsumgesellschaft noch den Massentourismus abschaffen könne. Außerdem sei die kürzlich in Heiligendamm fertiggestellte „visuelle Unterhaltung durch die nachgestellte Geschichte“ zu einem Bedürfnis in der heutigen Gesellschaft geworden. Wie soll die Denkmalpflege hierauf reagieren? Sie sollte, so Sauerländer, den authentischen Denkmalsbegriff einklagen, um die Bürger über die Geschichte zu informieren und die Denkmäler gegen die „postmoderne Kulisse“ abzugrenzen.<sup>498</sup>

### **Förderprogramme, Mittelkürzungen, Stelleneinsparungen**

Ein groß angelegtes Förderprogramm des Bundes wurde kurz nach 1989 zur Rettung der Bausubstanz für die neuen Länder aufgelegt,<sup>499</sup> dazu kamen die Aktivitäten der Stiftungen wie der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (zusammen 221 Millionen DM 1991–1995). Die Förderung des ostdeutschen Bauerbes führte in den westlichen Bundesländern zu einer erheblichen Reduzierung der Fördermittel. Waren 1989 noch 380 Millionen DM für

---

<sup>496</sup> Heuter 2004, S. 99; hier wurde der Sektionsleiter Klaus Winands zitiert.

<sup>497</sup> Heuter 2004, S. 106.

<sup>498</sup> Sauerländer 1993, S. 147.

<sup>499</sup> Kiesow 1997, S. 35, 1 Milliarde DM wurde vom Bund für die Städte bereitgestellt, 1991–1994 flossen 3,2 Milliarden DM in die Städtebauförderung, zusammen mit dem Länder- und Kommunenanteil sind 8,1 Milliarden DM der städtebaulichen Denkmalpflege und der allgemeinen Städtebauförderung zur Verfügung gestellt worden.

die Städtebauförderung vorhanden, so wurden zu Beginn der 1990er Jahre nur noch 80 Millionen dafür bereit gestellt.<sup>500</sup> Die Altstädte Westdeutschlands waren nachweislich nicht über 40 Jahre der gleichen Vernachlässigung ausgesetzt wie die Altstädte Ostdeutschlands. Viele Altstadtsanierungen wie in Bamberg oder Regensburg waren allerdings noch nicht abgeschlossen, handelte es sich doch um langfristige Maßnahmen. Die Verringerung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel führte daher zu längeren Restaurierungszeiträumen.

Die Erhaltung von Schlössern, Gutshäusern und Kirchen war und ist nicht nur in den neuen Ländern ein besonderes Problem. Die sehr langsam voranschreitende Restitution in den Jahren nach 1989 stellte ein Aufschwungs- und Investitionshemmnis dar. Viele Schlösser sind ohne Nutzung, die oft sehr kleinen oder nicht mehr existierenden Gemeinden im Osten konnten ihre Kirchen nicht unterhalten. Daher wurden verschiedene Rettungsprogramme ins Leben gerufen.<sup>501</sup> Viele kirchliche Baudenkmäler wurden seit über vierzig Jahren nicht mehr gepflegt und sachgemäß erhalten. Dazu kommt, dass seit 1994 die Bundesförderung für Einzeldenkmäler stark zurück ging, aber die Länder keine ergänzenden Mittel zur Verfügung stellten, was sich besonders negativ auf die Sicherung von Schlössern und Kirchen auswirkte. Beide Großkirchen forderten angesichts von hunderten verfallenen Kirchen in den neuen Ländern, ein eigenes Förderprogramm für die neuen Bundesländer aufzustellen.<sup>502</sup>

Diese Entwicklung veranlasste das Deutsche Nationalkomitee 1993 zu einem Appell, in dem es dazu aufrief, die Sparpläne bezüglich des Rückgangs der Fördermittel und der personellen Ausstattung der Denkmalämter zurückzunehmen und die Handlungsgrundlagen der staatlichen Denkmalpflege zu sichern. Das Nationalkomitee erinnerte an die gesetzliche Aufgabe von direkten Zuwendungen für die Erhaltung von Bau- und Bodendenkmälern in den Ländergesetzen. Das Ko-

---

<sup>500</sup> Kiesow 1997, S. 40.

<sup>501</sup> Matzig 1997, S. 4: Nach Einschätzung von Experten fehlten 1992 für die evangelischen Kirchen in den neuen Ländern 13,6 Milliarden DM, für die Bestandssicherung in den alten Ländern ca. 4 Milliarden DM.

<sup>502</sup> Matzig 1997, S. 97. Dresdner Appell zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler, Dresden, 05.04.1995.

mittee warnte davor, die Arbeit von zwanzig Jahren erfolgreichem Denkmalschutz und den Ausbau einer aktiven und bürgernahen Denkmalpflege auf Spiel zu setzen.<sup>503</sup> Drei Jahre später, 1996, gab das Deutsche Nationalkomitee erneut eine Empfehlung heraus, weil sich die Lage des Denkmalschutzes in Deutschland besorgniserregend entwickelt hatte.<sup>504</sup> Trotz der allgemein denkmalfreundlichen Situation in Deutschland mit Bürgerinitiativen, Stiftungen und vielen Spendern wurde der amtlichen Denkmalpflege von den zuständigen Ministerien ein rigider Sparkurs verordnet. *Die Organisation sowie die personelle und finanzielle Ausstattung der Denkmalbehörden reichen häufig nicht aus, um die Anforderungen an die wissenschaftliche Arbeit, Dienstleistungen und denkmalpflegerische Praxis zu erfüllen.*<sup>505</sup> Das Deutsche Nationalkomitee wies darauf hin, dass die Fördermittel der staatlichen und kommunalen Denkmalpflege rigide verringert oder sogar ganz eingespart wurden. Es prangerte an, dass die Denkmalpflege in der Öffentlichkeit oft als Investitionshemmnis dargestellt wird, wobei das Gegenteil der Fall ist. Gerne verwenden Vertreter der Politik, der Verwaltung oder der Wirtschaft dieses Argument. Deshalb erinnerte das Deutsche Nationalkomitee die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden an einen denkmalfreundlichen Gesetzesvollzug und an die Sicherstellung der organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen in den Ämtern und brachte weitere Vorschläge für die Verbesserung der Denkmalpflege in Deutschland.

Auf Länderebene stellte der Bayerische Landesdenkmalrat in seiner Resolution aus dem Jahr 2004 die bedrohliche Lage des Denkmalschutzes in Bayern fest und appellierte an die Staatsregierung, eine Kurskorrektur beim Haushalt vorzunehmen.<sup>506</sup> Entgegen allen Appellen und Empfehlungen wurden die Gelder für die notwendige Grundlagenarbeit der Denkmalpflege immer mehr gekürzt, wie die Lage in Bayern zeigt

---

<sup>503</sup> Empfehlung 1993. S. Anhang Dokumente, Nr. 4.

<sup>504</sup> DNK, Empfehlung 1996, Anhang Dokumente, Nr. 5.

<sup>505</sup> URL:[http://www.dnk.de/\\_uploads/beitrag-pdf/4e22ffc6f67a126760c947525c95cfbf.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/beitrag-pdf/4e22ffc6f67a126760c947525c95cfbf.pdf) S. 2, (abgerufen am 13.02.2012).

<sup>506</sup> Resolution des Landesdenkmalrats vom 20.02.2004, Nr. 43/2004, derzeit nicht veröffentlicht. Verfügbar auf Anfrage bei: Bayerisches Landesdenkmalrat, Geschäftsstelle, Salvatorstr. 2, 80327 München.

(siehe hierzu das Kapitel 5. Entwicklung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege).

## 4. Ausblick ab 2005

### **Rückblick auf 30 Jahre Europäisches Denkmalschutzjahr**

Im Jahr 2005, dreißig Jahre nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, blickte die Zeitschrift „Denkmalpflege“ mit zwei Aufsätzen auf dieses ereignisreiche Jahr zurück.<sup>507</sup> Auf einen werde ich näher eingehen.

Der auf den Bereich der Denkmalpflege spezialisierter Journalist Jürgen Tietz stellte die Frage, ob damals in den Texten zu dem Katalog „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ falsche Grundlagen gelegt wurden, mit denen die Denkmalpflege heute zu kämpfen hat.<sup>508</sup> Die damalige zeitgebundene Verurteilung des modernen Bauens führte seiner Ansicht nach zu einer Rückkehr zu historisierenden Elementen in der Architektur; als Vorreiter führte er Aldo Rossi und seine Berliner Bauten an.<sup>509</sup> Frühere Bauten der Postmoderne seien seiner Meinung nach noch als Bauten der Gegenwart zu erkennen gewesen.

Die über Jahrzehnte zu beobachtende konstante Neigung zu modernem Bauen unter Verwendung klassischen Formenrepertoires ist gerade in Berlin sehr ausgeprägt; auch in anderen Städten Ostdeutschlands wie Dresden und Leipzig gibt es einen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg in klassischen Formen (Dresden, Wilsdruffer Straße; Leipzig, Rossplatz 1–13, 1953–55 durch Planerkollektiv unter Rudolf Rohrer). Hierbei besann man sich auf die örtliche Bautraditionen und griff jeweils auf einen lokalen Stil der Vergangenheit zurück, z. B. auf den Leipziger Barock.

---

<sup>507</sup> Korff 2005 und Tietz 2005.

<sup>508</sup> Tietz 2005, S. 145/146. Es geht um die Texte im Katalog der Wanderausstellung „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“.

<sup>509</sup> Mörsch 1989, S. 73: Er stellte bereits früher fest, dass historische Architekturzitate auf ihre oberflächlichen Reize hin ausgebeutet werden, die Architektur verkäme damit zur Collage; daher sei eine kritische Auseinandersetzung gefordert.

Tietz stellte weiter fest, dass die im Katalog zum Denkmalschutzjahr von 1975 durchweg positiven Äußerungen zu Rekonstruktionen (bis ins Detail der Innenausstattung) rückblickend als Problem aufgefasst werden könnten. Die Tatsache, dass sie im Kontext des weitgehend abgeschlossenen Wiederaufbaus der kriegszerstörten Schlösser und Kirchen stehen, blieb ungenannt.<sup>510</sup> Die Tradition des detailgerechten Wiederaufbaus dauerte bis in die 1970er Jahre an.<sup>511</sup>

Obwohl die Beschlüsse aus dem Denkmalschutzjahr ihre Aktualität unbestreitbar behalten haben, so stellte der Autor doch verschiedene Mängel fest. Neben der bereits mehrfach postulierten mangelnden Öffentlichkeitsarbeit ist es die Ambivalenz der Denkmalpflege, die sich in unterschiedlichen Vorgehensweisen äußerte. Von Bundesland zu Bundesland versteht man unter Denkmalpflege etwas anderes. Die Rekonstruktionsbereitschaft mancher Länder verunsicherte den Laien, da dort mehr *Denkmalschöpfung als Denkmalpflege* betrieben wurde<sup>512</sup>, wobei mit Denkmalschöpfung wohl der Neubau von Häusern in altem Gewand gemeint ist. Daher forderte Tietz einheitliche Rahmenbedingungen – d.h., möglichst gleiche Voraussetzungen für die gesamte Bundesrepublik, was allerdings aufgrund der Kulturhoheit der Länder schwierig bis undurchführbar sein dürfte – und die Formulierung denkmalpflegerischer Standards, um den Umgang mit dem Denkmal als eine Art Gütesiegel anbieten zu können.<sup>513</sup>

### **Standards in der Bau- und Kunstdenkmalpflege in Sachsen-Anhalt**

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat für eine Verbesserung der Verwaltungsverfahren Standards in der Bau- und Kunstdenkmalpflege

---

<sup>510</sup> Durian-Ress 1975, S. 123. Es ist rückblickend sicherlich problematisch, wenn an dieser Stelle der Wiederaufbau der kriegszerstörten Denkmäler, der Schlösser und Kirchen als *größte denkmalpflegerische Leistung im Bereich der Einzelrestaurierung* bezeichnet wird.

<sup>511</sup> So bei der Anatomie in Ingolstadt, die heute medizinhistorisches Museum ist. Sie wurde 1968–1972 restauriert. Große Teile sind hier in der Tradition der schöpferischen Denkmalpflege rekonstruiert worden.

<sup>512</sup> Tietz 2005, S. 149.

<sup>513</sup> Tietz 2005, S. 149.

vereinbart.<sup>514</sup> Um die in den Regionen unterschiedliche Verwaltungspraxis hinsichtlich der denkmalpflegerischen Anforderungen bei Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen zu vereinheitlichen, wurden von den zuständigen Behörden empfehlende Grundsätze für die tägliche denkmalpflegerische Arbeit formuliert. Die Formulierung der Standards wurde für notwendig erachtet, weil sich in den Jahren seit der Wende die Vorzeichen im Lande verändert haben, genannt seien hier z. B. die Abwanderung, Schrumpfung und Überalterung der Gesellschaft, die Leerstand von Häusern und deren Verfall nach sich ziehen. Dazu kommt, dass sich die verfügbaren Fördermittel immer weiter verringerten. Bereits durch die Einführung der Benehmensregelung wurde die Verantwortlichkeit auf die Unteren Denkmalschutzbehörden verlagert, was eine individuelle Auflagenpraxis ermöglichte. Die dadurch entstandenen Unterschiede sollen durch die formulierten Standards egalisiert, Kritik an vermeintlich überzogenen Auflagen soll vermieden werden.

Die Denkmalfachbehörden sollen sich auf ihre Aufgaben konzentrieren wie die Qualifizierung der Denkmalbegründungen, die Beratung und Pflege der „herausragenden Denkmale“ (sic!), die Mitarbeit im Bereich der städtebaulichen Denkmalpflege, die Überzeugungsarbeit und Beratung bei planenden Behörden und der Kommunalpolitik, ebenso bei den Denkmaleigentümern und den Auftrag zur Öffentlichkeitsarbeit nicht vernachlässigen.<sup>515</sup> Sie sollen sich verstehen und agieren als mitverantwortlicher Partner und Berater, die Standards als Selbstverpflichtung ansehen. Besonders und neu ist die Festlegung, dass die kontinuierliche Fortbildung aller Mitarbeiter von Denkmalbehörden als sehr wichtig angesehen wird.

Die ersten sechs Artikel der Standards befassen sich mit den allgemeinen Grundsätzen und tragen die Überschriften *Fachliche Grundsätze*, *Denkmallisten*, *Denkmalbegründungen*, *die Bedeutung von Befunden* und *positive Wertung von Aktivitäten am Denkmal*. Die nachfolgenden sechs Artikel enthalten die inhaltliche Orientierung für die Arbeit der Denkmalbehörden wie *Wertschätzende Kommunikation* und *Überzeugungsar-*

---

<sup>514</sup> Standards 2008, S. 43–50; die „Standards der Bau- und Kunstdenkmalpflege in Sachsen-Anhalt“ vom 29.11.2007 wurden vom Kultusminister erlassen und ersetzen die bisherigen Verwaltungsvorschriften.

<sup>515</sup> Standards 2008, S. 45.



*beit, Begründung denkmalfachlicher Auflagen im Genehmigungsverfahren, Gestaltungsauflagen, Zumutbarkeit von Auflagen, Umgang mit konstituierenden Ausstattungsteilen in privaten Innenräumen, Beauftragung von Dokumentationen und Pauschalierung der Benennungsregelung.* Der Inhalt der Standards soll hier nicht umfänglich wiedergegeben werden, sondern nur in Einzelaspekten beleuchtet werden.

Die im ersten Teil erwähnten Denkmallisten sollen überarbeitet und präzisiert werden, ebenso die Denkmalsbereiche; sie sind Anfang der 1990er Jahre entstanden und sollen *nach landeseinheitlichen Kriterien* überprüft werden<sup>516</sup>, dazu gehören auch Streichungen von inzwischen stark veränderten Denkmälern oder Nachträge in die Denkmalliste. Besonders erwähnenswert ist der Artikel 5, genannt *positive Wertung von Aktivitäten am Denkmal*. Hier steht der Eigentümer im Vordergrund, der als eigentlicher Denkmalpfleger angesehen wird. Seine Veränderungsabsicht in Bezug auf das Baudenkmal soll nur soweit durch Auflagen eingeschränkt werden, wie es für die *Bewahrung der festgelegten denkmal-konstituierenden Eigenschaften nötig ist*. Diese Auflagen dürfen den Eigentümer auch nicht abschrecken oder einschüchtern, so dass er sich eventuell gar nicht mehr an seinem Denkmal engagiert; dies ist eine sehr weitreichende Forderung, die das Engagement des Eigentümers bzw. des Nutzers nahezu über die Forderungen, die zur Erhaltung und Nutzung des Denkmals einzuhalten sind, gestellt wird. Ähnlich gelagert ist der Artikel 10, *Umgang mit konstituierenden Ausstattungsteilen in privaten Innenräumen*. Hier steht, dass nur die Sicherung konstituierender Ausstattungsteile oder Befunde verlangt werden kann, nicht aber eine kostspielige Restaurierung oder die Gestaltung nach Befund. Dies sei nur als freiwillige Leistung des Eigentümers möglich oder durch den Einsatz von Fördermitteln. Gerade die vielfach vorgebrachte Kritik zu Auflagen an Innenräumen führt zur Formulierung der weiteren Vorschrift. ... *Verluste an aussagekräftigen Grundrissen, Ausstattungsteilen oder Oberflächen müssen zwar vermieden werden, ihre optimale denkmalgerechte Gestaltung kann für privat genutztes Eigentum zwar empfohlen, nicht jedoch gefordert werden.* Ähnlich ist der nächste Artikel gelagert, der die Beauftragung von Dokumentationen nur in fachlich besonders begründeten

---

<sup>516</sup> Standards 2008, S. 46.

Fällen erlaubt. Der letzte Artikel sieht vor, dass eine einheitliche pauschale Benehmensregelung eingeführt wird. Jede Gebietskörperschaft soll in einer Abstimmung klären, welche Spezialgebiete und Denkmalgattungen hierfür geeignet sind.

Der neue Grundton der Standards der Bau- und Kunstdenkmalpflege in Sachsen – Anhalt ist deutlich: hier wird eine angepasste Denkmalpflege gefordert, die vor allem den Willen des Bauherren oder Eigentümers akzeptiert und hierfür die denkmalpflegerischen Grundsätze hinstellen soll. Zusammen mit der geplanten pauschalierten Benehmensregelung kann die neue Verwaltungsvorschrift zu sehr schlechten Ergebnissen für die Denkmallandschaft führen. Diese Standards sind Zeichen einer Zeit, in der die Regierung bzw. der zuständige Minister eine im Trend liegende, angepasste, im schlechtesten Sinn „bürgerfreundlichen“ Denkmalpflege fordern. Gleichzeitig wird die Fachbehörde gefordert, sich der Beratung und Pflege der „herausragenden Denkmäler“ zu widmen – der Schritt in Richtung einer klassifizierenden Denkmalpflege? – . Die Standards der Bau- und Kunstdenkmalpflege in Sachsen-Anhalt sind ein Zeichen für eine überaus bürgerfreundliche Denkmalpflege, die alle Grundsätze in Frage stellt.

### **Energieeinsparung**

Es ist die Aufgabe der Denkmalpflege, Objekte zu erhalten. Sie arbeitet somit seit ihrem Bestehen nachhaltig und ressourcenschonend. Der 200 Jahre alte Begriff der Nachhaltigkeit, aus der Forstwirtschaft kommend, wurde erst seit der Konferenz in Rio 1992 als Schlagwort gebraucht.<sup>517</sup> Nach der Brundtland'schen Definition<sup>518</sup> ist Nachhaltigkeit eine Entwicklung, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen. Eine Definition der Nachhaltigkeit im Kontext der Denkmalpflege steht

---

<sup>517</sup> Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro.

<sup>518</sup> 1987 veröffentlichte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland den Bericht „Our common future“, der Brundtland-Bericht genannt wird. Darin ist die Definition des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung“ enthalten.

noch aus. Die in ihrer Obhut befindlichen Objekte sind einmalig sowie unersetzlich.

Denkmalpflege ist einer der wenigen Bereiche mit einer etablierten Kultur der Langfristigkeit, Ressourcenschonung und Weiternutzung, stellte die Hochschullehrerin Uta Hassler fest.<sup>519</sup> Durch den Grundsatz, Denkmäler möglichst schonend und in langen Zeitintervallen zu restaurieren, wird dem Gedanken der Nachhaltigkeit Rechnung getragen. Die Denkmalpflege setzt auf Reparatur statt Erneuerung, die meisten Materialien sind ökologisch nicht bedenklich. Dagegen setzt die Bauwirtschaft auf neue Materialien, die selten auf einem solch langfristigen Prüfstand gedient haben wie diejenigen der handwerklich geprägten Denkmäler. Man braucht sich nur einige Beispiele wie den Bauschaum, die Kunststoffersatzmasse für Fachwerkreparaturen, die Mineralwolle oder kunststoffgebundene Anstrichsysteme in Erinnerung rufen. Zunächst vielfach favorisiert, rufen sie Schäden am Bauwerk hervor, sind kostspielig und schwer zu entfernen und gefährden oft die Gesundheit der Menschen, die damit arbeiten.

Die Langfristigkeit, die Ressourcenschonung und die Weiternutzung<sup>520</sup> sind positive Werte, die die Denkmalpflege als Argumente in der öffentlichen Diskussion anführen kann und sollte.

Die Energieeinsparung bei Baudenkmalern wird durch die energetische Ertüchtigung des Baudenkmals erreicht. Dies sind alle Maßnahmen, die das bestehende Gebäude bautechnisch verbessern, um den Heizenergiebedarf zu senken. Um dies zu erreichen, wird die Hülle des Gebäudes (Fassade, Fenster, Dach, Dämmung der Kellerdecke und der Decke über dem obersten Geschoss) ertüchtigt. Zusätzlich kann die Heizungsanlage verbessert werden und die Energiegewinnung auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Als Ziel ist in dem Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege folgendes formuliert: *Die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Einsparung von Energie ist eines der Hauptanliegen der internationalen und der deutschen Politik.*<sup>521</sup>

---

<sup>519</sup> Hassler 2003, S. 45.

<sup>520</sup> Hassler 2003, S. 45.

<sup>521</sup> Handbuch 2010, S. 623.

Das Thema Energieeinsparung bei Baudenkmälern ist seit dem Kyoto-Protokoll 1997<sup>522</sup> verschärft worden und mündete in Deutschland in dem ersten Erlass der ersten Energieeinsparverordnung (EnEV) im Jahr 2002.<sup>523</sup> Sie gilt für alle Gebäude, die beheizt werden, auch für Baudenkmäler und Gebäude in Denkmalbereichen oder Ensembles. Der Ausnahmetatbestand ermöglicht, von den Vorschriften abzuweichen, wenn die Substanz eines Denkmals oder das Erscheinungsbild beeinträchtigt wird.<sup>524</sup> Ersteres kann der Fall sein, wenn etwas von der denkmalwerten Substanz abgebrochen werden muss, um die vorgeschriebenen Werte zu erreichen oder wenn durch Zusatzkonstruktionen wie das Aufbringen ungeeigneter Dämmungen im Innen- wie im Außenbereich o.ä. etwa Langzeitschäden zu befürchten sind. Das Erscheinungsbild kann durch die Außendämmung beeinträchtigt werden, aber auch durch das Errichten von Solaranlagen. Eine Außendämmung kommt bei Fachwerkhäuser, bei verschindelten oder verschieferten Häusern oder bei aufwendigen Gründerzeitbauten nicht in Frage. Die Innendämmung ist gerade bei Fachwerkbauten bauphysikalisch hochproblematisch.

Zahlreiche Fachleute beschäftigten sich mit Schäden aufgrund von unsachgerechten Ertüchtigungsmaßnahmen an Baudenkmälern zum Zweck der Energieeinsparung. Viele Beispiele der Praxis haben die Beschädigung und sogar Zerstörung der historischen Substanz gezeigt und damit bewiesen, dass sich bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung und langfristige Substanzerhaltung kaum oder nur schlecht in Einklang bringen lassen.

Die massive staatliche Subventionierung für die Errichtung von Solaranlagen (sowohl als Solarwärmeanlagen als auch als Photovoltaikanlagen) löste in den letzten Jahren eine starke Zunahme dieser Technik aus, auch auf Baudenkmälern und Ensembles. Die nachträglich aufgebrachten Anlagen verändern das Baudenkmal, einerseits optisch durch die

---

<sup>522</sup> Das Zusatzprotokoll wurde am 11.12.1997 beschlossen und dient zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Es sieht vor, den weltweiten Ausstoß der Treibhausgase (vor allem Kohlendioxyd) zu verringern.

<sup>523</sup> Die zweite Fassung erschien 2004 und wurde zuletzt 2009 geändert. Die EnEV löst die Wärmeschutzverordnung und die Heizungsanlagenverordnung auf und fasst sie zusammen.

<sup>524</sup> Handbuch 2010, S. 624.

spiegelnden Oberflächen auf dem Dach, die wie ein Fremdkörper wirken. Andererseits bringt die Anlage Gewicht und erhöhten Winddruck auf das Dach und verändert die Substanz durch die Montage. Bei der Anbringung auf dem Dach wird oft die bestehende Dachdeckung ausgetauscht, die Dachhaut mehrfach durchdrungen. Im Inneren des Gebäudes müssen Leitungen durch Wände und Decken geführt werden, dadurch kann historische Substanz und Ausstattung verloren gehen. Bei unsachgemäßer Anbringung besteht die Gefahr einer erhöhten Brandlast.<sup>525</sup>

Die Kultusministerkonferenz hat in ihrem Beschluss vom 29.04.2010 festgelegt, *dass bei der energetischen Ertüchtigung des historischen Baubestandes die Denkmaleigenschaft umfassend gewahrt werden muss. Vor dem Hintergrund, dass der Denkmalbestand durchschnittlich 3 % des Gesamtbestandes an Gebäuden in der Bundesrepublik ausmacht, muss gewährleistet sein, dass die mit dem Ziel der Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbundenen Maßnahmen nicht zu Verlusten des baukulturellen Erbes führen. Viele gängige Maßnahmen der Energieeinsparung an Baudenkmalern führen zur Gefährdung des kulturellen Erbes.*<sup>526</sup> Die Kultusministerkonferenz appellierte daher an die beteiligten Bundesministerien, dem Denkmalschutz in den verschiedensten Bereichen der Energieeinsparung mehr Gewicht zu schenken und dies durch spezielle Regelungen zu ermöglichen. Außerdem sollte die anfangs genannte Gesamtenergiebilanz (Stichwort Nachhaltigkeit und Reparatur) des Denkmals berücksichtigt werden und nicht nur die Verbrauchsbilanz.

Die Energieberater sollten eine spezielle Schulung für Altbauten erhalten, der Energieausweis<sup>527</sup> für Baudenkmalern sollte nur von denkmal erfahrenen Fachleuten ausgestellt werden dürfen, so die Kultusminister-

---

<sup>525</sup> Informationsblatt „Denkmäler und Energiegewinnung durch Solaranlagen“, LVR - Amt für Denkmalpflege im Rheinland, URL: [http://www.denkmalpflege.lvr.de/publikationen/adr\\_bdk\\_leitfaden1.pdf](http://www.denkmalpflege.lvr.de/publikationen/adr_bdk_leitfaden1.pdf) (abgerufen am 13.12.2011). Im Fall eines Brandes wird Feuerwehrleuten sogar empfohlen, das Haus kontrolliert abbrennen zu lassen.

<sup>526</sup> URL:

[http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2010/2010\\_04\\_29-Klimaschutz-kulturelles-Erbe.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2010/2010_04_29-Klimaschutz-kulturelles-Erbe.pdf) (abgerufen am 13.12.2011).

<sup>527</sup> Der Energieausweis ist ein Dokument, das ein Gebäude energetisch bewertet. Für Baudenkmalern gibt es eine Ausnahme. Alles weitere ist in der EnEV geregelt.

konferenz. Mitte Dezember 2011 ging ein Leitfaden zur Fortbildung für die von den Architekten- und Ingenieurkammern ausgebildeten *Energieberater für Baudenkmale und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz* in Druck. Die Zertifizierung und Qualifizierung der Absolventen ist ein wichtiges Ziel für die Verbesserung der Beratung. In engem Zusammenhang damit steht eine Überarbeitung des Gebäudesanierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Auf das 2011 veröffentlichte Positionspapier *Denkmalschutz ist Klimaschutz* von elf im Denkmalschutz tätigen Organisationen und Institutionen reagierte nun die Kreditanstalt für Wiederaufbau<sup>528</sup>. Das eigene Fördersegment *Effizienzhaus Denkmal* für die Denkmalsanierung ist in Planung und soll Anfang April 2012 eingeführt werden. Der oben genannte zertifizierte Energieberater wird dabei verpflichtender Partner für jede Förderung, um eine hohe fachliche Qualität der Energieberatung am Denkmal zu sichern. Die Förderung für Baudenkmäler und erhaltenswerte Bausubstanz wird vereinfacht.<sup>528</sup> Denn bislang schreckten Denkmaleigentümer vor dem enormen Antragsaufwand für das Programm *Energieeffizient Sanieren* zurück.<sup>529</sup> Außerdem gingen die meisten Förderprogramme vom Neubaustandard aus, der nicht die speziellen Anforderungen von Baudenkmalern berücksichtigte.

### Nationale und europäische Normen

Nicht nur die bundesdeutsche Politik wirkt sich auf das Denkmal und seine Pflege aus, auch in Europa werden Weichen für dessen Erhaltung gestellt. Auf europäischer Ebene wird ständig daran gearbeitet, Normierungen auszuarbeiten (EN) und auf nationales Recht umzusetzen, in Deutschland bekannt als DIN, international als ISO. Die Anwendung von DIN Normen ist freiwillig, sie gelten aber als Stand der Technik und werden bei Leistungsausschreibungen verwendet. Die EN Normen dagegen sollten möglichst unverändert übernommen werden, wenn nationale Normen diesen widersprechen, müssen sie zurückgezogen werden. Seit 2004 erarbeitete ein technisches Komitee (CEN/TC 346) Normen,

---

<sup>528</sup> URL:

[http://www.kfw.de/kfw/de/Inlandsfoerderung/Aktuell\\_im\\_Fokus/Oktober\\_2011/20111017\\_54126.jsp](http://www.kfw.de/kfw/de/Inlandsfoerderung/Aktuell_im_Fokus/Okttober_2011/20111017_54126.jsp) (abgerufen am 14.12.2011).

<sup>529</sup> In den Jahren 2007 bis 2010 wurden nur 35 Anträge eingereicht.

mit denen die fachlichen Methoden bei der Erhaltung des kulturellen Erbes in Europa harmonisiert und, wo möglich, in Regelwerke gefasst werden sollen. Die fachliche Arbeit erledigen fünf Arbeitsgruppen, denen folgende Themen zugeordnet sind: Allgemeine Terminologie, Materialien, Konservierungsmethoden und Produkte, Umweltbedingungen, Transport und Verpackung.<sup>530</sup> Das Normierungsprojekt heißt *Conservation of Cultural Property*. Bereits jetzt ist abzusehen, dass die europäischen Normen die Arbeiten in Bibliotheken, Museen, Archiven und der Denkmalpflege beeinflussen werden. Die Bundesrepublik Deutschland kann ausschließlich über den im DIN Deutsches Institut für Normierung e.V. angesiedelten sog. Spiegelausschuss seit 2006 auf die europäischen Normen Einfluss nehmen.<sup>531</sup> In den Spiegelausschuss werden Experten entsandt, die die Normierungsarbeit diskutieren und begleiten. Im Berliner Appell vom 26. Januar 2011 forderte das Deutsche Institut für Normung e.V. *einen von Bund und Ländern geteilten politischen Auftrag und eine gesicherte Projektfinanzierung: Der deutsche Spiegelausschuss sollte durch die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) im Einvernehmen mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gemeinsam getragen werden.*<sup>532</sup> Diese Forderung ist nur allzu berechtigt, denn allein durch den Spiegelausschuss kann Deutschland auf die europäischen Normen einwirken, die dann ja in deutsche Normen umgesetzt werden müssen. Wenn an dieser Stelle keine Einflussnahme erfolgt, muss sich auch die Denkmalpflege neben den anderen Kultureinrichtungen den europäischen Forderungen stellen. Nicht nur im Bereich der Energieeinsparung und der Normierung ist das Baudenkmal vielfachen Veränderungen ausgesetzt, der gesamtgesellschaftliche Wandel fordert ein Umdenken in vielen Bereichen.

### **Baudenkmäler im Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen**

Sinkende Geburtenraten und die steigende Lebenserwartung führen in Deutschland und anderen Industrienationen zu erheblichen Verände-

---

<sup>530</sup> URL: [http://www.dnk.de/aktuelles/n2399/?beitrag\\_id=739](http://www.dnk.de/aktuelles/n2399/?beitrag_id=739) (abgerufen am 15.12.2011).

<sup>531</sup> URL: [http://www.dnk.de/aktuelles/n2399/?beitrag\\_id=739](http://www.dnk.de/aktuelles/n2399/?beitrag_id=739) (abgerufen am 14.12.2011).

<sup>532</sup> URL:

[http://www.dnk.de/\\_uploads/media/898\\_N%20866\\_Berliner\\_Appell\\_Sitzung%20NA%2005-01-36%20AA\\_2011-01-26.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/media/898_N%20866_Berliner_Appell_Sitzung%20NA%2005-01-36%20AA_2011-01-26.pdf) (abgerufen am 14.12.2011).

rungen der Altersstrukturen. Die geringere Anzahl jüngerer Erwerbsfähiger fällt mit einer Abnahme der Gesamtbevölkerung zusammen. Diese Problematik führt zu einer überalterten Gesellschaft und einer unausgewogenen Alterspyramide. Laut einer Prognose nimmt die Bevölkerung bis 2020 zwar nur gering ab, aber die Hälfte der Bevölkerung lebt in schrumpfenden Landkreisen oder kreisfreien Städten.<sup>533</sup> Diese Gebiete, so die Raumordnungsprognose 2020/2050, ziehen sich als Keil vom Ruhrgebiet in den Osten über Nordhessen und Franken bis in den Nordosten der Republik. In anderen Gebieten, z. B. im Großraum München, in Berlin, in den Hansestädten und Halle, Dresden, Leipzig und Rostock wird die Bevölkerung zunehmen. Auch in der Rheinschiene wird noch ein gewisses Wachstum erwartet.<sup>534</sup> Der demographische Wandel hat also unterschiedliche räumliche Schwerpunkte. In den wachsenden Regionen nimmt auch die Zahl der Alternden zu, in den schrumpfenden Regionen bleiben die Alternden zurück. Die Internationalisierung findet überwiegend in Städten statt.

Welche Auswirkungen haben diese Veränderung auf die Baudenkmäler? Einerseits sind die nach der Wende aufwendig instandgesetzten Altstädte wie Görlitz oder Quedlinburg vom Leerstand betroffen, weil bereits zwanzig Prozent der Bevölkerung abgewandert ist. Die Einwohner sind oftmals in die sanierten Plattenbauten am Stadtrand gezogen und nicht bereit, diese zu verlassen und zurück in die Altstadt zu ziehen. Gegen den innerstädtischen Leerstand wurde das bereits beschriebene Programm *Stadtumbau Ost* ins Leben gerufen; leider führt es de facto zum Abriss von Baudenkmälern und damit neben der Zerstörung von Denkmalsubstanz zur Verunklärung gewachsener innerstädtischer Strukturen. Gleichzeitig fordert der Straßenbau seinen Tribut. Hans-Rudolf Meier stellte an den Städten Weißenfels und Leipzig vor, wie durch staatliche Förderprogramme in diesen Städten Denkmäler dezimiert und Straßen expandiert werden. Gerade in gründerzeitlichen

---

<sup>533</sup> Franz 2007, S. 8.

<sup>534</sup> Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Kurzfassung der Raumordnungsprognose 2020/2050, S. 4, URL: [http://www.bbsr.bund.de/cln\\_016/nn\\_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Abgeschlossen/Berichte/2006\\_\\_2007/KurzROP2020\\_\\_2050,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/KurzROP2020\\_2050.pdf](http://www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Abgeschlossen/Berichte/2006__2007/KurzROP2020__2050,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/KurzROP2020_2050.pdf) (abgerufen am 15.12.2011).



Quartieren sind die Eckhäuser an verkehrsreichen Kreuzungen und großen Straßen besonders vom Abbruch betroffen.<sup>535</sup>

In den ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer sind die Auswirkungen des demographischen Wandels besonders problematisch, weil der Wegzug der Jugend mit der Überalterung der bleibenden Bewohner zusammenfällt. Die Grundlage für die Erwerbstätigkeit auf dem Land ist entfallen, daher verschlechterte sich zunehmend auch die Infrastruktur. Laden, Schule und das Gasthaus im Ort wurden geschlossen. Die Kirche ist oft das letzte intakte öffentliche Gebäude. Im Jahr 2006 lebten in Deutschland im Bereich der östlichen Landeskirchen acht Prozent der Mitglieder der evangelischen Kirche, in diesem Gebiet befanden sich aber vierzig Prozent der Kirchenbauten.

In Brandenburg ist die Situation besonders schwierig, da aus siedlungsgeschichtlichen Gründen fast jedes Dorf eine eigene Kirche besitzt. Janowski stellte fest, dass das Land Brandenburg im Jahr 1989 1.400 Kirchen hatte.<sup>536</sup> Auch Sachsen-Anhalt ist mit ca. 2300 Kirchen reich gesegnet, aber achtzig bis neunzig Prozent der Bürger sind konfessionslos. Erstaunlich ist deshalb, dass sich viele Kirchenbau- und Fördervereine für die Erhaltung *ihrer* Kirchen einsetzten.<sup>537</sup> Daher musste auch noch keine Kirche aufgegeben werden, Umnutzungen gibt es nur wenige. Anders ist die Problematik im Rheinland. Dort sind viele Kirchengebäude erst nach 1945 entstanden, es handelt sich um ca. 2000 Bauten. Für deren Erhalt setzten sich die Menschen wenig bis kaum ein, da sie für den Wert der modernen Kirchen zumeist kein Verständnis aufbringen. Selbst in der Fachliteratur wurden sie erst in den letzten Jahren berücksichtigt.<sup>538</sup> Daher gibt es auch keine Fördervereine oder Möglichkeiten der touristischen Nutzung.<sup>539</sup>

Leider sind die staatlichen Förderprogramme für die Erhaltung von Kirchen in den jeweiligen Länderhaushalten als freiwillige Leistung vorgesehen. Damit unterliegen sie regelmäßigen Kürzungen und betra-

---

<sup>535</sup> Meier 2007, S. 29–30.

<sup>536</sup> Janowski 2011, S. 18–20.

<sup>537</sup> Wendland 2011, S. 34/35.

<sup>538</sup> Die Publikation *Kirchen in Not*, von Gerhard Matzig, Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees, Bd. 56, 1997 berücksichtigt keinen modernen Kirchenbau.

<sup>539</sup> Mainzer 2011, S. 133.

gen derzeit unter fünf Prozent des Fördervolumens (Ausnahme: Hessen), das für Denkmalpflege in Kirchen aufgebracht wurde.<sup>540</sup> Im Jahr 1990 waren es noch zehn bis fünfzehn Prozent. Der Rückzug des Staates aus der kirchlichen Förderpolitik gefährdet die Erhaltung der Kirchen und entspricht nicht seiner Verantwortung bei dieser gesellschaftlichen Angelegenheit.

Anlässlich der Tagung *Kirche leer – was dann?*, veranstaltet von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger im April 2009, wurde eine Resolution verabschiedet, deren wichtigste Punkte ich hier abschließend wiedergeben möchte.<sup>541</sup> Die Kirche als Orientierungspunkt im Ortsbild, als Ort der Ruhe und Besinnung bildet einen wesentlichen Bestandteil unseres kulturellen Erbes, das bewahrt werden muss. Die Umnutzung von Kirchen ist nicht neu, Gotteshäuser wurden schon immer für andere Zwecke benutzt. Die Frage der Umnutzung ist ein gesamtdeutsches Problem und Teil des gesamtgesellschaftlichen Anpassungsprozesses. Hierbei sollte es mehr Mediationsverfahren zwischen allen Beteiligten geben. Die Denkmalpflege kann mit ihren fachlichen Bewertungsmaßstäben dazu beitragen, die Kirchen zu erfassen, zu dokumentieren und das öffentliche Interesse an der Erhaltung zu formulieren. Vorbildhafte Maßnahmen sollten verbreitet werden. Bei Umnutzungen soll der besondere Charakter des Kirchengebäudes bewahrt bleiben. Sollten sich keine Möglichkeit für eine Umnutzung finden lassen, sollte das Gebäude mit Sicherungsmaßnahmen erhalten werden und so über die Zeit gerettet werden. Eine Abrissdokumentation des Gebäudes und seiner Ausstattung ist – sollte es zu dem Fall kommen – unerlässlich.

Die Situation in Bayern, hier in der Diözese Würzburg, ähnelt in Bezug auf die demographische Entwicklung und den gesellschaftlichen Säkularisierungsprozess dem bundesdeutschen Trend. Domkapitular Lenssen berichtete im Jahr 2007, dass neben der abnehmenden Anzahl an Gläubigen besonders die Anzahl der Gottesdienstteilnehmer stark rückläufig

---

<sup>540</sup> Schlussbericht der Enquete-Kommission *Kultur in Deutschland*, Bundesdrucksache 16/7000, S. 147, s. URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf> (abgerufen am 19.12.2011).

<sup>541</sup> Kirche 2011, S. 136. Die Resolution wurde von allen 250 Teilnehmern der Tagung *Kirche leer – was dann?* unterzeichnet.

sei.<sup>542</sup> Die Pflege und Erhaltung der etwa 1000 Kirchen und Kapellen der Diözese gestaltete sich aufgrund der von ca. 45 Mio. Euro im Jahr 1992 auf 17 Mio. Euro gekürzten Mittel als sehr schwierig.<sup>543</sup> Zusätzlich sind viele der Kirchenräume zu groß für die Anzahl der Gottesdienstbesucher geworden, so dass mancherorts auf alte, kleinere Kirchen zurückgegriffen und Kirchnerweiterungen der Nachkriegszeit entfernt wurden. Wegen des hohen Unterhaltungsaufwandes, der Bauschäden und ihrer Größe müssen zwei Kirchenbauten der 1960er Jahre abgebrochen werden.<sup>544</sup> An ihrer Stelle werden Neubauten errichtet, die der heutigen Gemeindesituation besser entsprechen. Werden bestehende Kirchenbauten restauriert, so versucht die Diözese Würzburg, die Altarräume und deren Ausstattung durch neugeschaffene, künstlerische Werke wie Altartafel, Skulpturen, Glasgemälde oder Wandmalereien aufzuwerten.<sup>545</sup>

## Wandel

Die gesamte Denkmalpflege Deutschlands ist im beginnenden 21. Jahrhundert in einem Prozess des Wandels begriffen. Wie beschrieben, berufen sich die Denkmalpfleger nach wie vor auf die Gründer der Denkmalpflege des 20. Jahrhunderts, Georg Dehio, Alois Riegl und ihre Mitstreiter, sowie weitergehende Vereinbarungen wie die Charta von Venedig von 1964. Die Denkmalschutzgesetze der Länder haben sich seit ihrem Bestehen bewährt, solange auch von politischer Seite genügend Ressourcen wie Planstellen und Fördermittel zur Umsetzung der darin beschriebenen Vorgaben eingeplant wurden. Leider ist seit den 1990er Jahren eine Tendenz zu beobachten, die Stellung der Landesämter für Denkmalpfleger zu schwächen, die Gesetze auszuhöhlen und immer weniger Fördermittel für die Instandsetzung bereitzustellen. In Ländern wie Niedersachsen oder Baden-Württemberg<sup>546</sup> wurde die zentrale Fachbehörde bereits aufgelöst und in andere Verwaltungsebenen

---

<sup>542</sup> Lenssen 2008, S. 50.

<sup>543</sup> Lenssen 2008, S. 50.

<sup>544</sup> Lenssen 2008, S. 51. Es handelt sich um die Kirchen in Waldfenster und Waigolshausen.

<sup>545</sup> Lenssen 2008, S. 52.

<sup>546</sup> S. Anhang Dokumente, Nr. 9: Gebeßler, August. Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?

eingegliedert. Knapp einem solchen Schicksal entgangen ist das Landesamt für Denkmalpflege Sachsen, das Anfang 2008 noch seine Eigenständigkeit bewahren konnte. In anderen Ländern wie Bayern oder Sachsen-Anhalt wird mit Gesetzesänderungen oder Verwaltungsvorschriften versucht, die Denkmalpflege dorthin zu bringen, wo sie die Politik haben möchte.

In Sachsen ist durch das Staatsministerium des Inneren Anfang des Jahres 2010 ein neuer Gesetzesentwurf erarbeitet worden, der die sächsische Denkmalpflege nachhaltig schwächen soll.<sup>547</sup> Auch das Landesamt für Archäologie wäre davon betroffen gewesen. Es soll demnach nur noch für Funde aus vor- und frühgeschichtlicher Zeit zuständig sein und verlöre damit den Einfluss auf das Gros des sächsischen Bestandes, die mittelalterlichen und neuzeitlichen Befunde, somit alle Ortskerne und Altstädte. Die Auswirkungen des Gesetzesentwurfes auf das Landesamt für Denkmalpflege wären erheblich. Alle Kulturdenkmäler von „städtebaulicher Bedeutung“ sollen gestrichen werden. Da die Städte Sachsens wie Dresden, Leipzig und Chemnitz stark in der Gründerzeit gewachsen sind, besitzen sie viele Denkmäler und ganze Straßenquartiere aus dieser Zeit. Viele Bauten wurden überwiegend aus städtebaulichen Gründen in die Denkmalliste eingetragen. Damit würden die Denkmallisten auf einen Schlag um mehrere tausend Denkmäler reduziert. Die Denkmalkategorie „herausragende Kulturdenkmale“ soll eingeführt werden. Nur bei deren Erhaltung soll das Landesamt für Denkmalpflege mitwirken, alle anderen sind der Pflege der Unteren Denkmalschutzbehörden alleine überlassen. Diese neue Kategorisierung knüpft an die Klassifizierung der DDR-Zeit an, die Denkmäler unterschiedlichen Ranges unterschied. Erschwerend kommt hinzu, dass diese neuen „Kulturdenkmäler von herausragender Bedeutung“ bis spätestens sechs Monate nach Erscheinen des Gesetzes in das Denkmalsbuch eingetragen werden sollen, einschließlich ihrer fachlich-inhaltlichen Begründung. Diese Aufgabe ist bei der Personalausstattung des Sächsischen Landesamtes wohl nicht zu leisten. Die Genehmigungspflicht für die Instandsetzung und Wiederherstellung der „einfachen“ Denkmäler

---

<sup>547</sup> Arbeitsentwurf Stand 03/2010, Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmale im Freistaat Sachsen (Sächsisches Denkmalschutzgesetz – SächsDSchG).

soll aufgehoben werden, sie gilt nur noch für die „herausragenden Kulturdenkmäler“. Das bedeutet, so das Leipziger Stadtforum, dass *de facto* der Schutz für 80–90 % der Baudenkmale aufgehoben wird und Landräte und Bürgermeister über den Erhalt von Denkmalen entscheiden.<sup>548</sup> Die ohnehin meist personell und fachlich unterbesetzten Unteren Denkmalschutzbehörden bekommen viel zusätzliche Arbeit. *Nicht anzunehmen, dass Kommunen, die Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser schließen müssen, graduierte Denkmalpfleger anstellen, um der neuen Verantwortung gerecht zu werden*, so die Journalistin Ira Mazzoni.<sup>549</sup>

Die Erhaltung der sächsischen Kulturlandschaft ist damit auf das stärkste bedroht. Doch damit nicht genug, die Zumutbarkeit wird so heruntergeschraubt, dass die Erhaltung eines Denkmals nicht mehr zumutbar ist, wenn die Mehrkosten für die Erhaltung nicht wieder erwirtschaftet werden können. Ensembles sollen künftig von den Gemeinden in die Denkmalliste eingetragen werden, bei Eintragungen von Einzeldenkmälern soll der Eigentümer gehört werden. Dieser Gesetzesentwurf wird, sollte er als Gesetz erlassen werden, erheblichen Schaden für die sächsische Denkmalpflege bewirken. Gerade die „normalen“, eben die nicht herausragenden Denkmäler brauchen den Schutz der Fachbehörde und sollten nicht ins Ermessen einer Unteren Denkmalschutzbehörde gestellt werden, die eben eine politische, dem Willen des Bürgermeisters unterworfenen Behörde ist. Glücklicherweise konnte – auch durch vielfache Protestschreiben und offene Briefe – der Angriff des Innenministeriums auf das sächsische Denkmalschutzgesetz abgewehrt werden. Dass parallel dazu die Fördermittel für das Landesprogramm Denkmalpflege enorm sinken, macht die Zukunft für die Denkmalpflege in Sachsen nicht leichter.<sup>550</sup>

Die Haupttendenz in dem Gesetzesentwurf der sächsischen Staatsregierung, sich vermehrt um herausragende Denkmäler kümmern zu wollen,

---

<sup>548</sup> Stadtforum Leipzig: Sachsens Regierung plant eine weitgehende Abschaffung des Denkmalschutzes, Beitrag vom 05.05.2010 unter URL: [www.stadtforum-leipzig.de](http://www.stadtforum-leipzig.de). Das Stadtforum Leipzig ist eine Plattform von Leipziger Bürgern und Vereinen, die sich aktiv für einen behutsamen und nachhaltigen Stadtbau engagieren. Es wurde 2004 gegründet.

<sup>549</sup> Mazzoni, Ira, Eigentum verpflichtet nicht, Süddeutsche Zeitung vom 22.06.2010.

<sup>550</sup> Sächsischer Landtag, Drucksache 5/6201 vom 23.06.2011, Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Thema: Investitionen in sächsische Einzelkulturdenkmale.

geht einher mit der Förderpolitik der Bundesregierung. 2011 wurde das seit 1950 bestehende Denkmalpflegeprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“ des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in einer Höhe von 13,9 Millionen aufgelegt.<sup>551</sup> Gefördert werden Baudenkmäler, historische Parks, Gärten sowie archäologische Stätten von nationaler Bedeutung.<sup>552</sup> Diese besondere Bedeutung muss vom jeweiligen Landeskonservator bestätigt, die geplante denkmalpflegerische Maßnahme muss aus fachlicher Sicht befürwortet werden. Förderungswürdig sind nur anerkannte denkmalpflegerische Maßnahmen, die der Substanzerhaltung und Restaurierung dienen. Aus diesem Programm wurden 2011 insgesamt 97 Projekte gefördert. Die Tendenz, vermehrt Denkmäler mit besonderer Bedeutung auszuzeichnen, macht sich auch im Aufschwung der UNESCO-Welterbeliste bemerkbar.

## Welterbe

Im Jahr 2012 feiert die UNESCO das 40jährige Bestehen der Welterbekonvention. Das „Internationale Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ wurde am 16. November 1972 verabschiedet und trat 1976 in Kraft.<sup>553</sup> Seit 1972 haben 188 Länder die Welterbekonvention unterzeichnet, derzeit stehen 936 Denkmäler in 153 Ländern in der Liste des Welterbes. Davon sind 725 Kulturdenkmäler, 183 Naturdenkmäler und 28 gehören beiden Kategorien an.<sup>554</sup> Übergreifende Kriterien für die Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste sind Einzigartigkeit, Authentizität (historische Echtheit) und Integrität (Unversehrtheit). Zusammen mit den zehn UNESCO-Kriterien ist die herausragende universelle Bedeutung des Kulturgutes aus historischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Gründen maßgeblich.<sup>555</sup> Neben

---

551

URL:[http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/kultur/kunstKulturfoerderung/foerderbereiche/erhaltungDenkmaeler/\\_node.html#doc187998bodyText1](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/kultur/kunstKulturfoerderung/foerderbereiche/erhaltungDenkmaeler/_node.html#doc187998bodyText1) (abgerufen am 08.02.2012).

552 Die Fördergrundsätze sind nachzulesen unter URL:

[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/BKM/2011-08-04-bkm-foerdergrundsaeetze.html?nn=401332](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2011-08-04-bkm-foerdergrundsaeetze.html?nn=401332) (abgerufen am 08.02.2011).

553 Hubel 2010, Welterbe – Wertewandel?, S. 177 und 179.

554 URL: <http://www.unesco.de/welterbeliste.html> (abgerufen am 30.01.2012).

555 URL: <http://www.unesco.de/348.html> (abgerufen am 30.01.2012).

der Liste des Welterbes gibt es auch die Liste des gefährdeten Erbes der Welt („Rote Liste“), in die Denkmäler aufgenommen werden, die ernsthaft gefährdet sind. Das Aufnahmeverfahren für die Liste des Welterbes sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten selbst Vorschlagslisten erstellen, auf deren Grundlage dann das Welterbekomitee über die Aufnahme entscheidet. In Deutschland führt die KMK (Kultusministerkonferenz), in der die Minister der sechzehn Bundesländer vertreten sind, die Vorschläge aus den Bundesländern zu einer gemeinsamen Vorschlagsliste (Tentativliste) zusammen.<sup>556</sup> Hier spielt auch der Proporz eine große Rolle, denn jeder Landesminister möchte „seine“ Objekte in die begehrte Liste eintragen lassen. Da Deutschland mit seinen Welterbestätten inzwischen im weltweiten Vergleich mit vielen Objekten hierin vertreten ist, ist nur noch je eine Nominierung aus dem Kulturerbe- oder Naturerbebereich pro Jahr möglich.<sup>557</sup> Auch dadurch erklärt sich die gewisse Beliebtheit der Welterbeliste, in der, wie Hubel in seinem Aufsatz zum Welterbe zeigte, einerseits wirklich einzigartige Objekte vertreten sind, andererseits aber auch Objekte, die beispielhaft für eine Epoche oder einen Bautyp stehen.<sup>558</sup> Durch die Flut von Aufnahmeanträgen für das Weltkulturerbe haben sich verschiedene Probleme entwickelt. Die 1998 verabschiedete Tentativliste Deutschlands konnte nicht bis 2010 abgearbeitet werden. Gründe dafür sind die stark gestiegene Zahl der Welterbestätten sowie die zunehmend unausgewogene geographische Verteilung, besonders im Hinblick auf die Vielzahl der Welterbestätten in Europa. Zudem lag der Schwerpunkt der Eintragungen auf dem Kulturerbe und daher haben die Eintragungen des Naturerbes einen gewissen Nachholbedarf.<sup>559</sup> Die Delegierte der KMK beim Welterbekomitee der UNESCO, Ringbeck, stellte fest, dass die Liste zu wenig moderne Elemente, wie beispielsweise Industriebauten, enthält, jedoch historische Innenstädte, Sakralbauten und Schlösser der Renaissance- und Barockzeit überrepräsentiert seien. Daher werden die künftigen Vorschläge aus

---

<sup>556</sup> URL: <http://www.unesco.de/welterbe-aufnahmeverfahren.html> (abgerufen am 30.01.2012). Die aktuelle Tentativliste, die auf der UNESCO-Internetseite ohne Gewähr dargestellt ist, enthält 13 Objekte, URL: <http://www.unesco.de/tentativliste.html?&L=> (abgerufen am 31.01.2012).

<sup>557</sup> Ringbeck 2009, S. 142.

<sup>558</sup> Hubel 2010, S. 180.

<sup>559</sup> Ringbeck 2011, S. 14.

Deutschland durch eine Expertenkommission bewertet und geprüft, ob sie den geänderten Antragsanforderungen entsprechen.<sup>560</sup>

Bis in die 1990er Jahre erregte die Aufnahme in die Welterbeliste kaum Aufmerksamkeit, das Aufnahmeverfahren war unkompliziert. Doch die Aufmerksamkeit um den Welterbe-Titel stieg an und führte vor allem zu einem begehrten touristischen Prädikat, das immer mehr Besucher anzog. Die Objekte wurden stark touristisch vermarktet und waren medial sehr präsent. Da die Zahl der Anträge in die Höhe schnellte, hat die UNESCO die Anforderungen an die Anträge stets erhöht, wie Hubel beschrieb.<sup>561</sup> Genügte für die Aufnahme der Bamberger Altstadt im Jahr 1993 noch eine Beschreibung von acht Seiten, so umfasste der Antrag für die Altstadt von Regensburg mehr als 2000 Seiten.<sup>562</sup>

Das Etikett „Weltkulturerbe“ hat Nachteile und Vorteile. Einerseits steigt der Tourismus an, die Besucherzahlen wachsen. Die Auswirkungen auf die Einzel- und Flächendenkmäler sind unterschiedlich. So werden durch den Massentourismus teilweise Einzelobjekte, hier sei beispielsweise die Wieskirche genannt, stark abgenutzt. Erhaltungskonzepte werden erforderlich, die Restaurierungsintervalle verkürzen sich.<sup>563</sup> Andererseits erhalten die Welterbestätten erhebliche Fördermittel, wie beispielsweise das „Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten“ der Bundesregierung. Das 2009 gestartete Programm sieht bis zum Jahr 2014 die Investition von 220 Millionen Euro vor und fördert 215 Projekte.<sup>564</sup> Es wird zentral vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verwaltet, bei der Auswahl der Projekte und Vergabe der Mittel sind die Denkmalbehörden nicht beteiligt.<sup>565</sup> Das Programm dient sowohl als Konjunkturfördermaßnahme für die Kommunen, in denen die Welterbestätten liegen, als auch für die

---

<sup>560</sup> Ringbeck 2011, S. 15.

<sup>561</sup> Hubel 2010, Welterbe – Wertewandel?

<sup>562</sup> Hubel 2010, S. 179/180.

<sup>563</sup> Schmid 2004, S. 101/102.

<sup>564</sup> UNESCO-Broschüre „Auszeichnung und Verpflichtung“ vom 20.07.2011, S. 5 und S. 18, URL:

[http://www.welterbeprogramm.de/cln\\_033/nn\\_613348/INUW/DE/Dokumentationen/Material/UNESCO\\_Broschuere,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/UNESCO\\_Broschuere.pdf](http://www.welterbeprogramm.de/cln_033/nn_613348/INUW/DE/Dokumentationen/Material/UNESCO_Broschuere,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/UNESCO_Broschuere.pdf) (abgerufen am 31.01.2012).

<sup>565</sup> Hubel 2010, S. 182.



beteiligten Körperschaften und Stiftungen. Die genannten Zahlen zeigen, welche Menge an Fördermitteln die „besonderen“ Denkmäler, die Welterbestätten jährlich an Förderungen erhalten können. Zum Vergleich: Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz hatte seit ihrer Gründung 1985 pro Jahr rund 16 Millionen Euro zur Verfügung. Die Budgets der Landesbehörden nehmen sich dagegen verschwindend gering aus. Durch diese ungleiche Förderpraxis hat eine Zweiteilung in der Denkmallandschaft stattgefunden. *Damit ist eine Kategorisierung entstanden, die in den Denkmallisten der deutschen Länder bewusst vermieden worden war*, so Hubel.<sup>566</sup> Die deutschen Welterbestätten erhalten ungeheuer viel mediale Aufmerksamkeit und Fördermittel, die „normalen“ Denkmäler werden entsprechend weniger zur Kenntnis genommen und gelten nur als Denkmäler zweiter Klasse.

Eines der wichtigsten Instrumente der Welterbekonvention ist die fortwährende Überwachung des Zustands der Welterbestätten, so Ringbeck, die im Welterbe-Handbuch die Monitoring-Instrumente beschrieb.<sup>567</sup> Die regelmäßige Berichterstattung der bis 1997 eingetragenen Welterbestätten ist bislang einmal durchgeführt worden.<sup>568</sup> Zusätzlich gibt es die reaktive Überwachung, *die über außergewöhnliche Umstände und Arbeiten, die zu einer Bedrohung der Welterbestätte führen könnten*<sup>569</sup>, berichten soll. Hierzu werden die Vertragsstaaten selbst aufgefordert, wenn sie umfangreiche Maßnahmen am Welterbe planen. Das Welterbezentrum in Paris, das ständige Sekretariat des Welterbekomitees, kann zusätzlich Beratungsorganisationen wie ICOMOS offiziell beauftragen, eine Stellungnahme oder eine Ortseinsicht vorzunehmen.<sup>570</sup> Üblich ist, dass ein Berater aus dem Ausland die Bewertung der Maßnahme übernimmt.<sup>571</sup>

---

<sup>566</sup> Hubel 2010, S. 181/182.

<sup>567</sup> Ringbeck Monitoring 2009, Die Monitoring-Instrumente der Welterbekonvention.

<sup>568</sup> Ringbeck Monitoring 2009, S. 85.

<sup>569</sup> Ringbeck Monitoring 2009, S. 86.

<sup>570</sup> Weiter Beratergremien sind IUCN (World Conservation Union) für Naturstätten und die zwischenstaatliche Organisation ICCROM (International Centre for the Study of the Preservation and Restauration of Cultural Property, Rom).

<sup>571</sup> Ringbeck Monitoring 2009, S. 86/87.

2001 wurde die Arbeitsgruppe Preventive Monitoring von ICOMOS Deutschland geschaffen, der ca. 30 Experten angehören.<sup>572</sup> Jeweils zwei Mitglieder sind für eine Welterbestätte zuständig, beobachten, machen Ortstermine und verfassen pro Jahr einen Bericht, der an ICOMOS international weitergegeben wird.<sup>573</sup> Außerdem sollen sie *durch frühzeitige Einbindung und Hinweise zur Konfliktvermeidung und Konfliktminimierung*<sup>574</sup> beitragen. Leider ist die Arbeit der Monitoring-Gruppe nicht mit einem offiziellen Mandat verbunden, denn, wie oben ausgeführt, sind ausländische Gutachter dazu vorgesehen, um die Maßnahme in einem Land zu bewerten. Daher werden die Berichte der deutschen Monitoring-Gruppe vom Welterbezentrums der UNESCO nicht offiziell anerkannt und es ist in Deutschland auch nicht möglich, Gutachter aus einem anderen Bundesland zur Bewertung eines Falles heranzuziehen.<sup>575</sup> Interne Meinungsverschiedenheiten innerhalb von ICOMOS Deutschland haben dazu geführt, dass mehrere Mitglieder der Monitoring-Gruppe ihre Beraterfunktion aufgegeben haben. Da dieser Vorgang auch in der überregionalen Presse nachvollziehbar wurde, kamen Zweifel an der Seriosität des internationalen Denkmalrates auf.<sup>576</sup>

ICOMOS Deutschland als nichtstaatliche Organisation und die UNESCO haben in Deutschland in Fragen der Denkmalpflege keine Entscheidungsbefugnis. Die UNESCO hat im Fall einer Bedrohung der Welterbestätte nur die Möglichkeit, diese auf die „Rote Liste“ zu setzen und damit die Verantwortlichen unter Druck zu setzen. Im Fall des geplanten Baus der Waldschlösschenbrücke innerhalb des Welterbes Dresdner Elbtal führte dieses Mittel nicht zum Erfolg und der Welterbestatus wurde entzogen.<sup>577</sup> Trotz der denkmalpflegerisch und denkmalrechtlich eigentlich unbedeutenden Funktion der UNESCO wird sie in der öffentlichen Wahrnehmung immer häufiger als oberste Denkmalbehörde wahrgenommen, was der Streit um die Planung einer neuen

---

<sup>572</sup> Dazu gehören auch Kollegen von ICOMOS Österreich, Schweiz, Luxemburg und aus der Tschechischen Republik.

<sup>573</sup> Ringbeck Monitoring 2009, S. 87/88.

<sup>574</sup> Ringbeck Monitoring 2009, S. 88.

<sup>575</sup> Hubel 2010, S. 186.

<sup>576</sup> Mazzoni, Ira, Dunkle Gesellschaft, Süddeutsche Zeitung vom 10.05.2011.

<sup>577</sup> Seit Juli 2006 stand das 2004 in die Welterbe-Liste aufgenommene Dresdner Elbtal auf der Roten Liste, im Juni 2009 wurde es aus der Liste des Welterbes gestrichen.

Brücke in der Altstadt Regensburgs gezeigt hat. Die Steinernen Brücke wurde im August 2008 für den motorisierten Verkehr gesperrt, seitdem wird der Busverkehr über die Nibelungenbrücke umgeleitet, was Fahrzeit nur um einige Minuten verlängerte und eigentlich kein erhebliches Verkehrsproblem darstellte. Der Regensburger Bürgermeister forderte den Bau einer neuen Brücke und favorisierte den Bau im Westen, der mit den hohen Rampen allerdings massiv in das Altstadtensemble Regensburgs eingreifen würde.<sup>578</sup> Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege lehnte den Bau einer neuen Brücke westlich der Steinernen Brücke ab, weil die Eingriffe in den Denkmalbestand gravierend und die Beeinträchtigung der Altstadtsilhouette erheblich wären. Trotz dieser eindeutigen Äußerung der zuständigen Fachbehörde hat das UNESCO-Welterbekomitee kein Veto eingelegt, sondern einen Bericht zum Planungsstand angefordert.<sup>579</sup> Die Stadt Regensburg setzte eine Expertengruppe ein, die als Steuerungskomitee (Steering Committee) die Planungen der Stadt als Schnittstelle mit dem Welterbezentrum in Paris begleiten würde.<sup>580</sup> Im Oktober 2009 tagte das Steuerungskomitee und erlaubte der Stadt, beide mögliche Brückenplanungen auf die Verträglichkeit mit dem Welterbe zu prüfen, was zwei Architekturbüros erledigten.<sup>581</sup> Das positive Ergebnis für die Verträglichkeit beider Trassen wurde von drei Mitgliedern kommentiert.<sup>582</sup> Professor Greipl befürwortete die Weiterführung der Planung der Osttrasse, der sich die beiden Kollegen anschlossen. Damit hatte die Stadt Regensburg nicht gerechnet, die sich an die Delegierte der KMK bei der UNESCO, Frau Dr. Ringbeck wandte. Sie antwortete, dass es nicht die Aufgabe des Steuerungskomitees sei, die Gutachten zu bewerten, sondern nur die Fragestellung dafür zu erarbeiten.<sup>583</sup> Seitdem ist das Steuerungskomitee an den Rand

---

<sup>578</sup> Hubel Regensburg 2010, S. 137. Mehrere Vereine haben sich zu einem „BürgerBündnis“ zusammengeschlossen, um sich gegen die Brückenprojekte zu wehren.

<sup>579</sup> Hubel 2010, S. 188.

<sup>580</sup> Hubel Regensburg 2010, S. 139.

<sup>581</sup> Hubel zeigte auf (S. 142/143), dass diese Büros überwiegend im Neubau tätig waren, die nur mittelalterliche Bauten für bedeutend einschätzen und das 19. Jahrhundert als minderwertig darstellen. Die Eingriffe in die Stadtstruktur bei dem Bau der Brückentrasse werden nicht realistisch, sondern geschönt dargestellt.

<sup>582</sup> Hubel Regensburg 2010, S. 140. Dies waren Prof. Greipl, Prof. Lipp und Dr. Štulc.

<sup>583</sup> Hubel Regensburg 2010, S. 141.

gedrängt und die Stadt Regensburg kommuniziert nun direkt mit der UNESCO. Leider entsteht hier wieder einmal der Eindruck, die UNESCO sei zuständig für denkmalpflegerische Entscheidungen und nicht die Untere Denkmalschutzbehörde zusammen mit dem Landesamt für Denkmalpflege.

Im Jahr 2006 wurde auf Initiative Frankreichs ein Projekt gestartet, um ein neues europäisches Markenzeichen zu etablieren, das „Europäische Kulturerbe-Siegel“. Das zunächst zwischenstaatliche Projekt ist seit 19. Mai 2011 eine Maßnahme der Europäischen Union.<sup>584</sup> *Mit dem Siegel werden Stätten ausgezeichnet, die symbol- und beispielhaft für die europäische Einigung sowie für die Ideale und die Geschichte Europas und der Union stehen.*<sup>585</sup> Das spanische Kulturministerium bietet eine Übersicht über die ausgezeichneten Stätten.<sup>586</sup> Jeder der siebzehn europäischen Mitgliedsstaaten kann nach festgelegten Modalitäten pro Auswahldurchgang zwei Stätten für das „Europäische Kulturerbe-Siegel“ vorschlagen. Deutschland hat seit Januar 2011 zwei Stätten mit dem Siegel: die „Stätten der Reformation“ und den „Eisernen Vorhang“. Bei den „Stätten der Reformation“ sind neunzehn Erinnerungsorte mit dem Siegel bezeichnet, darunter sind auch die Lutherstädte Eisleben und Wittenberg, deren Luther-Gedenkstätten auch als Welterbestätten eingetragen sind. Mit der Auszeichnung sollen die Stätten bekannt gemacht werden, sie zielt nicht auf deren Erhalt ab. Mit dem Siegel soll der Zugang zu den Stätten und die Qualität der angebotenen Informationen verbessert werden. Es kann auch an historische Ereignisse oder geistesgeschichtliche Zusammenhänge erinnern und unterscheidet sich damit vom Weltkulturerbe. Die Hochschullehrerin Siegrid Brandt sieht das Kulturerbe-Siegel als mögliche Alternative für manche Welterbe-Initiative und *damit langfristig als ein Beitrag, die Dominanz der europäischen Denkmäler und Stätten auf der UNESCO-Liste und in den Tentativlisten für Welterbe-Nominierungen abzubauen.*<sup>587</sup>

---

<sup>584</sup> URL: <http://www.kmk.org/kunst-kultur/europaeisches-kulturerbe-siegel.html> (abgerufen am 07.02.2012).

<sup>585</sup> URL: <http://www.kmk.org/kunst-kultur/europaeisches-kulturerbe-siegel.html> (abgerufen am 07.02.2012).

<sup>586</sup> URL: <http://www.kmk.org/kunst-kultur/europaeisches-kulturerbe-siegel.html> (abgerufen am 07.02.2012).

<sup>587</sup> Brandt 2011, S. 25.

Gleichzeitig mit dem Aufschwung der Welterbeliste in den 1990er Jahren nahm die Tendenz zu, verloren gegangene Bauwerke, die durch den Krieg oder in der Nachkriegszeit beschädigt oder zerstört wurden, wieder zu errichten.

Andernorts – wie in den neuen Bundesländern – wehren sich Bürgerinitiativen gegen den politisch geförderten Abriss historischer, meist gründerzeitlicher Wohnbebauung. Die Denkmalpflege ist in allen Fällen gefordert, die existierenden Denkmäler zu schützen und sich für deren Erhaltung einzusetzen. *Aber die Denkmalpflege muss sich darüber klar(er) werden, warum sie hier mitmacht, dort ebenso selbstverständlich opponiert, wo ihre Aufgabe in einer rekonstruktionsfrohen Gegenwart endet*, so das Vorwort in der Zeitschrift Denkmalpflege 2008, die sich mit dem Thema Rekonstruktion beschäftigte.<sup>588</sup>

### **Paradigmenwechsel?**

Der Ruf nach einem neuen Denkmalbegriff wird laut, es ist die Rede von einem Paradigmenwechsel in der Denkmalpflege.<sup>589</sup> Muss der Denkmalbegriff tatsächlich zu Beginn des 21. Jahrhunderts neu gefasst werden? Die Frage danach, was ein Denkmal ist, wird nicht neu gestellt werden müssen, denn in den Gesetzen der Bundesländer sind die Bedeutungskriterien klar gestellt, die zur Denkmalfeststellung führen können. Die moderne Denkmalpflege ist eine Wissenschaft, die an Universitäten und Fachhochschulen gelehrt wird. Die praktische Umsetzung bzw. der Vollzug des Denkmalschutzgesetzes wird praktiziert durch die verschiedenen zuständigen Denkmalbehörden und die für das Land zuständige Denkmalfachbehörde. Die Denkmalpflege kann insbesondere seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr auf Erfolge verweisen, die einerseits die Popularität des Faches und andererseits die „Verwissenschaftlichung“, d.h. die Entwicklung und Verfeinerung der Untersuchungsmethoden an Denkmälern angehen. Besonders in Bayern wurden hierzu seit Mitte der 1970er Jahre wichtige Grundlagen im Umgang mit dem Baudenkmal gelegt, erwähnt seien z. B. an die Vorunter-

---

<sup>588</sup> DKD 66. Jg., 2008, Heft 1, München Berlin 2008, Vorwort der Redaktion, S. 3.

<sup>589</sup> Siehe die Aufsätze von Hans-Rudolf Meier und Thomas Will, Dehio 2000! Paradigmenwechsel in der modernen Denkmalpflege?, Wolfgang Kil, Verwunschene Orte – Brauchen wir einen neuen Denkmalbegriff?.

suchungen vor einer Instandsetzung und deren Dokumentation. Nach dem Aufschwung seit dem Denkmalschutzjahr und den steigenden Fördermitteln begann in den 1990er Jahren eine kritische Phase der Denkmalpflege in Deutschland. Durch zurückgehende Fördermittel, personelle Einsparungen in den Ämtern wurde es immer schwieriger, in der Praxis ein gutes Ergebnis zu erzielen. Die Kluft zwischen der Theorie der Denkmalpflege und ihren Möglichkeiten in der Praxis wurde größer. Die Disziplin Denkmalpflege muss ihre Positionen immer wieder kritisch an Beispielen aus der Praxis überprüfen. Nur mit dem Ergebnis aus dem genau analysierten Umgang mit dem Denkmal zeigt sich die Tragfähigkeit der denkmaltheoretischen Position. Aus der Rückschau hat sich gezeigt, dass es beispielsweise in Bezug auf Rekonstruktionen von Gebäuden immer wieder erforderlich ist, die Position der Denkmalpflege genau zu bestimmen. Die Praxis lehrte aber auch, dass diese Positionen regelmäßig in fast allen Bundesländern nicht eingehalten wurden, sondern Entscheidungen für Rekonstruktionen mit dem Konsens der Fachbehörden getroffen werden. Sollte man dann nicht das Denkmalschutzgesetz ändern und auch Rekonstruktionen ermöglichen, wenn sie denn sowieso gemacht werden? Bayern äußerte sich in Person von Generalkonservator Petzet bereits 1993 zu einem postmodernen Denkmalkultus, in dem die klassischen Grundsätze der Jahrhundertwende nicht die einzigen innerhalb eines pluralistisch angelegten Denkmalkultus sind. Die Distanz zu den „klassischen“ Grundsätzen des beginnenden 20. Jahrhunderts vergrößert sich, ein neuer Denkmalkultus wird am Ende des Jahrhunderts formuliert und auch an Beispielen umgesetzt. Rechtfertigt alleine die entstandene Distanz zu den Grundsätzen von Riegl und Dehio einen neuen Denkmalbegriff? Haben sich Grundsätze, Werte und Methoden geändert? Die Hochschullehrer Hans-Rudolf Meier und Thomas Will haben im Jahr 2000 bereits festgestellt, dass Denkmalpflege in der Praxis schon immer pluralistisch war.<sup>590</sup> Wenn die Tätigkeit der Denkmalpfleger zunehmend auf das Herstellen von Architekturen „in neuem Glanz“, auf den ästhetischen Schauwert der Denkmäler und auf die Mithilfe zum Rekonstruieren verlorener Bauwerke reduziert wird, dann ist eine neue

---

<sup>590</sup> Meier/Will 2005.

Grundsatzdiskussion notwendig, die die Wahrnehmung der Öffentlichkeit über ihre ursächlichen Aufgaben schärft. Denn: *Die Bedeutung der Baudenkmale ... liegt nicht allein in den künstlerischen Ideen, die diese verkörperten, sondern wesentlich in ihrer zeitbedingten materiellen, baulichen und künstlerischen Gestalt mit allen Schicksalsspuren. Die überlieferte materielle Gestalt ist als Geschichtszeugnis unwiederholbar wie die Geschichte selbst.*<sup>591</sup> Dieser unumstößlichen Feststellung müsste auch jeder Paradigmenwechsel standhalten, oder aber die Aufgaben der Denkmalpflege müssten von der Politik neu definiert und verantwortet werden.

Das folgende Beispiel zeigt die Erhaltung der gerade genannten Einmaligkeit und Unwiederholbarkeit eines Baudenkmals. Die zitierte *überlieferte materielle Gestalt* der ehem. Benediktinerabteikirche St. Maria in Amorbach soll erhalten werden, daher wird die Konservierung der Kirche als einmaliges Geschichtszeugnis mit allen Spuren angestrebt. Das im frühen 8. Jahrhundert gegründete Kloster besaß eine romanische Kirche, die im Laufe der Zeit mehrfach verändert wurde. 1742 bis 1747 wurde die Basilika durch einen Neubau von Maximilian von Welsch und dessen Schüler Valentin Schick ersetzt (10 Abb. 1). Der Wessobrunner Johann Michael Feichtmayr II und Johann Georg Üblher stuckierten, die Fresken malte Matthäus Günther.<sup>592</sup> Glücklicherweise wurde die Kirche im Jahr 1803 zur Hofkirche des Fürsten Ernst zu Leiningen und ist dadurch nahezu unverändert erhalten (10Abb. 2, 3). Ausweislich der Akten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege wurde keine umfassende Sanierung der Raumschale durchgeführt. Es gibt keine Anzeichen für eine großflächige Überfassung.<sup>593</sup> Fürst Andreas zu Leiningen gründete 2011 eine Stiftung zur Förderung von Kunst, Kultur und der Denkmalpflege, um diese „Originalurkunde“ ungeschmälert erhalten zu können. Ziel der Restaurierung ist die Bewahrung des Originalbestandes.

---

<sup>591</sup> Resolution der Landesdenkmalpfleger, in: DKD 1991, Heft 1, S. 96, siehe auch Anhang Dokumente, Nr. 3.

<sup>592</sup> Dehio Bayern I, S. 23/24.

<sup>593</sup> Im Laufe des Jahres 2012 wird die Untersuchung der Raumschale durchgeführt.

## **5. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, der Wandel einer Institution von 1975 bis 2005**

Im Rahmen dieser Arbeit, die die denkmalpflegerische Entwicklung in Deutschland im Zeitraum von 1975 bis 2005 mit dem Schwerpunkt Bayern betrachtet, darf der genaue Blick auf das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege nicht fehlen. Die Entwicklung des Landesamtes wird anhand von verschiedenen Punkten wie der amtsinternen Entwicklung wie beispielsweise der Mitarbeiterzahl, den Zuschussmitteln und rechtlichen Änderungen aufgezeigt.

### **Entwicklung bis 1989**

Noch 1968 stand die staatliche Denkmalpflege mit geringsten Finanzmitteln (der Jahresetat der Zuschussmittel lag bei ca. 3,5 Mill. DM), geringer Personalausstattung (ein Referent betreute den Regierungsbezirk Oberbayern und die Stadt München) und ohne eine Handlungsgrundlage da.<sup>594</sup> Vor dem Erlass des Denkmalschutzgesetzes wurde der Personalbedarf für die Einrichtung der Behörde angemeldet, man ging von 200 Mitarbeitern in drei Abteilungen aus.<sup>595</sup> Diese Zahl wurde zunächst nicht erreicht, im Jahr 1974 arbeiteten 115 Mitarbeiter am Amt, aber nicht alle auf Planstellen. Die Mitarbeiterzahlen entwickelten sich bis zum Höchststand von 278 Stellen im Jahr 1995. Der Jahresetat der Zuschussmittel lag in den Jahren 1975 und 1976 bei je 19 Millionen DM, aus dem Entschädigungsfonds kamen 20 Millionen DM. Gleichzeitig bestand die Forderung, dass neben der Baudenkmalpflege auch die Bodendenkmalpflege finanziell und personell besser ausgestattet werden müsse, gleiches gelte für die Restaurierungswerkstätten, so der damalige Generalkonservator Petzet.<sup>596</sup>

Wie der ehemalige Kultusminister Maier berichtete, kam es bereits bei der Ernennung des ersten Generalkonservators 1974 zum Streit mit Franz Josef Strauß.<sup>597</sup> Strauß wollte einen eigenen Kandidaten durchsetzen, Erwin Schleich. Petzets Ernennung zum Generalkonservator war

---

<sup>594</sup> Maier 1982, S. 1.

<sup>595</sup> Hallinger 2008 Amt, S. 283.

<sup>596</sup> JBD Bd. 30/31, S. 7/8.

<sup>597</sup> Maier 2008, S. 1.



durch das bayerische Kabinett bereits erfolgt und sollte wieder rückgängig gemacht werden. Zum Anlass nahm Franz Josef Strauß ein Exponat von Piero Manzoni<sup>598</sup> in einem Ausstellungskatalog des Münchner Lenbachhauses. Petzet war damals dort Galeriedirektor. Die gesamte CSU-Fraktion diskutierte heftig über die Wahl des richtigen Kandidaten, Kultusminister Hans Maier drohte sogar mit seinem Rücktritt, falls Petzet nicht ernannt würde.<sup>599</sup> Er selbst hatte Petzet als „Mann erster Klasse“ vorgeschlagen. Durch das große Pressecho rückte auch der Denkmalschutz in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Den ersten Angriff auf das neue Denkmalschutzgesetz führte 1987 der junge Abgeordnete Edmund Stoiber mit einem Antrag auf Gesetzesänderung an. *Ursprüngliches Ziel des Abgeordneten Stoiber war es seinerzeit, eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes zu betreiben mit dem Ziel, die Eintragung von Bau- und Bodendenkmälern in die Denkmalschutzliste an das Einvernehmen der Gemeinden zu binden.*<sup>600</sup> Wie Alois Glück berichtete, setzten sich daraufhin die Kommunalpolitiker und Kulturpolitiker zusammen und erstellten *nach langen Mühen*<sup>601</sup> einen Antrag, der in den Landtag eingebracht wurde. Dieser sah vor, eine stärkere Beteiligung der Kommunen zu erreichen und die Eintragung nur in Übereinstimmung mit allen vorzunehmen. Nach einer längeren Debatte wurde folgende Passage wieder gestrichen: *Streitig bleibende Fälle sind dem Landesdenkmalrat vorzulegen. Das Landesamt für Denkmalpflege ist an die Wertung des Landesdenkmalrats grundsätzlich gebunden.*<sup>602</sup> Mit einer Stimme Enthaltung wurde dann folgender Wortlaut beschlossen: *Die Staatsregierung wird ersucht zu gewährleisten, dass bei Erstellung der Denkmallisten die Einwendungen der Gemeinden vom Landesamt für Denkmalpflege unter Beteili-*

---

<sup>598</sup> Es handelte sich um eine Dose mit Künstlerexkrementen von Piero Manzoni.

<sup>599</sup> Alpha-Forum des Bayerischen Rundfunks, Sendung vom 19.11.2008, Dr. Michael Petzet im Gespräch mit Dr. Dieter Lehner. URL:<http://www.br-online.de/content/cms/Universalseite/2008/11/20/cumulus/BR-online-Publikation--240094-20081120144507.pdf> (abgerufen am 02.11.2008).

<sup>600</sup> Bayerisches Landtag, Stenographischer Bericht 8/111 vom 11.07.1978, S. 6199. Siehe auch Drs. 8/6462 vom 19.10.1977.

<sup>601</sup> Bayerisches Landtag, Stenographischer Bericht 8/111 vom 11.07.1978, S. 6199.

<sup>602</sup> Bayerisches Landtag, Stenographischer Bericht 8/111 vom 11.07.1978, S. 6199.

*gung der Kreisverwaltungsbehörden eingehend und mit dem Ziel erörtert und gewürdigt werden, eine Übereinstimmung aller Beteiligten zu erreichen.*<sup>603</sup>

Bis zum Jahr 1978 stellte das Bayerische Landesamt – wie gesetzlich gefordert – die Entwürfe der Liste der Baudenkmäler zusammen. Damit war Bayern das erste Bundesland, das über eine vollständige listenmäßige Erfassung seiner Denkmäler verfügte.<sup>604</sup> Rund 110.000 Denkmäler wurden festgestellt: davon 13.000 kirchliche Gebäude, 2000 Burgen und Schlösser, 40.000 Wohngebäude, 24.000 bäuerliche Anwesen und Einzelgebäude. Mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk konnte 1979 mit dem Aufbau eines Zentrallabors begonnen werden, dem ersten naturwissenschaftlichen Laboratorium an einer Denkmalfachbehörde, das denkmalpflegerische Spezialthemen wie die Steinkonservierung wegen zunehmender Umweltbelastung wissenschaftlich untersucht.<sup>605</sup> Weitere Themen wie die Untersuchungen von historischen Glasfenstern und ihre Erhaltung kommen im Laufe der Jahre hinzu.

1976 wurde die Außenstelle Seehof für die Betreuung von Unterfranken und Oberfranken eingerichtet, die Werkstätten erhielten Referate für Wandrestaurierung, Steinkonservierung und Textilrestaurierung.<sup>606</sup> 1977 wurde die archäologische Außenstelle im Rüntingerhaus in Regensburg bezogen. 1979 stellte Generalkonservator Petzet in dem Vorwort zum Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege fest, dass die personelle Ausstattung nicht optimal sei. Für den Bereich der Gebietsreferenten für die Regierungsbezirke Niederbayern, Oberpfalz, und Oberfranken ist die Minimalzahl von 4 Referenten pro Regierungsbezirk noch nicht erreicht; um die Qualität der praktischen Arbeit zu steigern, wäre für die Abteilung u. a. eine Verstärkung des Referats Bauforschung dringend erwünscht.<sup>607</sup> Der Stellenplan entwickelte sich von 105 Stellen im Jahr 1973 bis zu 180 Stellen im Jahr 1983 und trug damit den an das Amt gestellten Aufgaben Rechnung. Neue Aufgabenbereiche wie die

---

<sup>603</sup> Bayerisches Landtag, Stenographischer Bericht 8/111 vom 11.07.1978, S. 6199.

<sup>604</sup> Maier 1982, S. 2.

<sup>605</sup> JBD 30/31, Vorwort, die Stiftung Volkswagenwerk hatte 1,654 Millionen DM für die Errichtung des physikalisch-chemischen Labors bereitgestellt.

<sup>606</sup> Maier 1982, S. 3/4.

<sup>607</sup> JBD 30/31, Vorwort.

Dorferneuerung, die Bauforschung und das Zentrallabor kamen hinzu. Die Arbeitsgruppe Dorferneuerung gab im Jahr 1980 erstmals einen Bericht ab über die Dorferneuerungsmaßnahmen im Rahmen der Flurvereinigung.<sup>608</sup>

Die Zuschussmittel entwickelten sich zwischen 1975 und 1985 nicht stark nach oben, sie schwankten zwischen 17 und 21 Millionen DM für die praktische Denkmalpflege pro Jahr. Aus dem Entschädigungsfonds standen pro Jahr etwa 20 Millionen DM und seit 1985 30 Millionen DM zur Verfügung. Die parallel laufenden Mehrjahrespläne 1973–1977 und 1978–1982 wurden auch aus den vorhandenen Fördermitteln gespeist, es gab dafür keine Sondermittel. 1980 wurden Sonderprogramme für bestimmte Baugruppen aufgestellt, das Bauernhausprogramm im Landkreis Rosenheim, das Kapellenprogramm im Berchtesgadener Land, in Rosenheim und in Aichach-Friedberg, das Schlösser- und Burgenprogramm zur Rettung dieser Denkmalgruppe in der Oberpfalz.<sup>609</sup> Im Bereich der Stadtsanierung lagen z. B. die Schwerpunkte denkmalpflegerischer Arbeit in Regensburg oder Passau. Hier wurden im Rahmen des noch bis 1982 laufenden 3. Mehrjahresplans Schwerpunktförderungen auch von kleineren Instandsetzungsmaßnahmen an historischen Bürgerhäusern ermöglicht.<sup>610</sup>

1982/83 hat sich der Standard der Restaurierungspraxis bereits weitgehend gefestigt. Die regelmäßigen Sprechtag im Abstand von etwa 4 Wochen wurden vor Ort abgehalten, die Protokolle der Termine hielten die getroffenen Absprachen fest. Petzet stellte hierzu im Vorwort des Jahrbuchs fest: *In der Zusammenarbeit mit den Denkmalschutzbehörden waren die Bemühungen des Landesamts für Denkmalpflege nicht nur auf einen mehr oder weniger reibungslosen Vollzug des nach zehn Jahren mittlerweile allgemein als vorbildlich anerkannten bayerischen Denkmalschutzgesetzes gerichtet, sondern vor allem einen nach modernen denkmalpflegerischen Grundsätzen ausreichenden fachlichen Standard der Durchführung, wie er*

---

<sup>608</sup> JBD 34, Vorwort, ohne Seitenzahlen.

<sup>609</sup> JBD 34, S. 7.

<sup>610</sup> JBD 34, S. 6. Dafür wurden jährlich 16 Mio. DM aus Zuschussmitteln bzw. Mitteln des Entschädigungsfonds bereitgestellt.

*nur aufgrund entsprechender Vorbereitung und begleitender fachlicher Betreuung zu erzielen ist.*<sup>611</sup>

Im Jahr 1983 wurde das 75jährige Jubiläum des Bayerischen Landesamtes gefeiert, die zweite Jahrestagung des Amtes wird in Ansbach mit dem Rahmenthema „Zehn Jahre bayerisches Denkmalschutzgesetz“ begangen. Dieter Martin beschrieb in seinem Aufsatz die Gewichtungen des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes im Vergleich mit der Bauordnung, die 1982 novelliert wurde. 1984 gab es eine gemeinsame Bekanntmachung der Ministerien des Inneren und für Unterricht und Kultus zum Vollzug des Denkmalschutzgesetzes und baurechtlicher Vorschriften.<sup>612</sup> Grund hierfür war die Novellierung der Bauordnung 1982, die in ihren Auswirkungen das Denkmalschutzgesetz betraf. Die Veränderung von Fenstern und Türen, d.h. der äußeren Gestalt von Gebäuden war jetzt nur mehr bei Baudenkmalern und im Nahbereich derselben genehmigungspflichtig; *eine ganze Reihe baulicher Anlagen darf ohne Genehmigung beseitigt werden, solange es sich nicht um Baudenkmäler oder Ensemble-Bestandteile handelt. Soweit Maßnahmen baurechtlich neuerdings genehmigungsfrei gestellt worden sind, trifft aber die Bauherren automatisch die Erlaubnispflicht nach Denkmalschutzgesetz: Das formelle Verfahren ist unabdingbar, wenn ein Baudenkmal auch nur in der Nähe des Vorhabens liegt. Hat die Novelle also formell letztlich nichts geändert, so hat sie doch die Argumentation einseitig und entscheidend auf den Denkmalschutz verlagert.*<sup>613</sup>

Auch der Devolutiveffekt<sup>614</sup> wurde auf Fälle beschränkt, in denen das Kulturdenkmal „eine für das ganze Land oder einzelne Landesteile herausragende Bedeutung“ besitzt. Dies war, so Petzet, eine Änderung, die in ihren Auswirkungen auf die Praxis erst in den kommenden Jahren zu beurteilen sein würde.<sup>615</sup> Das Zentrallabor beschäftigte sich im Rahmen

---

<sup>611</sup> JBD 37, S. 8.

<sup>612</sup> JBD 38, S. 7. Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Unterricht und Kultus vom 27.07.1984, sie definiert u.a. die Art der Zusammenarbeit zwischen Fachbehörde und den Unteren Schutzbehörden.

<sup>613</sup> Martin 1983, S. 37.

<sup>614</sup> Der Devolutiveffekt bedeutet, dass die Entscheidung, bei der das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege und die Untere Denkmalschutzbehörde voneinander abweichende Meinungen haben, auf die Ebene der Bezirksregierung weitergegeben wird.

<sup>615</sup> JBD 38, S.7.

der Steinkonservierung mit Maßnahmen zur Dauerhaftigkeit von Steinfestigungs- und Hydrophobierungsmaßnahmen an Denkmälern.<sup>616</sup> Es war außerdem an einem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten Forschungsbereich Steinkonservierung beteiligt und forschte im Bereich Metallkonservierung an der „Konservierung von Bronzen im Freien“, ein von der Volkswagenstiftung finanziertes Projekt.<sup>617</sup> Das Zentrallabor beschäftigte sich im Rahmen der Steinkonservierung mit Maßnahmen zur Dauerhaftigkeit von Steinfestigungs- und Hydrophobierungsmaßnahmen an Denkmälern.<sup>618</sup> Das Zentrallabor war an einem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten Forschungsbereich Steinkonservierung beteiligt und forschte im Bereich Metallkonservierung an der „Konservierung von Bronzen im Freien“, ein von der Volkswagenstiftung finanziertes Projekt.<sup>619</sup> Internationale Kolloquien fanden anlässlich der fünfjährigen Förderung des Zentrallabors durch die Stiftung Volkswagenwerk statt: „Natursteinkonservierung“ und „Glaskonservierung – historische Glasfenster und ihre Erhaltung“. Das Zentrallabor wurde zu einer international beachteten Einrichtung.<sup>620</sup> Neue Arbeitsgebiete für das Amt kamen aus dem Bereich der Dorferneuerung; mittels eines denkmalpflegerischen Erhebungsbodens wurden die wichtigsten Gesichtspunkte für die ca. 1000 Dorferneuerungsmaßnahmen festgehalten.<sup>621</sup>

Innerhalb des Amtes wurden 1985 neue Strukturen geschaffen. Die Abteilung A (Baudenkmalpflege) wurde neu gegliedert: anstatt einer Abteilung für ganz Bayern gab es dann eine Abteilung A I mit Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben und eine Abteilung A II mit Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken. Eine neue Abteilung D mit den Querschnittsreferaten Bauforschung, städtebauliche Denkmalpflege und technische Fragen wurde geschaffen.<sup>622</sup> 1985/1986 waren alle Denkmallisten Bayerns vollständig als „Kunstdenkmäler von Bayern“ publiziert. Die Liste umfasste ausschließlich den Teil A, also Bau-

---

<sup>616</sup> JBD 40, S. 8.

<sup>617</sup> JBD 42, S. 8.

<sup>618</sup> JBD 40, S. 8.

<sup>619</sup> JBD 42, S. 8.

<sup>620</sup> JBD 38, S. 7.

<sup>621</sup> JBD 38, S. 8.

<sup>622</sup> JBD 39, S. 8.

und Kunstdenkmäler, die systematische Eintragung der Bodendenkmäler (Teilliste B) fehlte.<sup>623</sup> Die Eintragung der Ensembles war ebenfalls noch nicht abgeschlossen, da hier zudem der Landesdenkmalrat zu beteiligen ist. Alle Denkmallisten werden fortgeschrieben. Über die Höhe der Zuschussmittel gab es in diesem Jahrbuch keine Angabe.<sup>624</sup>

Bereits 1986 wurden die Zuschussmittel für die praktische Bau- und Kunstdenkmalpflege auf 47 Millionen DM erhöht.<sup>625</sup> Dem Landesamt für Denkmalpflege wurde das Gebäude der Alten Münze zur Nutzung übergeben, in dem – nach und nach – alle in München tätigen Abteilungen untergebracht werden sollen.

Im nächsten Jahr förderte das Landesamt fast 5000 Einzelmaßnahmen, eine bislang nicht erreichte Zahl, auch die Steuerbescheinigungen für private Denkmaleigentümer in Höhe von 248.955.877 DM bewiesen die wirtschaftliche Bedeutung des Denkmalschutzes in Bayern.<sup>626</sup>

## **Entwicklung 1989 bis 2005**

### **Fördermittel**

Die Fördermittel sind gestiegen, Förderungen für die Bau- und Kunstdenkmalpflege sind in Höhe von fast 68.741 Mio. DM bewilligt worden.<sup>627</sup> Im nächsten Jahr sinken sie leicht auf 56.160 Mio. DM, der Entschädigungsfonds bleibt bei ca. 40 Millionen DM.

Im Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege berichtete der Generalkonservator für das Jahr 1990 über die Mittel, die der Bau- und Kunstdenkmalpflege zur Verfügung gestanden haben.<sup>628</sup> Neben den 49,5 Mio. DM waren aus dem Entschädigungsfonds Mittel in Höhe von 32 Millionen DM vorhanden. Petzet wies dabei auf die erhebliche Kostensteigerung im Bauwesen hin. An steuerlichen Abschreibungen für Maßnahmen an Baudenkmälern wurden rund 208 Millionen DM bescheinigt

---

<sup>623</sup> Ab 2006 wurde damit begonnen.

<sup>624</sup> JBD 39.

<sup>625</sup> JBD 40, S. 7. Gemeint ist hier wohl die Summe der Mittel aus dem Entschädigungsfonds und den Mitteln für die praktische Denkmalpflege.

<sup>626</sup> JBD 43, S. 7; Der Entschädigungsfonds betrug 1989 ca. 41 Millionen DM.

<sup>627</sup> JBD 41, S. 7.

<sup>628</sup> Petzet, Michael, in: JBD 44, Vorwort, S. 7.

(nach § 7i, IIb und 12f).<sup>629</sup> Der Entschädigungsfonds erhöhte sich im Jahr 1991 um 8 Millionen DM auf 40 Mio. DM, während die allgemeinen Zuschussmittel auf 44 Mio. DM sanken. Die Zahlen des nächsten Jahres zeigten eine leichte Ausgabensteigerung des Entschädigungsfonds auf 42,8 Mio. DM, die allgemeinen Mittel für die Bau- und Kunstdenkmalpflege stiegen 1992 auf 44,411 Mio. DM. Die steuerlichen Abschreibungen stiegen auf 255 Mio. DM.<sup>630</sup> Ein Sonderprogramm für private denkmalpflegerische Maßnahmen aus Thüringen und Sachsen wurde aus bayerischen Mitteln bestritten.

Die Zuschussmittel für die Bau- und Kunstdenkmalpflege sanken im Jahr 1993 auf 36.168 Mio. DM und 1994 auf 31.884 Mio. DM. Der Entschädigungsfonds verfügte 1993 über 43,6 Mio. DM, 1994 über 45 Mio. DM.<sup>631</sup> Die Mittel im Jahr 1995 blieben auf dem Niveau, nur der Entschädigungsfonds stieg auf 51,355 Mio. DM.<sup>632</sup> Im Jahr 1995 waren die finanziellen Mittel für die Bau- und Kunstdenkmalpflege bei 31,795 Mio. DM für 2.408 Bewilligungen. Der Entschädigungsfonds blieb mit 51,355 Mio. DM bleibt auf recht hohem Stand.<sup>633</sup>

1996 gingen die Mittel für die Bau- und Kunstdenkmalpflege etwas zurück auf 29,645 Mio. DM, der Entschädigungsfonds verringerte sich ebenfalls auf 41,927 Mio. DM.<sup>634</sup> Der weitere Rückgang der Mittel für die Denkmalförderung zeigte sich 1997, als nur noch 24,471 Mio. DM zur Verfügung standen, der Entschädigungsfonds verfügte nur noch über 34,836 Mio. DM. Daneben halfen Stiftungen und Spenden bei der Erhaltung und Restaurierung von Denkmälern, so u. a. die Bayerische Landesstiftung und die Messerschmitt-Stiftung, die auch die Herausgabe von Publikationen unterstützte.<sup>635</sup> Auch bei den Restaurierungswerkstätten konnten viele Projekte nur mit Hilfe von Stiftungen geschultert werden. Ende der 1990er Jahr hatten sich die Finanzmittel, über die das Amt verfügte, nicht wesentlich erhöht, so erhielt die Bau- und Kunst-

---

<sup>629</sup> JBD 44, S.7.

<sup>630</sup> JBD 45/46, S.7; 1991 wurden 215, 1992 255 Mio. DM steuerlich abgeschrieben.

<sup>631</sup> JBD 47/48, S. 9.

<sup>632</sup> JBD 49–53, S. 8.

<sup>633</sup> JBD 49–53, S. 8.

<sup>634</sup> JBD 49–53, S. 10.

<sup>635</sup> JBD 49–53, S. 12.

denkmalpflege 25,351 Mio. DM, der Entschädigungsfonds konnte 38,044 Mio. DM freistellen.<sup>636</sup>

### **Amtsinterne Entwicklung**

1988 wurde das Bayerische Bauarchiv in Thierhaupten gegründet, das 1989 Teile des ehemaligen Benediktinerklosters bezog. Es leistet einen grundlegenden Beitrag zur Erforschung historischer Baukonstruktionen und Ausstattungsteile und gehört zur Abteilung der Restaurierungswerkstätten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege. Es bietet zudem die Möglichkeit, nicht mehr benötigte Bauteile aus Denkmälern zu lagern, zu untersuchen und die handwerkliche Praxis der verschiedenen Gewerke daran zu schulen. Die Jahrestagung 1995 befasste sich mit dem Thema „Handwerk und Denkmalpflege“, inzwischen bietet das Bauarchiv jährlich bis zu 40 Kurse und Veranstaltungen an, beteiligt sich aber auch an „Lehrbaustellen“ der Denkmalpflege.<sup>637</sup> So ist das Bauarchiv zu einer Einrichtung geworden, die Handwerker schult und damit für die Zukunft einen wichtigen Beitrag zur praktischen Denkmalpflege bietet. Die Sammlung historischer Bauteile und die Lehrwerkstätten bieten die einmalige Chance, die Kenntnisse über historische Baukonstruktionen und Ausstattungsteile zu erweitern und damit die zukünftige Erhaltungspraxis zu verbessern. Ab 1999 wurden zusätzliche Einrichtungen für die archäologische Denkmalpflege in Betrieb genommen.

Das Bayerische Landesamt hat mit der Herausgabe der Denkmalfibel von 1991 einen Beitrag geleistet, der allgemeinverständlich Denkmalschutz und Denkmalpflege erklärt.<sup>638</sup> Außerbayerische Fachbehörden sind einen anderen Weg gegangen und haben Faltblätter zu Themen wie Fensterreparatur oder Dachdeckung herausgegeben, die ebenso Grundlagen vermitteln und damit dem Denkmalpfleger die Arbeit erleichtern, weil sich der Eigentümer bzw. Beteiligte im Vorfeld informie-

---

<sup>636</sup> JBD 49–53, S. 15.

<sup>637</sup> Mader 1999.

<sup>638</sup> Denkmalfibel, Praktische Hinweise zu Denkmalschutz und Denkmalpflege in Bayern, bearbeitet von Werner Schiedermair und Jutta Scherg, München 1991.



ren kann.<sup>639</sup> 1993 beteiligte sich das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege zum ersten Mal am europäischen Tag des offenen Denkmals. Nach mehr als 25 Jahren im Amt des Generalkonservators ging Michael Petzet Mitte Oktober 1999 in den Ruhestand. Als Nachfolger wurde Egon Johannes Greipl berufen. Sein Bericht über die Entwicklung im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege über die Jahre 1995 bis 1999 erschien erst knapp zehn Jahre später im Jahr 2005. Greipl bemerkte im Vorwort, dass das „neue“ Jahrbuch schon zehn Jahre alt sei, dennoch wurden unveröffentlichte Fakten und Forschungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.<sup>640</sup> In Zeiten knapper Kassen und personeller Kürzungen sei eine Veröffentlichung dieser Art eine Herausforderung an alle. Trotzdem gelte es, hier die Tradition der Jahrbücher der Bayerischen Denkmalpflege fortzuführen, die seit 1929 besteht. Im Jahr 1995 waren endlich alle Abteilungen, auch die Archive mit dem Planarchiv, dem Fotoarchiv und die Restaurierungswerkstätten in dem Gebäude der ehemaligen Münze untergebracht. Die neue Metallwerkstatt wurde im Oktober 1995 eingeweiht.<sup>641</sup>

Eine Umstrukturierung zur besseren Vernetzung der Abteilungen fand statt, in der Abteilung A wurde das neue Referat Gartendenkmalpflege geschaffen. Ein besonders spezialisierter Referatsbereich A 10 beschäftigte sich mit Fragen zu bestimmten Denkmälergruppen wie Burgen, Bauernhäusern, Orgeln, Glocken u. a.<sup>642</sup>

In der praktischen Denkmalpflege ist der Bedarf nach Beratung weiter gewachsen, die Ergebnisse der Sprechtag wurden durch Protokolle festgehalten. Seit 1997 hat München eine besondere und in Deutschland einzigartige Weiterbildungsinstitution. Der Lehrstuhl „Restaurierung, Kunsttechnologie und Konservierungswissenschaften“ an der TU München wurde eingerichtet, eine Kooperation von der Technischen Universität München, den Restaurierungswerkstätten des Landesamtes, dem Bayerischen Nationalmuseum und der Bayerischen Staatsgemälde-

---

<sup>639</sup> Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz.

<sup>640</sup> Greipl 2005, S. 7.

<sup>641</sup> JBD 49–53, S. 8.

<sup>642</sup> JBD 49–53, S. 10/11.

sammlung.<sup>643</sup> 1998 wurde Erwin Emmerling zum Professor des neuen Studiengangs ernannt.

Im November 1999 wurde das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege verwaltungsintern überprüft und erhielt daraufhin eine neue Abteilungs- und Referatsgliederung, das Bayerische Denkmalschutzgesetz allerdings blieb unverändert erhalten.<sup>644</sup> Die Vorworte der kommenden Jahrbücher sind daher geprägt von den Berichten zur Verwaltungsreform, Neustrukturierung und Änderung der bisherigen Gutachterbehörde hin zu einer serviceorientierten, bürgernahen Denkmalbehörde.

Im Bundesland Bayern traf der Sparkurs seit 1990 die Denkmalpflege besonders hart, weil das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege im Hinblick auf Ausstattung und Leistungen stets als Vorzeigekandidat unter den Denkmalfachbehörden gegolten hat. Die Mittel für die Baudenkmalpflege sind seit 1990 ca. 80 % gesunken, d.h. es stehen viel weniger direkte Fördermittel für Private und Kommunen zur Verfügung.<sup>645</sup> Durch diese Umstände wurde es immer schwieriger, Denkmalpflege vor Ort zu betreiben. Gleichzeitig wurden durch Stelleneinsparungen die Gebiete der Referenten für die praktische Denkmalpflege im Land immer größer, die Aufgaben des Amtes und die geforderte Serviceorientierung und Bürgernähe konnten nicht mehr ausreichend erfüllt werden.<sup>646</sup> Von einer *Zukunft für unsere Vergangenheit*, wie sie 1975 noch allerorts propagiert wurde, kann hier nicht mehr die Rede sein. Nicht nur das bayerische Denkmalschutzgesetz wurde stetig verschlechtert und sieht, wie bereits oben ausgeführt, nur noch eine beratende Funktion der Fachbehörde vor. Für die erfolgreiche Arbeit der Baudenkmalpflege benötigt man Geld, um den Privaten oder Kommunen die Mehrkosten erträglich zu machen. Sind diese Finanzmittel nicht mehr vorhanden, geht die Zumutbarkeit für denkmalpflegerische Maßnahmen gegen Null, die Erhaltung des bauhistorischen Erbes steht vor dem Aus. Gleichzeitig leiden Firmen unter den rückläufigen Aufträ-

---

<sup>643</sup> JBD 49–53, S. 14.

<sup>644</sup> JBD 54/55, S. 7 und 14.

<sup>645</sup> Greipl 2004, S. 226.

<sup>646</sup> Greipl 2004, S. 228, U.a. wird es 14 Stellen weniger für die Gebietsreferenten geben. Die Betreuung vor Ort wird schlechter, Entscheidungen dauern länger; die angestrebte Bürgerfreundlichkeit kann hier nicht praktiziert werden.

gen, die sich auf die Restaurierung und Instandsetzung von Denkmälern spezialisiert haben. Damit gehen auch erworbene Kompetenzen verloren, wie der bayerische Generalkonservator anschaulich ausführte.<sup>647</sup>

Die Bodendenkmalpflege litt ebenso wie die nichtstaatlichen Museen unter den erheblichen Mittelkürzungen, Außenstellen wurden geschlossen.<sup>648</sup> Nachdem das Bayerische Denkmalamt – wie die meisten Landesdenkmalämter – bereits auf eine Organisationsreform zurückblickte, ist kein Potential mehr für eine Rationalisierung vorhanden.

## **Inventarisierung in Bayern**

### **Denkmalliste**

Die Denkmallisten werden fortgeschrieben und Bauten aus der Nachkriegszeit erreichen langsam den Denkmalstatus, wenn auch nicht ohne Diskussionen. Im Fall des Olympiazentrums von 1972 wurde mit der Eintragung in Abstimmung mit dem Staatsministerium eine Lösung erreicht, die nunmehr die Eintragung von wichtigen Zeugnissen dieser Epoche ermöglicht.<sup>649</sup> Neben vielen anderen Projekten wurde die Reihe der „Kunstdenkmäler von Bayern“ mit den Bänden der Stadt Landsberg weitergeführt, ein Ergänzungsband zur Stadt Eichstätt und ein Band zum Friedhof in Georgensmünd waren in Vorbereitung.<sup>650</sup>

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind immer nur so gut, wie unsere Kenntnisse von den Denkmälern.<sup>651</sup> Die systematische Erfassung des Denkmalbestandes, seine Erforschung und Vermittlung gehören zu den Kernaufgaben der Denkmalämter. Die größte Tiefe an Erkenntnis bietet das Inventar, das alle Denkmäler einer Stadt, einer Region oder einer

---

<sup>647</sup> Greipl 2004, S. 227.

<sup>648</sup> Greipl 2004, S. 227; die Außenstellen Würzburg, Nürnberg, Landshut und Ingolstadt werden aufgelöst.

<sup>649</sup> JBD 49–53, S. 9.

<sup>650</sup> JBD 49–53, S. 16.

<sup>651</sup> So lautet der erste Satz des Arbeitsblattes 24, Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler, Information der Vereinigung der VDL, erarbeitet im November 2005 von der Arbeitsgruppe Inventarisierung, URL:<http://www.denkmalpflege-forum.de/Download/Nr24.pdf> (abgerufen am 14.11.2011).

Gattung umfassend, detailliert und präzise in ihrer geschichtlichen Komplexität und im topographischen Zusammenhang dargestellt werden. Aufgrund der genannten Sparmaßnahmen der Ämter seit etwa 1990 konnten die klassischen Inventare nicht mehr flächendeckend, sondern nur noch exemplarisch erstellt werden. Die Grundlagenforschung am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege wurde seit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz 1978, deutschlandweit in einheitlichem Standard und gleichartiger Aufmachung die Denkmaltopographien zu erstellen, verlagert. Die Topographien sollen flächendeckend erstellt werden. Sie sind für den Laien gut benutzbar, fast jedes Objekt ist bebildert und einführende Aufsätze geben Einblick in die Entwicklung des Gebietes. In Bayern sind bis 2012 bereits 29 Topographien erschienen.

Das klassische Feld des Kunsthistorikers in der Denkmalpflege, die Denkmalforschung mit Inventarisierung, Denkmaltopographie und Großinventaren wurde seit Jahren beschnitten, Stellen und Etats wurden erheblich gekürzt. So konnten keine freien Mitarbeiter mehr zur Unterstützung der Inventarisierung eingesetzt werden, auch das Geld für die Publikationen wurde reduziert. Neue Projekte waren erst gar nicht vorgesehen. Die Topographie-Bearbeitung (Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland) hat in Bayern keine gesetzliche Grundlage und daher auch keinen offiziellen Haushaltstitel.<sup>652</sup> In der Resolution des Bayerischen Denkmalschutzes vom Februar 2004, in der die höchst problematische Lage des Denkmalschutzes in Bayern geschildert wurde, blieb die Denkmalforschung ungenannt.<sup>653</sup> Die Abteilung Inventarisierung – zuständig für die Erfassung und Erforschung der Denkmäler – wurde als selbständige Abteilung aufgelöst und in die Abteilung „Z“ (Denkmalerfassung und –forschung) eingegliedert.<sup>654</sup> In der Abteilung Denkmalforschung, im Jahr 1990 noch mit sechs Kunsthistorikern für die Bearbeitung von Großinventaren besetzt, blieb im Jahr 2004 keiner

---

<sup>652</sup> Dietrich 2004, S. 230.

<sup>653</sup> Resolution des Landesdenkmalschutzes vom 20.02.2004, Nr. 43/2004, derzeit nicht veröffentlicht. Verfügbar auf Anfrage bei: Bayerisches Landesdenkmalschutzamt, Geschäftsstelle, Salvatorstr. 2, 80327 München.

<sup>654</sup> Greipl 2004, S. 228; aus sieben Abteilungen wurden drei.

übrig.<sup>655</sup> Wegen dieser Einsparungen wird nur noch in sehr geringem Umfang kunstwissenschaftliche Grundlagenforschung betrieben. Zuletzt wurden die Bände von Landsberg am Lech (1995 bis 1999) publiziert. Diese sehr gute und brauchbare Arbeit beschreibt bedeutende Bauten ausführlicher, weniger bedeutende kürzer. Die Stadt Bamberg wird sehr gründlich seit 1990 bearbeitet und ist die wohl auf absehbare Zeit einzige Stadt in Bayern, die in einem Großinventar erfasst wird. Die fast ausufernde Gründlichkeit und damit die Vorgabe für die Großinventare sind kritisch zu sehen, die Handhabbarkeit ist selbst für den Fachmann schwierig.

Der Kunsthistoriker und Hochschullehrer Robert Suckale erläuterte aus Anlass des einhundertjährigen Bestehens des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft, dass es nicht gelungen sei, die Erforschung und Bekanntmachung der Kunstdenkmäler in beiden Teilen Deutschlands zu leisten. *Entgegen der vor allem im ehemaligen Westdeutschland verbreiteten Meinung, Inventarisierungs- und Katalogisierungsarbeiten seien obsolet, ist zu betonen, dass diese Grundlagenarbeit aller Kunstgeschichtsschreibung und Analyse nicht nur im Osten, sondern fast überall erst noch zu erbringen ist. Es ist ein Unding, dass viele hundert Millionen Euro für Rekonstruktionen zerstörter Gebäude ausgegeben werden, auf der anderen Seite aber nicht genug Mittel zur Verfügung stehen, um die Hunderttausenden von Kunstdenkmälern in Deutschland zu dokumentieren, zu erforschen und zu erhalten. Ebenso paradox ist es, dass wir zwar einen zahlreichen, gut ausgebildeten Nachwuchs haben, aber adäquate Stellen eher gestrichen als neu eingerichtet werden, obwohl es soviel zu tun gibt.*<sup>656</sup>

### **Leitbild der bayerischen Denkmalpflege<sup>657</sup>**

Anlass für die Erstellung eines Leitbildes war die Reform von Denkmalschutz und Denkmalpflege der Staatsregierung im Rahmen der Verwaltungsreform im Jahr 1999.<sup>658</sup> Nach einer Organisationsuntersuchung

---

<sup>655</sup> Dietrich 2004, S. 230.

<sup>656</sup> Suckale 2008, S. 130.

<sup>657</sup> Greipl 2003, S. 222; der Vortrag „Leitbildentwicklung der Bayerischen Denkmalpflege“ wurde auf der Jahrestagung der Vereinigung in Wiesbaden 2002 gehalten im Rahmen der Sektion 5 „Auf der Suche nach einem neuen Leitbild, Leistungsbild der Denkmalpflege“.

<sup>658</sup> Im Jahr 2011 erstellten sowohl der LWL (Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur) unter dem Titel „Leitbild: erkennen, bewahren, gestalten“ als auch die VDL unter dem

wurde das Denkmalamt 2002 aufgefordert, seine Vorstellungen von der Reform vorzulegen; eine Klausurtagung befasste sich dann mit den Fragen, was die Kernaufgaben des Amtes sind und wie sich die verschiedenen Funktionen des Amtes definieren. Das Leitbild gliedert sich in sieben Punkte, von der Präambel über das Selbstverständnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Leistungen, die Organisation und Arbeitsweise, den Umgang miteinander, die Aufgaben der Führungskräfte und die Anforderungen an das Verantwortungsbewusstsein.

*Ein Leitbild ist die Selbstverpflichtung einer Institution und ihrer Mitarbeiter auf allen Ebenen.*<sup>659</sup> Es dient als Handlungsanleitung ebenso wie als Verhaltensmuster und muss konkret, verbindlich und unter allen Konsens sein. Es wirkt nach innen und nach außen, ist nicht festgeschrieben, sondern muss weiterentwickelt werden. Nach den Wirtschaftsunternehmen, die sich bereits vor Jahren Leitbilder gegeben haben, folgten mit einiger Verzögerung die öffentlichen Institutionen und Ämter. Das Leitbild sollte durch Broschüren und Aushänge öffentlich bekannt gemacht werden, damit sich der Kunde über die Inhalte informieren kann. In der Präambel, ähnlich wie in den Denkmalschutzgesetzen, ist die Aufgabe der Denkmalpflege beschrieben. Nicht nur die Überlieferung der Substanz wird hier genannt, sondern auch die Denkmalpflege als Gemeinschaftsaufgabe beschrieben: *Sie ist eine gemeinschaftliche Aufgabe der Denkmaleigentümer, der staatlichen, kommunalen und kirchlichen Behörden und der engagierten bürgerlichen Öffentlichkeit.*<sup>660</sup> Die Aufgabe des Landesamtes ist es, *die fachgerechte Erhaltung und Forschung der Denkmäler sicherzustellen.*<sup>661</sup> Durch die Erforschung, die Bewertung und die zur Erhaltung notwendigen Vorgaben der Denkmäler leistet das Landesamt seinen Beitrag zur Denkmalerhaltung.

Unter Punkt zwei ist das Selbstverständnis der Mitarbeiter festgehalten: *Um das Ansehen und den Bekanntheitsgrad der Denkmalpflege weiter zu verbessern, vertreten sie ihren Standpunkt in der Sache kompetent und – wo*

---

Titel „Leitbild Denkmalpflege, Zur Standortbestimmung der Denkmalpflege heute“ ein Leitbild.

<sup>659</sup> Greipl 2003, S. 222.

<sup>660</sup> Greipl 2003, S. 223.

<sup>661</sup> Greipl 2003, S. 223.

nötig – nachdrücklich, in der Sprache aber konzilient.<sup>662</sup> Die Mitarbeiter setzen den gesellschaftlichen Auftrag um, das historische Erbe zu erforschen, seine Werte zu vermitteln und dessen Bestand zu wahren. Sie benötigen die erforderliche Fachkompetenz, aber auch eine gute Fähigkeit im Umgang mit Menschen. Gleichzeitig sollen sie *das Ansehen und den Bekanntheitsgrad der Denkmalpflege*<sup>663</sup> weiter verbessern. Im Abschnitt über die Leistungen wird auf die Vermittlung des Wertes des Denkmälerbestandes der Schwerpunkt gelegt. Mit der Ersterfassung der Bodendenkmäler und dem Projekt Nachqualifizierung und Revision der Denkmalliste schafft das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege ein nahezu tagesaktuelles Bild des Denkmälerbestandes. Das Landesamt arbeitet an *Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Präzisierung von Denkmalsbewertungen und Denkmalsbegründungen und Techniken und Methoden, die der Erhaltung und Erforschung von Denkmälern dienen und die durch die Entwicklung beispielhafter Lösungen neue Wege öffnen*.<sup>664</sup> Für die Organisation und Arbeitsweise sollen flache Hierarchien gelten, wenig interne Vorschriften gemacht werden und die Eigenverantwortung gestärkt werden.<sup>665</sup> Dass de facto die Amtshierarchie besteht und bei Entscheidungen einzuhalten ist, versteht sich von selbst. Unter Punkt fünf und sechs werden der Umgang miteinander und die Aufgaben der Führungskräfte beschrieben.<sup>666</sup> Interessant erscheint mir noch der siebte Abschnitt, der auf die Anforderungen an das Verantwortungsbewusstsein eingeht: *Die [Mitarbeiter] sind aufgeschlossen, engagiert und leistungsbereit, sie denken und handeln fachübergreifend, praxisorientiert, sind an aktuellen Entwicklungen aktiv interessiert und beachten ökonomische Voraussetzungen als Grundvoraussetzungen jeder praktischen Maßnahme*.<sup>667</sup> Neben der Objektivität und der Überparteilichkeit der Mitarbeiter ist ihr Verantwortungsbewusstsein, die Zügigkeit ihrer Entscheidungen und ihre umfassende Fachkompetenz das wichtigste Gut. Der Entwurf des Leitbildes schließt mit folgendem Satz: *Wir wollen mit allen unseren Kräf-*

---

<sup>662</sup> Greipl 2003, S. 223.

<sup>663</sup> Greipl 2003, S. 223.

<sup>664</sup> Greipl 2003, S. 223.

<sup>665</sup> Greipl 2003, S. 224.

<sup>666</sup> Greipl 2003, S. 224.

<sup>667</sup> Greipl 2003, S. 225.

*ten dazu beitragen, dass die Denkmalpflege auch künftig als Inbegriff für Schutz und Pflege unseres geschichtlichen, gemeinsamen, gebauten und archäologischen Erbes öffentlich anerkannt und gefördert wird.*<sup>668</sup>

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger veröffentlichte im Jahr 2011 ein „Leitbild Denkmalpflege, Zur Standortbestimmung der Denkmalpflege heute“ in drei Sprachen (deutsch, englisch und türkisch). Darin sind Standards formuliert, die bundesländerübergreifend sind. gleichermaßen wird das Thema Denkmal definiert, das Denkmal als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor beleuchtet sowie der ökologische Aspekt eines Denkmals herausgearbeitet.<sup>669</sup>

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) veröffentlichte im Jahr 2012 ebenfalls ein Leitbild mit dem Motto „Erkennen – Bewahren – Gestalten“. Anlaß hierfür war die Installation des neuen Kulturdienstes Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen, zu dem auch das ehemalige LWL-Amt für Denkmalpflege zählt.<sup>670</sup> In der Broschüre werden Auftrag, Arbeitsweise, Selbstverständnis und die Leistungen des Kulturdienstes vorgestellt.

### **Entwicklung ab 2005**

Auf Beschluss des Bayerischen Ministerrats 1999 erhielt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege ab Oktober 2003 eine neue Abteilungs- und Rechtsgliederung auf der Basis der Integralen Denkmalpflege.<sup>671</sup> Die Integrale Denkmalpflege beinhaltet die grundsätzliche Einheit von Bau- und Bodendenkmalpflege. Die Abteilungsgliederung entspricht einem Drei-Säulen-Modell und machte aus den bis zum Jahre 2000 bestehenden sieben Abteilungen mit einundsechzig Referaten (und neun dem Generalkonservator direkt unterstellten Einheiten) jetzt drei Abteilungen mit achtzehn Referaten.<sup>672</sup> Der Stab umfasst Justitiariat, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Fortbildung, Information und Kommunikationstechnik, Haushalt, Personal und Innere Dienste.

---

<sup>668</sup> Greipl 2003, S. 225.

<sup>669</sup> Leitbild 2011.

<sup>670</sup> Leitbild LWL.

<sup>671</sup> Greipl 2008, S. 409.

<sup>672</sup> Praktische Bau- und Kunstdenkmalpflege (Abt. A), Praktische Bodendenkmalpflege (Abt. B), Denkmalerfassung und –forschung (Abt. Z). Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen (LST).



Das Referat Dokumentationswesen wurde im Jahr 2003 neu gegründet. Es umfasst alle Sammlungen und Archive des Amtes wie z. B. Aktenarchiv, Foto- und Planarchiv.

2004 beschloss der Ministerrat eine zehnprozentige Stellenkürzung bis 2008 und eine Konzentration der Dienststellen, was die Abkehr von bisher bewährten, dezentralen Außenstellen bedeutete. Die Dienststellen der Bodendenkmalpflege in Ingolstadt, Landshut, Nürnberg und Würzburg mussten geschlossen werden. Waren 1990 für alle Denkmäler in Bayern 32 Gebietsreferenten zuständig, so waren es 2008 nunmehr 28.<sup>673</sup> Zudem leidet die Bau- und Kunstdenkmalpflege seit 1990 unter einer drastischen Kürzung der Mittel, über die die Gebietsreferenten zur Bezuschussung z. B. von Grundlagenermittlungen und Instandsetzungskonzepten verfügen. Sie sanken von 23 Millionen Euro im Jahr 1990 auf ca. zwei Millionen im Jahr 2007. So ist es kaum möglich, den seit Jahrzehnten aufgebauten Förderschwerpunkt der Voruntersuchungen weiter zu stützen. Immerhin wurde der Entschädigungsfonds von 20 auf 23 Millionen Euro erhöht und blieb seitdem auf diesem Niveau stabil. Erst für das Jahr 2008 war eine Erhöhung der Mittel wieder abzusehen.<sup>674</sup>

Zum Vergleich seien hier einige Zahlen des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg genannt.<sup>675</sup> Für die Erhaltung und Instandsetzung der Denkmäler standen in den Jahren 1995 bis 2004 jährlich etwa 15–19 Millionen Euro zur Verfügung, 2005 und 2006 waren es nur noch 12 Millionen Euro; bis 1995 betrugen die gesamten zur Verfügung stehenden Mittel ca. 45 Millionen Euro. Die personellen Einsparungen begannen dort bereits 1993. Von 2006 bis 2011 mussten in Baden-Württemberg zusätzlich 20 Prozent der Personal- und Sachkosten eingespart werden.

Seit dem Jahr 2004 bis voraussichtlich 2013 läuft das Projekt der Nachqualifizierung und Revision der Bayerischen Denkmalliste (NQ), das zum Ziel hat, den aktuellen Status der Einzeldenkmäler und Ensembles in Bayern auf Basis eines geodatengestützten Systems (BayernViewer-

---

<sup>673</sup> Vollmar 2008, S. 405. Der Personalstand der gesamten Behörde hat sich seit 1990 um 7 % verringert.

<sup>674</sup> Greipl 2008, S. 411.

<sup>675</sup> Planck 2006, S. 86.

denkmal) zu dokumentieren.<sup>676</sup> Bei allen Denkmälern Bayerns wird geprüft, ob die Voraussetzungen für den Erhalt des Denkmalstatus und damit die Eintragung in die Denkmalliste noch vorliegen. Im Rahmen der Revision sind von 5400 bisher geprüften Denkmälern 787 gestrichen worden, das sind 14,6 %.<sup>677</sup> Das schließt auch die Prüfung der Ensembles mit ein. Die insgesamt 970 bayerischen Ensembles werden ebenfalls überprüft, davon wurden 27 (22,9 %) dem Landesdenkmalrat zur Streichung vorgeschlagen und mehr als ein Drittel musste flächenmäßig korrigiert werden, so Greipl.<sup>678</sup>

Diese Veränderungen in der Denkmallandschaft rufen Widerstände hervor. Wenn Denkmäler gestrichen werden sollen, die vorher instandgesetzt wurden und dafür die steuerliche Abschreibung genutzt haben, wird der Eigentümer strikt gegen die Streichung sein. Andererseits wurden bei der Überprüfung der Denkmalliste auch Denkmäler beispielsweise aus den 1960er und 1970er Jahren entdeckt, die die Voraussetzungen als Baudenkmäler erfüllen. Hierfür fehlt jedoch oftmals das Verständnis der Eigentümer, diese im allgemeinen Empfinden „neuen“ Bauten unter Denkmalschutz stellen zu lassen.

Auch die Streichung bzw. flächenmäßige Korrektur der bayerischen Ensembles führte zu Problemen. In München hat sich zum Beispiel gezeigt, dass die geplante Streichung von Dorfensembles zu heftigsten Widerständen der Öffentlichkeit führte. Nun wurde nach einer Bereinigung der Ensembles zusätzlich eine Studie durch die Landeshauptstadt München erarbeitet. Nach der Bewertung dieser Ergebnisse werden sich das Bayerische Landesamt und die Lokalbaukommission zusammensetzen. Über alle Vorschläge – die Ensembles betreffend – hat der Landesdenkmalrat zu entscheiden. Dieser will sich über die weitere Entwicklung nach fünf Jahren berichten lassen und dann erneut diskutieren. In zwei Fällen wurden Ensembles gestrichen.

Die gesetzliche Grundlage – das bayerische Denkmalschutzgesetz – musste sich in den letzten Jahren mehreren Prüfungen und Änderungen unterziehen. Die gravierendste Änderung war 1994 die Abschaffung

---

<sup>676</sup> Greipl 2008, S. 411.

<sup>677</sup> Wiesner 2008, S. 420.

<sup>678</sup> Greipl 2006, S. 1.

des Devolutiveffekts;<sup>679</sup> dadurch entfiel das Einvernehmen zwischen Unterer Denkmalschutzbehörde und der Denkmalfachbehörde in umstrittenen Fällen, d.h. die Untere Denkmalschutzbehörde kann ohne die Pflicht, sich mit dem Landesamt zu einigen, leichter und schneller in Streitfällen entscheiden, was mit vielen Verlusten einhergeht. Bernd Vollmar, Abteilungsleiter der praktischen Denkmalpflege, bezeichnete dies „als langfristig verheerende Konsequenz“.<sup>680</sup> Zusammen mit dem gravierenden Rückgang der Fördermittel zeigten die Folgen der Novelle bereits negative Auswirkungen auf den Denkmalbestand.

Glimpflich kam die Bayerische Denkmalpflege davon, als Ende 2006 ein neuer Gesetzesentwurf der Staatsregierung im Landtag eingebracht, aber schließlich abgelehnt wurde. Der „Gesetzesentwurf zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen in Kommunen“ sah vor, die Einschaltung der Fachbehörde in das Ermessen der Vollzugsbehörden, also der Unteren Denkmalschutzbehörden für einen bestimmten Zeitraum zu stellen. Dieser Modellversuch sollte zunächst bei 21 Kommunen für drei Jahre erprobt werden. Die Entscheidung im Rahmen des Erlaubnisverfahrens liegt bereits in den Händen der Kommunen, nun soll auch die Entscheidung, ob die Fachbehörde beteiligt wird oder nicht, in ihre Hände gelegt werden. Begründet wurde diese Gesetzesänderung damit, dass die Kommunen weniger den staatlichen Einschränkungen ausgesetzt werden sollen. Tatsächlich hätte dies bedeuten können, dass in sämtlichen baulichen und archäologischen Beteiligungsfällen die Fachbehörde außen vor bleibt. Eine flächendeckende fachliche Betreuung wäre somit entfallen, Denkmäler könnten problemlos zerstört, verändert und abgebrochen werden. Der Anwalt des Denkmals wäre außen vor gewesen. Der frühere bayerische Generalkonservator Petzet betitelte seinen offenen Brief an Staatsminister Eberhard Sinner und die Presse mit dem treffenden Titel als „Attentat auf die bayerische Denkmalpflege“.<sup>681</sup> Generalkonservator Greipl nahm in dieser

---

<sup>679</sup> Zum Vergleich: in Baden-Württemberg wurde der Devolutiveffekt zum 01.07.2001 abgeschafft; dort hat der Präsident des Landesdenkmalamtes in Ausnahmefällen ein Vorlagerecht. Planck 2006, S. 85.

<sup>680</sup> Vollmar 2008, S. 406.

<sup>681</sup> URL:[http://www.gesellschaft-fuer-archaeologie.de/BODENDENKMALPFLEGE/7\\_DOKUMENTE/stellungnahme\\_petzet.pdf](http://www.gesellschaft-fuer-archaeologie.de/BODENDENKMALPFLEGE/7_DOKUMENTE/stellungnahme_petzet.pdf),

Sache vor dem Ausschuss für Hochschule, Bildung und Kultur des Bayerischen Landtags Stellung.<sup>682</sup> Hierbei verteidigte er die Arbeit des Landesamts für Denkmalpflege gegen den Vorwurf der Staatsregierung, es behindere die Kommunen bei ihrer Selbstverwaltung. Er führte Umfrageergebnisse (s. u.) ins Feld, die belegen, dass die Unteren Denkmalschutzbehörden Bayerns keine Einschränkung der Tätigkeit des Landesamtes und auch keine Deregulierung der Beratung wollen.<sup>683</sup> Die Partner des Landesamts für Denkmalpflege wünschen sich vielmehr eine Deregulierung, d.h. Vereinfachung der Verfahren beispielsweise beim Entschädigungsfonds oder den Zuschussverfahren.

Im Jahr 2006 führte das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege eine Umfrage bei ihren Partnern, den Unteren Denkmalschutzbehörden durch.<sup>684</sup> 131 Behörden wurden zur Zusammenarbeit zwischen der Fachbehörde und den Schutzbehörden befragt, um Stärken und Schwächen zu ermitteln. Die Umfrage enthielt zwei Fragebögen. Fragebogen eins fragte nach der Bau- und Kunstdenkmalpflege und den durch das Gesetz vorgegebenen Routineaufgaben. Fragebogen zwei fragte nach der Rolle des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, um Kritik und die Wünsche der Partner zu ermitteln.<sup>685</sup> Das Ergebnis ist überdurchschnittlich positiv, zeigt aber auch Schwachpunkte auf, so Greipl in dem Vorwort der Broschüre zur Umfrage 2006.<sup>686</sup> Die Partner wünschten sich in folgenden Bereichen weitergehende Aktivitäten des Amtes: 63 % Klärung denkmalpflegerischer Grundsatzfragen, 60 % Aus- und Weiterbildung von externen Fachleuten, 54 % Materialkunde und Restaurierung und 53 % Management von Instandsetzungsprojekten. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege setzte manche dieser Wünsche schnell um. Die 2008 erschienene kostenlose Broschüre *Bau-*

---

„Attentat auf die bayerische Denkmalpflege – offener Brief an Staatsminister Eberhard Sinner“ von Michael Petzet am 18.09.2006.

<sup>682</sup> S. Anhang Dokumente, Nr. 10, Greipl, Egon Johannes, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen vor dem Ausschuss für Hochschule, Bildung und Kultur des Bayerischen Landtags, am 11.10.2006.

<sup>683</sup> Greipl 2006, S. 5.

<sup>684</sup> Umfrage 2006.

<sup>685</sup> Umfrage 2006, S. 4. Von 131 befragten Behörden kamen 108 Rückläufe.

<sup>686</sup> Umfrage 2006, S. 1.

*maßnahmen an Baudenkmalern, Kooperation und optimaler Ablauf* gibt grundlegende Information zum Denkmal und dem idealen Prozess der Instandsetzung.<sup>687</sup> Sie kann als Richtlinie gelten und wendet sich an alle, die am denkmalpflegerischen Alltag mitarbeiten.

Im März 2007 beschloss der Bayerische Landtag den Modellversuch zur Qualitätssicherung und Verfahrensbeschleunigung in der praktischen Denkmalpflege (MVD).<sup>688</sup> Die Arbeit der staatlichen Verwaltung, eben des Landesamts für Denkmalpflege, sollte untersucht werden. Dabei werden substantielle Verbesserungen in der praktischen Denkmalpflege gefordert. Die Unteren Denkmalschutzbehörden von acht Landkreisen und sieben Städten nehmen für die Dauer von knapp zwei Jahren teil, die Steuerung wird von einer Lenkungsgruppe übernommen.<sup>689</sup> Ziel des Modellversuches ist es, anhand von Standardszenarien Grundsätze für ein eigentümerorientiertes Dienstleistungsangebot Denkmalpflege zu entwickeln.<sup>690</sup> Das Zusammenspiel aller Partner im System Denkmalpflege wird untersucht, damit sich alle Beteiligten kontinuierlich verbessern können. Eventuell vorhandene Probleme sollen in Lösungsmöglichkeiten umgearbeitet werden.

Für das Vorgehen wurden fünf Punkte festgelegt, die nacheinander abgearbeitet wurden. Zunächst legte man Standardszenarien fest. Diese sind z. B. der Sprechtag, denkmalpflegerische Gutachten und das Verfahren der Denkmalfeststellung. Dann wird der Gebietsstatus für den Bereich der teilnehmenden Behörden ermittelt, was z. B. die Anzahl der Denkmäler und baulichen Anlagen betrifft, den Stand der Nachqualifizierung und laufende Verfahren. Nach Erhebung und Auswertung dieser Daten aus den Standardszenarien und dem Gebietsstatus wurde eine Definition, Erprobung und Bewertung des Soll- und Istzustandes ge-

---

<sup>687</sup> Denkmalpflege Informationen, Baumaßnahmen an Baudenkmalern, Kooperation und optimaler Ablauf, Sonderinfo 2/2008.

<sup>688</sup> Greipl 2008, S. 412. Modellversuch zur Qualitätssicherung und Verfahrensbeschleunigung in der praktischen Denkmalpflege, beschlossen am 02.03.2007. Er beginnt am 01.10.2007 und endet am 30.09.2009.

<sup>689</sup> Teilnehmende Landkreise bzw. Städte sind: Altötting, Neuburg-Schrobenhausen, Rottal-Inn, Cham, Unterallgäu, Weißenburg-Gunzenhausen, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Hassberge; Rosenheim, Landshut, Amberg, Lindau (Bodensee), Nürnberg, Forchheim, Aschaffenburg.

<sup>690</sup> Greipl 2008, S. 412.

macht. Ein Abschlussbericht soll die Empfehlungen zusammenfassen. *„Der Modellversuch zur Qualitätssicherung und Verfahrensbeschleunigung in der praktischen Denkmalpflege“ ist sicher nicht der schlechteste Beitrag zum 100-jährigen Bestehen des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, jedenfalls dann, wenn klar ist, dass das Amt neben dem Parlament, der Staatsregierung, den Unteren Denkmalschutzbehörden, den Kommunen, den Planern, Fachfirmen und vor allem den Eigentümern nur ein Teil des Systems Denkmalschutz ist. Der Erfolg hängt aber vom Zusammenwirken aller Teile ab.*<sup>691</sup>

## **Zusammenfassung**

Die vorliegende Arbeit legte die Entwicklung der Denkmalpflege anhand des denkmalpflegerischen Diskurses und der ausgewerteten Beispiele aus dem kirchlichen und profanen Bereich dar. Für den Untersuchungszeitraum von 1975 bis 2005 konnte eine Entwicklung aufgezeigt und mit Beispielen der Restaurierungspraxis belegt werden. Abhängig von den sich jeweils wandelnden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wurde die Entwicklung der Denkmalpflege im Untersuchungszeitraum in unterschiedliche Phasen gegliedert. Ausgesuchte Beispiele aus der praktischen Denkmalpflege dienten zur Illustration der jeweils charakteristischen Herausforderungen im Laufe der gezeigten Entwicklung.

Grundsätzlich versuchte sich die staatliche Denkmalpflege an folgenden Vorgaben zu orientieren: an den geltenden Denkmalschutzgesetzen, der Charta von Venedig und letztlich den Vorgaben der Grundsatzdiskussion um 1900. Die Denkmalpfleger waren um die Einhaltung dieser Vorgaben bemüht. Es gab viele Beispiele für denkmalpflegerische Erfolge, es lassen sich aber auch Texte und Diskussionen für Abweichungen davon finden, wie bei Rekonstruktionen von Gebäuden und von Innenraumausstattungen. Die Neigung, gestaltend in ein Denkmal und dessen Zeitschichten einzugreifen, bestand während des gesamten Untersuchungszeitraums. Das Handeln der Denkmalpflege unterlag den

---

<sup>691</sup> Greipl 2008, S. 412.

politischen Vorgaben, deren Einflussnahme sich stets unmittelbar auswirkte. Die Politik gab den Rahmen für das denkmalpflegerische Handeln mit dem Erlass der Gesetze in den 1970er Jahren vor, stellte Personal- und Fördermittel bereit. Ab Mitte der 1990er Jahre ließ sich jedoch eine negative Entwicklung feststellen, einerseits durch die Beschneidung der Fördermittel, andererseits durch die Eingriffe in die Wirksamkeit einiger Denkmalschutzgesetze.

Im Einzelnen lassen sich für die beiden Untersuchungszeiträume folgende Schwerpunkte erkennen:

Zwischen 1975 und 1989 beschäftigte sich die Disziplin mit dem erweiterten Denkmalbegriff, den gestiegenen Denkmälerzahlen und entwickelte die erforderlichen Untersuchungsmethoden für die denkmalpflegerische Praxis. Werden diese Untersuchungsmethoden angewendet und korrekt interpretiert, erzielte man in der Regel Ergebnisse, die den gesetzlichen und fachlichen Vorgaben entsprechen. Die Entwicklung der Restaurierungstechniken mit den naturwissenschaftlichen Methoden der Befunduntersuchung führte zu genaueren Kenntnissen und Ergebnissen bei den Objekten, ermöglichte jedoch auch Entscheidungen, die denkmalpflegerisch äußerst umstritten waren und kritisch gesehen werden müssen. In den 1970er und 1980er Jahren gelang es den Fachbehörden mit Unterstützung der Bürgerinitiativen, Politiker und Bürger davon zu überzeugen, die historischen Altstädte nicht mehr flächenhaft abzureißen, sondern die vorhandenen Einzeldenkmäler auch einzeln zu erhalten. Aufgrund des seit 1973 wirkenden und inzwischen allgemein akzeptierten bayerischen Denkmalschutzgesetzes konnten manche Denkmäler gerettet werden, denen ohne diesen gesetzlichen Schutz davor ein Abbruch gedroht hätte – ein Zeichen, dass sich die politische Weichenstellung in Richtung Denkmalschutz und –pflege bewährt hat.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege erfüllte als fachliche Instanz seinen gesetzlichen Auftrag und erarbeitete sich mittels seiner Methoden und der geleisteten Überzeugungsarbeit als Fachbehörde den Status, der das Gesetz ihr zuwies. Natürlich gab es Fälle in der Praxis, in denen die fachlichen Vorgaben –die Wahrung des Bestandes mit seinen historischen Spuren – nicht eingehalten werden konnten. Die gesamtdeutsche Tendenz zum Rekonstruieren von Einzelbauten, Häuserzeilen

und Innenräumen begann in den 1980er Jahren und nahm in der Folge zu. Auch beteiligten sich Denkmalpfleger selbst hieran.

Im nächsten Zeitraum von 1989 bis 2005 konnten als wichtigste Themen der Umgang mit der Substanz und die Einschätzung der historischen Zeitschichten am Denkmal festgestellt werden. Ein Beispiel zeigte, dass die Erhaltung aller Zeitschichten nicht gelingt, wenn die Rückführung auf den ältesten und damit vermeintlich wichtigsten Zustand zum Ziel gemacht wird. Einige Denkmalpfleger kritisierten, man beschäftige sich zu viel mit abstrakten Themen als vielmehr das Denkmal selbst in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Bei den innerstädtischen Geschäftslagen nahm der Nutzungsdruck auf die Denkmäler noch stärker zu, daher musste der Denkmalpfleger die Substanz gegen die oft rigide Sanierungspraxis verteidigen. Mit der politischen Wende im Jahr 1989 änderten sich viele Vorzeichen für die Denkmalpflege. Der Meinungsstreit um den Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche kündigte sich an und führte 1991 zu einer Resolution der Landesdenkmalpfleger zu dem Thema der Rekonstruktionen. Der selbst postulierte postmoderne Denkmalkultus im Jahr 1993 ermöglichte nun auch die Begründung von Rekonstruktionen, Wiedererrichtungen, Kopien und anderem. Die boomende Weltkulturerbe-Auszeichnung der 1990er Jahre in Verbindung mit erheblichen Fördermitteln brachte die Gefahr einer Klassifizierung der Baudenkmäler mit sich.

Ab der Jahrtausendwende wurden vermehrt Diskussionen um Deregulierung und Entstaatlichung der Denkmalpflegebehörden geführt. Anlass hierfür waren die von Außenstehenden als zu umfangreich empfundenen Denkmallisten insbesondere der neuen Bundesländer – dabei übersah man aber, dass durch die jahrzehntelange Mangelwirtschaft sich gerade dort Denkmäler in bislang ungekanntem Detailreichtum und großer Anzahl hier erhalten haben. Die Deregulierung griff durch Novellierungen der Denkmalschutzgesetze unmittelbar in das Handeln der Denkmalpfleger ein, die meist eine Schwächung – im schlimmsten Fall eine Zerschlagung oder Entmachtung – der Fachbehörde bedeutete. Nach der Überprüfung der Amtsstrukturen, der Personalkapazitäten sowie der Kosten wurden durch die Politik rigide Einsparvorschläge vorgelegt, die die Fachbehörden umsetzen mussten. Darunter litten vor allem die Denkmalforschung und die Inventarisati-



on. Zudem führte das in den Denkmalschutzgesetzen geregelte Eingriffssystem des Denkmalschutzes zu mehr Kritik seitens der Außenstehenden. Den Fachbehörden jedoch fehlten zur Umsetzung der gesetzten Vorgaben die entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten und Personalkapazitäten, Fördermittel wurden immer stärker gekürzt. Die Politik verlangte von den Fachbehörden auch, sich zu wandeln und zu einer angepassten Servicebehörde zu werden, jedoch ohne die entsprechenden Mittel bereit zu stellen. Die Politik erläuterte nicht, wie mit einem stark dezimierten Personal der Anspruch nach schneller Dienstleistung und ausführlicher Bürgerberatung vor Ort realisiert werden sollte.

Im Jahr 2005 blickten die Denkmalpfleger auf die letzten dreißig Jahre seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr zurück und fragten sich nach eigenen Versäumnissen für die mangelnde Akzeptanz ihres Fachs. Die Frage nach einem Paradigmenwechsel wurde gestellt. Die Einführung von Standards in der Bau- und Kunstdenkmalpflege in Sachsen-Anhalt, aber auch Beispiele außerhalb dieses Bundeslandes zeigen, dass nun von der Politik eine angepasste Denkmalpflege gewünscht wird. Der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel hat Auswirkungen auf die Baudenkmäler, die Anforderungen der modernen Gesellschaft machen beispielsweise bei der Energiewende auch vor dem Erscheinungsbild des Denkmals keinen Halt. Viele der in der Arbeit aufgezeigten Diskussionen sind bis heute jedoch weder bis zu Ende geführt, noch lassen sie konkrete Ergebnisse erkennen.

Im gesamten 20. Jahrhundert bekannte sich die Denkmalpflege in Deutschland zu den zu Beginn des Jahrhunderts in der sog. Grundsatzdebatte formulierten Maßstäben. Doch immer wieder griff man verändernd in die Denkmäler ein und gestaltete neu. Bereits zur Zeit der Weimarer Republik, besonders in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, als man versuchte, die Zerstörungen mit einer eher schöpferischen Denkmalpflege ungeschehen zu machen. Auch in der Zeit nach 1975 ließ sich feststellen, dass die Grundsätze der Jahrhundertwende nur allzu oft im Widerspruch zu den praktischen Restaurierungsmaßnahmen stehen, was anhand der Beispiele konkret gezeigt werden konnte.

Die institutionalisierte Denkmalpflege in den Jahren 1975 bis 2005 ist eine von äußeren Zwängen der politischen Vorgaben abhängige, in sich ständig nach Maßstäben suchende und diese hinterfragende Disziplin, mit einem in den Jahren zunehmendem wissenschaftlichen Anspruch. Das in dieser Arbeit besonders berücksichtigte Bayerische Landesamt für Denkmalpflege steht hierfür als Beispiel für die anderen, zunächst westdeutschen – später gesamtdeutschen Landesämter.

## Literaturverzeichnis

### Altstadtsanierung 1975

Altstadtsanierung Kempten/Allgäu, hrsg. von der Städtebaugesellschaft für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen m.b.H., Kempten o.J. (1975)

### Attrappenkult 2010

Denkmalpflege statt Attrappenkult, Gegen die Rekonstruktion von Baudenkmalern – eine Anthologie (= Bauwelt Fundamente 146), hrsg. von Adrian von Buttlar, Gabi Dolff-Bonekämper, Michael S. Falser, Achim Hubel, Georg Mörsch und Johannes Habich, Gütersloh/Berlin 2010

### Ausbildung 2001

Ausbildung und Lehre in der Denkmalpflege - ein Handbuch, (= Veröffentlichungen des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Bd. 11), hrsg. von Achim Hubel, Peterberg 2001

### Bayerisches Denkmalschutzgesetz 2003

Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler (Denkmalschutzgesetz – DSchG), Fundstelle: BayRS 2242-1-WFK, zuletzt geändert am 24.7.2003, GVBl 2003, S. 475, s. auch URL:<http://www.blfd.bayern.de/medien/dsg.pdf>

### Bentmann 1993

Bentmann, Reinhard, Die Fälscherzunft – Das Bild des Denkmalpflegers, in: Lipp 1993, S. 203–246

### Berger 1991

Berger, Hans, Tendenzen der Denkmalpflege in der DDR, in: DKD 49./ 1991 Heft 1, S. 28

#### Beschluss 1977

Empfehlung zur Behandlung von Fragen des Denkmalschutzes im Unterricht, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.03.1977, in: Denkmalschutz 1996, S. 128–130

#### Beseler 2000

Beseler, Hartwig, Denkmalpflege als Herausforderung, Aufsätze und Vorträge zu Architektur und Denkmalpflege, als Festgabe zum 80. Geburtstag am 20. März 2000, hrsg. von Dirk Jonkanski, Deert Lafrenz und Heiko K.L. Schulze, Kiel 2000

#### Bestand 1996

Bauen im Bestand , Inhalte und Ablauf der Architekturleistungen, Leitfaden zur systematischen Dokumentation, hrsg. von der Architektenkammer Hessen, Informationsreihe für Architekten 17, Wiesbaden 1996

#### Beyme 1977

Beyme, Klaus von, Der Wiederaufbau, Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987

#### Bilanz 1983

Denkmalpflege in Bayern – eine Bilanz 1972–1982, Vierter Jahresplan für Denkmalpflege 1983–1985, (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 19) München 1983

#### Boeck 1987

Boeck, Urs, Rezeptionsschemata des Kunstdenkmals und ihre Konsequenzen in Kulturpolitik und Denkmalschutz, in: DKD 45./ 1987 Heft 2, S. 186–192

Boeck 2004

Boeck, Urs, Arbeitsberichte zu den Vertiefungsthemen, Vertiefungsthema: Legitimation politisch-kulturell, in: System Denkmalpflege 2003, S. 466–467

Brandt 2003

Brandt, Sigrid, Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum 1945–1961, Berlin 2003

Brandt 2011

Brandt, Sigrid, Das Europäische Kulturerbe-Siegel – auf dem Weg in ein gemeinschaftliches Verfahren der EU, in: Weltkulturerbe und Europäisches Kulturerbe-Siegel in Deutschland, Potentiale und Nominierungsvorschläge (= ICOMOS Hefte des Deutschen Nationalkomitees LI), hrsg. von Sigrid Brandt, Jörg Haspel, Michael Petzet, Berlin 2011, S. 22–25

Brönner 1981

Brönner, Wolfgang, Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland vom 10.–13. Juni 1980 in Münster/Westfalen, in: DKD 38./ 1980 Heft 1/2, S. 131–138

Brogstetter-Fink 2011

Brogstetter-Fink, Angela, Kaltenbrunn – ein Kleinod am Tegernsee, in: Heimatpflege in Bayern (= Schriftenreihe des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege e.V.) Band 3, München 2011, S. 54–59

Brülls 2002

Brülls, Holger, Das Denkmal als Text oder Bild. Was passiert, wenn Geschichte Architektur unsichtbar macht? in: Nachdenken über Denkmalpflege, Teil 2, Das Denkmal zwischen Originalsubstanz und immateriellen Werten. Auf der Suche nach ei-

ner anderen Denkmalpflege, Hundisburg Nov. 2002, s. auch [www.kunsttexte.de](http://www.kunsttexte.de) 1/2003

#### Brusis 2000

Brusis, Ilse, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Rede anlässlich des Empfangs auf Schloß Brühl im Rahmen der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Bonn 1999, in: Politik Deutschland 2000, S. 143

#### Burmeister 1997

Burmeister, Enno, Der Turm des Alten Rathauses in München, in: Rekonstruktion in der Denkmalpflege, Überlegungen – Definitionen – Erfahrungsberichte, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 57), Bonn 1997, S. 95–99

#### Dehio 2000

Georg Dehio (1850–1932), 100 Jahre Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, München/Berlin 2000

#### Dehio Bayern I

Georg Dehio, Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, Bayern I: Franken, bearb. von Tilman Breuer, Friedrich Oswald, Friedrich Piel, Wilhelm Schwemmer u.a., 2. Auflage, München/Berlin 1999

#### Dehio Bayern III

Georg Dehio, Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, Bayern III: Schwaben, bearb. von Bruno Bushart und Georg Paula, München/Berlin 2008

#### Dehio Bayern IV

Georg Dehio, Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, Bayern IV: München und Oberbayern, bearb. von Ernst Götz,

Heinrich Habel, Karlheinz Hemmeter u.a., 3., aktualisierte Auflage, München/Berlin 2006

#### Dehio Hessen

Georg Dehio, Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, Hessen, bearb. von Magnus Backes, 2. Auflage, München/Berlin 1982

#### Denkmäler in Bayern

Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland, Denkmäler in Bayern, Ensembles-Baudenkmäler-Archäologische Denkmäler, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege

Band I.1 bearb. von Frank Becker/Christina Grimmin-  
ger/Karlheinz Hemmeter: **Stadt Ingolstadt**, München 2002

Band I.1, bearb. von Heinrich Habel und Helga Himen, **Landeshauptstadt München**, 3. Auflage, München 1991

Band I.17, bearb. von Georg Paula und Timm Weski, **Landkreis München**, München 1997

Band I.2/1, bearb. von Heinrich Habel/Johannes Hallinger/Timm Weski: **Landeshauptstadt München Mitte**, Aufnahmen von Joachim Sowieja und Michael Forstner, 3 Bde., München 2009

Band I.9/1, bearb. von Alexander Rauch, **Stadt Eichstätt**, München 1989

Band III.37, bearb. von Anke Borgmeyer, Achim Hubel, Andreas Tillmann, Angelika Wellenhofer, **Stadt Regensburg**, erarbeitet im Rahmen eines Forschungsprojektes der Otto-Friedrich-Universität Bamberg unter Leitung von Achim Hubel, München 1997

Band V, bearb. von Hans-Wolfram Lübbecke, **Mittelfranken**, München 1986

Band VI, bearb. von Denis André Chevalley, **Unterfranken**, München 1985

Band VII.85, bearb. von Alexander Herzog von Württemberg,  
**Stadt Kempten**, München 1990

Denkmäler in Deutschland 2003

Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung, Förderprogramm der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Brühl/Baden 2003

Denkmalfibel 1991

Denkmalfibel, Praktische Hinweise zu Denkmalschutz und Denkmalpflege in Bayern, bearbeitet von Werner Schiedermaier und Jutta Scherg, München 1991

Denkmalkultus 1993

Denkmalpflege am Ende des 20. Jahrhunderts, 7. Jahrestagung der Bayerischen Denkmalpflege, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 69), hrsg. Von Wilfried Lipp und Michael Petzet, München 1994

Denkmalkultur 2003

Denkmalkultur zwischen Erinnerung und Zukunft, Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 20./21. Oktober 2003 in Brandenburg an der Havel, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 70), Bonn 2003

Denkmalpflege 2011

Denkmalpflege statt Attrappenkult, Gegen die Rekonstruktion von Baudenkmälern – eine Anthologie, hrsg. und kommentiert von Adrian v. Buttlar, Gabi Dolff-Bonekämper, Michael S. Falser, Achim Hubel, Georg Mörsch, Basel/Berlin 2011

Denkmalpflege 21 1999

Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland, Dokumentation der Tagung des



Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 25. und 26. Februar 1999 in Berlin (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 61), Bonn 1999

#### Denkmalpflege heute

Akten des Berner Denkmalpflegekongresses, Oktober 1993, hrsg. von Volker Hoffmann und Hans Peter Autenrieth, Bern 1996

#### Denkmalpflege Informationen

Hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege  
Ausgabe B Nr. 104/12. August 1996  
Ausgabe B Nr. 48/18. März 1981

#### Denkmalpflege in Bayern 1983

75 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Jubiläumsausstellung in der Kaiserburg Nürnberg vom 26. Oktober bis 18. Dezember 1983, (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18) München 1983

#### Denkmalinventar 2008

Sozialer Raum und Denkmalinventar, Vorgehensweisen zwischen Erhalt, Verlust, Wandel und Fortschreibung, (= Veröffentlichungen des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Bd. 17), Jahrestagung in Leipzig 2007, Dresden 2008

#### Denkmalpflege und Öffentlichkeit

Denkmalpflege und Öffentlichkeit, Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD), Band 5, Akten der Tagung in Sitten, 12. und 13. September 1996, Bern 1997

#### Denkmalpflege und Tourismus 2008

Denkmalpflege und Tourismus, Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland und 72. Tag für Denkmalpflege, Mecklenburg-Vorpommern,

Landeshauptstadt Schwerin 9.–13. Juni 2004, hrsg. von der Abteilung Archäologie und Denkmalpflege im Landesamt für Kultur und Denkmalpflege durch Ewa Prync-Pommerencke und Klaus Winands, Schwerin 2008

Denkmalpflege Zwischenbilanz 1997

Denkmalpflege im vereinigten Deutschland – Eine Zwischenbilanz, Symposium der Wüstenrot-Stiftung, hrsg. von der Wüstenrot-Stiftung, bearb. von Christian Marquart, Stuttgart 1997

Denkmalpreis 1995

10 Jahre Denkmalpreis der Hypo-Kulturstiftung 1986–2005, hrsg. von der Hypo-Kulturstiftung, 1986–1995, München 1995

Denkmalpreis 2005

20 Jahre Denkmalpreis der Hypo-Kulturstiftung 1986–2005, hrsg. von der Hypo-Kulturstiftung, Regensburg 2005

Denkmalschutz 1996

Denkmalschutz, Texte zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 52), Bonn 1996

Denkmalschutz 2007

Denkmalschutz, Texte zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 52, 4. Auflage 2007), Bonn 2007

Denkmalschutzgesetze 1982

Deutsche Denkmalschutzgesetze, bearb. von Wolfgang Bönner (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 18), Bonn 1982

#### Denkmalschutzgesetze 1997

Denkmalschutzgesetze, bearb. von Wolfgang Eberl und Rudolf Kleeberg, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 54), Bonn 1997

#### Denkmalschutzgesetze 2005

Denkmalschutzgesetze, bearb. von Jan Nikolaus Viebrock, Dieter Martin und Rudolf Kleeberg, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 54), Bonn 2005

#### Denkmalschutzgesetz 2007

Bayerisches Denkmalschutzgesetz, Kommentar, bearb. von Franz Dirnberger, hrsg. von Eberl/Martin/Greipl, 6. überarb. und erw. Aufl., Stuttgart 2007

#### Denkmalschutz-Informationen 2008

hrsg. vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, Nachrichten, 32. /2008 Heft 1, Bonn 2008

#### Denkmaltopographie 2007

Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Baudenkmale in Niedersachsen Bd. 14.1, Stadt Hildesheim, bearb. von Anke Twachtman-Schlichter, hrsg. von Christiane Seghers-Glocke, Hameln 2007

#### Dietrich 2004

Dietrich, Dagmar, Zur Lage der bayerischen Denkmalpflege, Abschied von der Denkmalforschung, in: Kunstchronik, 57./2004, Heft 5, S. 229–230

#### Donath 2000

Donath, Matthias, Entstaatlichung der Denkmalpflege? Von der Provokation zur Diskussion, Eine Debatte über die Zukunft der Denkmalpflege, hrsg. Von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2000

#### Dresden 1987

Denkmale des Bezirkes Dresden, Beschreibung der Denkmale des Bezirkes Dresden (Zentrale und Bezirksliste), hrsg. vom Rat des Bezirkes Dresden, Abteilung für Kultur, bearb. von Wolfgang Zimmer und Gerhard Tümmeler, überarb. und ergänzte Auflage, Radeberg 1987

#### Durian-Ress 1975

Durian-Ress, Saskia, Klassische Denkmalpflege – Konservieren und Restaurieren von Einzeldenkmälern, in: Zukunft 1975, S. 115–124

#### Einkommensteuergesetz 2007

Kommentar, hrsg. von Paul Kirchhof, Hartmut Söhn, Rudolf Mellinshoff, Müller Verlag, Loseblattwerk, 171. Aktualisierung, Januar 2007.

#### Ellger 1980

Ellger, Dietrich, Zum Thema „Rekonstruktion“, in: DKD 38./1980 Heft 1/2, S. 2–5

#### Empfehlung 1993

Empfehlung zur Situation des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, Potsdam 08. November 1993, in: Denkmalschutz Informationen 17./1993 Heft 4 Anhang, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bonn 1993

#### Empfehlung 1996

Empfehlung zur Lage des Denkmalschutzes in Deutschland – verantwortungsbewußt handeln, das Kulturelle Erbe schützen und erhalten, Hamburg, 25. November 1996, in: Denkmalschutz, Texte zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 52), 4. Auflage 2007, Bonn 2007, S. 253

#### Entstaatlichung 2000

Dokumentation Entstaatlichung der Denkmalpflege? Von der Provokation zur Diskussion, Eine Debatte über die Zukunft der Denkmalpflege, hrsg. von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, zusammengestellt von Matthias Donath, Berlin 2000

#### Entwerfen und Denkmalpflege 1995

Entwerfen und Denkmalpflege: 1976–1995, Katalog zur Ausstellung im Erwin von Kreibitz-Museum vom 29. Juni 1995 bis 30. Juli 1995, Arbeiten am Lehrstuhl für Entwerfen und Denkmalpflege, München 1995

#### Falser 2008

Falser, Michael S., Zwischen Identität und Authentizität, zur politischen Geschichte der Denkmalpflege in Deutschland, Dresden 2008

#### Fischer 2001

Fischer, Manfred F., 50 Jahre Vereinigung der Landesdenkmalpfleger – ein kritischer Rückblick, in: DD 59./ 2001 Heft 2, S. 109–124

#### Fischer 2005

Fischer, Manfred F., Das Original und seine Reproduktion. Ist Geschichte wiederholbar?, in: Zeitschichten 2005, S. 36–45

#### Fleischner 1999

Fleischner, Susanne, „Schöpferische Denkmalpflege“, Kulturideologie des Nationalsozialismus und Positionen der Denkmalpflege, (= Beiträge zur Denkmalpflege und Bauforschung 1, hrsg. von Achim Hubel und Manfred Schuller), Münster 1999

#### Franz 2007

Baudenkmale in Zeiten der Schrumpfung, in: Schrumpfende Städte und Dörfer – Wie überleben unsere Baudenkmale?, Jah-

restagung in Holzminden 2006, (= Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 16), Dresden 2007, S. 8–11

Furrer 2008

Furrer, Bernhard, „Wertewandel – Auch in der Denkmalpflege?“ Vortrag anlässlich der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger 2008 in München, gehalten am 2. Juni 2008, abgedruckt in: Denkmalschutz Informationen, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, 32. /2008, Heft 2, S. 88–95

Gebeßler 1975

Gebeßler, August, Altstadt und Denkmalpflege, Die Beispielstädte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zukunft 1975, S. 57–99

Gebeßler 1986

Gebeßler, August, Zur Lage: Inflation des Denkmalpflegens, Auszug aus der Eröffnungsrede der Jahrestagung 1986 in Speyer, in: DKD 44./ 1986 Heft 2, 146–147

Gebeßler 1987

Gebeßler, August, Zur Lage, Auszug aus der Eröffnungsansprache der Lüneburger Tagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger der Bundesrepublik Deutschland 1987, in: DKD 45./ 1987 Heft 2, S. 142–145

Gebeßler 1997

Gebeßler, August, Rekonstruktion in der Denkmalpraxis, in: Denkmalpflege Zwischenbilanz 1997, Stuttgart 1997, S. 86–106

Geiger 1998

Geiger, Martin, Kommunale Denkmalpflege – nostalgischer Luxus oder Teil der Lebenswirklichkeit ?, Vortrag des 1. Bürgermeisters der Stadt Wasserburg am Inn bei der Arbeitstagung

der bayerischen Heimatpfleger in Memmingen (26.–28. Juni 1998), in: Denkmalpflege Informationen Ausgabe A Nr. 82/21. Juli 1998, S. 1–8

#### Gieß 2001

Gieß, Harald, Die Restaurierung der Stiftsbasilika „Unserer Lieben Frau zur alten Kapelle“, Eine Maßnahme im Spannungsfeld zwischen historischer Substanz und barocker Raumästhetik, in: Die Alte Kapelle Regensburg (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 114), München 2001, S. 17–30

#### Glatz 2008

Glatz, Joachim, Die Rekonstruktion der Rekonstruktion, Fallbeispiel Mainzer Markt, in: DD 66./2008 Heft 1, S. 28–33

#### Glatz Verschönerung 2008

Glatz, Joachim, Der Mainzer Markt – Verschönerung und/oder Denkmalpflege?, in: Denkmalpflege und Tourismus 2008, S. 98–102

#### Goralczyk 1991

Goralczyk, Peter, Rückblick auf Organisation und Recht der Denkmalpflege in der DDR, in: DKD 49./ 1991 Heft 1, S. 11–15

#### Greipl 2003

Greipl, Egon Johannes, Leitbildentwicklung der Bayerischen Denkmalpflege, in: Nutzen Denkmalpflege 2002, S. 222–225

#### Greipl 2004

Greipl, Egon Johannes, Zur Lage der bayerischen Denkmalpflege, Nicht nur in Baden-Württemberg – Bayerische Denkmalpflege in Not, in: Kunstchronik 57./ 2004, Heft 5, S. 225–229

Greipl 2005

Greipl, Egon Johannes, Vorwort zum Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege, Band 49–53 für die Jahre 1995–1999, München 2005, S. 7–16.

Greipl 2006

Greipl, Egon Johannes, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen vor dem Ausschuss für Hochschule, Bildung und Kultur des Bayerischen Landtags am 11. Oktober 2006, in: Denkmalpflege Informationen (= Ausgabe B, 135), München 2006, S. 10–13

Greipl 2008

Greipl, Egon Johannes, Heute und morgen: Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege im Jahr 2008, in: Greipl/Hubel 2008, S. 409–412

Greipl 2009

Greipl, Egon Johannes, Substanz oder Bild? Denkmalpflege an den Fassaden des Passauer Stephansdoms, in: Der Passauer Dom des Mittelalters, hrsg. von Michael Hauck und Herbert W. Wurster, (= Veröffentlichungen des Instituts für Kulturräumforschung Ostbairns und der Nachbarregionen der Universität Passau, Band 60), Passau 2009, S. 327–363

Greipl/Hubel 2008

100 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege 1908–2008, 3. Katalog, Inhalte, Praxis, Schwerpunkte, Katalog der Jubiläumsausstellungen, hrsg. von Egon Johannes Greipl und Achim Hubel, Regensburg 2008

Greipl/Körner 2008

100 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege 1908–2008, 1. Bilanz, hrsg. von Egon Johannes Greipl und Hans-Michael Körner, Regensburg 2008



Günther 2007

Günther, Wolfram, Bürgerengagement und wenig geliebte Denkmale, in: Sozialer Raum und Denkmalinventar, Vorgehensweisen zwischen Erhalt, Verlust, Wandel und Fortschreibung, (= Veröffentlichungen des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Band 17), Dresden 2008, S. 28–33

Habel 1977

Habel, Heinrich, Fürth als StadtDenkmal, in: DKD 35./ 1977 Heft 1, S. 5–32

Habich 2000

Habich, Johannes, Wohin steuert die Denkmalpflege – 17 Jahre nach der Kieler Jahrestagung, in: DD 58./ 2000 Heft 2, S. 116–121

Hallinger Amt 2008

Hallinger, Johannes, Der Ausbau: Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege seit 1983, in: Greipl/Hubel 2008, S. 283–287

Hallinger Gesetz 2008

Hallinger, Johannes, Eine solide Grundlage: Das Bayerische Denkmalschutzgesetz 1973, in: Greipl/Hubel 2008, S. 271–273

Hammer 1995

Hammer, Felix, Die geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts in Deutschland, Tübingen 1995

Handbuch 2004

Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege – einschließlich Archäologie, Recht, fachliche Grundsätze, Verfahren, Finanzierung, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz von Dieter J. Martin und Michael Krautzberger, München 2004

#### Handbuch 2006

Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege – einschließlich Archäologie, Recht, fachliche Grundsätze, Verfahren, Finanzierung, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz von Dieter J. Martin und Michael Krautzberger, 2. überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflagen, München 2006

#### Handbuch 2010

Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege – einschließlich Archäologie, Recht, fachliche Grundsätze, Verfahren, Finanzierung, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz von Dieter J. Martin und Michael Krautzberger, 3. überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflagen, München 2010

#### Handorf 2003

Handorf, Dirk, System Denkmalpflege – Netzwerke für die Zukunft, Bericht über die Tagung der Vereinigung der Landesdenkmalpflege in Hannover, in: DD 61./ 2003 Heft 2, S. 100–114

#### Handwerk 1996

Manfred Gerner, Karin Grösch, Gerwin Stein, Johannesberger Edition 9, hrsg. vom Deutschen Zentrum für Handwerk und Denkmalpflege, Propstei Johannesberg, Fulda e.V., Fulda 1996

#### Haspel 2000

Haspel, Jörg, Vermittlung der Ziele der Denkmalpflege in der Öffentlichkeit, in: Politik Deutschland 2000, S. 23–28

#### Hassler 2003

Hassler, Uta, Das Dauerhafte und das Flüchtige, in: Nachhaltigkeit 2003, S. 43–53

#### Haushaltbegleitgesetz 2004

Haushaltbegleitgesetz (HbeglG 2004) vom 29. Dezember 2003, in: Bundesgesetzblatt Jg. 2003 Teil I Nr. 68, ausgegeben zu Bonn am 31. Dezember 2003, Bonn 2003

#### Hemmeter 1995

Hemmeter, Karlheinz, Bayerische Baudenkmäler im Zweiten Weltkrieg. Verluste – Schäden – Wiederaufbau (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 77), München 1995

#### Heritage at Risk 2002/03

Icomos World Report 2002/2003 on Monuments and Sites in Danger, München 2003

#### Heuter 2004

Heuter, Christoph, Denkmalpflege und Tourismus, Bericht über die Jahrestagung in Schwerin 2004, unter Verwendung von Kollegenberichten aus anderen Sektionen, in: DD 62./ 2004 Heft 2, S. 95–108

#### Hipp/Grunsky 1976

Hipp, Hermann, Grunsky, Eberhard, Die Jahrestagung 1976 der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Bad Homburg v.d.H., 31.5.–4.6.1976, in: DKD 35./ 1977 Heft 1, S. 89–97

#### Hubel 1993

Hubel, Achim, Denkmalpflege zwischen Restaurieren und Rekonstruieren, in: Kunstgeschichte und Denkmalpflege, Ausgewählte Aufsätze, Festgabe zum 60. Geburtstag, hrsg. von Alexandra Fink, Christiane Hartleitner-Wenig und Jens Reiche, Petersberg 2005, S. 231–258

#### Hubel 1996

Hubel, Achim, Denkmäler als Geschichtsdokumente – Irritationen für die Ästhetik einer heilen Welt?, in: Arbeitskreis Theo-

rie und Lehre in der Denkmalpflege e.V., Dokumentation der Jahrestagung 1994 in Weimar, Thema: Denkmale und Geschichtsstätten, hrsg. von Achim Hubel und Ermann Wirth (= Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar – Universität, Heft 4/5 1995), Weimar 1996, S. 167–178

Hubel 2005

Kunstgeschichte und Denkmalpflege, Ausgewählte Aufsätze, Festgabe zum 60. Geburtstag, hrsg. von Alexandra Fink, Christiane Hartleitner-Wenig und Jens Reiche, Petersberg 2005

Hubel 2006

Hubel, Achim, Denkmalpflege, Geschichte, Themen, Aufgaben, Eine Einführung, Stuttgart 2006

Hubel 2010

Hubel, Achim, Welterbe–Wertewandel? In: DENKmalWERTE, Beiträge zur Theorie und Aktualität der Denkmalpflege, Georg Mörsch zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Rudolf Meier und Ingrid Scheuermann, Berlin München 2010, S. 177–190

Hubel Regensburg 2010

Hubel, Achim, Die Diskussion über eine zusätzliche Donaubrücke in Regensburg, in: DD 68. / 2010, Heft 2, S. 135–144

Hubel 2011

Hubel, Achim, Denkmalpflege zwischen Restaurieren und Rekonstruieren. Ein Blick zurück in die Geschichte, in: Denkmalpflege 2011, S. 42–62

Huber 1996

Huber, Brigitte, Denkmalpflege zwischen Kunst und Wissenschaft, Ein Beitrag zur Geschichte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 76), München 1996

Huse 1996

Denkmalpflege, Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten, hrsg.  
von Norbert Huse, München<sup>2</sup> 1996

Huse 2004

Huse, Norbert, Denkmalpflege heute – Krise und Ausblick, in:  
System Denkmalpflege 2003, S. 474–477

Janowski 2011

Janowski, Bernd, Gotteshäuser oder Mussen? Demographischer  
Wandel und die Zukunft der Dorfkirchen in Brandenburg, in:  
Kirche 2011, S. 16–23

JBD

Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege, hrsg. vom Bayerischen Lan-  
desamt für Denkmalpflege

Band 30 und 31 für das Jahr 1975–1977, München 1979

Band 32 für das Jahr 1978, München 1980

Band 33 für das Jahr 1979, München 1981

Band 34 für das Jahr 1980, München 1982

Band 35 für das Jahr 1981, München 1983

Band 36 für das Jahr 1982, München 1984

Band 37 für das Jahr 1983, München 1985

Band 38 für das Jahr 1984, München 1987

Band 39 für das Jahr 1985, München 1988

Band 40 für das Jahr 1986, München 1989

Band 41 für das Jahr 1987, München 1991

Band 42 für das Jahr 1988, München 1993

Band 43 für das Jahr 1989, München 1994

Band 44 für das Jahr 1990, München 1995

Band 45/46 für die Jahre 1991/1992, München 1999

Band 47/48 für die Jahre 1993/1994, München 2001

Band 49–53 für die Jahre 1995–1999, München 2005

Band 54/55 für die Jahre 2000/2001, München 2006

Band 56/57 für die Jahre 2002/2003, München 2006

Karn 2008

Karn, Georg Peter, Geschichte im Rückwärtsgang, Eine Fotodokumentation der Nordzeile des Mainzer Marktplatzes von 1978 bis 2008, in: DD 66./2008 Heft 1, S. 34–38

Kier 1975

Kier, Hiltrud, Die Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger 1975, in: DKD 33./ 1975 Heft 1/2, S. 132–134

Kiesow 1984

Kiesow, Gottfried, Die Neubebauung des Dom-Römerberg-Bereiches in Frankfurt am Main, in: DKD 42./ 1984 Heft 1, S. 2–10

Kiesow 1988

Kiesow, Gottfried, Identität – Authentizität – Originalität, in: DKD 46./ 1988 Heft 2, S. 113–118

Kiesow 1996

Kiesow, Gottfried, Altstadtprobleme aktuell: Droht den Städten und Dörfern der ehemaligen DDR eine Totalsanierung?, in: Denkmalpflege heute, Akten des Berner Denkmalpflegekongresses 1993, hrsg. von Volker Hoffmann, (= Neue Berner Schriften zur Kunst, Bd. 1), Bern 1996

Kiesow 1997

Kiesow, Gottfried, Denkmalpflege im vereinigten Deutschland: eine kritische Bilanz, in: Denkmalpflege Zwischenbilanz 1997, Stuttgart 1997, S. 32–43

Kießling 1997

Kießling, Herrmann, Der Goldene Saal und die Fürstenzimmer im Augsburger Rathaus, eine Dokumentation der Wiederherstellung, München/Berlin 1997

#### Kirche 2011

Kirche leer - was dann? Neue Nutzungskonzepte für alte Kirchen, hrsg. von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, (= Berichte zu Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland Band 17), Petersberg 2011

#### Kirschbaum 2005

Kirschbaum, Juliane, „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“. Das europäische Denkmalschutzjahr 1975 und seine Folgen, in: ZeitSchichten. Erkennen und Erhalten – Denkmalpflege in Deutschland. Katalogbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Residenzschloss Dresden 30.07.–13.11.2005, hrsg. von Ingrid Scheuermann, München/Berlin 2005

#### König 2011

König, Eginhard, Bürgerinitiativen und Denkmalschutz. Das Beispiel Regensburg, in: „Zum Teufel mit den Denkmälern“, 200 Jahre Denkmalschutz in Regensburg, hrsg. vom Arbeitskreis Regensburger Herbstsymposion, Regensburg 2011, S. 67–73

#### Körner 2000

Körner, Burkhard, Zwischen Bewahren und Gestalten, Denkmalpflege nach 1945, Petersberg 2000

#### Korff 2005

Korff, Gottfried, Denkmalisierung. Zum „Europäischen Denkmalschutzjahr“ 1975 und seinen Folgen, in: DD 63./ 2005 Heft 2, S. 133–144

#### Kränzle 1993

Kränzle, Bernd, Vom Stellenwert der Denkmalpflege in der Kulturpolitik, in: Vom modernen zum postmodernen Denkmalkul-

tus? Denkmalpflege am Ende des 20. Jahrhunderts, 7. Jahrestagung der Bayerischen Denkmalpflege in Passau, (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 69), München 1993, S. 32–34

#### Kruft 1993

Kruft, Hanno-Walter, Rekonstruktion als Restauration? Zum Wiederaufbau zerstörter Architektur, in: Kunstchronik 46./1993 Heft 9, S. 582–589

#### Kühlenthal 2001

Kühlenthal, Michael, Die Raumfassung der Alten Kapelle, in: in: Die Alte Kapelle Regensburg (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 114), München 2001, S. 31–40

#### Kunstdenkmäler von Bayern

Die Kunstdenkmäler von Oberfranken, VIII/6/4/1, Bamberg, Bd. 4, Bürgerliche Bergstadt 1. Halbband, hrsg. vom Michael Petzet und Tilmann Breuer, von Tilman Breuer und Reinhard Gutbier, München/Berlin 1997

#### Kunstgeschichte und Denkmalpflege

Kunstgeschichte und Denkmalpflege, ausgewählte Aufsätze, Festgabe zum 60. Geburtstag für Achim Hubel, hrsg. von Alexandra Fink, Christine Hartleitner-Wenig und Jens Reiche, Petersberg 2005

#### Langenstein 1994

Langenstein, York, Die Neufassung des Innenraums der Frauenkirche im Rahmen der Restaurierungs- und Neugestaltungsmaßnahmen in den Jahren 1991 bis 1993, in: Monachium Sacrum, Festschrift zur 500-Jahr-Feier der Metropolitankirche Zu Unserer Lieben Frau in München, hrsg. von Hans Ramisch, München 1994, Band II, S. 103–142



#### Leitbild 2011

Leitbild Denkmalpflege, Zur Standortbestimmung der Denkmalpflege heute, hrsg. von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, Petersberg 2011

#### Leitbild LWL

Erkennen – Bewahren – Gestalten, Leitbild des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, hrsg. vom Landeskonservator Dr. Markus Harzenetter, Münster 2012

#### Lenssen 2008

Lenssen, Jürgen, Zukunft der Kirchen und Kirchenbauten in den kommenden Jahrzehnten, in: 100 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege 1908–2008, Band 2, Perspektiven, Beiträge des Kolloquiums „Perspektiven für das neue Jahrhundert“ des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege und dem Institut für Bayerische Geschichte des Ludwig-Maximilians-Universität München vom 16. bis 18. September 2007 im Kulturforum Fürth, Katalog der Jubiläumsausstellungen, hrsg. von Egon Johannes Greipl, Regensburg 2008  
S. 49–52

#### Lipp 1993

Lipp, Wilfried (Hrsg.), Denkmal-Werte-Gesellschaft, Zur Pluralität des Denkmalbegriffs, Frankfurt/New York 1993

#### Lipp 2008

Lipp, Wilfried, Prävention beginnt im Kopf, in: Weltkulturerbe Deutschland, Präventive Konservierung und Erhaltungsperspektiven (=ICOMOS-Hefte des Deutschen Nationalkomitees, XLV), Regensburg 2008, S. 32–35

#### Machat 1979

Machat, Christoph, Ästhetischer Wert als Grenzwert der Denkmalpflege, Zur Herausnahme der neugotischen Emporen aus der evang.-luth. Stadtkirche in Bayreuth, in: JBD 31, 1977, S. 113–121

Mader 1986

Mader, Gert Thomas, Die Praxis des Umgangs mit Baudenkmalen und ihrer Ausstattung, in: Das Baudenkmal und seine Ausstattung – Substanzerhaltung in der Denkmalpflege, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 31), Bonn 1986, S. 39–59

Mader 1988

Mader, Gert Thomas, Aus- und Fortbildung von Architekten für Aufgaben der Denkmalpflege, in: Das Baudenkmal in der Hand des Architekten – Umgang mit historischer Bausubstanz, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 37), Bonn 1988, S. 57–69

Mader 1989

Mader, Gert Thomas, Bauforschung und Denkmalpflege, in: Bauforschung und Denkmalpflege, Dokumentation der Jahrestagung 1987 in Bamberg, Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., hrsg. von Achim Hubel, Bamberg 1989

Mader 1999

Mader, Gert Thomas, Reparatur in der Baudenkmalpflege, Das Bayerische Bauarchiv Thierhaupten, Gerhard Klotz-Warischlohn, Martin Saar, mit einem Beitrag von Gert Thomas Mader, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 101), München 1999

Magirius 1989

Magirius, Heinrich, Theoretische Implikationen und die Praxis der Denkmalpflege heute, in: Festschrift für Michael Petzet zum 65. Geburtstag am 12. April 1998, hrsg. von Susanne Böning-Weis, Karlheinz Hemmeyer, York Langenstein, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 100), München 1998, S. 111–126

Magirus 2001

Magirus, Heinrich, Denkmalpflege in der DDR, in: DD 59./ 2001 Heft 2, S. 125–140

Magirus 2006

Magirus, Heinrich, Eine fast vergessene Zeitschicht. Denkmalpflege in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR - ein Überblick, in: Zeitschichten der Denkmalpflege, hrsg. von Ingrid Scheuermann und Hans-Rudolf Meier, München Berlin 2006, S. 132–143.

Magirus/Boehme 1991

Magirus, Heinrich, Boehme, Ulrich, Meinungsstreit: Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche oder Erhaltung der Ruine als Denkmal?, in: DKD 49./ 1991 Heft 1, S. 79–90

Magirus/Hütter 1993

Hütter, Elisabeth, Magirus, Heinrich, Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR, in: Lipp, Wilfried (Hrsg.), Denkmal-Werte-Gesellschaft, Frankfurt/New York 1993

Maier 1983

Maier, Hans, Zehn Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz, in: Denkmalpflege in Bayern, 75 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18), München 1983

Maier 1983

Maier, Hans, Denkmalpflege in Bayern - Eine Bilanz 1972–1982, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 19), München 1983, S. 11

Maier 2008

Maier, Hans, Denkmalschutz und Denkmalpflege in Bayern 1908–2008, Ansprache von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier, Staatsminister a.D., anlässlich des Kolloquiums „Bayerisches

Landesamt für Denkmalpflege - Bilanz nach 100 Jahren“ vom 12.–14. Oktober 2006 in der Pinakothek der Moderne, in: Greipl/Körner 2008, S. 17–22

Mainbernheim 2001

Denkmalpflegerischer Erhebungsbogen Mainbernheim, Ein städtebaulich-denkmalpflegerischer Fachbeitrag zur Stadtsanierung, CD-ROM-Ausgabe, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Bamberg 2001

Mainzer 2011

Mainzer, Udo, Schlussdiskussion zur Tagung „Kirche leer – was dann?“, in: Kirche 2011, S. 133

Marano 2002

Marano, Giulio, Qualitätsmanagement – Erfahrungen und Perspektiven aus der Sicht der Denkmalpflege, in: Neue Wege zur Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege (= Initiativen zum Umweltschutz, Band 51), Berlin 2002, S. 78–84

Marquart 1997

Marquart, Christian, Inmitten des Ernstfalls: Denkmalpflege auf dem Weg zur erweiterten Praxis, in: Denkmalpflege Zwischenbilanz, Stuttgart 1997, S. 13–22

Martin 1983

Martin, Dieter, Zehn Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz, Vortrag anlässlich der Jahrestagung der bayerischen Denkmalpflege in Ansbach am 27. 10. 1983, in: JBD, Band 37 für das Jahr 1983, S. 34–42

Martin/Schneider/Wecker/Bregger 1999

Martin, Dieter, Schneider, Andreas, Wecker, Lucia, Bregger, Hans-Martin, Sächsisches Denkmalschutzgesetz (Sächs.DSchG) Kommentar, Wiesbaden 1999

Masuch 1980

Masuch, Anna, Das Leibnizhaus in Hannover, Problematik der Rekonstruktion in Hinblick auf Stadtstruktur, Bauwerk und Detail, in: DKD 38./1980 Heft 1 und 2, S. 77–89

Martin 2005

Martin, Dieter, Die deutschen Denkmalschutzgesetze im Vergleich, in: Denkmalschutzgesetze 2005, S. 151–166

Matzig 1997

Matzig, Gerhard, Kirchen in Not, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 56), Bonn 1997

Meier 2007

Meier, Hans-Rudolf, Zur Zukunft der Baudenkmale in historischen Innenstädten, in: Franz 2007, S. 28–34

Meier/Will 2005

Meier, Hans-Rudolf / Will, Thomas, Dehio 2000 – Paradigmenwechsel in der modernen Denkmalpflege? In: Zeitschriften 2005, S. 321–329

Mielke 1975

Mielke, Friedrich, Die Zukunft der Vergangenheit. Grundsätze, Probleme und Möglichkeiten der Denkmalpflege, Stuttgart 1975

Mielke 1976

Mielke, Friedrich, Zusammenarbeit von Praxis und Lehre im Fach Denkmalpflege, in:  
Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Dokumentation der 4. Jahrestagung in Münster, Münster 1976, S. 85–94

Mittermeier 2004

Mittermeier, Wolfgang, Arbeitsberichte zu den Vertiefungsthemen, Vertiefungsthema: Informations- und Wissensmanagement, in: System Denkmalpflege 2003, S. 468–470

Mörsch 1977

Mörsch, Georg, Zur Werteskala des aktuellen Denkmalbegriffs, in: DKD 35./ 1977, S. 188–192

Mörsch 1981

Mörsch, Georg, Zur Differenzierbarkeit des Denkmalbegriffs, in: DKD 39./ 1981, S. 99–108

Mörsch 1984

Mörsch, Georg, Hannovers neues Leibnizhaus – Denkmalpflege oder postmodernes Architekturzitat?, in: DKD 42./ 1984 Heft 1, S. 25–28

Mörsch 1986

Mörsch, Georg, Kunstgeschichte und Denkmalpflege – Möglichkeiten und Probleme ihres Verhältnisses, in: DKD 44./ 1986, S. 119–124

Mörsch 1986 Baudenkmal

Mörsch, Georg, Zusammenfassung der Beiträge der Tagung „Das Baudenkmal und seine Ausstattung – Substanzerhaltung in der Denkmalpflege“, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 31), Bonn 1986, S. 60/61

Mörsch 1987

Mörsch, Georg, Vom Gebrauch und Verbrauch der Denkmäler, in: DKD 45./ 1987 Heft 2, S. 157–163

Mörsch 1989

Mörsch, Georg, Aufgeklärter Widerstand, Das Denkmal als Frage und Aufgabe, hrsg. von Rudolf Schilling, Berlin 1989

Mörsch 2004

Mörsch, Georg, Denkmalverständnis, Vorträge und Aufsätze 1990–2002, Zürich 2004

Mörsch 2005

Mörsch, Georg, Fremd, vertraut oder entbehrlich, Die Denkmale in der modernen Gesellschaft, in: Zeitschichten 2005, S. 28–35

Mörsch/Strobel

Mörsch, Georg/Strobel, Richard (Hrsg.), Das Denkmal als Plage und Frage, Festgabe für August Gebeßler, München 1989

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Denkmalpflege, Beiträge zu einer Kultur der Umsicht, hrsg. von Marion Wohleben und Hans-Rudolf Meier, Zürich 2003

Nationalkomitee 1983

Zehn Jahre Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz 1983– Deutscher Preis für Denkmalschutz 1983, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 23), Bonn 1984

Neander 2000

Neander, Joachim, Denkmalschutz in der Sinnkrise, Auf ihrer Mainzer Jahrestagung verteidigt sich die Zunft gegen zunehmende Kritik aus Politik und Bevölkerung, in: Die Welt, 10. Juni 2000

Nutzen Denkmalpflege 2002

Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, Fachtagung Denkmalbestand und Denkmalbetreuung, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpflege in der Bundesrepublik

Deutschland vom 17.–21. Juni 2002 in Wiesbaden (= Arbeitshefte des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, Bd. 4), Wiesbaden 2003

#### Öffentliches Denkmal 2002

Das öffentliche Denkmal, Denkmalpflege zwischen Fachdisziplin und gesellschaftlichen Erwartungen, (= Veröffentlichungen des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V., Bd. 15), Jahrestagung 2002 in Dessau, hrsg. von Thomas Will, Dresden 2004

#### Paul 1980

Paul, Jürgen, Der Streit um das Knochenhaueramtshaus in Hildesheim, in: DKD 38./ 1980 Heft 1/2, S. 64–76

#### Petzet 1975

Petzet, Michael, Eine Zukunft für unsere Vergangenheit? Denkmalpflege im Denkmalschutzjahr 1975, in: Zukunft 1975, S. 7–37

#### Petzet 1983 Neuorganisation

Petzet, Michael, Die Neuorganisation der bayerischen Denkmalpflege seit dem Denkmalschutzgesetz von 1973, in: Denkmalpflege in Bayern 1983, S. 25

#### Petzet 1983

Petzet, Michael, Denkmalpflege und Stadterneuerung: Ergänzung oder Konflikt?, Vortrag anlässlich der Fachtagung „Stadterneuerung und Sanierung“ der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung in Regensburg am 18. März 1981, in: JBD, Band 35 für das Jahr 1981, München 1983

#### Petzet 1993

Petzet, Michael, Der moderne Denkmalkultus am Ende des 20. Jahrhunderts, Vortrag anlässlich der 7. Jahrestagung der Bayerischen Denkmalpflege „Vom modernen zum postmodernen



- Denkmalkultus? Denkmalpflege am Ende des 20. Jahrhunderts“, Passau 14.–16. Oktober 1993, in: JBD Band 47/48 für die Jahre 1993/1994, München 2001, S. 11–19
- Petzet 1997  
 Petzet, Michael, Rekonstruieren als denkmalpflegerische Aufgabe?, in: Denkmalpflege Zwischenbilanz 1997, Stuttgart 1997, S. 107–117
- Petzet 1997 Augsburg  
 Petzet, Michael, Grundsätzliche Überlegungen zur Rekonstruktion des Goldenen Saals, in: Kießling 1997, S. 23–28
- Petzet 2006  
 Petzet, Michael, Attentat auf die bayerische Denkmalpflege – offener Brief an Staatsminister Eberhard Sinner“ von Michael Petzet am 18.09.2006
- Petzet/Mader 1993  
 Petzet, Michael/Mader, Gert Thomas, Praktische Denkmalpflege, Stuttgart 1993. S. 83–94
- Planck 2005  
 Planck, Dieter, Editorial, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, 34./ 2005 Heft 2, S. 49–51
- Planck 2006  
 Planck, Dieter, Bau- und Kunstdenkmalpflege seit 1990 in Baden-Württemberg, in: DD 64./ 2006, Heft 1/2, S. 83–88
- Politik 2000  
 Politik und Denkmalpflege in Deutschland 2000, Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, 67. Tag für Denkmalpflege, 7.–10. Juni 1999, (= Arbeitshefte der rheinischen Denkmalpflege 53), hrsg. vom Landeskonservator Prof. Dr. Udo Mainzer, Bonn 2000

#### Produkt Denkmal 1998

Denkmalpflege als Wirtschaftsfaktor, 9. Jahrestagung der Bayerischen Denkmalpflege, Priener Gespräche 1997, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 97), München 1998

#### Rauterberg 2002

Rauterberg, Hanno, Echt/Unecht - Über die Zukunft der Denkmalpflege in Zeiten der Künstlichkeit, in: DD 60./ 2002, Heft 1, S. 12–14

#### Rekonstruktion in der Denkmalpflege 1997

Überlegungen – Definitionen – Erfahrungsberichte, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 57), Bonn 1997

#### Resolution 1993

Denkmalschutz in Deutschland ist nationale und internationale Verpflichtung, Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, Bonn, 08. Dezember 2003

#### Resolution 1998

Resolution: Schutz und Pflege des kulturellen Erbes brauchen wirksame Gesetze und steuerliche Förderung, Dresden, 29. November 1998, in: Denkmalschutz - Informationen 22./ 1998 Heft 4 Anhang, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bonn 1998

#### Reuter 1974

Reuter, Reinhard, Objektsanierung in historischen Stadtvierteln, Untersuchung zur Rentabilität, in: DKD 32./ 1974, Heft 1, S. 53–62

Riemann 1985

Riemann, Wolfgang, Der Fall: Marktplatz Hildesheim, Notizen zum Hildesheimer Marktplatz, Situationen eines Kreislaufes, in: Der Baumeister 82./1985 Heft 1, S. 19–23

Ringbeck 2004

Ringbeck, Birgitta, Zur Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege (Das Positionspapier der KMK aus dem Jahr 2002), in: System Denkmalpflege 2003, S. 482–484

Ringbeck Monitoring 2009

Ringbeck, Birgitta, Die Monitoring-Instrumente der Welterbekonvention, in: Welterbe-Manual, Handbuch zur Umsetzung der Welterbekonvention in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz, hrsg. von den UNESCO-Kommissionen Deutschlands, Luxemburgs, Österreichs und der Schweiz, Bonn 2009, S. 85–88

Ringbeck 2009

Ringbeck, Birgitta, Deutsche Welterbestätten im Wartestand, in: Welterbe-Manual, Handbuch zur Umsetzung der Welterbekonvention in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz, hrsg. von den UNESCO-Kommissionen Deutschlands, Luxemburgs, Österreichs und der Schweiz, Bonn 2009, S. 142–144

Ringbeck 2011

Ringbeck, Birgitta, Die UNESCO-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt – Fortschreibung der Vorschlagsliste (Tentativliste) der Bundesrepublik Deutschland, in: Weltkulturerbe und Europäisches Kulturerbe-Siegel in Deutschland, Potentiale und Nominierungsvorschläge (= ICOMOS Hefte des Deutschen Nationalkomitees LI), hrsg. von Sigrid Brandt, Jörg Haspel, Michael Petzet, Berlin 2011, S. 14–15

Roggatz 2004

Roggatz, Annette, Arbeitsberichte zu den Vertiefungsthemen, Vertiefungsthema: Öffentlichkeitsarbeit, in: System Denkmalpflege 2003, S. 464–465

Romero 1974

Romero, Rolf, Probleme der Denkmalpflege bei Altstadtsanierungen, in: DKD 32./ 1974 Heft 1, S. 1–7

Sauerländer 1975

Sauerländer, Willibald, Erweiterung des Denkmalbegriffs ?, in: DKD 33./ 1975 Heft 1/2, S. 117–130

Sauerländer 1993

Sauerländer, Willibald, Erweiterung des Denkmalbegriffs ? Kommentar 1993, Ein Nachwort in Zweifel und Widerspruch, in: Denkmal-Werte-Gesellschaft: zur Pluralität des Denkmalbegriffs, hrsg. von Wilfried Lipp, Frankfurt 1993, S. 120–149

Schaarschmidt 2004

Schaarschmidt, Thomas, Regionalkultur und Diktatur, Sächsische Heimatbewegung und Heimatpropaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR, Köln Weimar Wien 2004

Schiedermaier 1975

Schiedermaier, Werner, Zur Denkmalschutzgesetzgebung in der Bundesrepublik, in: Zukunft 1975, S. 148

Schleich 1978

Schleich, Erwin, Die zweite Zerstörung Münchens, Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 100, Stuttgart 1978

Schmaltz/Wichert 1998

Schmaltz, Hans Karsten/Wichert, Reinald, Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz, Kommentar, Hannover 1998

Schmid 1997

Schmid, Alfred A., Rekonstruktion – Wiederherstellung – Restaurierung, in: Kießling 1997, S. 3–13

Schmid 2004

Schmid, Rainer, Zwischen Wallfahrt und Tourismus. Die Wies nach der Restaurierung, in: UNESCO-Welterbe: Lust und Last?!, Arge-Alp-Tagung Insel Reichenau 20.–22.03.2003 (= Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Arbeitsheft 14), Stuttgart 2004, S. 101–102

Schmidt 1987

Schmidt, Theo, Zur Wiederherstellung des Innenraumes der St. Michaelskirche in München, in: JBD 38, 1984, S. 98–104

Scholz 1985

Scholz, Stefan, Der Fall: Römerberg in Frankfurt, Die Anschlussbauten, in: Der Baumeister 82./1985 Heft 1, S. 40–41

Schulze 2003

Schulze, Jörg, Arbeitshilfen für die Praxis. Probleme bei der Einführung denkmalgerechter Erhaltungsstandards, in: Nutzen Denkmalpflege 2002, S. 111–115

Schute 1981

Schute, Ursula Maria, Baudenkmalpflege – eine publizistische Aufgabe, in: DKD 39./ 1981 Heft 2, S. 73–74

Schwarz 2004

Schwarz, Alberto, Stadtumbau Ost und Denkmalpflege in Leipzig, in: DD 62./ 2004 Heft 1, S. 19–28

Schutz 1975

Unser Lebensraum braucht Schutz. Denkmalschutz. Hrsg. von der Aktion Gemeinsinn e.V. – eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Bonn 1975

Seghers-Glocke 2004

Seghers-Glocke, Christiane, Einführung in das Tagungsthema: „System Denkmalpflege – Netzwerke für die Zukunft“, in: System Denkmalpflege 2003, S. 56–58

Seghers-Glocke 2008

Seghers-Glocke, Christiane, Zum Wiederaufbau des Schlosses Herrenhausen, in: Denkmalschutz Informationen 1/2008, S. 88–93

Spennemann 2005

Spennemann, Jörg, Verfahrensbeschleunigung im Denkmalrecht, (= Schriftenreihe zum deutschen und internationalen Wirtschaftsrecht 2), Baden-Baden 2005

Standards 2008

Sachsen-Anhalt, Standards der Bau- und Kunstdenkmalpflege, in: Denkmalschutz-Informationen 32./ 2008 Heft 1, S. 43–50

Sturm 2002

Sturm, Gesine, Fortbildung im Landesdenkmalamt Berlin. Reaktionen auf ein verändertes berufliches Umfeld, in: Nutzen Denkmalpflege 2002, S. 210–212

Stutz 2004

Stutz, Jürgen, Höllriegelskreuther Nagelfluh – ein Baustoff der Vergangenheit? Diplomarbeit am Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und öffentlichen Raum, Prof. Christoph Valentien, TU München, Waiblingen 2004

Suckale 2008

Suckale, Robert, Hundert Jahre Deutscher Verein für Kunstwissenschaft, Überlegungen zur Geschichte und Zukunft, in: Kunstchronik 61./ 2008 3, S. 127–131

#### System Denkmalpflege 2003

System Denkmalpflege – Netzwerke für die Zukunft, Jahrestagung und 71. „Tag für Denkmalpflege“ der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (VdL) vom 22.–25. Juni 2003 in Hannover, (= Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen Bd. 31), Hannover 2004

#### Thiersch 2003

Thiersch, Katharina, Bauen im Bestand. Planungs- und Genehmigungsgrundlagen, Dokumentation von Untersuchungsergebnissen und Ausführung, in: Nutzen Denkmalpflege 2002, S. 116–122

#### Thumm 1993

Thumm, Martin, Zur Geschichte des Marktplatzes von Hildesheim seit seiner Zerstörung 1945, in: Denkmalpflege zwischen Konservieren und Rekonstruieren, Dokumentation der Jahrestagung 1989 in Hildesheim, hrsg. von Achim Hubel, Bamberg 1993, S. 34–50

#### Tietz 2005

Tietz, Jürgen, Welche Vergangenheit für unsere Zukunft? Das „Europäische Denkmalschutzjahr“ 1975 und die Folgen, in: DD 63./ 2005 Heft 2, S. 145–150

#### Traeger 1994

Traeger, Jörg, Ruine und Rekonstruktion oder Theorie und Praxis, in: Kunstchronik 47./ 1994 6, S. 288–296

#### Umfrage 2006

Zur Zusammenarbeit zwischen dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und den Unteren Denkmalschutzbehörden, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, München 2007

Viebrock 1999

Viebrock, Jan Nikolaus, Zusammenarbeit in der Denkmalpflege und im Denkmalschutz, in: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert – Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 61), Bonn 1999, S. 60–64

Vogel 2007

Vogel, Kerstin, Stillgelegt? Zur Situation der Kirchen in schrumpfenden Dörfern, in: Franz 2007, S. 72–76

Vollmar 2008

Vollmar, Bernd, Die Erosion der Ressourcen für die staatlichen Denkmalpflege, in: Greipl/Hubel 2008, S. 405–406

Voß 2006

Voß, Gotthard, Denkmalpflege als Gestaltungsaufgabe, in: Brandenburgische Denkmalpflege, 15./ 2006 Heft 1, Berlin 2006, S. 44–51

Wallfahrtskirche 1990

Die Restaurierung der Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen, hrsg. von Michael Petzet, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 49/1), München 1990

Weiss 1997

Weiss, Christina, Vorwort zu Rekonstruktion in der Denkmalpflege, Überlegungen – Definitionen – Erfahrungsberichte, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 57), Bonn 1997, S. 5

Weiß 2005

Weiß, Gerd, Zur Restaurierung des Limburger Domes, in: Zeitschriften 2005, S. 218–223



#### Weiß 1998

Weiß, Markus, Entstehung, Erweiterung und Auflösung des Denkmalbegriffs, Das Ende der Denkmalpflege?, in: Festschrift für Michael Petzet zum 65. Geburtstag am 12. April 1998, hrsg. von Susanne Böning-Weis, Karlheinz Hemmeter, York Langenstein, (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 100), München 1998, S. 83–94

#### Weltenburg 2008

Kloster Weltenburg, Dokumentation der Gesamtinstandsetzung der Pfarr- und Abteikirche St. Georg in Weltenburg 1999–2008, hrsg. vom staatlichen Bauamt Landshut, Landshut 2008

#### Wendland 2011

Wendland, Ulrike, Kirchen in Sachsen-Anhalt, Zustandsbeschreibungen und Wege aus der Krise, in: Kirche 2011, S. 34–37

#### Wiederaufbau 2008

Wege für das Berliner Schloß/Humboldt-Forum, Wiederaufbau und Rekonstruktion zerstörter Residenzschlösser in Deutschland und Europa (1945/2007), Gesellschaft Berliner Schloß, hrsg. von Guido Hinterkeuser, Regensburg 2008

#### Wiesner 2008

Wiesner, Nina, Vermittlung und Akzeptanz: Denkmalpflege und Öffentlichkeit, in: Greipl/Hubel 2008, S. 419–421.

#### Wilimzig 1996

Wilimzig, Markus, Qualitätsmanagement in der Denkmalpflege, in: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 16./ 1996 Heft 4, S. 125–126

#### Wilimzig 2002

Wilimzig, Markus, Qualitätsmanagement in der Bestandspflege – Information, in: Neue Wege zur Bauwerkserhaltung und

Denkmalpflege (= Initiativen zum Umweltschutz, Band 51),  
Berlin 2002, S. 129–142

Will 1992

Will, Thomas, Wissenschaftler oder Künstler vor dem Denkmal? Anmerkungen zu Dehios Analyse der Rolle von Architekt und Kunsthistoriker in der Denkmalpflege, in: DKD 50. Jg. 1992 Heft 2, S. 102–108

Wolff/Pohle 1991

Wolff, Arnold / Pohle, Gerhard, Qualitätssicherung in der Denkmalpflege, in: Kunstchronik 44./ 1991 Heft 6, S. 306–313

Wolters 1999

Wolters, Wolfgang, Braucht unsere Gesellschaft eine andere Denkmalpflege?, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 1999, S. 245–248

Zeitschichten 2005

„ZeitSchichten. Erkennen und erhalten - Denkmalpflege in Deutschland“. 100 Jahre Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler von Georg Dehio, hrsg. von Ingrid Scheurmann für die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger und die Dehio-Vereinigung, München/Berlin 2005

Zeitschichten 2006

Zeitschichten der Denkmalpflege, Echt, alt, schön, wahr, hrsg. von Ingrid Scheurmann und Hans-Rudolf Meier für die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und die Technische Universität Dresden, München/Berlin 2006

Zukunft 1975

Eine Zukunft für unsere Vergangenheit, Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, Wanderausstellung 1975–1976, im Auftrag des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr vorbereitet vom

Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Ausstellungsleitung und Redaktion des Katalogs Michael Petzet, (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 2,[1]), München 1975

#### Zukunftsfähigkeit 2002

Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege, Positionspapier der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, in: DD 60./ 2002 Heft 2, S. 121–123

## Quellenverzeichnis

### Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, München

#### Akte Eichstätt

Obb., Gottesackergasse 16, Gartenpavillon, Fl. 720

1. Akt Schriftwechsel und Pläne 1996-1999

2. Akt 2000 – aktuell

#### Akte Kempten

Schützenstr. 9/11, Sozialbau Kempten, Fl. 191, 193

Schriftwechsel und Pläne 1982-1989

#### Akte München

Maximilianstr. 11

Maximilianstr. 13, Land Bayern, früher Maximilianstr. 2,  
80539 München, Maximilianstr. 15,

### Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Außenstelle Seehof

#### Akte Mainbernheim

Lkr. Kitzingen, Berggasse 6, Fl. 70

Schriftwechsel und Pläne 1. Akt 1975-1979

2. Akt 1980 - aktuell

## **Abkürzungsverzeichnis**

AH

Arbeitshefte des Bayerisches Landesamtes für Denkmalpflege, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Bd. 1 ff., München 1978 ff.

BGBI

Bundesgesetzblatt

BLfD

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

DD

Die Denkmalpflege

hrsg. durch die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, München/Berlin

1994 (Jg. 52) –

DI-A

Denkmalpflege Informationen, Ausgabe A, hrsg. vom bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, München 1975–2005

DI-B

Denkmalpflege Informationen (1975–2005 (Nr. 1–132): Ausgabe B), hrsg. vom bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, München 1975 ff.

DI-D

Denkmalpflege Informationen, Ausgabe D, hrsg. vom bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Nr. 1–22, München 1986–1999

DKD

Deutsche Kunst- und Denkmalpflege, hrsg. durch die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, München/Berlin

1974 (Jg. 32)–1993 (Jg. 51)

DNK

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, Bonn

ICOMCOS

International Council of Monuments and Sites

JBD

Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege

## Abbildungsverzeichnis

### 1. Mainbernheim, Lkr. Kitzingen, Berggasse 6

- 1 Abb. 1 Lageplan Mainbernheim, urspr. Maßstab 1:2500, aus: Denkmäler in Bayern, Band VI, bearb. von Denis André Chevalley, Unterfranken, München 1985, S. 136
- 1 Abb. 2 Ansicht vor der Instandsetzung 1979, aus: Mader 1999 (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 101), S. 195
- 1 Abb. 3 Bestand EG, aus : Akte BLfD, Mainbernheim, Berggasse 6, 1975-1979, Zeichnung des Architekten Bilz
- 1 Abb. 4 Grundriss EG nach Mader, Referat Bauforschung, aus: Denkmalpflege in Bayern 1983 (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18) , S. 196
- 1 Abb. 5 Grundriss OG, Planung, aus : Akte BLfD, Mainbernheim, Berggasse 6, 1975-1979, Zeichnung des Architekten Bilz
- 1 Abb. 6 Hofansicht von Osten und Ansicht des Anbaus von Süden, gezeichnet von Mader 1978, aus: Denkmalpflege in Bayern 1983(=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18) , S. 196
- 1 Abb. 7 Rekonstruktion des ersten Bauzustandes von 1482, Zeichnung: Gert Th. Mader, aus: Mader 1999 (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 101), S. 149
- 1 Abb. 8 Bestandsaufnahme 1978, aus: Mader 1999 (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 101), S. 149
- 1 Abb. 9 Überlegungen zur Reparatur des Fachwerkgiebels. A: Substanzverluste (schwarz) und Erneuerung der Teile nach letztem Zustand. B: Variante als Neuentwurf unter Beachtung vorhandener Zapfenlöcher, aus: Mader 1999 (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 101), S. 150
- 1 Abb. 10 Lösungsvariante mit Nutzung vorhandener Anschlussstellen, die beiden Mitteltür neu in

- Anlehnung an die zeichnerische Rekonstruktion des Zustandes von 1482, Strebe wiederverwendet, aus: Mader 1999(= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 101), S. 151
- 1 Abb. 11 Halle im EG vor der Instandsetzung, aus: Denkmalpflege in Bayern 1983 (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18), S. 200
- 1 Abb. 12 Halle im EG nach der Instandsetzung, aus: Denkmalpflege in Bayern 1983 (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18), S. 200
- 1 Abb. 13 Diele im OG vor der Instandsetzung, aus: Denkmalpflege in Bayern 1983 (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18), S. 201
- 1 Abb. 14 Diele im OG nach der Instandsetzung mit Rekonstruktion der Gelbfassung von 1591 und Treppe und Türgewänden aus derselben Zeit, aus: Denkmalpflege in Bayern 1983 (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18), S. 201
- 1 Abb. 15 Ansicht nach der Instandsetzung, Denkmalpflege in Bayern 1983 (=Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 18), S. 195 (2)
- 1 Abb. 16 Ansicht 2009, BLfD

## **2. Bayreuth, ev. Stadtkirche Hl. Dreifaltigkeit, Kirchplatz**

- 2 Abb. 1 Zustand mit neugotischer Ausstattung, Oberfränkischer Ansichtskartenverlag Bouillon, Humboldtstr. 5, 95444 Bayreuth
- 2 Abb. 2 Zustand nach Herausnahme der Emporen, aus: JBD, Bd. 31, 1979, S. 117

## **3. Kempten, Mehlstraße 1 (früher Schützenstr. 11)**

- 3 Abb. 1 Ansicht vor der Instandsetzung, aus: Mader 1986 (=



- Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 31), S. 51
- 3 Abb. 2 Roter Kreis: Lage des Baudenkmals im Sanierungsgebiet. Gelb: Flächen vollkommener Neuordnung, blau: historische Bebauung am St. Mang Platz Ansicht vor der Instandsetzung, Erhebung: Benelisa Franco, aus: Mader 1986 (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 31), S. 52
- 3 Abb. 3 2. OG, verformungsgetreuer Bestandsplan mit baugeschichtlicher Bewertung, Rolf-Jürgen Mütke. Blau: Bestand des 15. Jhs., aus: Mader 1986 (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 31), S. 54
- 3 Abb. 4 Umbauplan des 2. OG, Konflikte mit denkmalpflegerisch wertvoller Substanz, aus: Mader 1986 (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 31), S. 57
- 3 Abb. 5 Planung EG, aus: Akte BLfD, Kempten, Schützenstr. 9/11
- 3 Abb. 6 Planung 1. OG, aus: Akte BLfD, Kempten, Schützenstr. 9/11
- 3 Abb. 7 Ansicht März 2006, Foto: Verfasserin
- 3 Abb. 8 Blick in die Schützenstraße, März 2006, Foto: Verfasserin

#### **4. München, kath. Jesuitenkirche St. Michael, Neuhauser Str. 6**

- 4 Abb. 1 Blick in den Chor, Nachkriegszustand, BLfD, Glasplattennegativ
- 4 Abb. 2 Blick zur Orgelempore, Nachkriegszustand, BLfD, Glasplattennegativ
- 4 Abb. 3 Innenraum 2007, BLfD
- 4 Abb. 4 Orgelempore 2007, BLfD
- 4 Abb. 5 Fassade 2007, BLfD

## **5. München, Metropolitankirche, Dom Zu Unserer Lieben Frau, Frauenplatz 1**

- 5 Abb. 1            Außenansicht 2007, BLfD
- 5 Abb. 2            Innenraum vor der Restaurierung nach Osten, Foto: Lantz, BLfD
- 5 Abb. 3            Innenraum vor der Restaurierung, Westempore, BLfD
- 5 Abb. 4            Innenraum nach der Restaurierung nach Osten, 2007, BLfD
- 5 Abb. 5            Innenraum nach der Restaurierung, Westempore, 2007, BLfD

## **6. Passau, Dom St. Stephan**

- 6 Abb. 1            Ansicht 2008, BLfD

## **7. Regensburg, Stiftskirche Alte Kapelle, Alter Kornmarkt 8**

- 7 Abb. 1            Ansicht 2007, BLfD
- 7 Abb. 2            Innenansicht vor der Restaurierung, aus: Die Alte Kapelle Regensburg (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 114), München 2001, S. 54
- 7 Abb. 3            Innenansicht nach der Restaurierung, aus: Die Alte Kapelle Regensburg (= Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 114), München 2001, S. 55

## **8. Eichstätt, Gottesackergasse 16, Gartenpavillon**

- 8 Abb. 1            Ansicht nach dem Brand, aus: Akte 08.1996-12.1999, Fotodokumentation des Pavillons, Rudolf Hager
- 8 Abb. 2            Grundriss Keller, aus: Akte 08.1996-12.1999, Aufmaß Kirchner

- 8 Abb. 3 Grundriss Erdgeschoss, aus: Akte 08.1996-12.1999, Aufmaß Kirchner
- 8 Abb. 4 Grundriss Obergeschoss, aus: Akte 08.1996-12.1999, Aufmaß Kirchner
- 8 Abb. 5 Grundriss Dachgeschoss, aus: Akte 08.1996-12.1999, Aufmaß Kirchner
- 8 Abb. 6 Längsschnitt, aus: Akte 08.1996-12.1999, Aufmaß Kirchner
- 8 Abb. 7 Querschnitt, aus: Akte 08.1996-12.1999, Aufmaß Kirchner
- 8 Abb. 8 Putzanalyse Ostseite, Originalpartien weiß, Ergänzungen rot, aus: BLfD, Abteilung Dokumentation, Akt mit Restaurierungsbericht des Restaurators Stefano Cafaggi, Februar 2000
- 8 Abb. 9 Putzanalyse Westseite, Originalpartien weiß, Ergänzungen rot, aus: BLfD, Abteilung Dokumentation, Akt mit Restaurierungsbericht des Restaurators Stefano Cafaggi, Februar 2000
- 8 Abb. 10 Putzanalyse, Nordseite, Originalpartien weiß, Ergänzungen rot, aus: BLfD, Abteilung Dokumentation, Akt mit Restaurierungsbericht des Restaurators Stefano Cafaggi, Februar 2000
- 8 Abb. 11 Putzanalyse, Südseite (Gartenseite), Originalpartien weiß, Ergänzungen rot, aus: BLfD, Abteilung Dokumentation, Akt mit Restaurierungsbericht des Restaurators Stefano Cafaggi, Februar 2000
- 8 Abb. 12 Restaurierungsentwurf für die Südwestfassade, 1997, aus: BLfD, Abteilung Dokumentation, Photodokumentation zur Bewerbung für die Hypo-Kulturstiftung, Restaurator Siegfried Mühlbauer, Regensburg, Bild 20 der Abschluss-Photodokumentation, Dr. Roidl, München
- 8 Abb. 13 Fragment der Originalfassung, aus: BLfD, Abteilung Dokumentation, Akt mit Restaurierungsbericht von Stefano Cafaggi, Februar 2000

- 8 Abb. 14 Südwestfassade, Zustand nach Putzrestaurierung, aus:  
BLfD, Abteilung Dokumentation, Photodokumentation  
zur Bewerbung für die Hypo-Kulturstiftung
- 8 Abb. 15 Südwestfassade, Zustand nach Fertigstellung, BLfD

## **9. München, Maximilianstr. 15 ( früher Maximilianstr. 11/13/15)**

- 9 Abb. 1 Lageplan, aus: Akte BLfD, Vermessungsamt München,  
09.02.2006
- 9 Abb. 2 Dokumentation, Gerüstabstützung für Entkernung,  
aus: Akte BLfD
- 9 Abb. 3 Nachkriegszustand, BLfD
- 9 Abb. 4 Dokumentation, Blick in das Treppenhaus, aus: Akte  
BLfD
- 9 Abb. 5 Dokumentation, Mezzaningeschoss, aus: Akte BLfD
- 9 Abb. 6 Dokumentation, Entsorgung der Füllungstüren, aus:  
Akte BLfD
- 9 Abb. 7 Dokumentation, Entsorgung der Fenster, aus: Akte  
BLfD
- 9 Abb. 8 Projekt Maximilianhöfe, GKK+Architekten, Berlin
- 9 Abb. 9 Gesamtansicht nach Fertigstellung, 2006, Foto:  
Verfasserin
- 9 Abb. 10 Rückansicht von Nr. 15 nach Fertigstellung, 2006, Foto:  
Verfasserin

## **10. Amorbach, Lkr. Miltenberg, ehem. Benediktinerabteikirche**

- 10 Abb. 1 Fassadenansicht, BLfD 2013
- 10 Abb. 2 Innenraum, BLfD 2013
- 10 Abb. 3 Langhaus nach Westen, BLfD 2013

## Anhang Dokumente

1. VDL: Standortbestimmung 1975
2. VDL: Wartburg-Thesen 1990
3. VDL: Rekonstruktion von Baudenkmalen 1991
4. DNK: Empfehlung zur Situation der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der Bundesrepublik Deutschland 1993
5. DNK: Empfehlung zur Lage des Denkmalschutzes 1996
6. DNK: Resolution 1998
7. VDL: Standortbestimmung vom 16. Juni 2000
8. Kultusministerkonferenz: Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege, Positionspapier, 2002
9. Gebeßler, August: Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?, Januar 2004
10. Greipl, Egon Johannes, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen vor dem Ausschuss für Hochschule, Bildung und Kultur des Bayerischen Landtags, am 11. Oktober 2006

# 1. VDL: Standortbestimmung 1975

## Denkmalpflege 1975 Versuch einer Beschreibung

*Im Rahmen des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 haben mehrere Interessensbereiche grundsätzliche Äußerungen zum Thema Denkmalpflege vorbereitet und veröffentlicht.*

*Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland hat ihrerseits auf der Jahrestagung 1974 in Boppard einen Arbeitsausschuß benannt, der eine Beschreibung zur Standortbestimmung der gegenwärtigen Denkmalpflege zu verfassen hatte.*

*Der vorliegende „Versuch einer Beschreibung“ ist das Er-*

*gebnis dieses Beschlusses; er wurde 1975 im Anschluß an die Eröffnung des Denkmalschutzjahres in Bonn von den Kollegen Gebßler, Kiesow, Möller und Mörsch erarbeitet; ein gedankliches Grundgerüst dazu hatte Georg Mörsch vorbereitet.*

*Der folgende Text wird einerseits als Diskussionsgrundlage vorgestellt, andererseits wird er von den Verfassern als eine auf das Jahr 1975 festzulegende, begründete Äußerung zum Selbstverständnis der Denkmalpflege vertreten.*

*Die Redaktion*

In den letzten Jahren ist, wenn von Begründung, Umfang und Art der Denkmalpflege die Rede ist, von einer zunehmenden Zahl von „Betroffenen“, oft mit geradezu beschwörendem Engagement, die Aufgabe der Denkmalpflege von ihrer Verwobenheit in städtebauliche Belange her gesehen und formuliert worden. Da sich in der gleichen Zeit eine langentbehrte Sensibilität für städtebauliche Zustände und Fragen überhaupt zeigt, ist es verständlich, daß diese gesteigerte Empfindlichkeit sowohl das öffentliche Interesse für gewisse Bereiche denkmalpflegerischer Tätigkeit sowohl stark vermehrt, als auch zu der Neigung geführt hat, Denkmalpflege hauptsächlich im Zusammenhang mit städtebaulichen Fragen zu verstehen und zu akzeptieren.

Eine im Europäischen Denkmalschutzjahr fällige Standortbestimmung der Denkmalpflege vom Fach darf diesen Zuwachs an öffentlichem Interesse zur Frage benutzen, ob Denkmalpflege sich tatsächlich in solchen Bereichen legitim bewegt und, wenn ja, bis zu welchem Grad von Ausschließlichkeit nur in diesen Bereichen bewegen darf, die häufig vom sozialen Aspekt des Städtebaus her beschrieben werden.

Eine These sei vorgetragen:

Der fast medizinisch-therapeutische Eifer, mit der Denkmalpflege heute aus städtebaulich-sozialen Belangen begründet und dem Umfang nach bestimmt wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Denkmalpflege immer und in jedem Fall über das Mittel des geschützten Objekts dem Menschen verpflichtet war und ist. Die oft von Denkmalpflegern betriebene besorgte und sorgsame Arbeit am Objekt darf die Einsicht in diese selbstverständliche humane Basis aller Denkmalpflege nicht verstellen. Oft behauptete Antinomien zwischen Denkmalhier und humanitären Fragen dort sind künstlich und scheinbar. Auch wenn der Denkmalpfleger bei seiner täglichen Arbeit festhält an seinen Objekten zulasten vordergründig eindeutigerer humanitärer Belange (z.B. Erhaltung einer historischen Ruine statt der Schaffung

eines Kinderspielplatzes), hält er seine Arbeit für dem Menschen verpflichtet.

Stets hat Denkmalpflege für sich und für die zu bewahrenden Objekte sinngebende Funktionen für den Menschen als Arbeitsgrundlage und Existenzberechtigung anerkannt und zwar im wesentlichen die historische Orientierungsfunktion und die räumliche Orientierungsfunktion.

Praktisch allen heute, früher und wohl auch in Zukunft formulierten Begründungen für Denkmalpflege liegen beide oder eine dieser Grundfunktionen zugrunde. Kommt ausnahmsweise einmal eine Erhaltungsmotivation ohne diese beiden Orientierungsfunktionen vor – wie derzeit hier und da erkennbar bei wirtschaftlichen Argumenten – so ist dies dennoch nur möglich auf der Grundlage eines angewachsenen Verständnisses für die oben genannten Orientierungsfunktionen.

Diese These müßte ihre Prüfung an allen heute denkbaren Begründungen denkmalpflegerischer Tätigkeit bestehen und zwar, wenn sie richtig sein soll, auch an solchen Begründungen, die heute unmodern, vergessen, verpönt sind.

Übrigens wird bei genauer Beobachtung überdeutlich, daß von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, von Nation zu Nation, von Land zu Land und innerhalb von räumlichen Bereichen von einer Bevölkerungsgruppe zur anderen völlig verschiedene Begründungen unmodern, vergessen oder verpönt sind. Man vergleiche nur die Geschichte der nationalen Motivation für Denkmalpflege in Europa in den letzten Generationen.

Begründungen, Denkmäler zu erhalten könnten und können sein:

wissenschaftliche  
erzieherische  
kulturelle  
ästhetische  
sozio-ökonomische  
religiöse und kultische  
nationale

ideologische  
gefühlsbezogene („Heimatliebe“)  
touristische

Wie manche dieser Stichworte wird besonders die Motivation „aus städtebaulichen“ Gründen von so zahlreichen Komponenten gebildet, daß seine Anwendung in methodischen Überlegungen zur Denkmalpflege mit einer stärkeren Differenzierung als heute gemeinhin üblich verbunden sein muß.

Denkmalpflege ist stets dann in Gefahr eingleisig zu verfahren und damit dem Allgemeinwohl nicht wirklich zu dienen, wenn sie aus zu speziellen Einzelbegründungen heraus betrieben wird und damit der umfassende Anspruch der Denkmalpflege, human zu sein, verlassen wird. Dies gilt nicht nur dann, wenn der Umfang der Denkmalpflege aus ideologischen Gründen betrieben wird, sondern gälte sicherlich z. B. auch dann, wenn der Maßstab zur Erhaltung ausschließlich aus optisch-städtebaulichen Gründen vorgenommen würde. Die Fachdenkmalpflege muß von sich fordern, immer dann die möglichen anderen Gründe für Denkmalpflege methodisch zu intensivieren, wenn bestimmte Motivationen ein offenes und nach aller Erfahrung zeitbedingtes und kurzlebiges Übergewicht in der öffentlichen Meinung erhalten.

Bei der Durchführung von Maßnahmen an Denkmälern sollte – bei welcher Begründung für Denkmalpflege auch immer – die wissenschaftliche Basis nie verlassen werden. Das Denkmal darf nicht durch Unwissenschaftlichkeit manipuliert sein. Zu solchen möglichen Manipulationsgründen gehören die Verfolgung politischer Ziele mit dem Denkmal, bloß geschmacklicher Stilfanatismus, liturgische Moden und vieles andere mehr. Bereits bei der Erfassung ist zu fragen, ob schon alle Denkmälergruppen in unser methodisches Bewußtsein gerückt sind. Hier wie bei der Technologie von praktischen Maßnahmen, aber auch bei der Integration der Denkmäler in heutige Bedingungen gilt diese Forderung nach Wissenschaftlichkeit ebenso wie für alle soziologischen, wirtschaftlichen und statistischen Aussagen über das Denkmal und seinen derzeitigen und zukünftigen Wert. Insbesondere muß versucht werden, diesen Wert unabhängig von der momentanen Durchdringungskraft oder -schwäche von Interessengruppen zu messen.

Einer Ausweitung des Denkmalbegriffes auf weitere Bereiche, etwa sozialgeschichtliche, kann und muß die Denkmalpflege auf Grund zeitgenössischer Bestrebungen in der Bevölkerung folgen, einer Einengung der von der Wissenschaft gesetzten Maßstäbe allerdings nicht, da sie wegen ihrer Verpflichtung der Zukunft gegenüber auch gegen den Willen der Gegenwart bedeutende Denkmäler schützen muß. Denn Maßstäbe aus der Vergangenheit gewinnend ist Denkmalpflege in erster Linie zukunftsorientiert, in der Gegenwart hat sie eine gesellschaftskritische Aufgabe.

Mögliche Denkmäler und damit mögliche Bereiche denkmalpflegerischer Arbeit sind alle von Menschen geschaffenen Dinge aus vergangener Zeit, die aus welchen Gründen auch immer eine historische oder räumliche Orientierungsfunktion erfüllen.

Denkmalpflege ist ihrem Wesen nach eine Verhaltensweise zur Geschichte. Dementsprechend ist sie gehalten, bei der Erfassung und bei der Erhaltungsaufgabe die Existenz des Denkmals von der Bewahrung der originalen Substanz und der geschichtlichen Einbindung abhängig zu machen.

Für die gesamt Denkmalpflegerische Praxis ergeben sich daraus Konsequenzen zu Einzelfragen, deren Aufzählung nicht erschöpfend sein kann.

Die Nutzung der Denkmäler ist eine selbstverständliche Grundvoraussetzung für ihre Erhaltung. Bei der Suche nach einer neuen Funktion muß die materielle und inhaltliche Verträglichkeit der Nutzung mit der historischen Substanz sowohl des Einzeldenkmals auch auch ganzer Denkmalbereiche gewährleistet sein. Das heißt für die Praxis, daß bei der Suche nach einer sinnvollen Nutzung auf bestimmte Eigenschaften eines Denkmals nicht verzichtet werden kann. In diesem Zusammenhang notwendige Änderungen finden also ihre Grenze dort, wo der bauliche Charakter und die historische Erscheinungsweise des Denkmals verfremdet oder zerstört werden. Dabei ist von der Überlegung auszugehen, daß baulicher Charakter und historische Erscheinungsweise sich bei jedem Denkmal aus vielen unterschiedlichen Eigenschaften, deren Wertigkeit sich von Objekt zu Objekt verschieben kann, zusammensetzt. Während es z. B. eine große Zahl von Objekten gibt, deren baulicher Charakter und historische Erscheinungsweise sich hauptsächlich auf ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre städtebauliche Einordnung stützt, gibt es eine nicht minder große Zahl, wo zu diesen Eigenschaften eine intakte Innenstruktur bis hin zur raumkünstlerischen Schöpfung einschließlich der zugehörigen ganzheitlichen Ausstattung kommt. Eine solche wäre selbstverständlich auch in einem gänzlich gestörten Außenbau zu schützen.

Ähnliche Überlegungen gelten auch für notwendige Änderungen an Denkmalbereichen – von der Baugruppe bis hin zur ganzen Stadt, die auch zu den aktuellen Hauptanliegen der Denkmalpflege gehört. Die Wertigkeit der Eigenschaften, die Charakter und historische Erscheinungsweise einer Stadt bestimmen, ändert sich von Fall zu Fall. Der Bestand an Einzelbauten, der historische Stadtgrundriß einschließlich des Parzellenzuschnitts, Silhouette und Nutzungsstruktur stellen von Fall zu Fall schwerwiegende Forderungen an ihre Verträglichkeit mit neuen Nutzungen.

Aus ihrem Geschichtsverhältnis heraus gilt für die Denkmalpflege, daß der im geschichtlichen Wachstum überkommene letzte Zustand als Originalbestand zu erhalten ist. Ein solcher letzter Zustand kann auch der



einer Ruine sein. Zum erhaltungswerten Bestand gehören auch die „Narben der Geschichte“ und die Patina, sogar alter Pflanzenbewuchs, soweit er die übrige Substanz des Denkmals nicht gefährdet.

Rekonstruktionen als Rückführung auf einen früheren Zustand müssen so gesehen immer Ausnahmen sein. Eine solche Ausnahme kann etwa dann gegeben sein, wenn es darum geht, den offensichtlich gestörten Bestand wieder auf die belegbare künstlerische oder gestalterische Ordnung zurückzuführen. Ist zur Nutzung eines Baudenkmals eine Raumerweiterung zwingend erforderlich und durch Wiederaufbau verlorener Teile möglich, so rechtfertigt dies eher eine Rückführung auf einen früheren Zustand als bloße Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ausgeschlossen ist dies allerdings bei allen am Denkmal eingetretenen Änderungen, die künstlerischen oder historischen Eigenwert beanspruchen können oder auch nur Neuinterpretationen bedeuten oder durch Malerei und Literatur geschichtlich geworden sind.

Die Berechtigung zur Ausnahme wird auch dadurch eingeschränkt, daß jede Rekonstruktion nur den Wissensstand ihrer Zeit verkörpern kann.

Wiederaufbauten von durch höhere Gewalt zerstörten Bauten sind nicht aus wissenschaftlichen Gründen ableitbar, sondern können nur erfolgen aus schwerwiegenden außerwissenschaftlichen Motiven wie z. B. der Wiedergewinnung nationaler Identität oder anderer entscheidender Orientierungsfunktionen. Der Wiederaufbau ist ebenfalls abhängig vom zeitlichen Abstand der Zerstörung, der die lebendige Erinnerung, die Zuverlässigkeit der Dokumentation und die zugehörige Umgebung entscheidend beeinflusst. Darüber hinaus geht die Denkmalpflege grundsätzlich davon aus, daß in den Monumenten

Geschichte anschaulich wird, die im Vorhandensein originaler Substanz abhängig ist.

Der Wiederaufbau eines im Wesentlichen zerstörten Denkmals an anderem Ort erscheint sinnlos.

Baudenkmäler sind aus geschichtlichen, städtebaulichen und gestalterischen Gründen an ihren Standort gebunden. Eine Versetzung ist nur zu rechtfertigen, wenn sie die letzte Rettung vor dem Totalverlust ist. Außerdem besteht auch in diesem Fall diese Möglichkeit nur bei bestimmten Bautechniken, z. B. Fachwerk, Hausteinbauten oder Stahlskeletten, die wenigstens die Rettung der Originalsubstanz erlauben, während „Umsetzung“ bei Bruchsteinmauerwerk, Putzbauten und dergleichen einen sinnlosen Wiederaufbau an neuem Ort bedeutet. Dieselben Einschränkungen gelten für jene Grenzfälle, bei denen ein im Bestand gefährdetes Monument abgetragen, in der Substanz geborgen und wiedererrichtet wird.

Zu Unrecht werden die heute oft beklagten Unzulänglichkeiten moderner Bauten als Begründung für Denkmalpflege benutzt. Die Eigenschaft der Denkmäler, historische und räumliche Orientierungsfunktionen zu erfüllen, zwingen zu dem Schluß, das selbst bei Erfüllung höherer Qualitätsansprüche diese Rolle der Denkmäler nicht ausgefüllt werden kann.

Notwendige, etwa durch die Funktion bedingte Erweiterungen und Ergänzungen haben in zeitgenössischen Einzelformen zu erfolgen, es sei denn, die Geringfügigkeit der Maßnahme erfordert eine Übernahme der vorhandenen Formsprache. Dies gilt sowohl für das Einzelbauwerk, als im Grundsatz auch für Maßnahmen im Denkmalbereich. In die Umgebung von Baudenkmalen sind Neubauten in Material, Maßstab und Farbgebung einzupassen, ohne daß auf moderne Formgebung verzichtet werden sollte.



## 2. VDL: Wartburg Thesen 1990

### **Konferenz der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland und des Instituts für Denkmalpflege der Deutschen Demokratischen Republik auf der Wartburg am 2. März 1990**

Nach 25jähriger Unterbrechung haben sich auf der Wartburg am 1. und 2. März 1990 die Landesdenkmalpfleger der Bundesrepublik Deutschland und die Leiter der Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege der DDR erstmals wieder zu einem Arbeitsgespräch versammelt.

Dabei wurden zunächst alle Möglichkeiten berater- und materieller Hilfe aus der Bundesrepublik für die dringenden denkmalpflegerischen Aufgaben in der DDR besprochen. Man war sich darin einig, daß zunächst Sicherungsmaßnahmen in den historischen Städten und die Rettung wichtiger Einzeldenkmäler den Vorrang haben müssen. Zusätzlich wurde betont, daß bei den begrüßenswerten künftigen Maßnahmen der Stadtsanierung die fachliche Begleitung durch die staatliche Denkmalpflege für die Erhaltung des historischen Bestands unabdingbar ist.

Es wurden auch die Fragen der zukünftigen Organisation der deutschen Denkmalpflege unter dem Gesichtspunkt einer absehbaren Wiederherstellung der Länder in der DDR erörtert.

Hier konnte festgestellt werden, daß die Organisation der Denkmalpflege in der DDR in den vergangenen Jahrzehnten die Länderstruktur bewahrt hat. Damit bestehen gute Voraussetzungen für eine Umwandlung der Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege in Landesdenkmalämter.

In den Grundsatzfragen einer an internationalen Maßstäben orientierten Denkmalpflege wurde Übereinstimmung festgestellt.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Denkmalpflege in den deutschen Ländern wurden die folgenden Thesen formuliert:

#### **Wartburg-Thesen**

##### **VERANKERUNG DES DENKMALSCHUTZES IN DER VERFASSUNG**

In Artikel 150 der Weimarer Verfassung war der Denkmalschutz verankert: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates“. Nach diesem Vorbild haben die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland einen ähnlich formulierten Artikel in ihre Verfassung übernommen. Dies wird auch den neu zu bildenden Ländern in der DDR empfohlen. Dabei sind auch die Gemeinden zum Denkmalschutz zu verpflichten. Wie der Umweltschutz ist der Denkmalschutz in der Verfassung eines gesamtdeutschen Staates zu verankern.

##### **ZUM DENKMALBEGRIFF**

„Der Begriff des einen gesetzlichen Schutz erreichenden unbeweglichen oder beweglichen Denkmals oder Alterthums ist soweit zu fassen, daß auch Bauwerke usw., welche in erster Linie von örtlicher Bedeutung sind, darin einbegriffen werden können“ (Zitat Freiherr von Biegeleben, Schöpfer des hessischen Denkmalschutzgesetzes von 1902, auf dem ersten Deutschen Denkmaltag 1900 in Dresden).

Von einer Einteilung der Kulturdenkmäler in Wertkategorien ist abzusehen.



*tes Treffen der Landeskonservatoren der Bundesrepublik Deutschland mit dem Generalkonservator und den Leitern der Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege der DDR nach 25 Jahren am 1. und 2. März 1990 auf der Wartburg (Foto Seraphim Polenz, Schwerin)*

Der moderne Denkmalbegriff muß auch Denkmäler des historischen Städtebaus, historische Garten- und Parkanlagen sowie Zeugnisse der Technik- und Industriegeschichte umfassen. Er muß Gesamtanlagen, Baudenkmäler und ihre Ausstattung, bewegliche Denkmäler, Bodendenkmäler und archäologische Reservate beinhalten.

#### UNTERSCHUTZSTELLUNG

Die Eintragung von Kulturdenkmälern in Denkmallisten oder Denkmälbüchern erfolgt allein nach fachlich-wissenschaftlichen Kriterien, die durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüft werden können. Die Eintragung unterliegt jedoch weder der Abwägung noch der Weisung durch vorgesetzte Behörden.

Die Kulturdenkmäler sollen ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse unter den Schutz der Gesetze gestellt werden: Gleichbehandlung von Staat (u. a. Schlösserverwaltung), Gemeinden, Kirchen, Stiftungen und anderen juristischen Personen sowie Privateigentümern.

#### ZUSTÄNDIGKEITEN

Bei der Organisation der Denkmalpflege in den Ländern hat sich das Zusammenwirken von staatlicher Denkmalfachbehörde und Denkmalschutzbehörden bewährt. Untere Denkmalschutzbehörden können nur Landkreise und Städte, oberste Denk-

malschutzbehörde nur ein Ministerium sein. Die Denkmalfachbehörden sollten direkt den obersten Denkmalschutzbehörden der Länder nachgeordnet werden. Sie müssen fachlich unabhängig sein.

Zu den wichtigsten Aufgaben einer Denkmalfachbehörde gehören seit jeher die Erforschung und systematische wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Kulturdenkmäler (Inventarisierung), die Aufstellung der Denkmalverzeichnisse und die fachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen an Kulturdenkmälern, die für die Entscheidungen der Denkmalschutzbehörden maßgebend sein müssen. Zur Aufgabe der Fachbehörden gehört auch die archäologische Denkmalpflege. Eigene Restaurierungswerkstätten sind unverzichtbar.

In einem vereinten Deutschland übernimmt die „Vereinigung der Landesdenkmalfleger“ im Rahmen der Kulturhoheit der Länder die Abstimmung in länderübergreifenden Fragen und die Vertretung in der Europäischen Gemeinschaft. Das Berliner Institut für Denkmalpflege könnte in Zukunft als Geschäftsstelle der Vereinigung und als Zentralinstitut für länderübergreifende Forschung dienen (u. a. Dehio-Handbuch, Corpus Vitrearum Medii Aevi, Meydenbauer-Archiv, Meßbildstelle).

#### PFLEGE DER KULTURDENKMÄLER

Eigentümer, Besitzer und Unterhaltungspflichtige von Denkmälern müssen durch die Denkmalschutzgesetze der Länder verpflichtet werden, ihre Kulturdenkmäler im Rahmen des Zumutbaren zu

erhalten und pfleglich zu behandeln. Staat und Kommunen sollen ausreichende Haushaltsmittel für Zuschüsse zu denkmalpflegerischen Maßnahmen bereitstellen, die Bildung eines Entschädigungsfonds für unzumutbare Aufwendungen wird empfohlen.

Ein auf die Erhaltung historischer Bausubstanz abgestimmtes Städtebauförderungsgesetz wäre auch für die Rettung der vom Verfall bedrohten historischen Stadtzentren in der DDR notwendig.

DR. PETER GORALCZYK  
GENERALKONSERVATOR  
INSTITUT FÜR DENKMALPFLEGE,  
DDR

Die vorstehenden „Thesen“ stellen Überlegungen und Anregungen der Konservatoren in beiden deutschen Teilstaaten dar. Sie sollen als Diskussionspapier in die politische Öffentlichkeit, aber auch in die Fachwelt gestellt werden – ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Alle die Kultur der Länder

Ein gleichermaßen wirksames Instrumentarium wäre zur Rettung der historischen Werte auf dem Lande zu schaffen. Bewährt haben sich auch Steuerpräferenzen für Baudenkmäler, insbesondere bei der Einkommenssteuer.

Denkmalpflege ist von existenzieller Bedeutung für alle.

In diesem Sinn sollen die Wartburg-Thesen bei allen weiteren Entwicklungen beachtet werden.

PROF. DR. HANS-HERBERT MÖLLER  
VORSITZENDER DER VEREINIGUNG DER LANDES-  
DENKMALPFLEGER IN DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND

berührenden Fragen bedürfen ebenso wie die im internationalen Rahmen (EG) einer Abstimmung mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister. Das gilt auch für die unerläßliche Einrichtung einer Institution, die länderübergreifende Aufgaben im Kontinuum wahrnehmen sollte.

aus: DKD 1990, Heft 1, S. 73-75



### 3. VDL, Resolution: Rekonstruktion von Baudenkmalen

## Vereinigung der Landesdenkmalpfleger – Stellungnahmen

*Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedete während ihrer Jahrestagung 1991 in Potsdam zwei Resolutionen zu akuten denkmalpflegerischen Problemen:*

#### Rekonstruktion von Baudenkmalen

Die Diskussion um den Wiederaufbau einiger wichtiger im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit zerstörter Werke der Baukunst und des Städtebaus berührt Grundfragen des Denkmalverständnisses in der Öffentlichkeit. Die in Potsdam versammelten Landesdenkmalpfleger der Bundesrepublik Deutschland sehen sich deshalb zu einer Stellungnahme herausgefordert.

Wie alle Deutschen gedenken sie mit Trauer der Verluste bedeutender Baudenkmale als Folge des Zweiten Weltkrieges und nachfolgender politischer Entscheidungen nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekunden Verständnis für den Wunsch, zerstörte Werke der Baukunst durch Nachbau wiederzugewinnen. Doch müssen sie mit Nachdruck daran erinnern, daß dieser Wunsch nicht wirklich erfüllbar ist. Die Bedeutung der Baudenkmale als Zeugnisse großer Leistungen der Vergangenheit liegt nicht allein in den künstlerischen Ideen, die diese verkörpert, sondern wesentlich in ihrer zeitbedingten materiellen baulichen und künstlerischen Gestalt mit allen Schicksalsspuren. Die überlieferte materielle Gestalt ist als Geschichtszeugnis unwiederholbar wie die Geschichte selbst.

Die Errichtung von Nachbildungen verllorener Baudenkmale kann also nur Bedeutung haben als Handeln der Gegenwart. Denkmale, welche große Leistungen der Vergangenheit in vollem Sinn vergegenwärtigen und die Erinnerung an den Prozeß der Geschichte mit seinen Höhen und Tiefen wachhalten, können solche Nachbildungen nicht sein.

Denkmalpfleger sind einzig den nicht reproduzierbaren Geschichtszeugnissen verpflichtet und haben zu warnen, wenn die Möglichkeit der Erinnerung im öffentlichen Raum aufgehoben zu werden droht.

#### Berlin, Museumsinsel

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger wendet sich in großer Sorge über die jüngst in der Presse bekannt gewordenen Pläne der Stiftung Preussischer Kulturbesitz zur Neuordnung der Berliner Staatlichen Museen an die Stiftung und die für die Berliner Denkmalpflege zuständige Senatsverwaltung.

Die Berliner Museumsinsel bietet mit ihren Bauten nicht nur Sammlungen von europäischem Rang einen Ort der Bewahrung, sondern bildet eine einmalige Einheit von Baudenkmalen mit den dafür bestimmten Sammlungen, die sich als solche an die Seite der großen europäischen Museumskomplexe stellt. Ihre Konzeption führte von der Antike als Grundlage der europäischen Kultur bis zur neueren Kunstgeschichte. Sie ist damit über ihre Eigenschaft als Ensemble von Baudenkmalen hinaus ein hervorragendes Denkmal europäischer Bildungsgeschichte und als solches Denkmal von allgemeiner Bedeutung und hohem Rang.

Die deutschen Denkmalpfleger tragen für das Schicksal dieses Denkmals Museumsinsel Mitverantwortung. Sie halten daher die Wiederherstellung der Einheit von Bauten und Sammlungen für unverzichtbar für die Bewahrung des besonderen Denkmalcharakters dieses Ensembles und bitten dringend, bei Wiederaufbau und Neuordnung der Museumsinsel diesen denkmalpflegerischen Gesichtspunkten angemessenes Gewicht einzuräumen. Voraussetzung aller Entscheidungen ist das sorgfältige Erfassen und Dokumentieren des baulichen Bestandes, seiner Ausstattung, Nutzungsgeschichte und Nutzungsvielfalt.

Verabschiedet während der Jahrestagung im Juni 1991 in Potsdam, aus:  
DKD 1991, Heft 1, S. 96

#### **4. DNK: Empfehlung 1993**

##### **Empfehlung zur Situation der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der Bundesrepublik Deutschland**

Potsdam, 08. November 1993

Schutz und Pflege des historischen Erbes gehören heute zu den anerkannten Aufgaben, die vom Kulturstaatsgebot der Verfassungen vor allem an die Länder gestellt sind.

Die gegenwärtige Situation der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden ist von erheblichen Sparmaßnahmen insbesondere in der Kulturförderung gekennzeichnet. Auch in Zeiten, in denen die Haushalte empfindliche Einschnitte in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Aufgaben vornehmen, dürfen die Fördermittel der staatlichen und kommunalen Denkmalpflege nicht zur Disposition gestellt werden. Denn die Denkmalschutzgesetze der Länder haben die Bereitstellung von direkten Zuwendungen für die Erhaltung von Baudenkmälern und Bodendenkmälern als gesetzliche Aufgabe, teilweise als gesetzlichen Anspruch der Denkmaleigentümer ausgestaltet.

Hinreichende Budgets für die Erhaltung und Rettung von Kulturdenkmälern erfüllen aber nicht nur gesetzliche Aufgaben, sondern sichern die Existenz von mittelständischen Handwerks- und Gewerbebetrieben auf dem Gebiet der Denkmalpflege und damit vieler spezialisierter Arbeitsplätze. Gerade hier finden sich viele der positivsten Ansätze einer offenen und engagierten Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Alle hier eingesetzten Mittel bewirken ein Vielfaches in der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Investitionen für Baudenkmäler sind die besten langfristig angelegten Zukunftsinvestitionen. Es ist bekannt, dass pro 1 DM öffentlichen Zu-

schusses in der Denkmalpflege zwischen 5 – 10 DM private Gelder aufgewandt werden.

Die Sparpläne beeinträchtigen vielfach in besorgniserregender Weise auch die personelle Ausstattung von Denkmalfach- und Denkmalschutzbehörden.

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz fordert die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden nachdrücklich dazu auf, das bisher Erreichte nicht durch kurzfristige Einsparungen zu gefährden.

Die Aufgaben von Denkmalschutz und Denkmalpflege können nur partnerschaftlich gelöst werden. Dies schließt qualifizierte Beratung und Betreuung bei denkmalpflegerischen Maßnahmen ein. Die oft komplexen Problemstellungen machen eine sorgfältige Begleitung der Projekte zur Vermeidung von Fehlplanungen und teuren bauphysikalischen Fehlern unerlässlich. Dies gilt insbesondere auch für die neuen Bundesländer, deren Organisation von Denkmalschutz und Denkmalpflege sich gegenwärtig in der Aufbau- bzw. Konsolidierungsphase befindet.

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz appelliert an die politisch Verantwortlichen, die Arbeitsfähigkeit der Denkmalschutz- und Denkmalfachbehörden in Ländern und Kommunen durch die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen und die notwendigen Organisationsstrukturen zu sichern. Es erinnert daran, dass bei der Einigung Deutschlands alle Verantwortlichen auch die Erhaltung des historischen Erbes als wichtiges Ziel im Einigungsvertrag festgeschrieben haben.

Es gilt, das seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen: Denkmalschutz und Denkmalpflege sind und bleiben Daueraufgaben.

Bei ständig wachsenden Kosten im Baubereich und zunehmenden Schädigungen und Gefährdungen an Kulturdenkmälern bedeuten

schon stagnierende Haushalte eine Beeinträchtigung der Denkmalpflege und Verluste für das historische Erbe. Zusätzliche Einsparungen stellen den Vollzug des Denkmalschutzes ernsthaft in Frage. Denn die Vernachlässigung der kontinuierlich notwendigen Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an Baudenkmalern führen zu unwiederbringlichen Verlusten und stellen kommende Generationen vor zusätzliche Erhaltungskosten. Unabsehbare Verluste entstehen ohne ausreichende Mittel auch in der Bodendenkmalpflege. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie hat vor 20 Jahren Politiker und Fachleute veranlasst, sich auf den Wert des kulturellen Erbes zu besinnen und die Denkmalschutzgesetze in den Ländern zu erlassen.

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz ruft alle Verantwortlichen auf, die Qualität der Denkmalpflege zu erhalten und kontinuierlich am Ausbau einer aktiven und bürgernahen Denkmalpflege zu arbeiten.

[http://www.dnk.de/\\_uploads/beitrag-pdf/9c8d4ccb1932279a7e1bd5747010460a.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/beitrag-pdf/9c8d4ccb1932279a7e1bd5747010460a.pdf)  
(abgerufen am 04.01.2011)

## **5. DNK: Empfehlung 1996**

**Empfehlung zur Lage des Denkmalschutzes in Deutschland - Verantwortungsbewusst handeln, das kulturelle Erbe schützen und erhalten. -**

Hamburg, 25. November 1996

Denkmäler und Denkmalschutz machen Geschichte anfassbar und dadurch fassbar.

Das architektonische und archäologische Erbe ist ein geistiges, kulturelles, wirtschaftliches und gesellschaftliches Gut von unersetzlichem Wert. In Politik und Gesellschaft besteht ein grundlegender Konsens darüber, dass dieses Erbe zu pflegen und zu erhalten ist. Dieser Konsens umfasst die Überzeugung, dass die Erhaltung des baulichen Erbes den unverwechselbaren Charakter der Kulturlandschaft bewahrt und so die Lebensqualität mitprägt. Dem entsprechen die in wiederholten Meinungsumfragen geäußerte breite Zustimmung der Befragten für die Ziele der Denkmalpflege und die Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger, dass der Denkmalschutz - ähnlich wie Umweltschutz und Naturschutz - zu den herausragenden politischen Zielen unserer Zeit gehört.

In den letzten Jahrzehnten haben neue Gesetze, administrative Maßnahmen, Steuerbegünstigungen, staatliche Förderprogramme dazu beigetragen, die Aufgabe Denkmalschutz und Denkmalpflege durch Staat und Kommunen nachhaltig zu fördern und ihren Stellenwert sichtbar zu machen. Bürgerinitiativen, Denkmaleigentümer, Spender setzen sich - häufig in aufopfernder Weise - für Denkmalbauten und andere historische und archäologische Stätten ein. Private und öffentliche Stiftungen machen Schutz und Erhaltung dieses kulturellen Erbes zu ihrer Aufgabe.



Trotz dieser denkmalfreundlichen Situation zeigen sich zunehmend Defizite, die den grundsätzlichen Konsens zur Erhaltung des kulturellen Erbes in Frage stellen. Die Organisation sowie die personelle und finanzielle Ausstattung der Denkmalbehörden reichen häufig nicht aus, um die Anforderungen an wissenschaftliche Arbeit, Dienstleistungen und denkmalpflegerische Praxis zu erfüllen. Die Fördermittel der staatlichen und kommunalen Denkmalpflege geraten in den Sog von Sparmaßnahmen, sie werden teilweise gestrichen oder zur Disposition gestellt. In der Öffentlichkeit und von Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und Wirtschaft werden gegen die Erhaltung des kulturellen Erbes Argumente vorgebracht, die oft auf Vorurteilen und Irrtümern gründen. Ein Beispiel ist die Behauptung, Denkmalpflege sei Investitionshemmnis und rechne sich nicht. Das Gegenteil ist richtig. Pflege und Erhaltung unseres baulichen kulturellen Erbes sind auch ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor, insbesondere für die Schaffung regionaler Standortvorteile, für die Arbeitsmarktentwicklung, für die Wiederbelebung der Städte und die Neuansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und nicht zuletzt für das öffentliche Ansehen von Investoren. Überdies aktiviert Denkmalpflege erhebliche Mittel großer und kleiner privater Investoren. Das Handwerk spricht geradezu von einem Milliardenmarkt für die Denkmalpflege.

Wie Umweltschutz, Gesundheitspflege und Bildung gehört die Denkmalpflege zu den unverzichtbaren Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Sicherung und Erhaltung unseres architektonischen und archäologischen Erbes liegen im öffentlichen Interesse.

Die Bewahrung erlebbarer historischer Zeugnisse schafft einzigartige Orientierung, fassbare Wirklichkeit und damit verbindliche Maßstäbe in einer Zeit, in der die Grenze zwischen realer Welt und Fiktion zunehmend zu verschwimmen droht.

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz wendet sich an die privaten und öffentlichen Denkmaleigentümer, an die Politiker und die kommunalen und staatlichen Verwaltungen mit der Forderung, die Chancen zu erkennen und zu nutzen, die eine leistungsfähige Denk-

malpflege für mehr Lebens- und Umweltqualität aber auch die soziale Integration bietet. Zur Verwirklichung einer konstruktiven, in andere Lebensbereiche integrierten Denkmalpolitik hält das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz dies für unverzichtbar:

1. Die Verpflichtung der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden auf einen denkmalfreundlichen Gesetzesvollzug mit dem Ziel, das bauliche und archäologische Erbe als Teil unserer kulturellen und historischen Grundlagen und damit als schützenswerten Lebensraum zu erhalten und zu pflegen.
2. Sicherstellung der organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen.
3. Beibehaltung zweckgebundener Fördermittel und Förderprogramme von Staat und Kommunen für die Instandsetzung von Baudenkmalen und Ensembles.
4. Koordination und Abstimmung der staatlichen und kommunalen Entwicklungs- und Förderungsprogramme bei frühzeitiger Beteiligung der Denkmalpflege zur Vermeidung von Bauschäden, hohen Kosten und Zeitverzögerungen.
5. Breite, umfassend geförderte Öffentlichkeitsarbeit der politisch Verantwortlichen und der Denkmalbehörden.
6. Vorbildliches Handeln der öffentlichen Hände als Denkmaleigentümer durch denkmalgerechte und denkmalverträgliche Nutzung des überkommenen baulichen Erbes.
7. Nachhaltige Bemühungen der staatlichen und kommunalen Denkmalbehörden, in Beratung und Betreuung der Denkmaleigentümer gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und die Belastungen für die Eigentümer so gering wie möglich zu halten.

8. Nutzung der Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung und neuer technischer Möglichkeiten zur Intensivierung und Effizienz der Denkmalpflege bei wesentlichen Aufgaben der Denkmalerhaltung.
9. Einvernehmliche Zusammenarbeit der staatlichen und kommunalen Fachbehörden nach den seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 anerkannten Maßstäben der integrierten Erhaltung des Kulturerbes.
10. Beibehaltung der Steuererleichterungen für Eigentümer von Denkmälern und Gebäuden in Sanierungsgebieten, als Ausgleich für die denkmalschutzrechtlichen Erhaltungslasten, als Investitionsanreiz und als Förderung der mittelständischen Wirtschaft.

[http://www.dnk.de/\\_uploads/beitrag-pdf/4e22ffc6f67a126760c947525c95cfbf.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/beitrag-pdf/4e22ffc6f67a126760c947525c95cfbf.pdf)  
(abgerufen am 04.01.2011)

## **6. DNK: Resolution 1998**

### **Resolution: Schutz und Pflege des kulturellen Erbes brauchen wirksame Gesetze und steuerliche Förderung**

Dresden, 29. November 1998

In Sorge um die Zukunft unserer Denkmäler erinnert das Nationalkomitee Regierungen und Parlamente an ihre gesetzlichen Verpflichtungen, diese unwiederbringlichen Zeugnisse deutscher Geschichte zu erhalten und damit eine für ganz Europa wichtige, vielfältige Kulturlandschaft zu bewahren. Dieser Auftrag ist unabhängig vom Zeitgeist und gilt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Ihm widersprechen Gesetzesänderungen wie Novellierungsabsichten in Bund und Ländern, die zwangsläufig einen Verlust an Denkmälern zur Folge haben. Sie liegen nicht im Interesse einer großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie laufen auch dem Willen der europäischen Staatengemeinschaft zuwider, die die Erhaltung der Kulturgüter als eine wichtige Aufgabe aller Kulturstaten erkannt und für die der Europarat soeben die Kampagne "Europa, ein gemeinsames Erbe" 1999/2000 ausgerufen hat. Deutschland mit seinem unvergleichlichen Reichtum an Denkmälern hat die Pflicht, im Denkmalschutz vorbildlich zu sein.

Im Einzelnen begründet das Nationalkomitee seine Sorge wie folgt:

I.

Denkmäler sind in Gefahr, weil Gesetze, die wie ein Schutzschild für die Denkmalpflege wirken und bis heute die Rettung, Erhaltung, Instandsetzung und Nutzung vieler kleiner und großer Denkmäler möglich gemacht haben, geändert worden sind oder geändert werden sollen.

Zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben des Denkmalschutzes gibt es in allen Ländern Fachbehörden, die nach landeseinheitlichen Maßstäben

die zur Erhaltung der Bau-, Kunst- und Bodendenkmäler aus fachlicher Sicht notwendigen Forderungen formulieren und geltend machen. Die Formen der Mitwirkung dieser Fachämter und die rechtliche Bedeutung ihrer Stellungnahmen sind von Land zu Land unterschiedlich. In einigen Ländern können Entscheidungen der Denkmalschutz- und der Bauaufsichtsbehörden nur im Einvernehmen mit dem Denkmalamt ergehen. In anderen Ländern kann das Einvernehmen durch die Entscheidung der übergeordneten Behörde ersetzt werden. In weiteren Ländern ist nur das Benehmen mit der Denkmalfachbehörde herzustellen, d. h. das Fachamt ist zu hören, aber die entscheidende Behörde kann von seiner Stellungnahme ohne weitere Formalitäten abweichen. Schließlich gibt es Länder, in denen auch die Herstellung des Benehmens im Denkmalschutzgesetz nicht vorgeschrieben ist. Damit ist den Belangen der Denkmalerhaltung das ihnen zukommende Gewicht genommen.

Bedenklich ist auch die vereinzelt eingeführte Aufgabenbeschränkung des Fachamtes auf Beratung, Erfassung, Erforschung sowie auf Restaurierungen und Grabungen, was praktisch einem Ausschluss der Denkmalfachbehörde von der Beteiligung an den Verwaltungsverfahren gleichkommt.

Das Nationalkomitee fordert, die Mitwirkung der Fachbehörden (Landesdenkmalämter) nicht einzuschränken bzw. wiederherzustellen. Die Denkmalfachbehörden sind bei allen Maßnahmen, die Denkmäler betreffen, rechtzeitig zu beteiligen; die Beachtung ihrer Stellungnahmen ist durch verfahrensrechtliche Regelungen sicherzustellen.

## II.

Gefahr für Denkmäler bringen auch die Änderungen der Verfahrensbestimmungen des Bauordnungsrechtes mit sich, die in einigen Ländern unter Stichworten wie Deregulierung oder "schlanker Staat" eingeführt worden sind oder bevorstehen. Hier werden Vorhaben, die früher einer Baugenehmigung bedurften, unter bestimmten Voraussetzungen aus der Baugenehmigungspflicht herausgenommen. Das Nationalkomitee

fühlt sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass damit zugleich die Verzahnung von Denkmalschutz und Baurecht aufgehoben und der Denkmalschutz isoliert wird. Die Einhaltung des materiellen Rechtes obliegt danach dem Bauherrn und den für ihn handelnden Personen. So können nach dem neuen Verfahren Denkmäler und ihr Umfeld nur noch geschützt werden, wenn die Bauherren die erforderlichen Genehmigungsanträge stellen und wenn die zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörden – auch personell – ausreichend ausgestattet werden.

Das Nationalkomitee fordert, den Änderungen im Baurecht und den damit verbundenen Aufgaben durch eine entsprechende Ausstattung der Denkmalschutzbehörden Rechnung zu tragen.

### III.

Gefährlich für die Denkmalerhaltung sind schließlich eine immer wieder erwogene Verminderung oder teilweise Abschaffung der im Einkommensteuergesetz (§§ 7 h, 7 i, 10 f, 10 g, 11 a, 11 b) enthaltenen Steuererleichterungen für Denkmalinstandsetzungen.

Nach wie vor bedürfen viele, oft jahrzehntelang vernachlässigte Denkmäler in den neuen, aber auch in den alten Ländern einer Instandsetzung, die von den Eigentümern allein nicht geleistet werden kann. Das Nationalkomitee hat wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Denkmaleigentümer zum Ausgleich für die ihnen durch Gesetz auferlegten Erhaltungspflichten unerlässlich ist. Diese Unterstützung kann weder durch direkte Zuwendungen noch durch feste Zulagen (wie sie im Eigenheimbau üblich sind) erfolgen, sondern allein durch die Beibehaltung der Regelungen des Einkommensteuergesetzes. Im Übrigen bewirken diese Bestimmungen nicht einen endgültigen Erlass von Einkommenssteuer, sondern nur eine Steuerstundung (vorweggenommene Absetzungsmöglichkeit). Die einer Steuerstundung folgenden (temporären) Steuermindereinnahmen werden sogar, mindestens zum großen Teil, durch Steuermehreinnahmen, die infolge der Investitionen anfallen

(Umsatz-, Lohn-, Gewerbe-, Einkommen- und Körperschaftssteuer) rasch wieder ausgeglichen.

Das Nationalkomitee fordert, die Steuererleichterungen des Einkommensteuergesetzes für Denkmaleigentümer uneingeschränkt beizubehalten.

IV.

Das Nationalkomitee fasst zusammen:

- Denkmalschutz und Denkmalpflege haben bis heute hohe Investitionen ausgelöst. Sie erhalten und schaffen damit eine große Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen, nicht zuletzt im Mittelstand, die nicht durch staatliches Handeln gefährdet werden dürfen. Unter unveränderten Bedingungen wird dies auch in Zukunft so sein.
- Erhaltung und Instandsetzung historischer Substanz schonen Ressourcen. Sie sind insoweit auch Teil eines ökologischen Umbaus.
- Eine intakte Denkmallandschaft stärkt Standortqualität und belebt den Tourismus nachhaltig.

[http://www.dnk.de/\\_uploads/beitrag-pdf/ce6b4b9162a91d8f4cfbf53828df725c.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/beitrag-pdf/ce6b4b9162a91d8f4cfbf53828df725c.pdf)  
(abgerufen am 04.01.2011)

## 7. VDL: Standortbestimmung vom 16. Juni 2000

Presseinformation vom 16. Juni 2000

Standortbestimmung der deutschen Denkmalpflege

Konservatoren stehen nicht nur im Dialog mit dem Denkmal, sondern müssen auch den Dialog mit ihrem gesellschaftlichen Auftraggeber, mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere mit Denkmaleigentümern und Investoren, aber auch mit Stiftungen, Vereinen und Initiativen auf dem Gebiet des Denkmalschutzes und Heimatschutzes, der Traditionspflege und Kulturpflege suchen. Dies erklärte der Berliner Landeskonservator Jörg Haspel als Vorsitzender der Vereinigung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, die sich vom 5. bis 9. Juni in Mainz auf ihrer Jahrestagung zu einer Standortbestimmung getroffen hatte.

„Gerade wenn der Schutzmantel der öffentlichen Denkmalpflege immer dünner und knapper wird, um dem denkmalschutzwürdigen Erbe ein sichere Erhaltungsperspektive zu gewährleisten, sollten Konservatoren um Partner und Freunde werben, damit dieser Mantel in gemeinschaftlicher Anstrengung verstärkt und verlängert werden kann. Dies liegt nicht nur im Interesse der Denkmale, sondern erfüllt auch den althergebrachten Konservatorenauftrag, Denkmalbewusstsein und Denkmalengagement in der Bevölkerung zu wecken und vertiefen.“

Unter Bezugnahme auf die heute von rund 400 Vereinen und Initiativen in der Tagungsregion Rheinland-Pfalz fortgeführte Tradition der Denkmal- und Heimatschutzbewegung oder die Popularität des europaweiten Tages des offenen Denkmals erinnerte der Vorsitzende an das konservatorische Vermittlungsanliegen. „Erfolg versprechende Denkmalpflege vollzieht sich nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm oder hinter Paragraphen in der Amtsstube, sondern immer auch im Gespräch und in der Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit. Dies schließt Denkmalkontroversen und Denkmalkonflikte nicht aus, setzt aber mehr



denn je Dialogbereitschaft und Kooperationsbereitschaft nach allen Seiten voraus."

Gerade angesichts bestehender und drohender Denkmalleerstände sprach sich die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger dafür aus, die öffentliche Förderung von Neubauvorhaben generell auf den Prüfstand zu stellen. „Es kann nicht sein, dass im Zeitalter einer nachhaltigen Stadt- und Landschaftsentwicklung die Bestandspflege und -revitalisierung unterbleiben und dringend erforderliche Denkmalinvestitionen ohne zwingenden Gründe zugunsten konkurrierender Neubauvorhaben ausbleiben. Wir haben in den letzten Jahren stellenweise durch eine öffentlich geförderte Außen- und Neubauentwicklung traditionsreichen Stadtkernen und Denkmalstandorten eine unnötige stadt- wirtschaftliche Konkurrenz erwachsen lassen, statt die Mittel in die Leerstands-beseitigung zu konzentrieren und seit Generationen überlieferte, kompakte Infrastrukturangebote zu modernisieren."

Denkmal-erhaltung durch Umnutzung und Weiternutzung sei in vielen Fällen, namentlich in den neuen Bundesländern oder auf dem Gebiet der Industriedenkmalpflege, ein Gebot der Stunde, um eine wirtschaftlich sinnvolle Überlebensperspektive zu eröffnen. Denkmalleerstand bedeute in der Regel ja nicht Stillstand, sondern Gefährdung und erhöhe das Risiko eines Denkmalverlusts. Angesichts des fehlenden Bauunterhalts und schleichenden Verfalls dürften und würden sich die Konservatoren nicht in der trügerischen Sicherheit wiegen.

„Wir brauchen - und die Gesellschaft will - nicht weniger Denkmale," sagt Haspel unter Anspielung auf die Forderung der bündnisgrünen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer nach einer Ausdünnung der bundesdeutschen Denkmallisten, „sondern wir müssen angesichts der Gefährdungen mehr bürgerschaftliches und privates Denkmalengagement aufbringen. Auch das Erbe der Industriekultur oder das Erbe der Moderne des 20. Jahrhunderts gehört nicht auf die Abrissliste," so Haspel weiter, „sondern ist eine Chance und Herausforderung, die die Gesellschaft und die Denkmalbauherren ja im internationalen Vergleich Maßstab längst angenommen haben. Selbst kulturell umstrittene oder

politisch ambivalente Zeugnisse unserer Geschichte müssen wir aushalten. Manche Denkmale wirken als stille Provokation in unsere Zeit hinein. Sie dürfen von der Denkmalpflege nicht zurecht gestutzt oder gar geschliffen werden, sondern sollten weiterhin der Gesellschaft als Angebot, ja als Stein des Anstoßes empfohlen werden, um daran ihr Geschichtsbewusstsein oder ein kritisches Gegenwartsbewusstsein zu schärfen."

Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger verwies auf die Nachwendekontroversen um das ehemalige Staatsratsgebäude der DDR oder das Reichsluftfahrtministerium in Berlin, deren Erhaltung mehr für eine deutsch-deutsche Selbstverständigung über unsere Herkunft geleistet hätten als es deren geforderte Beseitigung je vermocht hätte. Das Plädoyer der Konservatoren für die Überlieferung unseres Erbes beinhalte auch das Plädoyer für eine Art Minderheitenschutz in der Demokratie. Mancher als konservatorische Minderheitenposition in die Diskussion gebrachte Denkmalvorschlag habe sich erst im Laufe der Zeit als mehrheitsfähig und womöglich als konsensfähig erwiesen: „Wer will heute denn noch im Ernst ehemals breit angefeindete Gründerzeitfassaden oder die verpönte Jugendstilarchitektur missen?"

## **8. Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Kultusministerkonferenz

### **Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Positionspapier

1. Februar 2002

#### **1. Denkmalschutz und Denkmalpflege nach dem Zweiten Weltkrieg**

Im Zuge des Wiederaufbaus, der wirtschaftlichen Expansion und des Straßenbaus wurde in der Nachkriegszeit bis in die Siebzigerjahre hinein mehr historische Substanz und damit auch Bau- und Bodendenkmale vernichtet als durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Ein Wertewandel trat ein, als Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit kritisiert und zunehmend in Frage gestellt wurden. Der Denkmalschutz – besser das einzelne Bau-, Boden- oder Gartendenkmal – ist häufig der Anlass gewesen, die Stadterneuerungs- und Landesentwicklungspolitik insgesamt zu überdenken und den Weg einer erhaltenden Stadterneuerung und verantwortungsvollen Fortentwicklung der historischen Kulturlandschaft einzuschlagen. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 markiert diesen Wendepunkt.

Denkmalschutz und Denkmalpflege galten fortan nicht mehr als Hemmnis, sondern als Motor für Stadtentwicklung, standortbedingte Attraktivität und landschaftsspezifische Unverwechselbarkeit. Neue Gesetze, administrative Maßnahmen, staatliche Förderprogramme und nicht zuletzt Steuervergünstigungen haben bundesweit dazu beigetragen, Denkmalschutz und Denkmalpflege nachhaltig zu fördern und ihren Stellenwert sichtbar zu machen.

Die Achtzigerjahre sind die Reife- und Blütezeit dieser Entwicklung, im bundesdeutschen Nachkriegsstädtebau gelten sie als die Periode der erhaltenden Stadterneuerung, in der Landesentwicklung als Zeit der identitätsstiftenden Akzentuierungen. Die historischen Stadtgrundrisse bewahren, alte Bausubstanz behutsam erneuern, prägende Bodendenkmäler integrieren, die Wachstumspotenziale nutzen, um der alten Bausubstanz neues Leben zu geben, das sind die Fundamente dieser bewahrenden Politik. In den Neunzigerjahren wurde dieser Weg fortgesetzt und mit sichtbarem Erfolg auch in den neuen Bundesländern beschritten. Dort waren die historischen städtebaulichen Strukturen in

großen Teilen erhalten geblieben, der Zustand der Bausubstanz war jedoch aufgrund der verfehlten DDR-Baupolitik überwiegend katastrophal.

Städte, Dörfer und Landschaften in den neuen Ländern haben von den Erfahrungen der alten Bundesrepublik vielfach profitiert. Die Fehler der westdeutschen Wiederaufbauphase konnten dort vielerorts vermieden werden, die historische Substanz wurde zum Ausgangspunkt und Leitbild der urbanen Renovierung. Als besonders erfolgreich erwies sich hierbei das Sonderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ im Rahmen der Städtebauförderung. Gleichwohl kam es aber auch hier zu Verwerfungen, weil durch die exzessive Nutzung der Sondersteuerabschreibungen und eine großzügige Genehmigungspraxis selbst denkmalwerte Bau- und Gartenanlagen sowie Objekte von archäologischem Interesse erheblich beeinträchtigt oder gar zerstört wurden.

## **2. Neue Herausforderungen für Denkmalschutz und Denkmalpflege zu Beginn des neuen Jahrtausends**

Zu Beginn des neuen Jahrtausends stehen Denkmalschutz und Denkmalpflege vor neuen Herausforderungen, wieder kündigt sich ein Paradigmenwechsel an. Im Gegensatz zum vorangegangenen wird er aber nicht von interdisziplinär und auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen geführten Diskussionen vorbereitet und begleitet.

Die vermeintlichen und tatsächlichen Zwänge von Globalisierung und Strukturwandel und der damit einhergehende Veränderungsdruck, aber auch die schwierige Finanzsituation der öffentlichen Haushalte sind die bestimmenden Faktoren.

Allzu oft sind Kosten und kurzfristige Einspareffekte, nicht aber kultureller Wert und nachhaltige Wirkung die ausschlaggebenden Kriterien. Der politische Wille zu „neuem Wachstum“ und „schnellem Handeln“ fördert heute die Neubau- und Expansionsmentalität und schwächt behutsame Erneuerungsstrategien. Dabei sind letztere nach wie vor gefragt, insbesondere in Hinblick auf die in großer Zahl frei werdenden Bahnanlagen und Kasernen, die großindustriellen Brachflächen vor allem in den ostdeutschen Ländern, die Sanierungsnotwendigkeiten im Massenwohnungsbau und angesichts der Überforderung vieler Glaubensgemeinschaften mit ihrer Verantwortung für zu große und oftmals nicht mehr benötigte Kirchen. Neue Gefahren erwachsen der histori-

schen Bausubstanz – besonders in den neuen Ländern – durch das Problem der „schrumpfenden Stadt“. Das Überangebot von Wohnungen bei zunehmender Abwanderung ins Umland und insgesamt abnehmender Bevölkerung führen zu bedrohlichen Leerstand in den Altstädten.

Denkmalschutz und Denkmalpflege jedoch scheinen ihre politische Lobby verloren zu haben und auf das verbale Bekenntnis am Tag des offenen Denkmals reduziert zu sein. Im Schatten der alles beherrschenden Schlagworte Deregulierung, Investition und Innovation drohen Bewahren und Erhalten wieder als Inbegriffe für Fortschrittsfeindlichkeit und Investitionshemmnis missbraucht zu werden. Gesetzesnovellierungen zielen auf eine Senkung des erreichten Standards ab, die Förderetats sind drastisch zurückgefahren worden, Stellenpläne werden kontinuierlich gekürzt.

Die Verantwortung für das baukulturelle und archäologische Erbe ist in Gefahr, immer weniger als staatlicher Kulturauftrag und zunehmend als private Aufgabe der Zivilgesellschaft definiert zu werden.

### **3. Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Ziel von Denkmalschutz und Denkmalpflege ist es, Grundlagen und Rahmenbedingungen zu erarbeiten, um gewachsene historische Strukturen zu erhalten, gegebenenfalls mit neuer Architektur und Gestaltungselementen störungsfrei zu verknüpfen und nachhaltige Perspektiven für die Orte gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen Identitätsfindung zu eröffnen. Die Fachdisziplin muss die Grundlagen liefern und vermitteln. Eine breite öffentliche Akzeptanz ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege. Der Staat schließlich muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen und garantieren.

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind also auf allen Ebenen gefordert, sie müssen nicht nur reagieren, sondern sich an dem sich abzeichnenden Prozess aktiv beteiligen.

Ihre Positionen im gesellschaftlichen Wertesystem sind zu analysieren, gegebenenfalls neu zu definieren und zu konturieren.

Dafür ist es im Einzelnen notwendig,

– **innerhalb der Denkmalpflege**

Anspruch und Wirklichkeit anhand einer umfassenden Erhebung zu evaluieren,  
die Theorie und Methoden des Faches zu überprüfen und fortzuschreiben,  
die Kommunikationsfähigkeit zu pflegen und zu schulen,  
noch vorhandene restriktive und reaktive Handlungsmuster durch werbende und  
offensive, am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientierte Strategien zu ersetzen,  
eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit als Bestandteil des Tagesgeschäftes  
auf- und auszubauen,

– **zwischen den einschlägigen Institutionen**

strategische Allianzen zu bilden,  
eine effektive Arbeitsteilung zu organisieren,  
Kooperationen zu stärken,

– **in der Gesellschaft**

einen Diskurs über historisches Erbe, Baukultur und Urbanität anzustoßen, lokale und regionale Unverwechselbarkeit in einer globalisierten Welt zu garantieren, unverzichtbare Grundlagen für die Bewahrung von Heimat anzubieten, sich als Mittler zwischen Vergangenheit und Zukunft auszuweisen,

– **in der Politik**

Denkmalschutz und Denkmalpflege als wichtiges Segment im Kontext mit anderen Politikfeldern zu definieren und insbesondere als wirksamen Beschäftigungs- und Standortfaktor herauszustellen, die Erhaltung des kulturellen Erbes unter den Aspekten der Ökologie und der Ressourcenschonung als wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu verankern.

Als Maßnahmen kommen dafür in Betracht:

– Bewährte Einrichtungen (Denkmalfach- und -schutzbehörden) zu erhalten und zu stärken, damit sie sich den wandelnden Anforderungen anpassen können, verstärkte Lehrangebote für die theoretischen und praktischen Grundlagen von Denkmalschutz und Denkmalpflege, zusätzliche Qualifizierungsangebote für die berufsvorbereitende und berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung in Denkmalpflege und Denk-

malmanagement, – Aktivierung der verschiedenen Foren für Baukultur sowie Bau- und Bodendenkmalpflege im Sinne strategischer Allianzen und intensiver Kooperationen, – Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und bürgerschaftlicher Initiativen bei der Trägerschaft und der Erhaltung von Denkmälern sowie der Vermittlung des Denkmalschutzgedankens, – eine Gesetzesinitiative zur Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Arbeits- und Sachleistungen in der Denkmalpflege, – eine Gesetzesinitiative zur Gleichstellung des Erwerbs von Baudenkmalen mit Neubauten in der Eigentumsförderung.

URL:[http://www.dnk.de/\\_uploads/media/231\\_2002\\_KMK\\_ZukunftDenkmalpflege.pdf](http://www.dnk.de/_uploads/media/231_2002_KMK_ZukunftDenkmalpflege.pdf) (abgerufen am 04.01.2011)

## 9. August Gebeßler:

Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?

Im Zusammenhang eines landespolitisch ehrgeizigen Reformvorhabens in Baden-Württemberg

soll zum Jahr 2005 neben anderen Sonderbehörden auch das Landesdenkmalamt als solches aufgelöst werden.

Die davon betroffenen Denkmalpfleger sowie die mit der Zer- und Verteilung beauftragten Ministerialen und nicht zuletzt jene Behörden, die sich ihrerseits einen kräftigen Zuwachs an Zuständigkeiten erwarten – sie alle sind weisungsgemäß voll beschäftigt damit, das Fell des Bären zu verteilen. Sie sehen sich so im Übermaß beschäftigt, daß das Kernproblem, nämlich die Folgen aus dem geplanten (um im Bild zu bleiben:) Abschuß des Bären, offenbar keine Nachdenklichkeiten mehr erlaubt.

Wie und wohin die verschiedenen Aufgabenbereiche eines in sich schlüssigen und unzweifelhaft bewährten Amtsgefüges ohne Not (!) nun aufgeteilt werden, mit dieser Frage sind die Verwaltungsstrategen offenbar noch zugange. Fest steht aber: Künftige »Amtsebene« sollen die Regierungspräsidien sein, sprich: die höheren Schutzbehörden. Für die Denkmaleigentümer und für das allgemeine Denkmalverständnis verbinden sich mit dem Begriff »Landesdenkmalamt« von jeher zwar extrem unterschiedliche Erfahrungen, sei es für den einen der sichtbare Zugewinn an wieder ansehenswert gemachtem Geschichtsgut, seien es für den anderen die gefürchteten Einschränkungen und Erschwerungen durch die Vorgaben des Konservators. In jedem Fall aber verbindet sich mit Denkmalamt das Wissen um ein gewichtiges Landesanliegen. Der Begriff steht stellvertretend für die tägliche so oder-so-Auseinandersetzung um den materiellen Geschichtsbestand im Lande, die das Denkmalthema nicht nur als eine Sache des Schutzes, sondern mehr noch als Chance freiwilliger Zuwendung trägt. Im künftigen Wortlaut des veränderten Denkmalschutzgesetzes wird nun das »Landesdenkmalamt« getilgt und überall ersetzt durch »die höhere Denkmalschutzbehörde«. Daraus wird zunächst schon eines offensichtlich: Mit der Abschaffung des Landesdenkmalamtes wird dem Denkmalthema



ma der Stellenwert als landespolitisches Anliegen entzogen. Die Bediensteten des Landesdenkmalamtes hatten zwar nochmals Mut gefaßt und in einem beschwörenden »Heiligkreuztaler Aufruf « an die politisch Verantwortlichen im Land appelliert, die Erhaltung des Denkmalamtes als Grundlage für eine motivierte, schlüssige und so auch international anerkannte Denkmalarbeit in Baden-Württemberg sicherzustellen. Eine erkennbare Resonanz ist ausgeblieben. Kritische Mitsprache bei den Plänen der Regierungsspitze ist offenbar nicht opportun. Ernsthaft besorgten Protestbriefen wie etwa dem der Vereinigung Deutscher Denkmalpfleger oder dem vom Verband Deutscher Kunsthistoriker und dem des (deutschen) Verbandes der Restauratoren wurde aus dem Staatsministerium neben der raschen Versicherung künftig verbesserter Denkmalarbeit das Hauptziel des Reformvorhabens entgegengestellt: »Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fachverwaltung und allgemeiner Verwaltung«. Denkmalpflege künftig also in erster Linie ein administrativer Belang. Damit wird das bislang klar getrennte Zweierlei der Aufgaben von Denkmalschutz und Denkmalpflege verlassen. Das zunächst selbständige Arbeiten von einerseits der Fachbehörde und andererseits Schutzbehörde gehört von jeher zu jenen grundsätzlichen und fraglosen Voraussetzungen liberaler Denkmalpraxis, die bislang auch das konstruktive Zusammenwirken der beiden Behörden des Landes bestimmt und auszeichnet. Nur in dieser Aufgabentrennung und aus dem Rahmen einer selbständigen Fachbehörde heraus ist es dem Denkmalamt möglich, die Wertschichten des jeweiligen Denkmals zu erarbeiten und – schwierig genug – in die Auseinandersetzung um das Denkmalgeschick bzw. in die schutzrechtliche Abwägung hinein verständlich zu vermitteln. Man möchte der künftigen Konservatorenarbeit unter der Firmierung »höhere Schutzbehörde « nicht von vorneherein nur Nachteile unterstellen. Aber das Fatalste für den Konservator im Verwaltungsrahmen bzw. unter Dienstaufsicht der Schutzbehörde ist wohl unbestreitbar: Er wird für die Öffentlichkeit zwangsweise zum Mitträger auch jener gegen das denkmalpflegerische Votum getroffenen »Schutz«-Entscheidungen, die ihm schon beim nächsten denkmalstrittigen Vergleichsfall als Argument entgegengehalten werden.

Das Denkmaldenken im Verwaltungsrahmen der Schutzbehörde ist in der Regel nun einmal zu allererst ausgerichtet auf das schwierige Abwägen zwischen einerseits den faktischen Argumenten des Denkmalherausforderers, d. h. Rentierlichkeit, Sachzwänge, Machbarkeit usw., und andererseits dem Erhaltenswerten im Geschichtsdenkmal, für das es keinen Marktwert und keine faktisch messbare Bedeutungsgrößen gibt. Denkmalpflege, so heißt es mit guten Gründen, ist eine Verhaltensweise zur Geschichte. Denkmale brauchen daher die anwaltschaftliche Vermittlungsrolle des Konservators. Eine Vermittlung, die – über die Benennung von Bedeutungsdaten und -fakten hinaus – aus dem Wissen um das vielschichtige Geschichtsgut im jeweiligen Denkmal unabhängig und zunächst uneingeschränkt die unterstellte Notwendigkeit des Denkmaleingriffes zur Beweispflicht fordern kann. Ist es nur eine voreilige Unterstellung, wenn erfahrene Fachleute befürchten, daß diesem anwaltschaftlichen Konservatorenauftrag, nun dienstaufsichtlich eingebunden in die schutzrechtliche Abwägungsaufgabe, künftig vorzeitig »Vernunftgrenzen« gesetzt werden?

Wird sich die Frage nach dem, was denkmalwert ist, auch künftig und ständig neu zuallererst am Puls eines wachsenden Geschichtsverständnisses definieren und schwierige Vermittlungsaufgabe bleiben, oder sich eher nur orientieren an der problemlosen Maßgabe fragloser Akzeptanz? Ganz gewiß wird durch die vorgesehene Eingliederung der Denkmalpflege in die Regierungspräsidien für die Schutzbehörden-Praxis – ganz im Sinne der politischen Landesspitze – mehr Zügigkeit, mehr »Effizienz« erreicht werden. Vor allem werden damit die überall als erschwerend oder lästig apostrophierten und politisch unbequemen Konflikt Diskussionen um Denkmäler endlich verkürzt oder gar eliminiert. Das Recht des Denkmals auf aufklärende bzw. abwägende Auseinandersetzung und vorher auf uneingeschränkt angemessene Werterkundung und Wertevermittlung an die Denkmaleigentümer wird damit allerdings wissentlich gebeugt. Andere Bundesländer werden an dieser Entwicklung in Baden-Württemberg nicht dauerhaft vorbeisehen. Diese Befürchtung hat zunächst nichts zu tun mit den haushaltsbedingten, nachvollziehbaren Einsparnotwendigkeiten, die auch bei den Denkmalämtern – selbstverständlich murrend – eingelöst werden. Auch das baden-württembergische Landesdenkmalamt war und ist erwiesenermaßen

ßen in der Lage, beim Zwang zur Personal- oder Fördermitteleinsparung notfalls Prioritäten zu setzen und damit immer noch seinem eigenständigen Kernauftrag nachzugehen. Etwas anderes aber ist es, mit Verweis auch auf die drastischen Einsparnotwendigkeiten nun das Landesdenkmalamt zu exekutieren. Die damit erwarteten Einsparungen werden – gemessen an den Wirkungsmöglichkeiten eines Landesdenkmalamtes – schlichtweg unverhältnismäßig gering sein.

Man spürt den Trend. Die Zügelung der »allzu exzessiven« Konservatorenmentalität war als Anliegen im politischen Raum gewiß nicht nur eine Eintagsfliege von Frau Antje Vollmer oder ihrem »Gutachter« Axt-helm-Hoffmann. Die mitunter zeitintensive Auseinandersetzung um 2 Geschichtszeugnisse paßt offenbar nicht in eine politische Fortschritts-landschaft, in der gegen zunächst hinderliche Denkmalgebäude nicht selten sogar mit Arbeitsplätzen argumentiert wird. Auch das zunächst rechtens begrüßte Positionspapier der Ständigen Kultusministerkonferenz (1. Februar 2002) hat in seinem deutlichen Votum für die Erhaltung der Denkmalämter inzwischen an Glaubwürdigkeit eingebüßt eben durch die kniefällig-schweigende Hinnahme der Abschaffungspläne für das baden-württembergische Landesdenkmalamt. Mehr aber noch zeigen inzwischen quer durch die Bundesrepublik die politisch-sanktionierten Wiederaufbauten längst verlorener Baukunstzeugnisse, wo man die Denkmalpflege letztendlich haben will: nämlich in der Beschränkung auf die sogenannten »auf-Anhieb«-Denkmäler.

Der Vollzug des Reformvorhabens und das aus ihm erkennbare Denkmaldenken bedeutet für den gesellschaftspolitischen Stellenwert des Denkmalthemas in Baden-Württemberg einen Rückschritt um über dreißig Jahre. Die gegenwärtige Landespolitik identifiziert sich wohl mit einer Denkmalpflege, die sich um fraglose Denkmalwerte und beifallsichere Erneuerungen kümmert und möglichst auch noch Weltkulturerbe einführt. Aber sie identifiziert sich offensichtlich nicht mehr mit jenem 1972 geschaffenen Landesdenkmalamt, das schließlich nicht nur durch hoheitlichen Briefkopf, sondern als Umschlagplatz für jedwedes Denkmaldenken, für Erwartungen und ebenso für Widersprüche, die Gewichtigkeit des Denkmalthemas als existenzielles, landespolitisches Anliegen zunehmend deutlich machen konnte. Nur im Rahmen eines Denkmalamtes finden alle fachlichen, emotionalen und existenziellen

Fragen zu den erhaltenswerten Geschichtszeugnissen, wie sie täglich im fachlichen Umgang mit den Denkmälern und mehr noch im Gespräch mit den so-oder-so-Erwartungen der Denkmaleigentümer begegnen, ihren klärenden Erfahrungsaustausch. Bis hin zur immer wieder notwendigen und amtsintern klug gesteuerten Klärung im Auftreten des Konservators gegenüber dem Denkmaleigentümer und dem Partner Öffentlichkeit. Es ist allein die zentral geführte Arbeitsgemeinschaft der Konservatoren im Landesdenkmalamt, die als Erfahrungspool zunächst schon einmal im Fachlichen Sicherheit gewinnen läßt: Mehr Sicherheit im praktischen Denkmalhandeln durch den ständigen Austausch zu Wert- und Grenzfragen in der Welt der Denkmale, für die es nun einmal keine einzelfalltauglichen Rezepte gibt, sondern nur die Orientierung an einem von jeher stets gleichartig gültigen Denkmalbegriff, für den allem anderen voran eben nicht das »Sehenswerte«, sondern das Geschichtliche im Denkmal maßgebend ist.

In der politischen Begründung des Reformvorhabens ist beschwichtigend von der auch künftig gesicherten »Qualität« der Denkmalarbeit die Rede. Man denkt dabei offenbar allerdings nur an die eindrucksvollen Resultate der Denkmalpraxis und an die hohen Standards im »Handwerkszeug« der Denkmalpflege – seien es die hochentwickelten Möglichkeiten heutiger Restaurierungstechnik oder der Denkmaluntersuchung, oder bei der Bodendenkmalpflege die modernen Erkundungsverfahren und Grabungsmethoden. Auf dieser pragmatischen Ebene ist heute so gut wie alles machbar. Die Qualität konservatorischer Arbeit bemißt sich hingegen vielmehr immer wieder im Vorfeld jeden Handanlegens. Sie bemißt sich an der Auseinandersetzung mit der Fülle geschichtlicher Substanzschichten, die mehr oder minder an jedem Denkmalpatienten begegnet und den Konservator zur Praxis-Entscheidung herausfordert. Es sind immer wieder dieselben Gretchenfragen: ob man am Geschichtsdenkmal auch all das tun darf, was man als Fachmann kann oder weiß, ob man längst Verlorenes wiederherstellen soll, ob man jede Lücke rekonstruierend ergänzen darf und ob man Gealtertes nicht mehr reparieren, sondern besser gleich historisch gerecht erneuern soll. Oder die Fragen an den Inventarisator, wie weit er neben dem Gestalteten am Denkmal auch im bloß handwerklichen Bestand Denkmalwertes erkennt, weil auch dies zur geschichtlichen

Wirklichkeit des Denkmalganzen gehört. Solche und ähnlich grundsätzliche Fragen, die gerade auch angesichts der Vielfalt heutiger Denkmalkategorien täglich neu und immer wieder anders auftreten, können sinnvoll nur im Erfahrungsrahmen eines Denkmalamtes, d. h. im hilfreichen Gesprächsaustausch der kollegialen Nachbarschaft Tür an Tür gestellt und der Antwort näher geführt werden.

Und schlußendlich kann nur eine Denkmalpflege, die aus der Erfahrungsgemeinschaft eines Amtes heraus Sicherheit im fachlichen Denkmaldenken gewonnen hat, auch vorbehaltlos offen sein für das wichtigste in der Denkmalarbeit: für die aufklärende Begegnung mit dem Denkmaleigentümer und mit dem öffentlichen Denkmalverständnis. Dies gilt für die ganze Bandbreite möglicher Partner und Gegner, angefangen vom Missverständnis in der naiven Erwartung störungsfreier Erneuerungsergebnisse bis hin zum Konflikt mit dem versierten Unverstand im Abbruchantrag. Nur im aufklärenden Gespräch vor Ort, nur aus der Denkmalnähe heraus kann erfahrungsgemäß auch dem denkmalgleichgültigen Hausbesitzer immer wieder einsichtig gemacht werden, wovon das Denkmal aus der Vergangenheit erzählt, worin es – und das ist ja sinnstiftend für jedes Denkmalhandeln – Erfahrung aus der Vergangenheit vermittelt. Vor vier Jahrzehnten hat schon der verdiente Landeskonservator Hartwig Beseler in das damals neue und öffentlich wachsende Denkmalinteresse hinein betont: Nobelpste Aufgabe des Konservators ist es, das Verhältnis zwischen der Öffentlichkeit und den Denkmälern zu regeln. Nur geduldig vermitteltes Denkmalwissen und daraus erwachsenes Denkmalbewusstsein können – mehr noch als schutzrechtliche Auflagen – Garanten sein für einen dauerhaft schonenden Umgang mit Geschichtsdenkmälern.

Die Landesdenkmalpflege Baden-Württemberg konnte in den letzten drei Jahrzehnten in der Bundesrepublik fachlich und denkmalpolitisch eine Art Vorreiterrolle erreichen. Jetzt droht die Denkmalpolitik des Landes ohne Not umgekehrt zum Vorreiter zu werden: in der Auflösung einer fachlich qualifizierten Landesdenkmalpflege und im Abbau der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Denkmalthemas.

August Gebeßler

URL:<http://www.denkmalpflege-forum.de/Download/Gebb.pdf> (abgerufen am 04.01.2011)

s. auch: Kunstchronik, 57. Jg., Heft 1, Januar 2004, S.1-4

## **10. Prof. Dr. Egon Johannes Greipl**

Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege

### **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen**

vor dem

**Ausschuss für Hochschule, Bildung und Kultur des Bayerischen Landtags**

am 11. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Dafür, dass ich Ihnen heute Rede und Antwort stehen und Ihnen die fachliche Sicht zur geplanten Novelle des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG) vortragen kann, danke ich. Auch das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) bekommt jetzt Gelegenheit, sich zu diesem Entwurf ausführlich fachlich zu äußern.

#### **A. Die Gesetzesnovelle 1994 / 95**

Im Jahre 1994 lag dem Bayerischen Landtag ein Gesetzentwurf der Staatsregierung vor unter der harmlosen Überschrift *Vereinfachung und Beschleunigung bau- und wasserrechtlicher Verfahren*. Dahinter verbarg sich aber unter anderem der Wegfall der Dissensregelung beim Vollzug des DSchG und damit der heilsame Zwang, sich auf der Ebene Untere Denkmalschutzbehörde / BLfD zu einigen und die Einschaltung der Höheren Denkmalschutzbehörde zu vermeiden. Entgegen dem Votum Ihres Ausschusses stimmte der Landtag diesem Gesetz zu.

Die Schwächung des DSchG 1994 und die finanzielle Auszehrung seit 1990 waren die zwei Backen einer Zange, zwischen die nun der Bestand an Einzeldenkmälern und Ensembles in Bayern geriet. Die Folgen sind allenthalben im Lande zu besichtigen.

Wie Sie wissen, arbeiten wir derzeit mit Hochdruck an einer Revision der Bayerischen Denkmalliste. Die Folgen der Novelle von 1994 und der finanziellen Auszehrung seit 1990 treten schonungslos zu Tage.

**Zwei Beispiele:**

Wir haben inzwischen 119 von den 970 Ensembles in Bayern überprüft. Wir müssen leider dem Bayerischen Landesdenkmalrat 27 (22,9%) von diesen 119 Ensembles, also fast ein Viertel, zur Streichung und 42 (35,3%) Ensembles, also mehr als ein Drittel, zur Flächenkorrektur empfehlen. Nur 50 (42%), also weit weniger als die Hälfte, haben ihren Bestand bewahren können.

Die Revision der Einzeldenkmäler steht am Anfang. Trotzdem zwei Zahlen: Von 5400 überprüften Denkmälern werden 787 (14,6%) gestrichen. Im Landkreis Altötting führte die Denkmalliste 1441 Einzelbaudenkmäler auf. Die Revision führt zur Streichung von 248 (17,2 %), davon 135 wegen Totalverlust durch Abbruch.

### **B. Der Gesetzentwurf von 2006**

Nun liegt ein Gesetzentwurf vor, auch dieser mit der harmlosen Überschrift *Gesetzentwurf zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen*. Hinter diesem Entwurf verbirgt sich unter anderem, zunächst räumlich und zeitlich beschränkt, das Vorhaben, dass die *Einschaltung* des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege im Ermessen der Vollzugsbehörden liegen soll.

Mir ist nicht bekannt, wer die Auswirkungen der Gesetzesänderung nach Ablauf der Probephase bewerten wird und welches Verfahren dabei zur

Anwendung kommen soll. Außerdem halte ich es nach den Langzeit - Erfahrungen mit der Novelle von 1994 für ausgeschlossen, dass sich die dauerhaften Auswirkungen der Gesetzesänderung nach vier Jahren Probelauf zutreffend abschätzen lassen.

Praktisch wird die Gesetzesänderung die *Ausschaltung* des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege aus der flächendeckenden Betreuung des

archäologischen und baulichen Erbes in Bayern bedeuten. Damit ist das DSchG, einst als vorbildlich in Europa gepriesen, das Papier nicht mehr wert, auf dem es geschrieben ist.

### **C. Behindert das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege die Kommunen?**

In der Begründung für die Notwendigkeit dieses Gesetzes wird vor allem ins Feld geführt, dass Landkreise und Gemeinden zunehmend über



die staatliche Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung Klage führen.

Nun bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen, noch dazu als den ersten, einige taurische Zahlen zu der Frage mitzuteilen, ob sich die Kommunen durch die Tätigkeit der staatlichen Fachbehörde für alle Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt sehen.

Es geht um die ersten belastbaren Ergebnisse einer Umfrage, die wir im Sommer 2006 veranstaltet haben. Der Zweck der Umfrage war, ein möglichst objektives Bild von dem zentralen Baustein des Denkmalschutz-Systems in Bayern, nämlich der Zusammenarbeit der Unteren Denkmalschutzbehörden mit dem Landesamt für Denkmalpflege zu erhalten. Zu diesem Zweck wurden die Amtsleiter aller 131 Unteren Denkmalschutzbehörden, also Landräte und Landrätinnen, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen von mir persönlich angeschrieben. Soweit unsere Fragen Themen von grundsätzlicher Bedeutung betrafen, waren sie mit den Vorsitzenden bzw. Präsidenten der vier kommunalen Spitzenverbände abgestimmt worden, die übrigens unserem Umfragevorhaben mehr als wohlwollend gegenüberstanden.

Mittlerweile sind die Antworten von drei Vierteln der Partnerbehörden ausgewertet. Aufgrund der zufälligen Streuung ist sich das statistische Ergebnis nicht mehr wesentlich ändern.

Hier nun die Zahlen, die auf die die Frage nach der Einschätzung der Arbeit des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege und auf die Besorgnis der Einschränkung kommunaler Autonomie eine Antwort geben:

1. Die Bedeutung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege schätzen

63 % als sehr wichtig, 37 % als wichtig ein.

2. Immerhin 56 % der befragten Behörden glauben, dass sich Erkenntnisse und Methoden der Denkmalpflege für die Lösung drängender Zukunftsprobleme nutzen lassen.

3. Die Gebietsreferenten des Landesamtes für Denkmalpflege werden 90 % der Unteren Denkmalschutzbehörden als vertrauenswürdige Partner eingeschätzt.

4. Zu 94 % sind die Partner der Auffassung, dass das Landesamt für Denkmalpflege mehr Mittel erhalten sollte; 61 % halten das Landesamt für personell unterbesetzt!

5. Die Partner sind nicht der Auffassung, dass das Landesamt für Denkmalpflege die Abläufe verzögert. Die Reaktionen der Fachbehörde erfolgen in 32 % der Fälle immer kurzfristig und in 51 % der Fälle überwiegend zeitnah (Bau- und Kunstdenkmalpflege).

6. Die Arbeit der Gebietsreferenten wird von 57 % der Partner als überdurchschnittlich gut, von weiteren 37 % als zufrieden stellend effizient bezeichnet.

7. Die Partner wünschen keineswegs eine Einschränkung der Tätigkeit des BLfD, im Gegenteil, sie fordern, dass das Leistungsangebot des BLfD vor allem in folgenden Bereichen weiterentwickelt werden soll:

- Klärung von denkmalpflegerischen Grundsatzfragen (63 %)
- Aus- und Weiterbildung von externen Fachleuten (60 %)
- Materialkunde und Restaurierung (54 %)
- Management von Instandsetzungsprojekten (53 %)

45 % sind der Meinung, dass das Fortbildungsangebot des Landesamtes quantitativ verbessert werden sollte, in qualitativer Hinsicht waren 21 % dieser Auffassung.

Ungefähr zwei Drittel der Fragebögen enthalten zusätzliche Kommentare, wobei die positiven Äußerungen deutlich überwiegen.

Die Umfrage zeigt, dass die UDSchB eine **Deregulierung der Beratung** nicht wünschen.

Dringend erwartet wird, was nicht abgefragt wurde, aber unsere tägliche Erfahrung zeigt, eine **Deregulierung der Verfahren**. Dies reicht von der von uns seit langem angeregten radikalen Vereinfachung des Entschädigungsfondsverfahrens über die Entschlackung der gewöhnlichen Zuschussverfahren bis hin zu wirksamen Reformen im Haushaltsvollzugs mit dem Ziel, mittelfristige Planbarkeit und Transparenz zu verbessern.

#### **D. Folgen der Nichtbeteiligung des Landesamts für Denkmalpflege**

Von den Verfechtern der Gesetzesänderung wird angeführt, dass die Fähigkeiten des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege durch die regional vorhandenen Kräfte problemlos zu kompensieren seien. Dieser pauschalen Bewertung ist entgegen zu halten:

1. Das BLfD verfügt, wie niemand sonst, über eine inzwischen fast hundertjährige Erfahrung im Umgang mit dem baulichen und archäologischen Erbe.
2. In Zeiten, wo an den UDSchB die Fachkompetenz im Bauwesen zunehmend abgebaut wird, ist die regelhafte Fachberatung des BLfD umso wichtiger.
3. Die landesweite Einheitlichkeit der Praxis von Denkmalschutz und Denkmalpflege erfordert beständige Überprüfung und Nachsteuerung. Wenn die regelhafte Beteiligung der staatlichen Fachbehörde BLfD an denkmalrechtlichen Verfahren entfällt, entfällt das einzige Instrument, das auf die landesweite Einheitlichkeit der Praxis von Denkmalschutz und Denkmalpflege überhaupt hinwirken kann.
4. Die archäologische Fachkompetenz ist an den UDSchB nur im Ausnahmefall vorhanden und wird auch dort abgebaut. Ausschließlich die regelhafte Fachberatung durch das BLfD stellt sicher, dass das archäologische Erbe bewahrt oder zumindest vor der Zerstörung fachgerecht dokumentiert wird.
5. Das BLfD verfügt, wie niemand sonst, über einen Überblick über Probleme und Methoden des Denkmalerhalts.
6. Das BLfD verfügt, wie niemand sonst, über eine Unabhängigkeit in der Beurteilung denkmalfachlicher Fragen. Es ist nicht dem Druck lokaler Interessen ausgesetzt und kann einem Landrat oder Bürgermeister schwierige Entscheidungen erleichtern.
7. Das BLfD leistet für Denkmaleigentümer kostenfreie Beratung. Wer verantwortet es, dem Eigentümer diese Beratung im Einzelfall vorzu-enthalten?
8. Förderung aus öffentlichen Mitteln und insbesondere der Genuss von Steuervorteilen bedingt die konsequente Beteiligung des BLfD von Anfang an. Wer verantwortet es, wenn einem Denkmaleigentümer diese Vorteile verloren gehen?
9. Das BLfD ist nach dem DSchG Art. 2 zuständig für die Führung der Bayerischen Denkmalliste. Die Denkmalliste wird jetzt im Rahmen der HTO der Staatsregierung geodatenbasiert und gleichzeitig Teil des ehrgeizigen Projekts IGDB BAYERN. Die Bedeutung dieses Projekts für Planer, Wirtschaft und Wissenschaft ist unbestritten. Die Datenqualität der Denkmalliste hängt aber in ganz hohem Maße von der consequen-

ten und regelhaften Präsenz des BLfD in der Fläche und dem dauernden Kontakt mit den UDSchB ab.

10. Das Vorhaben, Welterbestätten gesondert zu behandeln, bedeutet einen Paradigmenwechsel im bayerischen Denkmalschutz, nämlich die Abkehr vom Gedanken, dass Wert unseres Erbes in der Vielfalt der Zeugnisse, im Großen und Kleinen, im Spektakulären und Bescheidenen liegt. Die Klassierung der Denkmäler, bislang und mit gutem Grund stets abgelehnt, steht vor der Tür. Damit wäre der Teil der Denkmäler, der vom Leben unserer Vorfahren in den bauerlichen, bürgerlichen Unterschichten oder in der Welt der Industrie erzählt, fast völlig dem Untergang geweiht.

#### **E. Denkmalpflege als Zukunftschance**

Das BLfD entfernt sich zügig vom Leitbild des Amtes der traditionellen akademischen Gutachterbehörde und entwickelt sich immer mehr zu einer effizienten staatlichen Dienstleistungs-Institution. Hierfür sind die Anforderungen und Wünsche der privaten Kunden wie der öffentlichen Partner von zentraler Bedeutung. Die Neuorientierung des BLfD umfasst alle Bereiche, vor allem aber das Förderwesen, die Öffentlichkeitsarbeit und den Fortbildungsbereich. Schon jetzt beschäftigt sich das BLfD mit den Fragen der Zukunft Bayerns, insbesondere

1. mit Blick auf die kommenden Debatten über die kulturelle Identität des Landes durch das Sichtbarmachen und Begründen ideeller Werte, die sich in den sichtbaren und unsichtbaren Zeugnissen der Vergangenheit manifestieren;
2. mit Blick auf die demographische Entwicklung durch die Reaktivierung und Weiterentwicklung der historischen Ortskerne sowie eine bessere Nutzung des Generationenwissens über die Pflege von Kulturlandschaften;
3. mit Blick auf den Klimawandel durch das Reaktivieren des Wissens über nachhaltiges, energiesparendes Bauen und den Ersatz hochenergetischer Materialien durch nachwachsende Rohstoffe aus den Regionen;
4. mit Blick auf die Knappheit der Rohstoffe durch die Erhaltung und Pflege der vorhandenen Bausubstanz sowie Anwendung und Weiterentwicklung Ressourcen sparender historischer Bautechniken;
5. mit Blick auf den Bedarf an Fortbildung und Kompetenzsteigerung durch Schulung von kommunalen und privaten Fachleuten im Mana-

gement komplexer Projekte und durch Schaffung von Netzwerken für den Erfahrungsaustausch unter Praktikern, ferner die Sammlung des verstreuten technischen Fachwissens und dessen Nutzbarmachung über modernste Medien.

#### **E. Zusammenfassung**

Die Aufgaben des BLfD sind in der Bayerischen Verfassung (Art. 141) verankert. Das BLfD agiert initiativ und in enger Abstimmung mit den kommunalen Partnern. Konzepte für die Aufgaben der näheren und fernerer Zukunft werden zum Nutzen des ganzen Landes entwickelt. Grundlage für diese Konzepte ist ein breites Erfahrungsspektrum aus einem Jahrhundert des Umgangs mit dem baulichen und dem archäologischen Erbe.

9

#### **F. Persönliche Schlussbemerkung**

Die Bayerische Staatsregierung hat mir vor ziemlich genau sieben Jahren die Verantwortung für das beinahe hundert Jahre alte, weit über Bayern hinaus angesehene Bayerische Landesamt für Denkmalpflege und seine 250 Mitarbeiter übertragen. Auch unter diesem Gesichtspunkt möchte ich zur geplanten Novelle etwas sagen: Die Novelle erklärt de facto, dass es im Grunde ohne Bedeutung sei, ob das Land den Rat und die Erfahrung des Amtes und seiner Mitarbeiter nutzt. Doch: Das BLfD kümmert sich nicht um Denkmäler des Amtes. Sondern es sind Denkmäler, die allen gehören; denen, die mit uns, und denen, die nach uns leben.

Das BLfD hat in den letzten Jahren tief greifende Reformen vorgenommen und durch Personalabbau und Dienststellenschließung einen Beitrag zur Verwaltungsreform und Haushaltskonsolidierung zügig geleistet. Das ist uns nicht leicht gefallen.

Jetzt aber setzt der vorliegende Gesetzentwurf den Wert unseres Rates, den Wert unserer Erfahrung und den Wert unserer Arbeit so niedrig an, wie er in der beinahe hundert Jahre währenden Geschichte des Amtes noch nie angesetzt war. Für meine Mitarbeiter und mich, die den Beruf des Denkmalpflegers mit innerer Überzeugung und großem Einsatz ausüben, kommt dies einem Schlag ins Gesicht gleich.

Greipl 2006

## Bildteil



## 1. Mainbernheim, Lkr. Kitzingen, Berggasse 6

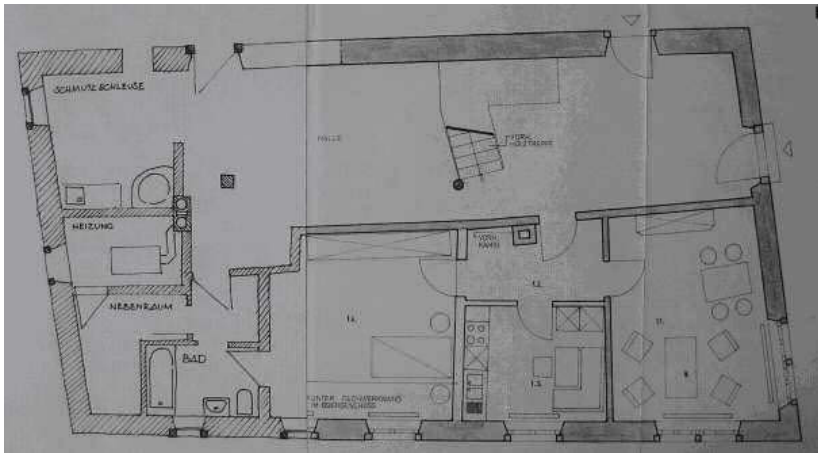


1 Abbildung 1: Lageplan Mainbernheim, urspr. Maßstab 1:2500





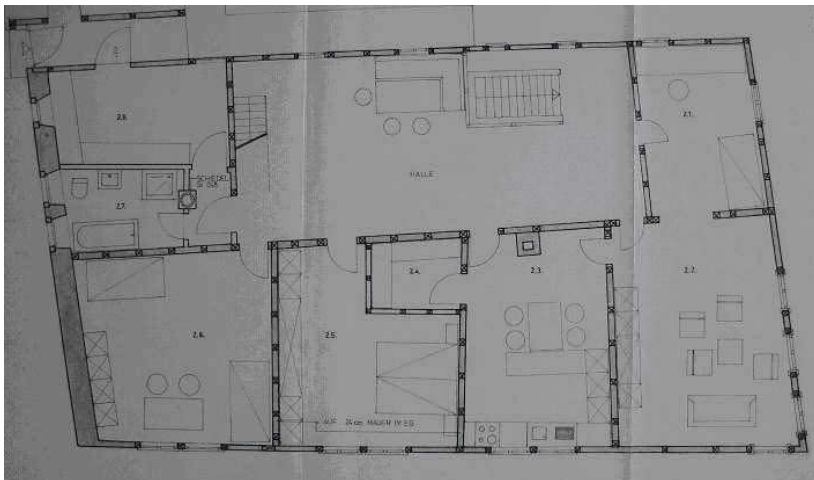
1 Abbildung 2: Ansicht vor der Instandsetzung



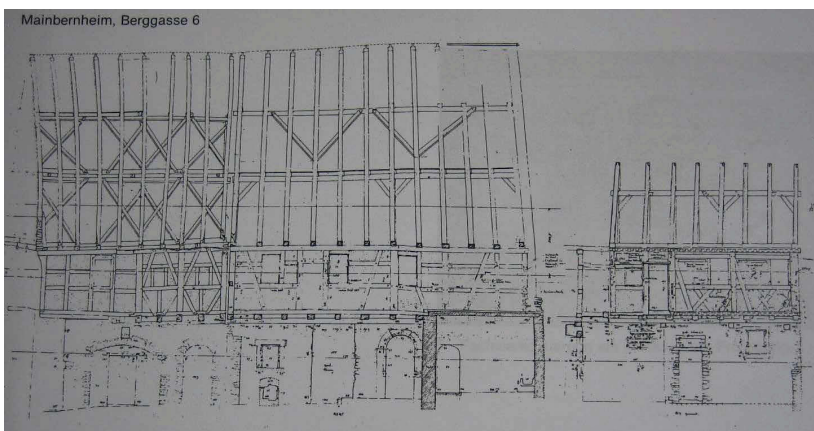
1 Abbildung 3: Bestand EG, Zeichnung des Architekten Bilz



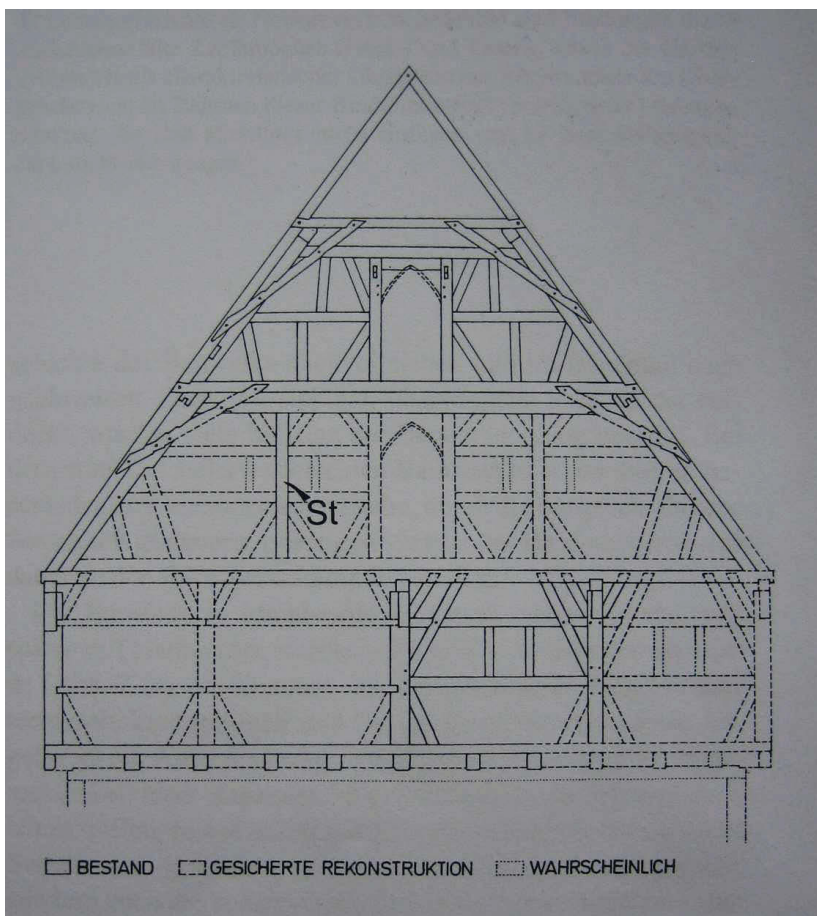
1 Abbildung 4: Grundriss EG nach Mader, BLfD, September 1978



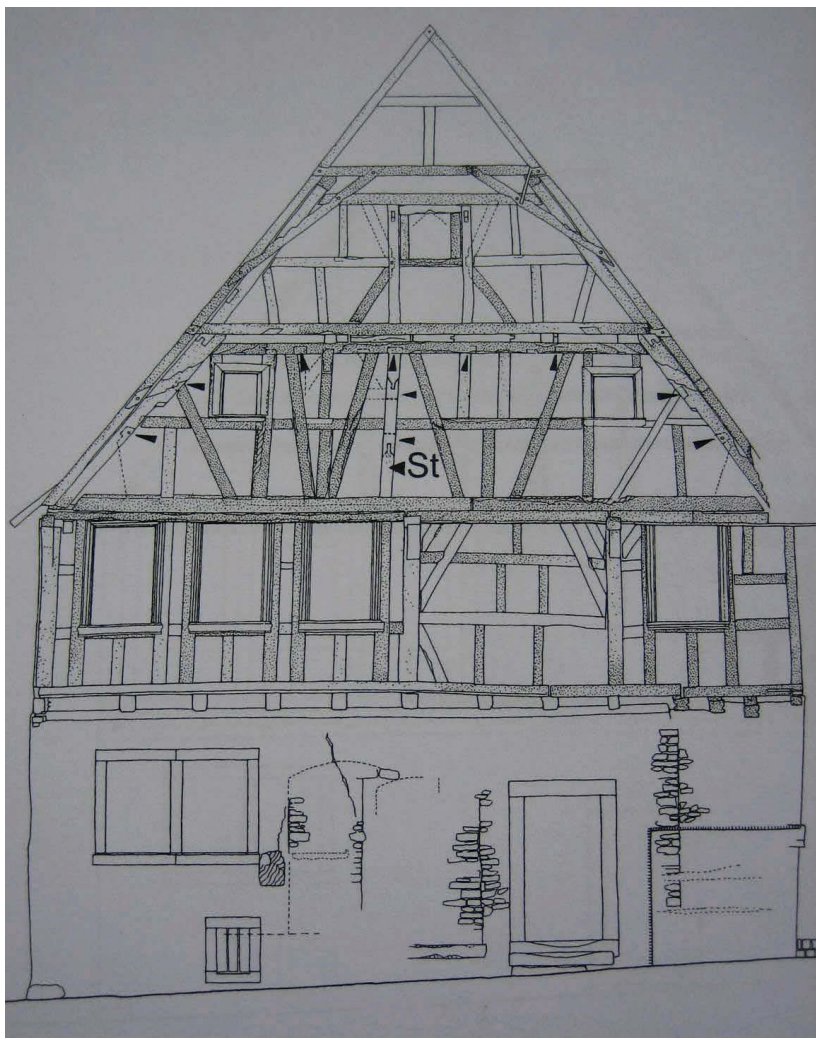
1 Abbildung 5: Grundriß OG, Planung, Zeichnung des Architekten Bilz



1 Abbildung 6: Hofansicht von Osten und Ansicht des Anbaus von Süden, gez. von Mader 1978, BLfD

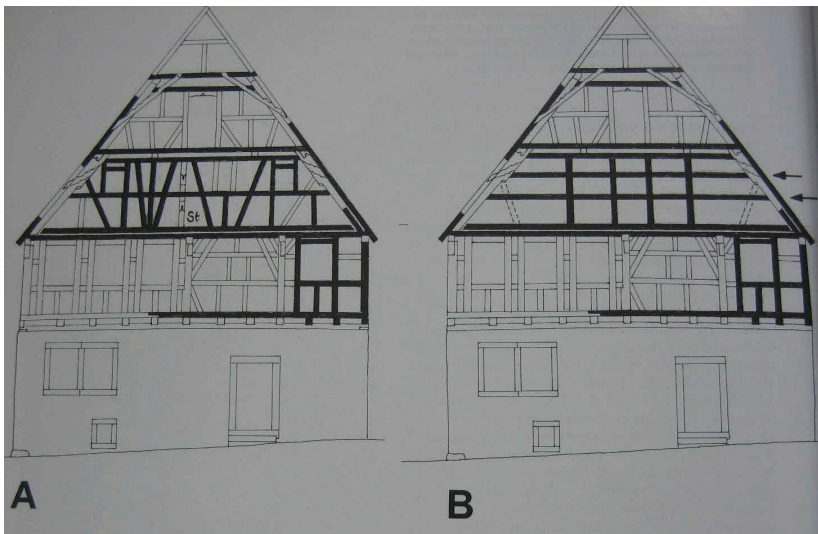


1 Abbildung 7: Rekonstruktion des ersten Bauzustandes von 1482

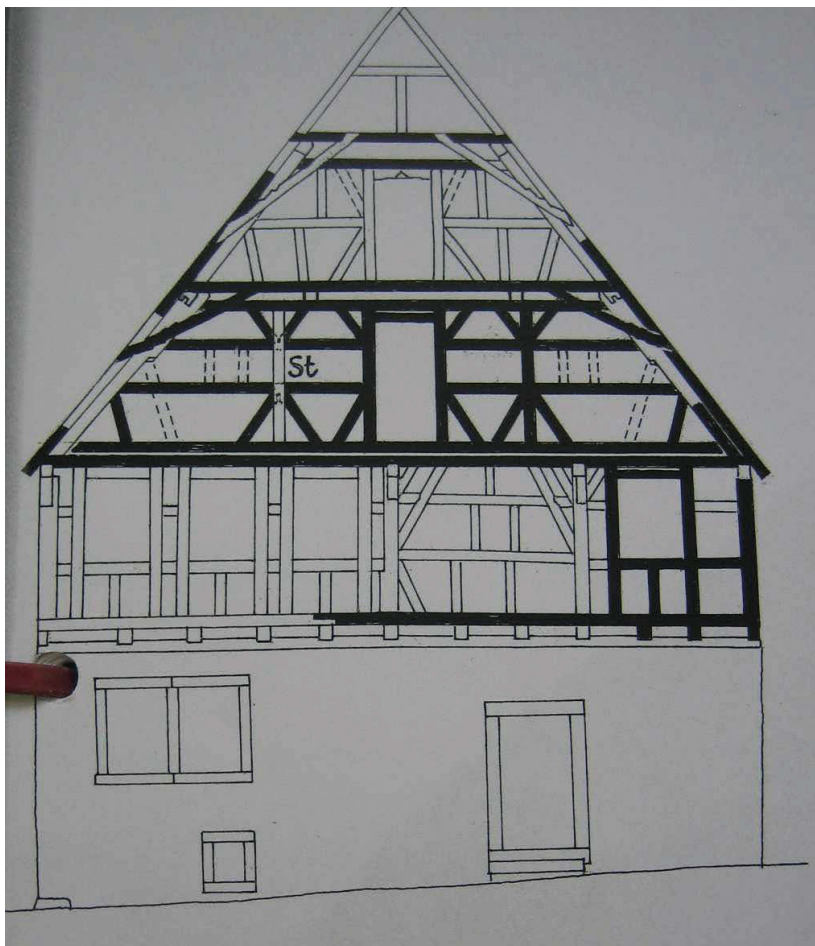


1 Abbildung 8: Bestandsaufnahme 1978





**1 Abbildung 9: Überlegungen zur Reparatur des Fachwerkgiebels. A: Substanzverluste (schwarz) und Erneuerung der Teile nach letztem Zustand. B: Variante als Neuentwurf unter Beachtung vorhandener Zapfenlöcher**



1 Abbildung 10: C, Lösungsvariante mit Nutzung vorhandener Anschlussstellen, die beiden Mitteltür neu in Anlehnung an die zeichnerische Rekonstruktion des Zustandes von 1482, Strebe wiederverwendet



**1. Abbildung 11: Halle im EG vor der Instandsetzung**

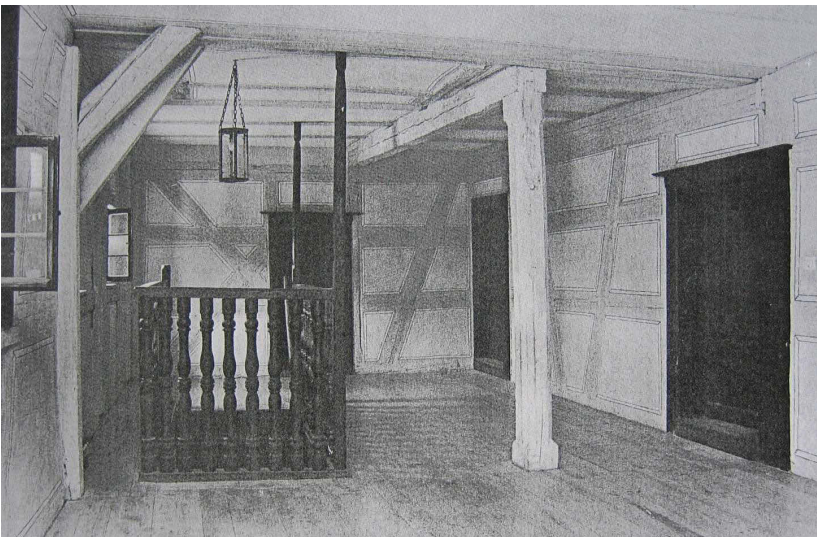


**1 Abbildung 12: Halle im EG nach der Instandsetzung**





**1 Abbildung 13: Diele im OG vor der Instandsetzung**



**1 Abbildung 14: Diele im OG nach der Instandsetzung mit Rekonstruktion der Gelbfassung von 1591 und Treppe und Türgewänden aus derselben Zeit**



1 Abbildung 15: Ansicht nach der Instandsetzung



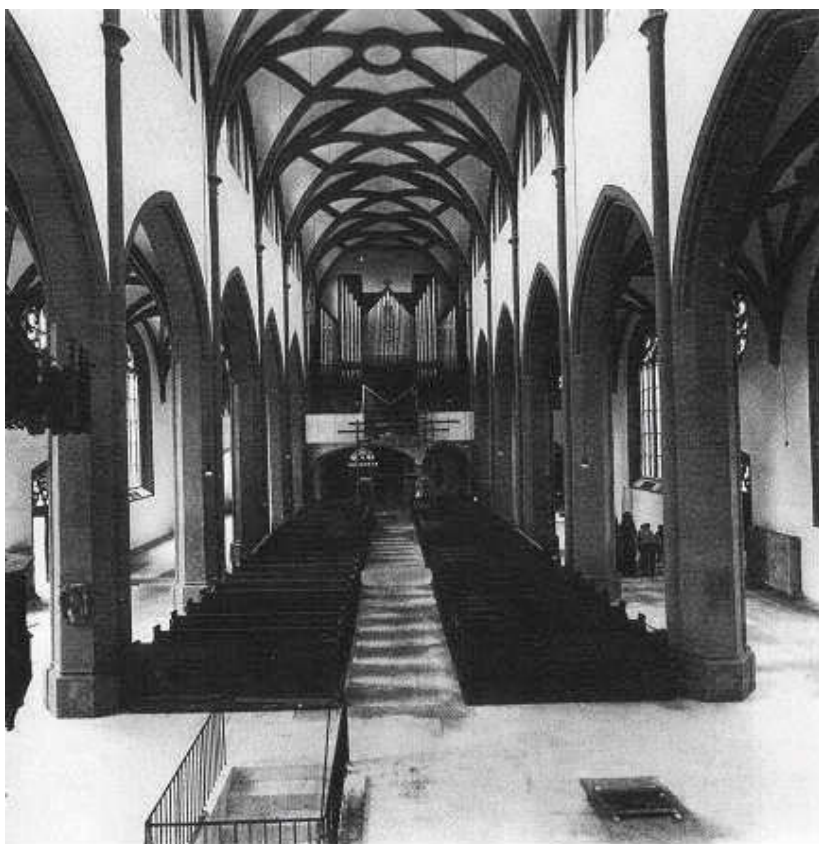
1 Abbildung 16: Ansicht 2009

## 2. Bayreuth, ev.-luth. Stadtkirche Hl. Dreifaltigkeit



2 Abbildung 1: Zustand mit neugotischer Ausstattung





2 Abbildung 2: Zustand nach Herausnahme der Emporen

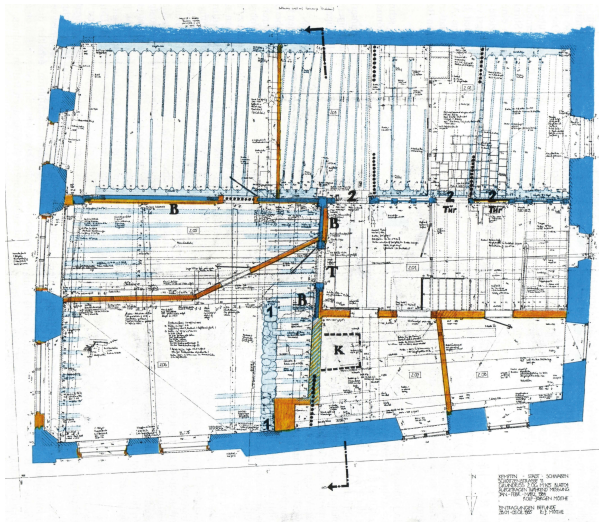
### 3. Kempten, Mehlstr. 1, Wohnhaus



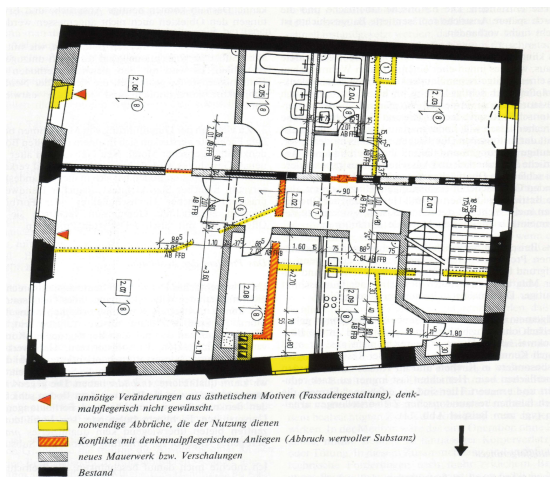
3 Abbildung 1: Ansicht vor der Instandsetzung



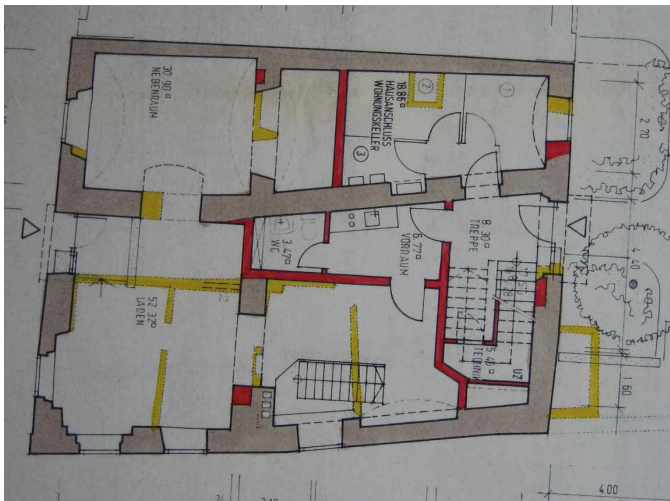
3 Abbildung 2: Roter Punkt: Lage des Baudenkmals im Sanierungsgebiet. Gelb: Flächen vollkommener Neuordnung, blau: historische Bebauung am St. Mang Platz.



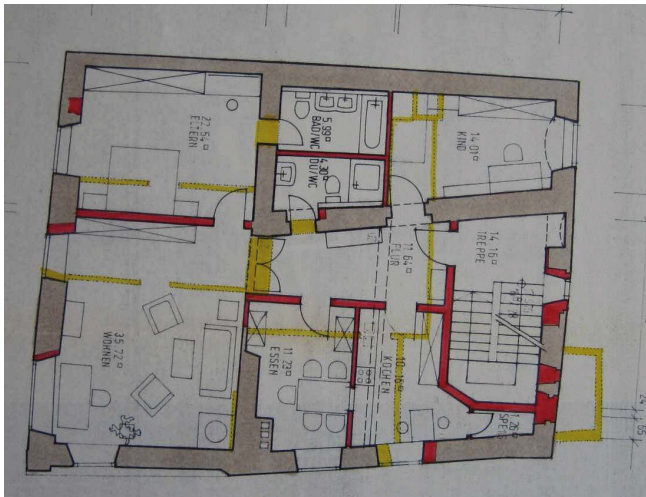
3 Abbildung 3: 2. OG, verformungsgetreuer Bestandsplan mit baugeschichtlicher Bewertung. Blau: Bestand des 15. Jhs.



3 Abbildung 4: Umbauplan des 2. OG, Konflikte mit denkmalpflegerisch wertvoller Substanz.



3 Abbildung 5: Planung EG.



3 Abbildung 6: Planung OG.



3 Abbildung 7: Ansicht März 2006



#### 4. München, St. Michael, Neuhauser Str. 6



4 Abbildung 1: Blick in den Chor, Nachkriegszustand



**4 Abbildung 2: Blick zur Orgelempore, Nachkriegszustand**



4 Abbildung 3: Innenraum 2007



4 Abbildung 4: Langhaus mit Orgelempore 2007



4 Abbildung 5: Fassade 2007

## 5. München, Dom zu Unserer Lieben Frau, Frauenplatz 1



5 Abbildung 1: Außenansicht 2007





5 Abbildung 2: Innenraum vor der Restaurierung nach Osten

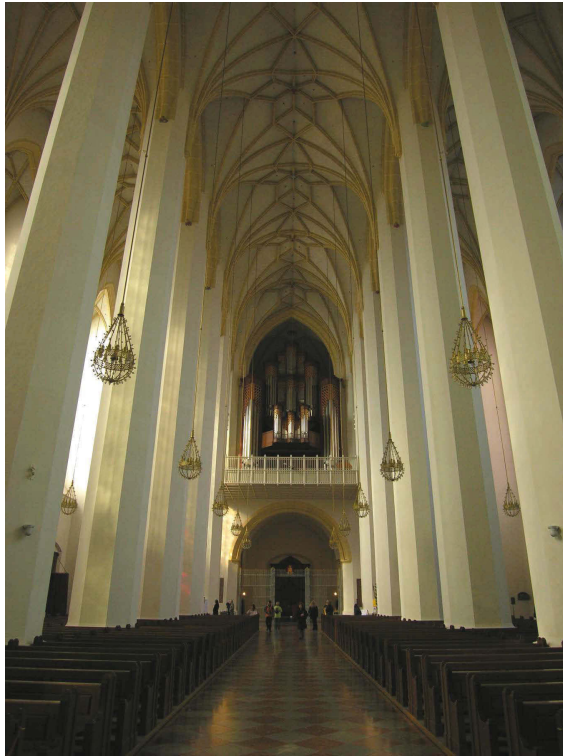


5 Abbildung 3: Innenraum vor der Restaurierung, Westempore





5 Abbildung 4: Innenraum nach der Restaurierung nach Osten



**5 Abbildung 5: Innenraum nach der Restaurierung, Westempore**

## 6. Passau Dom St. Stephan, Domplatz 1



6 Abbildung 1: Ansicht 2008

## 7. Regensburg, Stiftskirche Alte Kapelle, Alter Kornmarkt 8



7 Abbildung 1: Außenansicht 2007



7 Abbildung 2: Innenraum vor der Restaurierung



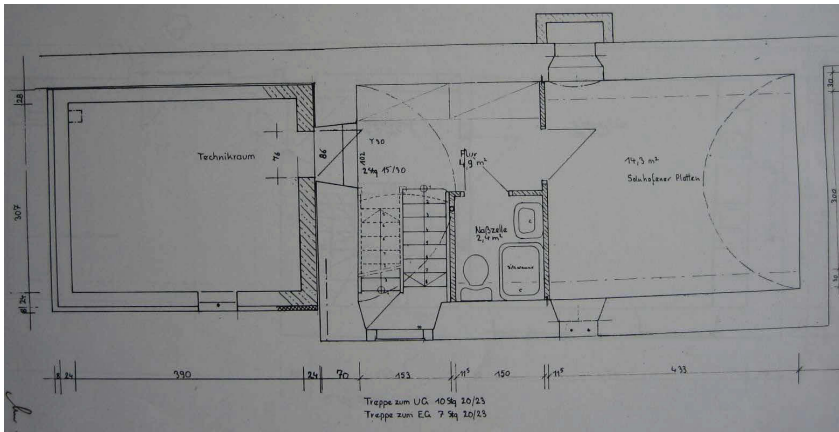


7 Abbildung 3: Innenraum nach der Restaurierung

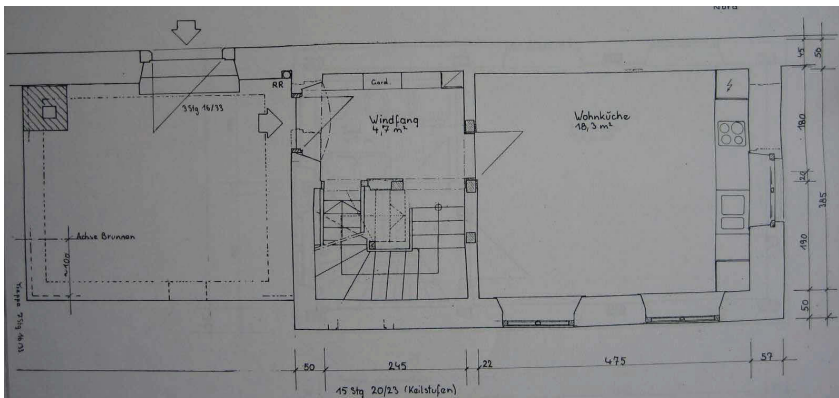
**8. Eichstätt, Gottesackerergasse 16, Gartenpavillon**



**8 Abbildung 1: Ansicht nach dem Brand**

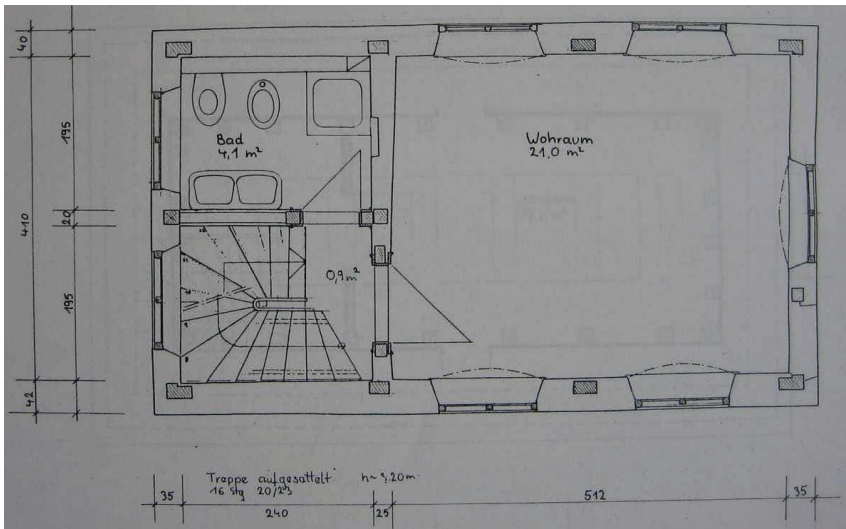


8 Abbildung 2: Grundriss Keller

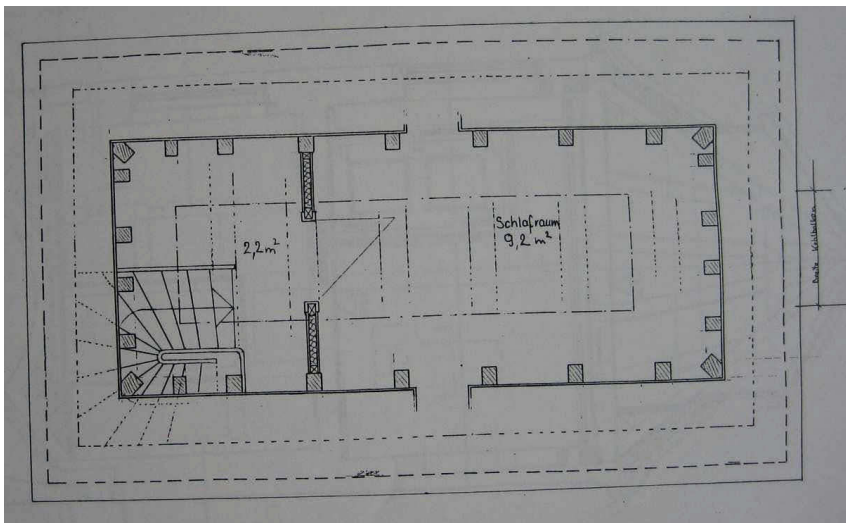


8 Abbildung 3: Grundriss Erdgeschoss

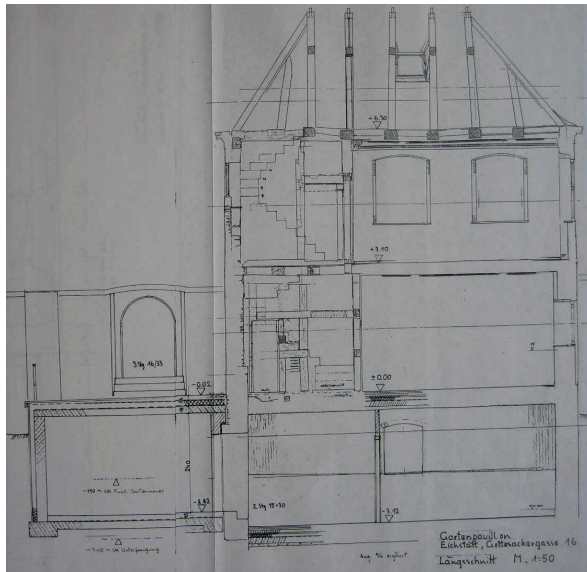




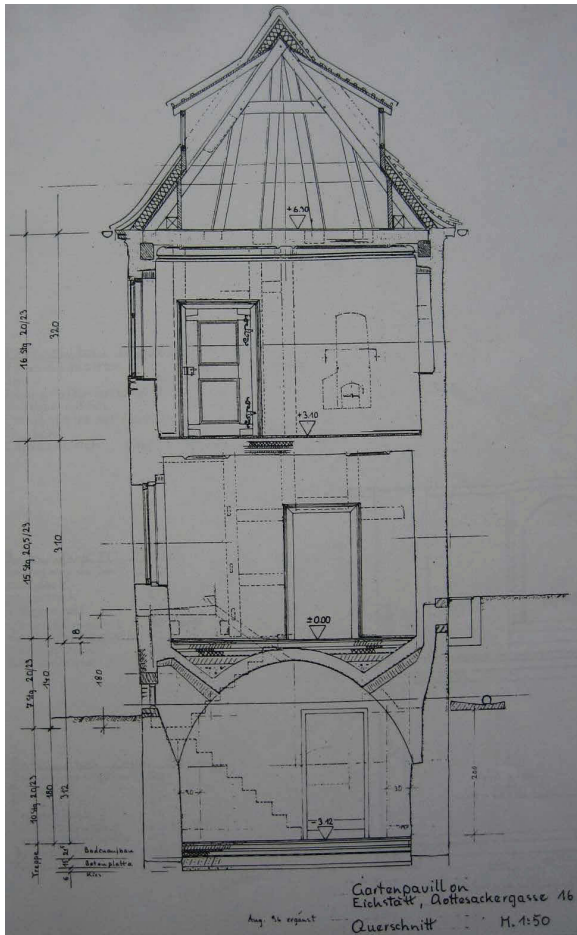
8 Abbildung 4: Grundriss Obergeschoss



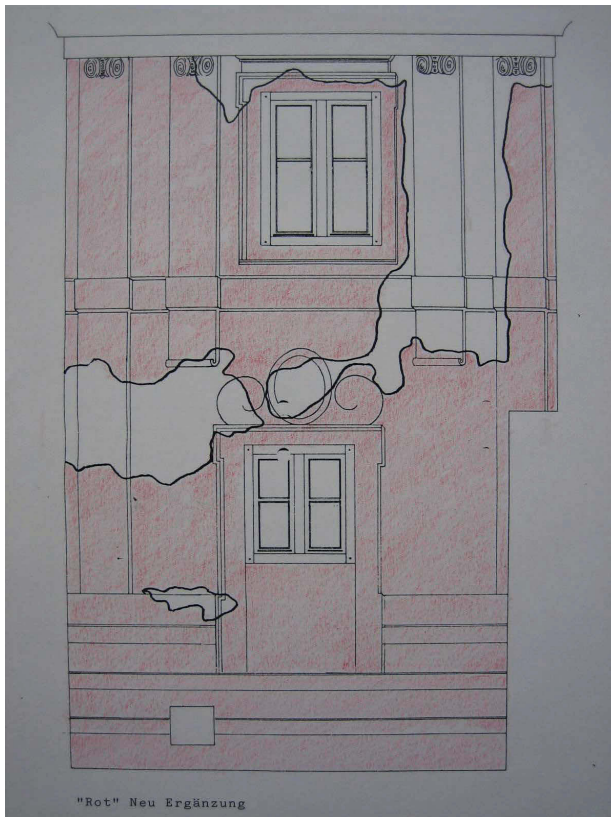
8 Abbildung 5: Grundriss Dachgeschoss



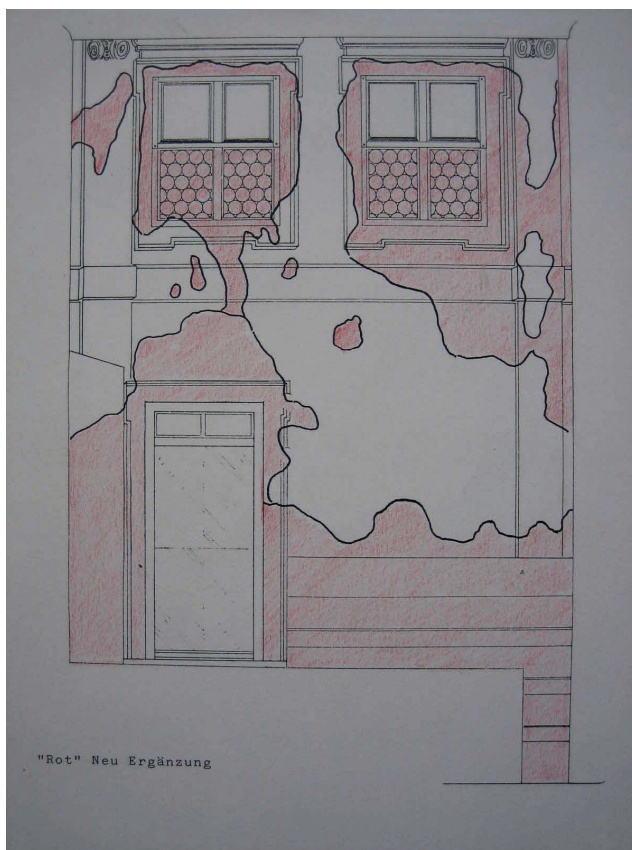
8 Abbildung 6: Längsschnitt



## 8 Abbildung 7: Querschnitt



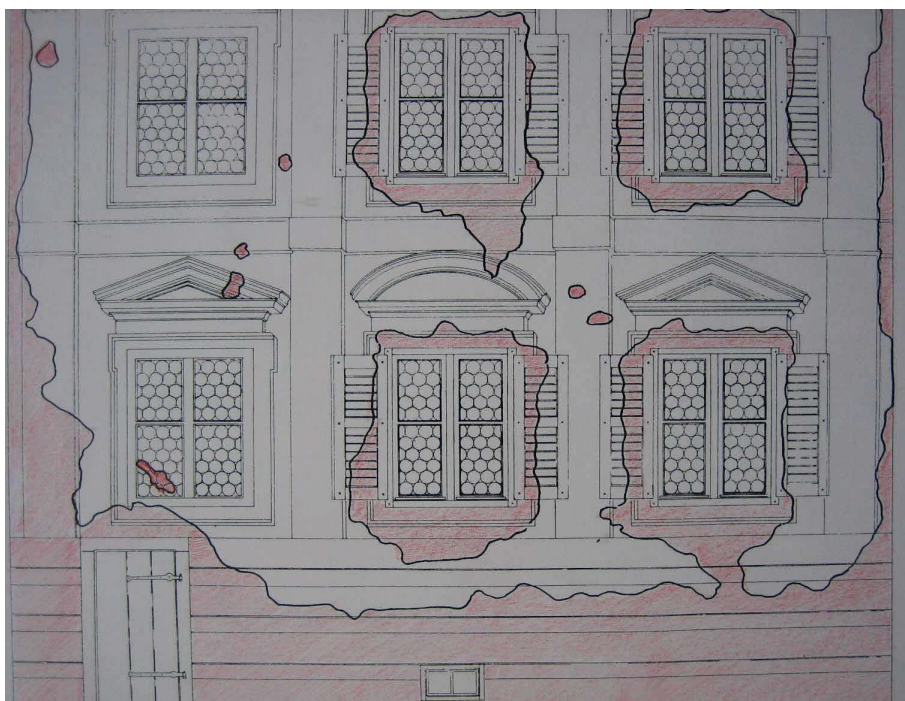
8 Abbildung 8: Putzanalyse Ostseite, Originalpartien weiß, Ergänzungen rot



8 Abbildung 9: Putzanalyse Westseite, Originalpartien weiß, Ergänzungen rot



8 Abbildung 10: Putzanalyse Nordseite, Originalpartien weiß, Ergänzungen rot



**8 Abbildung 11: Putzanalyse Südseite (Gartenseite), Originalpartien  
weiß, Ergänzungen rot**





8 Abbildung 12: Restaurierungsentwurf für die Südseite (Gartenseite),  
1997 von Restaurator S. Mühlbauer





8 Abbildung 13: Fragment der Originalfassung, Restaurierungsbericht  
von St. Cafaggi

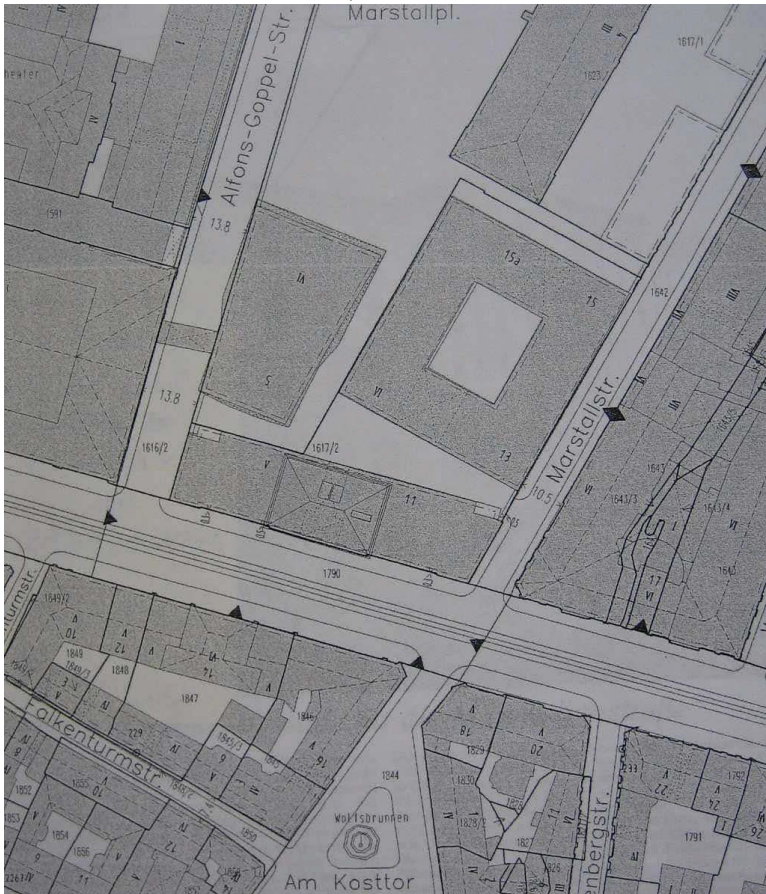


8 Abbildung 14: Südwestfassade, Zustand nach Putzrestaurierung



8 Abbildung 15: Südwestfassade, Zustand nach Fertigstellung

## 9. München, Maximilianstr. 15



## 9 Abbildung 1: Lageplan



9 Abbildung 2: Nachkriegszustand





9 Abbildung 3: Dokumentation, Gerüstabstützung für Entkernung



9 Abbildung 4: Dokumentation, Treppenhaus



9 Abbildung 5: Dokumentation, Mezzaningeschoss

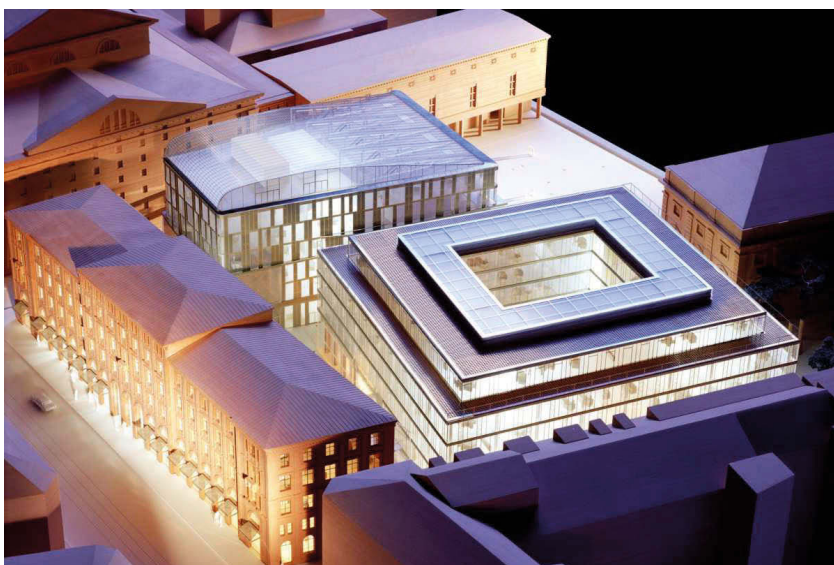




9 Abbildung 6: Dokumentation, Entsorgung der Füllungstüren und Dielen



9 Abbildung 7: Dokumentation, Entsorgung der Fenster



9 Abbildung 8: Projekt Maximilianhöfe



9 Abbildung 9: Gesamtansicht nach Fertigstellung



**9 Abbildung 10: Rückansicht von Nr. 15**

**10. Amorbach, Lkr. Miltenberg, ehem. Benediktinerabtei**



**10 Abbildung 1: Fassade**





10 Abbildung 2: Innenraum



10 Abbildung 3: Langhaus nach Westen



University  
of Bamberg  
Press

Die Denkmalpflege in Deutschland hat seit dem europäischen Denkmalschutzjahr 1975 bis in das Jahr 2005 eine bewegte Entwicklung durchgemacht. Verschiedene Debatten prägten diese Zeit, in der aus historischer Sicht die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten die stärkste Zäsur darstellt. Die dadurch bedingten Änderungen wirkten sich nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell, strukturell und personell auf die gesamtdeutsche Denkmalpflege aus und stießen unter anderem eine bis heute aktuelle Rekonstruktionsdebatte an. Mit Blick auf die geführten Theoriediskussionen wird die Stellung der Denkmalpflege in den vergangenen dreißig Jahren aufgezeigt. Die Vielfalt der Themen, mit denen sich die Denkmalpfleger beschäftigten, wird dargelegt und eingeordnet. Manche Themen, wie z. B. die Diskussion um das Für und Wider von Rekonstruktionen, werden immer wieder aufgegriffen. Die Arbeit der Denkmalpflege steht in einer Beziehung zwischen Gesetzgebung, Politik, Fördermitteln, den Denkmaleigenthümern und weiteren Faktoren. Die politischen Rahmenbedingungen werden ebenso dargelegt wie der Blick der Denkmalpfleger nach innen, der das eigene Handeln reflektiert. Diese Entwicklung wird anhand von ausgewählten Beiträgen geschildert und mit Einzelbeispielen aus der praktischen Denkmalpflege in Bayern paradigmatisch verdeutlicht. Es wird aufgezeigt, welcher historischen Dimension die Denkmalpflege jeweils unterliegt und wie sie in ihrer Zeit und aus unserer Rückschau bewertet wird. Die Erkenntnisse dieser Einschätzungen können – sicher auch – ein Zugewinn für die heutige denkmalpflegerische Arbeit sein.

eISBN 978-3-86309-273-3



9 783863 092733

[www.uni-bamberg.de/ubp](http://www.uni-bamberg.de/ubp)